

Die soziale Frage und der Sozialismus: eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie

Oppenheimer, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oppenheimer, F. (1912). *Die soziale Frage und der Sozialismus: eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie*. Jena: G. Fischer. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54608-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter der CC0 1.0 Universell Lizenz (Public Domain Dedication) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskunft zu dieser CC-Lizenz finden Sie hier: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under the CC0 1.0 Universal Licence (Public Domain Dedication). For more information see: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

1912: 1914

Die soziale frage und der Sozialismus

Eine kritische Auseinandersetzung
mit der marxistischen Theorie

von

Dr. med. et. phil. Franz Oppenheimer
Privatdozent d. Staatswissenschaften a. d. Universität Berlin



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1912



Herrn Karl Kautsky,
Herausgeber der „Neuen Zeit“.
Berlin-Friedenau.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben kürzlich in Ihrem Blatte ausgesprochen, daß Sie meinen Mut bewundern. Ich kann das Kompliment nicht annehmen, da ich mir nicht bewußt bin, mehr getan zu haben, als mir meine Pflicht als Gelehrter vorschrieb, nämlich die Wahrheit zu suchen und zu sagen, auch wenn sie der anerkannten Lehrmeinung der gewaltigsten Autorität widerspricht. Verehren Sie und ich unseren gemeinsamen Meister Marx nicht gerade aus dem Grunde, daß er diesen „Mut“ gegen die Autoritäten seiner Zeit bewährte? Und ist dem Wahrheitsfucher nicht gegen Marx erlaubt, was Marx etwa gegen Stuart Mill und Ricardo erlaubt war?

Aber ich wünsche, mir das Kompliment zu verdienen. Und darum habe ich die Ehre, Sie zu ersuchen, daß Sie persönlich mit mir die Klinge kreuzen mögen. Bisher hat mich Ihr geschätztes Organ der richterlich-kritischen Bemühung von jüngeren Herren anvertraut, die außerhalb Ihres Kreises unbekannt sind und jedenfalls keinen wissenschaftlichen Namen einzusetzen haben, wie Sie und ich. Was dabei herausgekommen ist, war gewiß subjektiv von der ehrlichsten Absicht und dem besten Willen zur Wahrheit eingegeben; aber Sie werden entschuldigen, wenn ich als der Beklagte und regelmäßig aufs härteste Verurteilte mich nicht davon überzeugen kann, daß auch objektiv Recht gesprochen worden ist. Ich habe die Empfindung, daß, nicht der Absicht nach, wohl aber dem tatsächlichen Ergebnis nach, die Worte ge-

nau Anwendung finden, die Karl Marx im Vorwort zur zweiten Auflage seines „Kapital“ niederschrieb!

„Die gelehrten und ungelehrten Wortführer der deutschen Bourgeoisie haben das „Kapital“ zunächst totzuschweigen versucht, wie ihnen das mit meinen früheren Schriften gelungen war. Sobald diese Taktik nicht länger den Zeitverhältnissen entsprach, schrieben sie, unter dem Vorwand, mein Buch zu kritisieren, Anweise „Zur Beruhigung des bürgerlichen Bewußtseins.“

Durch einige leichte Abänderungen des Textes läßt sich, meiner Empfindung nach, der Wortlaut genau der Situation anpassen, in der ich mich seit nunmehr achtzehn Jahren der von Ihnen geleiteten Richtung gegenüber befinde.

Von einem Manne Ihrer wissenschaftlichen Autorität und Vergangenheit habe ich solche objektiven Mißgriffe nicht zu befürchten, und deshalb wage ich die in der That sehr „mutige“ Bitte, daß Sie persönlich das kritische Schwert zur Hand nehmen mögen.

Es ist wahr, daß ich vor fast einem Jahrzehnt einmal gegen die Ihnen sehr grob geworden bin. Ich benutze diese Gelegenheit, um dafür mein Bedauern auszusprechen. Nicht etwa, um Ihnen einen Vorwand zu nehmen, der Ihnen ermöglichen würde, dem von mir erbetenen Waffengange auszuweichen, sondern weil ich in der That zu der Überzeugung gelangt bin, daß der Mensch im Durchschnitt nur das tut, sagt und schreibt, was ihm der Druck und Zug seiner sozialen Umwelt aufzwingt. „Die Menschen sind Somnambulen“, sagt Gabriel Tarde. Ich begreife heute vollkommen, daß die Schüler von Karl Marx jeden Angriff gegen die Lehre ihres Meisters zunächst als freche Anmaßung empfinden.

Sie werden hoffentlich meine ergebene Bitte nicht aus dem Grunde ablehnen zu müssen glauben, daß ich Ihres Schwertes unwürdig sei. Meine persönliche Ehrenhaftigkeit steht, so hoffe ich, außer Frage; und in der Republik der Wissenschaft hat der Geringste, wenn er ihren Regeln folgt, alle Rechte ihrer Fürsten.

Da die wissenschaftliche Fektkunst leider ganz und gar verfallen ist, ist es mir wohl gestattet, die, um im Bilde zu bleiben,

Kampfregeln aufzuzählen, die die Ritterlichkeit eines ehrlichen Kampfes einerseits und die menschliche Logik andererseits vorschreiben, zwei Instanzen, die wir beide unbedingt anerkennen.

Zuerst ist des Gegners Beweisführung korrekt, ja liebevoll, ihrem vollen Inhalt nach und zwar in eindeutiger logischer Formel darzustellen. Dann folgt zuerst die Untersuchung des Beweises nach Prämissen und Schlußverfahren. Wird behauptet, daß ein Fehler begangen sei, so ist der immanente Gegenbeweis zu führen, d. h. der Fehler unzweideutig nach Art und Namen zu bezeichnen. Dann folgt die Prüfung an den Tatsachen, die *quaestio facti*, die in jedem Fall nötig ist. Sie ist nötig, wenn der Beweis als fehlerhaft nachgewiesen war, weil trotzdem noch die Behauptung wahr sein könnte; und sie ist ebenso nötig, wenn der immanente Gegenbeweis nicht geführt werden konnte, weil es doch immer möglich wäre, daß ein besonders geschickter Trugschluß unentdeckt geblieben ist.

Wenn sich ergibt, daß der Beweis formal unantastbar ist, und daß die Behauptung mit den Tatsachen übereinstimmt, so muß die Konklusion unbedingt angenommen werden.

Nach dieser Methode habe ich mich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, einige Marx'sche Hauptsätze kritisch zu widerlegen und positiv durch andere zu ersetzen. Ein Schüler des Meisters kann mir nicht weigern, sich mir auf diesem Boden zu stellen: denn es ist die mathematisch-deduktive Methode des „Kapital“, deren ich mich bedient habe. Ich kann und darf fordern, daß man meine Kritik und meine eigenen Behauptungen und Beweise nach diesem einzig wissenschaftlichen Verfahren untersucht. Ich kann es insbesondere von dem Herausgeber der „Neuen Zeit“ fordern, der amtlich verpflichtet ist, die ökonomische Wissenschaft mit rein wissenschaftlichen Mitteln zu pflegen.

Um die Erörterung zu erleichtern, erlaube ich mir, nach alter guter Sitte eine Anzahl von Thesen zu formulieren.

These 1. Die Marx'sche Lehre vom Wert beruht auf unvoll-

ständiger Induktion der Tatsachen, gibt daher nur eine Teilerklärung der Werterscheinung und versagt daher gegenüber der Prüfung an den übrigen Tatsachen.

These 2. Diese unvollständige Induktion der Tatsachen zeigt sich namentlich in der völligen Vernachlässigung des Monopolwertes.

These 3. Die Marx'sche Lehre vom Mehrwert beruht auf einer quaternio terminorum. Der verdoppelte Terminus medius ist der Begriff „Arbeitskraft“.

These 4. Der Marx'sche Beweis für das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation beruht auf einer „Erschleichung“.

These 5. Die in demselben Gesetz enthaltene Behauptung von der Reproduktion der Reservearmee und des Kapitalverhältnisses widerstreitet der Tatsache der „Verstadtlichung“ der Bevölkerung.

These 6. Der von Marx angebotene Beweis für die „Tendenz der kapitalistischen Entwicklung“ in der Agrikultur beruht auf einer zwiefachen quaternio terminorum. Die verdoppelten Termini medii sind die Begriffe „Expropriation“ und „Bauer“.

These 7. Der von Kautsky angebotene Beweis für das gleiche Gesetz beruht auf einer zwiefachen Erschleichung, indem zuerst das Hypotheken-Eigentum dem Grundeigentum, und dann das Hypotheken-Maklergeschäft dem Hypotheken-Eigentum gleichgesetzt wird.

Damit komme ich zu meinen eigenen Behauptungen:

These 8. Der absolute immanente Wert der Produkte beruht nicht auf der in ihnen verkörperten Arbeitszeit, sondern auf dem in ihnen verkörperten Arbeitswert.

These 9. Wo kein Monopol besteht, d. h. unter völlig freier Konkurrenz, kann kein Mehrwert entstehen.

These 10. Mehrwert entsteht immer dort, und nur dort, wo ein Monopol, d. h., wo zwischen Kontrahenten ein „Monopol-Verhältnis“ besteht.

These 11. Der gesellschaftliche Mehrwert (Grundrente und Kapitalprofit) ist Folge eines gesellschaftlichen Klassen-Monopol-Verhältnisses zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat.

These 12. Dieses Klassen=Monopol ist konstituiert durch die Monopolisierung des Grund und Bodens, deren Rechtsform das große Grundeigentum ist.

These 13. Dieses Klassen=Monopol ist entstanden durch außerökonomische Potenzen, nämlich durch kriegerische und geistliche Gewalt.

These 14. Wo es besteht, besteht eine freie Verkehrswirtschaft mit einseitig sinkendem Druck, daher massenhafte Abwanderung von Landproletariern, daher Kapitalismus.

These 15. Der Kapitalismus ist mithin nicht eine normale Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern Folge einer außerökonomischen Störung.

These 16. Durch ausreichende innere Kolonisation ist die Boden=Monopolisierung zu zerbrechen und der Kapitalismus zu entwurzeln.

Das dürfte für den Anfang als Grundlage einer wissenschaftlichen Debatte ausreichen. Was meine Person anlangt, so bin ich entschlossen, sie in dem achtungsvollen Geiste zu führen, der Gelehrten ansteht, die nichts wollen, als die Wahrheit. Und ich verpflichte mich hiermit vor aller Welt, alle Konsequenzen zu ziehen, die sich ergeben sollten, wenn es Ihnen gelingt, meine Thesen zu widerlegen.

In der sicheren Hoffnung, daß Sie, sehr verehrter Herr, kein Bedenken tragen werden, den Handschuh aufzunehmen, den ich Ihnen in aufrichtigster Gesinnung zuwerfe, habe ich die Ehre zu zeichnen mit ausgezeichnete Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Dr. Franz Oppenheimer.

Berlin=Vichterfelde=W.
im Mai 1912.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Statt eines Vorwortes: Offener Brief an Herrn Karl Kautsky . . .	III
Erster Teil: Die soziale Frage.	
I. Soziale Frage und Monopol	3
II. Wesen und Entstehung des Kapitalismus	36
III. Robinson, der Kapitalist	74
IV. Innere Kolonisation	80
Zweiter Teil: Der Sozialismus.	
V. Liberaler Sozialismus und Marxismus	99
VI. Die Marx'sche Lehre von Wert und Mehrwert	106
VII. Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus und Revisionismus	124
VIII. Kautsky als Agrartheoretiker	148
IX. Kautsky's Zukunftsstaat	171

Vorbemerkung. Die unter II, VII, VIII und IX abgedruckten Kapitel sind wenig veränderte ältere Arbeiten. Die übrigen erscheinen hier zum ersten Male.



Erster Teil.

Die soziale Frage.

I.

Soziale Frage und Monopol.

Seit drei Jahrhunderten stellt die soziale Sphinx der Menschheit ihre drohende „Frage“: „Was ist die Ursache der sozialen Not?“ — Und seit drei Jahrhunderten erklingt immer wieder die gleiche Antwort: „Das Monopol“. Immer hat der Sozialismus erklärt, das arbeitslose Einkommen, der „Mehrwert“, sei ein Monopolgewinn — und das Eigentum sei ein Monopol.

Was der ältere, der „utopistische Sozialismus“ ausgesprochen hatte, der jüngere, der „wissenschaftliche Sozialismus“ hat es wiederholt. In den ersten beiden Absätzen des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie von 1891 findet sich das Wort „Monopol“ mit seinen Ableitungen nicht weniger als dreimal:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Noturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

„Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert.“

Leider ist es dort wie hier beim W o r t geblieben. Auch der wissenschaftliche Sozialismus, wie ihn Marx und seine Jünger vertreten, hat es versäumt, den I n h a l t des Wortes auszus schöpfen. In Margens Lebenswerk, dem gewaltigen „Kapital“ wird es einige Male im Vorübergehen gebraucht, aber nirgend wird es erklärt, nirgend der Versuch gemacht, den Begriff zur Lösung der großen Rätselsfrage zu verwerten. Wir werden später sehen, daß einzig und allein dieses Versäumnis den großen Denker in die Irre führte.

Denn der Begriff des Monopols ist in Wahrheit der Hauptschlüssel, der alle versperrten Pforten der nationalökonomischen Wissenschaft öffnet. Wenn Einfachheit der Wahrheit Siegel ist, dann ist die Lösung, die wir jetzt zeigen werden, gewißlich wahr: denn jedes Kind kann, muß sie verstehen.

Der Wert.

Wo kein Monopol besteht, da herrscht wirtschaftliche Vernunft und Gerechtigkeit. Denn da tauscht sich Wert haarscharf gegen Wert; da erhält jeder Arbeitende genau den Gegenwert seiner Arbeit, nicht mehr und nicht weniger; da gibt es, mit anderen Worten, keinen M e h r w e r t auf der einen, und keinen Minderwert auf der anderen Seite. Und zwar wird das bewirkt durch die arg verschrieene „freie Konkurrenz“.

Wo freie Konkurrenz besteht, da wenden sich die Arbeitskräfte denjenigen Erwerbszweigen zu, in denen bei hohen Preisen mehr als das durchschnittliche Einkommen erzielt wird, und dann steigt das Angebot, sinken die Preise und das Einkommen. Und umgekehrt wenden sich, wo freie Konkurrenz besteht, die Arbeitskräfte von denjenigen Zweigen ab, in denen bei niederen Preisen weniger als das durchschnittliche Einkommen erzielt wird — und dann sinkt das Angebot, steigen die Preise und die Einkommen. Wenn in einer Stadt die Zimmerleute mehr verdienen als die Tischler, dann ziehen einige Tischler fort, und der Lohn der Zurückbleibenden wird höher; und einige Zimmerleute ziehen zu, und der Lohn

dieser Arbeiterklasse wird geringer. Wenn im ganzen Lande die Rechtsanwälte mehr verdienen als die Ärzte, dann studieren mehr junge Leute die Rechte, und weniger die Medizin, und nach einiger Zeit ist das Einkommen der beiden Berufe wieder im Gleichgewicht.

Auf diese Weise bewirkt die freie Konkurrenz, daß sich auf die Dauer und im Durchschnitt ein Tag Zimmermannsarbeit haarscharf gegen einen Tag Tischlerarbeit tauscht, daß sich auf die Dauer und im Durchschnitt eine Stunde gewöhnlicher Rechtsanwaltsarbeit gegen eine Stunde gewöhnlicher Arztarbeit tauscht. Den Preis der Waren, bei dem dieses Gleichgewicht besteht, nennt man ihren „natürlichen“ oder ihren „gerechten“ Wert.¹

Nimm an, ein selbständiger Tischlermeister stelle jährlich 300 Stühle einer bestimmten Sorte her. Jeder Stuhl koste ihn selbst an Holz und sonstigen Auslagen zehn Mark, er hat also 3000 M Selbstkosten im Jahre. Ein Stellmacher am gleichen Orte stelle jährlich fünfzig Karrenwagen her, jeder Wagen koste ihn selbst an Material und sonstigen Auslagen 60 M, er habe also ebenfalls 3000 M Selbstkosten im Jahre. Dann muß der Wagen 60 plus 60, zusammen 120 M einbringen, wenn der Stuhl 10 plus 10, zusammen 20 M kostet. Denn dann stehen beide Waren auf ihrem natürlichen Werte, weil beide Meister für gleiche Arbeit gleiches Einkommen haben: jeder von beiden verdient im Jahre 3000, an jedem der 300 Arbeitstage 10 M. Und wenn der Stellmacher einen Karren, das Ergebnis von 6 Arbeitstagen, für 60 M verkauft, dann kann er dafür 6 Stühle, das Ergebnis von ebenfalls 6 Arbeitstagen, zurückkaufen. Gleiche Zeiten gleichwertiger Arbeit haben sich getauscht, es ist auf keiner Seite Mehrwert oder Minderwert entstanden; die Forderung der wirtschaftlichen Vernunft und Gerechtigkeit ist erfüllt.

Die gleiche Vernunft und Gerechtigkeit verlangt aber, daß gleiche Zeiten ungleichwertiger Arbeit ungleiches Einkommen eintragen. Wenn ein besonders starker und gewandter Mann im Akkordlohn doppelt so viel vor sich bringt wie ein anderer, der schwach und ungeschickt ist, dann verdient er doppelten Lohn, und

es tauscht sich eine Stunde seiner Arbeitszeit gegen zwei Stunden des anderen. Wenn ein besonders geschickter Jäger hundert Hermelinpelze erbeutet, während sein weniger geschickter Kamerad nur fünfundzwanzig erlangt, so erzielt er den vierfachen Gewinn, und eine Stunde seiner Arbeitszeit tauscht sich gegen vier Stunden des anderen. Wenn ein Arzt besonders beliebt ist, so verdient er hundert mal so viel wie ein unbegabter Rechtsanwalt; und der Anwalt muß, wenn er den Geheimen Rat konsultiert, den Ertrag von hundert Stunden seiner Arbeitszeit gegen eine Stunde hingeben.

Auch in diesen Fällen steht, wo nicht etwa noch außerdem ein Monopol einspielt, jede Leistung, jede Ware auf ihrem natürlichen und gerechten Werte, und es entsteht beim Tausch weder Mehr- noch Minderwert. Eine Stunde höherer Arbeit hat eben den doppelten oder vierfachen oder sogar hundertfachen Wert wie eine Stunde gewöhnlicher durchschnittlicher Arbeit, und darum tauschen sich auch hier, wenn auch nicht mehr gleiche Arbeitszeiten, so doch gleiche natürliche Arbeitswerte. Das ist gerecht, und das ist auch vernünftig und im allgemeinen Vorteil. Es wäre ungerecht, wenn der Fleißige nicht mehr verdiente als der Faulpelz, der Begabte nicht mehr als der Unbegabte, und es wäre auch für die Allgemeinheit schädlich. Denn dann würde kaum jemand mehr fleißig sein, und kaum jemand würde noch das Streben haben, seine Begabung zur höchsten Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Und darunter müßten alle leiden.

Auf diese Weise bewirkt die verschrieene freie Konkurrenz durch die Ausgleichung der Preise die Ausgleichung der Einkommen nach dem Werte der Arbeit.

Der Mehrwert.

Was geschieht nun aber, wenn die Konkurrenz nicht frei wirken kann?

Dann besteht ein Monopol. Denn ein Monopol ist nichts anderes als eine wirtschaftliche Vorzugsstellung, die darauf beruht, daß die Konkurrenz nicht frei wirken kann.

Jrgend ein Produkt steigt auf einen Preis, der höher ist als sein natürlicher Wert, weil die Nachfrage stärker ist als das Angebot. Wenn die Konkurrenz eingreifen kann, dann wird das Angebot steigen, und der Preis wieder auf den natürlichen Wert sinken; das haben wir beobachtet. Wenn sie aber nicht eingreifen kann, dann hält sich der Preis auch auf die Dauer und im Durchschnitt über dem natürlichen Werte; diesen Durchschnittspreis über dem natürlichen Werte nennt die Nationalökonomie einen „Monopolwert“; das Produkt, bei dessen Produktion die Konkurrenz nicht frei eingreifen kann, nennt sie ein „Monopolprodukt“, und die Vorzugstellung, die der Produzent in Folge des Ausschlusses der Konkurrenz hat, nennt sie ein „Monopol“.

Ein solches Monopol kann auf verschiedene Weise begründet sein, und es ist wichtig, sich die verschiedenen Arten des Monopols einzuprägen.

Das Monopol kann erstens darauf beruhen, daß ein vielfach begehrtes Produkt un vermehrb ar ist. Dann kann die Konkurrenz natürlich nichts tun, um das Angebot zu vermehren. Und hier müssen wir wieder zwei wichtige Fälle unterscheiden.

E r s t e n s kann die vorhandene Menge des unvermehrba ren Gutes aus natürlichen Gründen kleiner sein, als erforderlich wäre, um die gesamte Nachfrage zu sättigen. In diesem Falle besteht ein sog. „natürliches Monopol“. Ein solches hat z. B. der Eigentümer eines besonders beliebten Weinberges. Niemand außer dem Besitzer des Schlosses Johannisberg kann echten Johannisberger Schloßabzug erzeugen; da viele den Wein begehren, erhält jede Flasche auch auf die Dauer einen hoch über dem natürlichen Wert stehenden Preis, einen „Monopolwert“, das heißt, den natürlichen Wert vermehrt um einen hohen „Monopolgewinn“.

Z w e i t e n s kann zwar die vorhandene Menge des unvermehrba ren Gutes an sich über und über ausreichen, um die gesamte Nachfrage zu sättigen; aber der gesamte Vorrat findet sich in dem Besitze eines oder weniger Individuen, die sich vertragsmäßig, oder — auch das ist möglich und häufig — stillschweigend darüber einigen, den Vorrat gegen die Bedürftigen zu sperren

und nur dann Teile davon herauszugeben, wenn ihnen über den natürlichen Wert ein Monopolgewinn bezahlt wird. Hier spricht man von einem Monopol durch Sperrung oder schlechthin von „Monopolisierung“. Was dabei geschieht, wollen wir an einem Beispiel betrachten:

Nimm an, in einer belagerten Stadt sei genug Korn und Mehl vorhanden, um die Bevölkerung ein Jahrzehnt lang reichlich zu ernähren, und sie habe in spätestens drei Monaten bestimmt Entsatz zu erwarten. Ist der Vorrat auf alle Haushaltungen gleichmäßig verteilt, so kann es keine Teuerung und Hungersnot geben. Wenn aber der ganze Vorrat in dem Besitz eines oder weniger Händler ist, so können diese ihn *aussperren*: sie weigern sich, das Korn zum normalen Preise zu verkaufen, und geben es nur mit einem Ertragewinn ab, d. h. sie verwandeln es in ein Monopolgut. Da die Konkurrenz von außen nicht mit billigerem Angebot eingreifen kann, beziehen sie ihren Monopolgewinn, so lange die Belagerung, der Ausschluß der Konkurrenz und die Sperrung dauern.

Das sind die Fälle von Monopol, die beruhen auf der absoluten *Unvermehrbarkeit* eines Produktes, sei diese nun dauernd, wie beim Schloßwein, oder vorübergehend, wie beim Korn in der belagerten Stadt.

Es kann aber auch eine von Natur aus beliebig vermehrbare Ware zur Monopolware werden, wenn die Konkurrenz trotz hohen Preises nicht eingreifen darf, weil es ihr verboten ist.

Ein solches Verbot kann gesetzlich sein. Das ist der Fall z. B. eines Patentes. Das ist ein „verliehenes“ Monopol. So lange es dauert, darf niemand außer dem Patentinhaber die Patentware herstellen oder ohne seine Erlaubnis verkaufen, und so lange bringt sie um einen Monopolgewinn mehr als den natürlichen Preis.

Ein solches Verbot kann aber auch auf *Privatvertrag* beruhen; wenn die Produzenten sich verabreden, bei Vertragsstrafe ihre Produktion einzuschränken, so steht auch hier der Wert

des Produktes auf die Dauer um einen Monopolgewinn über seinem natürlichen Wert. Das ist die Praxis z. B. der Kartelle und Trusts.

Die drei zuletzt genannten Arten des Monopols kann man als „rechtlich“ Monopole zusammenfassen und der ersten Art, dem „natürlichen“ Monopole, gegenüberstellen. Denn dieses allein beruht auf natürlicher Seltenheit des Monopolproduktes, alle andern aber auf künstlicher Seltenheit, die durch das öffentliche Recht (bei Patenten usw.) oder durch das private Eigentumsrecht (bei der Sperrung und dem Vertrags-Monopol) hergestellt ist.

Das Mehreinkommen, das der „Monopolist“ aus den Monopolgewinnen bezieht, heißt der „Mehrwert“. Es heißt Mehrwert, weil es um so viel „mehr wert“ ist, als der natürliche Wert der geleisteten Arbeit. Wenn z. B. ein Monopolist jährlich 300 Tage gewöhnlicher Arbeit leistet, so wäre er gerecht entgolten, wenn er für den Erlös das Erzeugnis von 300 Tagen anderer gewöhnlicher Arbeit eintauschen könnte. Wenn er aber sein Erzeugnis, dank seiner Monopolstellung, so hoch verkauft, daß er das Erzeugnis von 1500 Tagen gewöhnlicher Arbeit dafür einkaufen kann, so hat er 1200 Tage Mehrwert erhalten; der wirkliche Wert seiner Arbeit ist fünfmal so hoch, wie ihr natürlicher, gerechter Wert.

Woher stammt dieser Mehrwert? Er kann aus keiner anderen Quelle stammen, als aus der Arbeit dessen, der die Monopolware kauft. Der Monopolist kann für seine Ware nur Mehrwert erhalten, wenn sein Käufer für die seine den entsprechenden Minderwert erhält. Ein Beispiel wird uns das klar zeigen:

Ich nehme ein Zwanzigmarkstück und kaufe mir ein Monopolprodukt, z. B. einen patentierten Rasierhobel. Was gebe ich? Was bekomme ich zurück?

Ich gebe eine Ware, die unter keinem Monopol steht, denn Jedermann darf Gold graben oder waschen, so viel er finden kann. Nimm an, es koste gerade zwanzig Stunden gewöhnlicher „gesellschaftlich durchschnittlicher“ Arbeit, um die etwa 6 Gramm Gold herzustellen, die in einem Zwanzigmarkstück enthalten sind. Ich

bezahle also den Wert von zwanzig Stunden Arbeit. Was bekomme ich dafür zurück?

Der Rasierapparat wird, wenn das Patent erloschen ist, wenn die Konkurrenz eingreifen darf, für sage fünf Mark käuflich sein. Er kostet also nur fünf Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeit; trotzdem wird er heute, wo er noch Monopolware ist, für zwanzig Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeit verkauft. Der Patentinhaber erhält mithin fünfzehn Mark Mehrwert, ich erhalte für mein Gold fünfzehn Mark Minderwert.

Das gleiche vollzieht sich jedesmal, wo eine Monopolware gegen eine Nicht-Monopolware getauscht wird, d. h. wo zwischen zwei Tauschenden ein „Monopolverhältnis“ besteht. Jedesmal erhält der Monopolist einen Mehrwert, erhält sein Vertragsgegner einen Minderwert.

Das ist die Ursache allen Mehrwerts in der modernen Gesellschaft. Es gibt keine andere Art, wie Mehrwert entstehen kann. Es ist auch bisher niemals der Versuch gemacht worden, die Entstehung von Mehrwert anders zu erklären, mit einer Ausnahme: Karl Marx. Wir werden später zeigen, daß seine Erklärung nicht Stich hält.

Somit hat der Sozialismus, der alte, wie der neue, grundsätzlich Recht gehabt, wenn er seit drei Jahrhunderten immer wieder auf die Frage nach der Ursache der sozialen Not geantwortet hat: „Das Monopol!“

Denn die soziale Frage ist nichts anderes als die Frage des Mehrwerts.

Die wissenschaftliche soziale Frage lautet: „Was ist die Ursache des Mehrwerts?“

Und die praktische soziale Frage lautet: „Wie ist die Ursache des Mehrwerts und damit er selbst zu beseitigen?“

Viele Toren und einige Lügner wollen den Völkern einbilden, es gebe gar keinen Mehrwert. Jedermann erhalte auch heute schon genau den Gegenwert seiner Arbeit. Wir wollen uns mit ihnen nicht aufhalten. Unzweifelhaft gibt es ganze Klassen, die

viel mehr als den Gegenwert ihrer Arbeit erhalten, und unzweifelhaft erhält die ungeheuere Mehrheit aller Schaffenden viel weniger als den Gegenwert ihrer Arbeit. Was jene „mehr“ erhalten, das ist arbeitsfreies Einkommen, ist „Mehrwert“ — was die Masse weniger erhält, ist Abzug von ihrem Arbeitsertrage, ist „Minderwert“.

Jeder Arbeiter in Stadt und Land, arbeite er mit den Muskeln am Pfluge oder der Drehbank, oder mit dem Gehirn am Schreibtisch, am Reißbrett oder an der chemischen Retorte, ist durch unsere Gesellschaftsordnung gezwungen, einen sehr großen und täglich wachsenden Teil dessen abzugeben, was er an Werten schafft. Was sie alle zusammen abgeben, ist *Mehrwert*, und in ihn teilen sich die oberen Klassen; sie nennen den Riesentribut *Grundrente* und *Kapitalprofit*.

Was zwingt die Arbeiter, den Mehrwert-Tribut abzutreten?

In früheren Zeitaltern zwang sie das Gesetz dazu. Sie waren im Altertum Sklaven, im Mittelalter Hörige. Und Sklave wie Höriger waren kraft Rechts, gesetzlich, gezwungen, ihrem Herren einen Teil dessen abzugeben, was sie an Werten schufen. Diese Gesetze existieren nicht mehr. Unsere Arbeiter sind freie Bürger. Wenn ihnen aber keine gesetzliche Einrichtung den Tribut abzwingt, so kann es nur eine wirtschaftliche, so kann es nur ein Monopol sein.

Und zwar muß es eine besondere Art von Monopol sein, nämlich ein gesellschaftliches *Klassen-Monopol*, d. h. eine auf dem Ausschluß der freien Konkurrenz beruhende, sehr breit und tief begründete wirtschaftliche Vormachtstellung, die zwischen der Oberklasse als Gesamtheit auf der einen Seite und der Arbeiterklasse als Gesamtheit auf der anderen Seite ein gesellschaftliches *Klassen-Monopol-Verhältnis* konstituiert. Nur, wenn die Dinge so liegen, ist es erklärlich, daß bei jedem Tausch zwischen einem Mitgliede der Oberklasse und einem der Unterklasse dieses für seine Arbeitsleistung, seinen „Dienst“, ohne weiteres einen Minderwert, und jenes für sein Tauschgut,

das Lohngeld, einen Mehrwert erhält; daß jener unentgeltene Arbeitszeit hergibt, dieser unentgeltene Arbeitszeit einstreicht.

Das ist denn auch im wesentlichen die Ansicht von Karl Marx. Er nennt das „Kapital“ ein „gesellschaftliches Klassenverhältnis“. Dieses „Kapitalverhältnis“ besteht überall da, wo alle Produktionsmittel in dem Eigentum der Oberklasse stehen, der die „freie“ Arbeiterschaft gegenüber steht. Und zwar „frei“ im doppelten Sinne. Die Arbeiter müssen erstens politisch frei, d. h. rechtlich befugt sein, den Dienstvertrag abzuschließen. (Wo sie das nicht sind, besteht nicht Kapitalismus, sondern Sklaverei oder Hörigkeit). Und sie müssen zweitens wirtschaftlich „frei“ sein, d. h. los und ledig, ohne eigene ausreichende Produktionsmittel.

Und darin hat Karl Marx völlig Recht. Nur unter der Voraussetzung, daß diese gesellschaftliche Klassenscheidung besteht, kann Mehrwert im großen entstehen. Wo sie nicht besteht, gibt es keinen Mehrwert und daher kein „Kapital“: denn nur dann kann man Produktionsmittel „Kapital“ nennen, wenn sie ihrem Eigentümer Mehrwert, Profit, abwerfen.

Leider hat Karl Marx seinen genialen Gedanken nicht genügend vertieft. Er hat zweierlei nicht erkannt. Erstens, daß sein gesellschaftliches „Kapitalverhältnis“ ein charakteristischer Sonderfall des Monopolverhältnisses ist; und zweitens hat er seine tiefste Wurzel nicht aufzufinden vermocht.

Uns stellt sich jetzt die Aufgabe: „Wo, in welcher gesellschaftlichen Einrichtung steckt das Klassenmonopol?“

Gelingt es uns, diese Aufgabe zu lösen, so ist die soziale Frage in ihrem wissenschaftlichen Teile beantwortet.

Und damit wird auch über ihre praktische Lösbarkeit wenigstens grundsätzlich Klarheit geschaffen sein.

Handelt es sich nämlich um ein „natürliches“ Klassenmonopol, das auf der natürlichen Unvermehrbarkeit eines seltenen wichtigen Dinges beruht, dann wird grundsätzlich nichts Ent-

scheidendes geleistet werden können. Wir werden froh sein müssen, zu lindern; Heilung ist in diesem Falle nicht möglich.

Handelt es sich aber um ein rechtlich fundiertes Klassen-Monopol, dann ist Heilung nicht nur möglich, sondern sicher. Dann ist weiter nichts nötig, als daß man die Rechtsinstitution aufhebt, in der das Monopol verwurzelt ist. Dann entfällt das Klassen-Monopol-Verhältnis, und der Mehrwert verschwindet gerade so, wie wenn ein Patent erlischt.

Wir wollen die tröstliche Antwort sofort geben, indem wir uns vorbehalten, später den Weg aufzuzeigen, der uns zu der Lösung geführt hat, und die Beweise, die die Lösung unerschütterlich stützen.

Das Klassen-Monopol beruht auf der Monopolisierung des Grund und Bodens. Es ist Boden-Monopol.

Und zwar ein durch Sperrung entstandenes Monopol: das Klassen-Monopol, das allein Mehrwert verursacht, beruht auf der Aussperrung des Bodens. Die Oberklasse hat die Unterklasse vom Boden ausgesperrt!

Die Bodensperre.

Der Grund und Boden ist ein Monopolgut. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Aller Grund und Boden der Kulturwelt hat seinen Eigentümer; hunderte von Millionen sind ohne Grund und Boden. Da sie ihn aber dringend, die Landleute als Produktionsmittel, die Gewerbetreibenden als Standfläche für ihre Werkstätten, und alle als Wohnstätte brauchen, sind die Nichtbesitzenden gezwungen, den Besitzenden einen Monopolwert dafür zu bezahlen, der täglich wächst, und zwar entweder als Kaufpreis oder als Leihpreis: Pacht oder Miete, oder als Abzug von ihrem Arbeitslohn.

Welcher Art ist dieses Monopol?

Da es sich um ein unvermehrbares Gut handelt, kommen nur zwei Arten des Monopols in Betracht, das „natür-

liche“, durch absolute Seltenheit, und das rechtliche durch Sperrung.

Bisher haben alle Volkswirte geglaubt, das Bodenmonopol sei ein „natürliches“, beruhe auf absoluter Seltenheit. Der Vorrat sei schon seit Urzeiten für die Bedürfnisse der Menschheit viel zu klein.

Das ist aber ein Irrtum, und zwar der Irrtum, aus dem alle anderen Irrtümer der Volkswirtschaft folgen. Das Bodenmonopol ist nicht ein „natürliches“ durch absolute Seltenheit, sondern ein „rechtliches“ durch Sperrung.

Die Dinge liegen genau wie mit der Monopolisierung des Kornes in unserer belagerten Stadt. Der Vorrat ist für die augenblicklichen Bedürfnisse der Völker unermeslich viel zu groß, so groß, daß er auf unabsehbare Zeit hinaus selbst dann ausreichen wird, wenn die Menschheit sehr stark an Zahl wächst — und dennoch ist der Grund und Boden durch „Sperrung“ in ein Monopolgut verwandelt worden. Der ganze Vorrat befindet sich in den Händen einer kleinen Klasse, die eben dadurch zur „Oberklasse“ geworden ist — und diese Oberklasse bezieht daher ihren Mehrwert von den Ausgesperrten, so lange die Sperrre dauert.

Daß der Vorrat an Grund und Boden im Verhältnis zu den gegenwärtigen Bedürfnissen der Menschheit ungeheuer groß ist, läßt sich durch ein einfaches Divisionsexempel beweisen. Wir müssen gerade so vorgehen, wie es der Kommandant der belagerten Stadt tun müßte, wenn die Teuerung aufträte. Er müßte den Bedarf pro Kopf und den Gesamtvorrat an Korn feststellen und dann mit der Zahl der Köpfe in die Zahl des Kornvorrates dividieren. Zeigt sich dann, daß der Quotient kleiner ist als der Bedarf, so hat die Teuerung eine „natürliche“ Ursache; zeigt sich umgekehrt, daß der Quotient größer ist als der Bedarf, so liegt Sperrung, Monopolisierung vor, und er wird seine Maßnahmen danach zu treffen haben.

Wie groß der Bedarf an Land unter primitiven Verhält-

nissen ist, wissen wir genau. Er beträgt pro Familie überall in der Welt durchschnittlich 7—8 ha. Von dieser Fläche holt die Arbeit einer bäuerlichen Familie Nahrung genug, um reichlich zu leben, und diese Fläche ist auch ungefähr das Höchstmäß dessen, was der primitive Bauer in der Zeit bebauen kann, die ihm Jagd-, Fischfang, Krieg, Handwerksarbeit usw. übrig lassen. Die altgermanische Hufe war z. B. 30 Morgen gleich $7\frac{1}{2}$ ha.

Da unter primitiven Verhältnissen die bäuerlichen Familien sehr kopfreich sind, die Zahl von 5 Kindern durchschnittlich nicht zu hoch gegriffen ist, so ist der Bedarf mit ungefähr 1 ha pro Kopf zu schätzen.

Wie groß ist nun der Vorrat?

Nach dem englischen Geographen Ravenstein hat die Erde nach Abzug der Ozeane, der Eiskappen, der Wüsten, Steppen, Gebirge usw. 7,32 Milliarden ha „fruchtbares Land“. Setzen wir davon ein volles Viertel für Waldungen ab, so bleiben immer noch etwa 5,5 Milliarden ha Acker und Wiesenland.

Da die Zahl der Menschen heute maximal mit 1,8 Milliarden geschätzt wird, so kämen auf den Kopf etwa 3 ha, das dreifache des Bedarfs. Damit ist bewiesen, daß die Teuerung des Bodens nicht auf natürlicher Knappheit, sondern auf Sperrung beruht.

Gegen diese Rechnung könnten Einwände erhoben werden. Nicht alles auf der Erde vorhandene Land sei auch für den Ackerbau zugänglich. In den Tropen können die Kinder der gemäßigten Zone nicht arbeiten. In vielen Teilen der gemäßigten Zone seien die politischen Verhältnisse nicht sicher genug usw. usw.

Wir wollen diesen Einwänden gerecht werden und unsere Rechnung an einem der dichtest bevölkerten Länder der Welt, an unserem Deutschland, aufmachen. Wir wählen dieses Beispiel, weil das gewonnene Resultat selbstverständlich für alle Länder geringerer Bevölkerungsdichtigkeit, d. h. für den weitaus größten Teil des Kulturgebietes, mitentscheiden wird.

Daß der Vorrat Deutschlands an Land für Wohn- und Werkstätten-Boden jedes denkbare Bedürfnis weit überschreitet, ist

ohne weiteres klar und unbestritten. Die Gesamtfläche ist 54 Millionen ha. In der verschwenderischsten Gartenstadt würde mit Straßenland usw. auf die Familie höchstens $\frac{1}{2}$ Morgen, auf den Kopf $\frac{1}{10}$ Morgen entfallen, so daß auf dem ha 40 Köpfe Platz hätten. Für die 64 Millionen Deutsche würden also 1 600 000 ha als Wohn- und Gartenland völlig ausreichen; und Werkstättenland brauchten die Gewerbetreibenden nicht entfernt so viel. Ein Zwanzigstel der Gesamtfläche wäre für diese beiden Zwecke über und über genug.

Dagegen waren bisher die Volkswirte sämtlich der Meinung, daß für die Zwecke der Landwirtschaft der Grund und Boden in allzu geringem Vorrat vorhanden ist und deswegen „natürliches“ Monopol sei. Aber auch das ist falsch! Man hat eben niemals nachgerechnet. Rechnet man nach, fragt man, wieviel Land eine Bauernfamilie braucht und bestellen kann, dann zeigt sich sofort, daß auch in den Ländern der dichtesten Bevölkerung und höchsten Kultur viel mehr solcher Familien Platz haben, als heute darin leben.

Wir werden diese Berechnung jetzt aufmachen. Wir werden zuerst fragen: wieviel Land braucht eine deutsche Bauernfamilie, um das Mindestmaß an Landfläche festzustellen, das sie haben muß, um von ihrer Arbeit eine mittelständische Existenz zu führen. Und wir werden dann fragen: wieviel Land kann eine Bauernfamilie ausreichend bestellen, um das Höchstmaß des vernunftgemäßen Bedarfs festzustellen.

Wieviel Land braucht eine Bauernfamilie?

Nun, das ist natürlich sehr verschieden, je nach der Güte des Bodens, nach der Nähe des Absatzmarktes, nach dem Stande der Landeskultur. Um eine anständig-mittelständische Existenz zu führen, muß eine Bauernfamilie auf schlechtem Sandboden mehr Land haben als auf schwerem Schwemmboden, fern vom Markte oder wenigstens von der Eisenbahn mehr als in ihrer Nähe, in Ostpreußen mehr als im Rheinlande. Wir können

also nur ein national-durchschnittliches Mindestmaß festzusetzen versuchen.

Wir werden kaum Widerspruch finden, wenn wir behaupten, daß in Ländern höherer Kultur durchschnittlich ein Hektar pro Kopf, d. i. fünf Hektar pro Familie zu anständig-mittelständischer Existenz ausreichen. Dafür sprechen unter anderem folgende Tatsachen:

Der altgermanische Bauer konnte so viel Land nehmen, wie er wollte. Er nahm im Durchschnitt $7\frac{1}{2}$ ha gleich 30 Morgen Acker. Davon waren aber nur $\frac{2}{3}$ gleich 5 ha jährlich unter dem Pfluge, das letzte Drittel lag brach. Er bebaute also nur 5 ha und zog davon Nahrung genug, um seine sehr zahlreichen Kinder zu „Niesen“ aufzufüttern. Freilich hatte er noch Jagd, Fischfang und Viehweide in der Mark: aber dafür trug auch sein Land noch nicht die Hälfte dessen, was es heute trägt.

Sismondi sagt in seinen „Nouveaux Principes“ von der Campagna: „cinq arpents nourrissaient une famille et formaient un soldat“. ¹⁾ Da ein arpent nicht ganz 34 a hat, so war die für eine Familie ausreichende Fläche 1,7 ha.

Das règlement organique von 1830, das die rumänischen Bauern regulierte, bewilligte den einzelnen Familien im Maximum 7,5 ha, und zwar nur den Spannfähigen, die vier Ochsen besaßen, und auch diesen nur in den von Natur ärmeren Landesteilen (Walachei), während sie in den reicheren (Moldau) 4,5 ha erhielten. Solche, die nur 2 Ochsen besaßen, erhielten rund 5, auf dem reicheren Lande unter 3 ha, und die ohne Viehbesitz nur $3\frac{1}{3}$ bzw. $2\frac{1}{4}$ ha. Rumänien aber ist noch heute ein Land sehr primitiver Ackerkultur mit wenig Städten, schlechten Straßen und geringem Eisenbahnetz, dessen Bauern noch immer zum großen Teile Dreifelderwirtschaft treiben, d. h. jährlich nur $\frac{2}{3}$ ihres Landes bebauen. Wenn sie mit ihren sehr kinderreichen Familien von so kleiner Landfläche notdürftig existieren können, dann muß doch wohl ein deutscher Bauer auf durch-

¹⁾ „Fünf Morgen ernährten eine Familie und bildeten einen Krieger heran.“

schnittlich 5 ha anständig leben können? Denn er bebaut jährlich sein ganzes Land, zieht von ihm viel größere durchschnittliche Erträge, bekommt für sein Erzeugnis viel höhere Preise, zahlt für seine Bedürfnisse an Gewerbserzeugnissen viel geringere Preise, und hat durchschnittlich viel weniger Kinder zu ernähren.

Auch heute noch wird dieses Landmaß von agrarischen Autoritäten ersten Ranges für völlig ausreichend erklärt.

Max Sering sagt in einem soeben gehaltenen Vortrage¹⁾ über Rußland: „Lange Zeit schob man alle Schuld an dem zunehmenden Elend der russischen Bauernschaft ausschließlich auf die ungenügende Landausstattung, die sie bei der Emanzipation erhalten hatte. Es ist aber festgestellt, daß nur 23 % aller Bauernwirtschaften im Jahre 1905 weniger als 5 ha umfaßten. Das Land wird eben nicht richtig ausgenutzt.“ Daraus geht hervor, daß Sering selbst in einem Lande von relativ so primitiver Landwirtschaft und so schlechten Verkehrsverhältnissen wie Rußland 5 ha für eine Bauernfamilie für ausreichend hält; und dabei hat eine russische Bauernfamilie durchschnittlich viel mehr als 5 Köpfe. Rußland hat heute die größte Geburtsziffer von allen europäischen Staaten und trotz enormer Kindersterblichkeit die größte Zuwachsziffer.

In derselben Sitzung des Landes-Ökonomie-Kollegiums referierte Dr. Frost-Christiania über die agrarischen Verhältnisse der drei skandinavischen Staaten. Er sagte dabei folgendes: „Die Grenze für die Selbständigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes liegt unter den rauheren klimatischen Bedingungen des Nordens naturgemäß höher als bei uns im Westen (Deutschlands), oder gar in den westlichen Nachbarländern, wie Holland und Belgien, wo schon ein Betrieb von 2 ha unter Umständen selbständig sein kann. Im Norden kann man als Selbständigkeitsgrenze etwa 4–5 ha annehmen. In

¹⁾ Politik der Grundbesitzverteilung in den großen Reichen. Veröffentlichungen des Königl. Preuß. Landes-Ökonomie-Kollegiums. Heft 9. Berlin 1912 p. 20.

Dänemark etwas weniger, in Schweden und Norwegen etwas mehr".¹⁾

Hier wird das von uns bezeichnete Landmaß ausdrücklich für Deutschland als ausreichend bezeichnet. Und die deutsche Statistik bestätigt unsere Auffassung gleichfalls durchaus:

Die folgende Tabelle enthält die neuesten Zahlen über die ländlichen Verhältnisse in Deutschland aus den Veröffentlichungen über die Berufs- und Gewerbebezahlungen vom Jahre 1907.

Betriebe insgesamt				Davon „Hauptbetriebe“	
Größenklasse	Zahl der Betriebe	Fläche insgesamt ha	Landwirtschaftl. Fläche ha	Zahl	Landwirtschaftl. Fläche ha
bis 0,5 ha	2 084 060	619 066	359 553	89 166	24 400
0,5— 2 "	1 294 449	1 872 936	1 371 758	369 224	462 317
2— 5 "	1 006 277	4 306 421	3 304 878	718 905	2 446 400
5— 10 "	652 798	5 997 626	4 607 090	589 266	4 182 257
10— 20 "	412 741	7 770 895	5 814 474	391 704	5 528 591
20— 50 "	225 697	9 186 590	6 821 299	219 243	6 635 966
50— 100 "	36 494	3 436 421	2 500 804	35 418	2 428 803
100— 200 "	10 697	2 241 658	1 499 225	10 373	1 458 699
200— 500 "	9 389	4 156 773	3 003 938	9 276	2 970 715
500—1000 "	3 129	2 824 444	2 053 882	3 096	2 032 166
1000 u. dar.	369	693 656	497 973	365	491 366
Summa:	5 736 082	43 106 486	31 834 874	2 436 036	28 661 680

Nach diesen Zahlen gab es 1907 rund $5\frac{3}{4}$ Millionen landwirtschaftliche Betriebe überhaupt. Diese belegten rund 43 Millionen ha Fläche insgesamt; davon waren aber nur rund 32 Millionen „landwirtschaftlich genutzte Fläche“, d. h. Äcker, Gärten (ohne Ziergärten), Wiese, reiche Weide, Weingärten und Weinberge.²⁾

Von diesen $5\frac{3}{4}$ Millionen landwirtschaftlicher Betriebe überhaupt waren nahezu $\frac{3}{5}$, nämlich rund 3,3 Millionen „Neben-

¹⁾ l. c. p. 37.

²⁾ Der Rest von rund 11300100 Hektaren wird eingenommen von forstwirtschaftlich genutzter Fläche: 7 680 000 Hektaren, geringer Weide und Düngung: 1 061 000 Hektaren, Ob- und Unland: 1 471 000, sonstige Fläche (Haus, Hof, Wege, Ziergärten, Wasserflächen usw.): 1 059 209 ha. Die Zahlen nach der Statistik des Deutschen Reiches Bd. 212 1 a) p. 4—6. p. 246 ff.

betriebe“, d. h. solche, die ihrem Inhaber nur als Nebenerwerb dienen. Nur rund 2,4 Millionen waren „Hauptbetriebe“, d. h. solche, von denen ihr Inhaber sein Einkommen ganz oder zum größten Teil bezieht. Sie belegten von der landwirtschaftlichen Nutzfläche etwa $\frac{9}{10}$, nämlich rund 28,7 Millionen ha. Diese sind es, die uns hier allein interessieren.¹⁾

Die erste Klasse mit einer Nutzfläche von weniger als 0,5 ha oder 2 Morgen hat schon 89 000 Hauptbetriebe. Der Durchschnitt ist etwas über $\frac{1}{4}$ ha oder ein Morgen.

Die zweite Klasse mit einer Nutzfläche von 0,5 bis 2 ha hat 370 000 Hauptbetriebe mit der Gesamtfläche von 462 000 ha. Der Durchschnitt ist etwas unter 1,3 ha oder 5 Morgen.

Die dritte Klasse mit einer Nutzfläche von 2—5 ha hat 719 000 Hauptbetriebe mit der Gesamtfläche von $2\frac{1}{2}$ Millionen ha. Der Durchschnitt ist 3,4 ha oder 14 Morgen.

Diese drei kleinsten Klassen zusammen umfassen fast die Hälfte der Hauptbetriebe, nämlich rund 1 180 000 von rund 2 400 000. Fast die Hälfte aller Deutschen, die von der Landwirtschaft ihren Haupterwerb haben, bewirtschaften mithin weniger als 5 ha. Sie haben etwas über $\frac{1}{10}$ der gesamten nutzbaren Fläche der Hauptbetriebe inne, durchschnittlich kommt auf jeden weniger als $2\frac{1}{2}$ ha.

Wir dürfen aber unbedenklich weiter gehen und mindestens die nächste, mit Vorsicht auch die darauf folgende Größenklasse mit heranziehen. Denn wir haben ja ausdrücklich erklärt, daß auf geringerem Boden und in schlechterer Verkehrslage 5 ha pro Familie nicht ausreichen: nur im Durchschnitt reicht diese Fläche aus.

¹⁾ Es handelt sich bei den Nebenbetrieben zum allergrößten Teil um kleine Gartenparzellen, wie sie von städtischen Arbeitern nebenher bebaut werden, um Deputatland landwirtschaftlicher Tagelöhner und Dienstland von Beamten (Förstern, Lehrern, Pfarrern usw.).

Die vierte Klasse mit einer Nutzfläche von 5—10 ha hat 590 000 Hauptbetriebe mit der Gesamtfläche von 4,2 Millionen ha. Der Durchschnitt ist 7 ha. Gegen die Einbeziehung dieser Klasse wird niemand etwas einwenden können.

Diese vier Klassen zusammen umfassen rund 1 767 000 Hauptbetriebe von im ganzen 2,4 Millionen. Das sind fast Dreiviertel aller Hauptbetriebe! Sie haben zusammen etwa ein Viertel der landwirtschaftlichen Fläche aller Hauptbetriebe inne; durchschnittlich entfällt auf jeden von ihnen rund eine Nutzfläche von 4 ha. Wir sind also noch immer nicht auf unserem Durchschnitt von 5 ha.

Ziehen wir daher unter Vorbehalt nun auch noch die fünfte Klasse mit in unsere Rechnung ein:

Die fünfte Klasse mit einer Nutzfläche von 10—20 ha hat 392 000 Hauptbetriebe mit der Gesamtfläche von $5\frac{1}{2}$ Millionen ha. Der Durchschnitt ist 14 ha.

Diese fünf Klassen zusammen umfassen rund 2 160 000 Hauptbetriebe von im ganzen 2,4 Millionen. Das sind 90 %, neun Zehntel aller Hauptbetriebe. Sie haben zusammen 12,6 Millionen ha, 44 %, etwas über vier Zehntel, der landwirtschaftlichen Fläche inne; durchschnittlich entfällt auf jeden von ihnen eine Nutzfläche von rund 5,8 ha.¹⁾

¹⁾ Als Vergleich einige außerdeutsche Ziffern, die wir den mehrfach benutzten Veröffentlichungen des Königl. Preuß. Landes-Ökonomie-Kollegiums entnehmen:

In Dänemark sind von 249 983 landwirtschaftlichen Betrieben 133 602 = 53 5% unter 5 ha, und 180 217 = 72,1% unter 15 ha.

In Schweden sind von 349 793 Betrieben 313 333 unter 20 ha.

In Norwegen sind von 141 273 Betrieben 103 153 = 73% unter 5 ha, 124 326 = 88% unter 10 ha und 136 144 = 96% unter 20 ha. (Die Ziffern nach p. 35).

In Frankreich waren 1892 von rund 5,7 Millionen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (hier wird nicht wie in Deutschland, nur die land-

Wir haben noch andere Ziffern, die uns beweisen, daß selbst auf den kleineren Flächen eine Familie existieren kann: ¹⁾

Im ganzen wurden als Inhaber von landwirtschaftlichen Betrieben gezählt 1907 rund 2,4 Millionen selbständiger Landwirte im Hauptberuf. Davon waren fast 2 Millionen ohne Nebenberuf, nur etwas über $\frac{1}{2}$ Million gab einen solchen an. Und zwar gab es in Betrieben mit weniger als 2 ha landwirtschaftlicher Fläche 319 000, in denen mit 2—5 ha Fläche 495 000 ohne Nebenberuf. W ithin leben über 800 000 Haushaltungen auf Flächen von weniger als 5 ha rein von der landwirtschaftlichen Produktion. Das ist mehr als ein Drittel aller Hauptbetriebe ohne Nebenberuf.

Nach dem, was oben gesagt wurde, dürfen wir den größten Teil der Betriebe von 5—20 ha Nutzfläche unbedenklich mit einbeziehen. Von ihren Inhabern waren nicht weniger als 809 000 ohne Nebenberuf. Zusammengerechnet wären also stark zwei Drittel aller kleineren Hauptbetriebsinhaber der Landwirtschaft ohne Nebenberuf.

Daß diese Elemente zum weitaus größten Teile in, wenn auch bescheidener, so doch gesicherter und auskömmlicher, „mittelständischer“ Existenz leben, ist gewiß, und am wenigsten dürften es die Verteidiger unserer Wirtschaftsordnung bestreiten. Denn, wollten sie behaupten, daß diese Zwerg- und Kleinbauern proletarische Existenzen seien, so bleiben wenig Nicht-Proletarier übrig. Wir haben in Deutschland im ganzen fast 18 Millionen, mit Angehörigen über 32 Millionen, „Arbeiter“ und 472 000, mit Angehörigen 793 000, ihnen sozial gleichstehender Elemente der Abteilung D: (häusliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art usw.);

wirtschaftlich genutzte Fläche, sondern die Gesamtfläche gezählt; die Zahlen der Kleinbetriebe würden daher nach deutscher Berechnung größer erscheinen) nicht weniger als 4 065 000 = 71 % unter 5 ha und 5 283 000 = 93% unter 20 ha. Über 40 ha hatten nur 2,4% der Betriebe, die aber 37,1% der Gesamtfläche und 37,0% der landwirtschaftlich benutzten Fläche belegten. (a. a. O. S. 51).

¹⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911 p. 38/9.

ferner gibt es rund 1 265 000 häusliche Dienstboten; das sind schon 35 Millionen unselbständiger Proletarier.

Nun sind von den Selbständigen notorisch viele Kleinmeister, namentlich viele der „Meinmeister“¹⁾ in Industrie, Handel usw. nicht besser oder schlechter gestellt als Arbeiter: wenn nun auch noch die Hälfte aller selbständigen hauptberuflichen Landwirte ohne Nebenberuf eine „proletarische“ Existenz zu führen hätte, dann wäre unserer Ordnung in der Tat der Stab gebrochen.

Aber, wie gesagt, gerade diese kleinen Landwirte sind notorisch zum größten Teile gedeihliche Bürger, der beste Teil unserer Volkskraft; keine Klasse stellt entfernt so viel Rekruten wie sie: der sicherste Beweis, daß sie satt zu essen haben. Wie erklärt es sich, daß von so kleinen Fetzen Land, wie viele von ihnen doch nun einmal nur haben, ein so hoher Reinertrag erwirtschaftet werden kann?

Die Antwort lautet: Arbeitsintensiver Betrieb, namentlich in der Viehzucht.

Auch dafür einige Zahlen der deutschen Statistik:

Es waren beschäftigt pro ha der landwirtschaftlichen Fläche folgender Größenklassen:²⁾

Größenklasse ha	Am 12. Juni 1907		Höchstzahl der im letzten Jahre (13. 6. 06 bis 12. 6. 07) gleich- zeitig beschäftigten:	
	Arbeitende überhaupt	dav. ständige Arbeitskräfte	überhaupt	dav. nicht-stän- dige Arbeitskräfte
unter 0,5	5,6	2,4	7,3	2,2
0,5— 2	1,7	0,9	2,7	0,7
2— 5	0,9	0,64	1,1	0,3
5— 20	0,44	0,34	0,6	0,2
20—100	0,22	0,16	0,3	0,13
100 u. mehr	0,17	0,11	0,2	0,09

¹⁾ 1907: 1 463 518 ohne Angehörige. (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1909 p. 75).

²⁾ Berechnet nach Statistik des Deutschen Reiches Bd. 211 Tab. 4 p. 456.

Man erkennt aus der Tabelle ohne Schwierigkeit, daß die Arbeits-Intensität auf den kleinsten Betrieben am größten ist und regelmäßig mit der Größe der Betriebe schnell absinkt. Oder mit anderen Worten: je kleiner der Betrieb, um so mehr Arbeit wird auf den Hektar verwendet.

Lassen wir der Vorsicht halber die kleinste Klasse unter 0,5 ha außer unserer Berechnung, da die Angaben darüber nicht immer zuverlässig sind, und da sie eine Anzahl von Forstbetrieben umschließt, deren forstmännisches Personal hier als landwirtschaftliche Arbeitskräfte gezählt sind.

Dann zeigt sich immer noch, daß die Zwergbauern (0,5—2 ha) pro ha zweimal so viel ständige Arbeitskräfte beschäftigen wie die Kleinbauern (2—5 ha), viermal so viel wie die Mittelbauern (5—20 ha), achtmal so viel wie die Großbauern (20—100 ha) und zehnmal so viel wie die Großgrundbesitzer (über 100 ha). Die übrigen Kolonnen ergeben ungefähr das gleiche Resultat.

Nun sind diese Zahlen nicht durchaus günstig zu beurteilen. Unzweifelhaft drückt sich in ihnen eine gewisse Rückständigkeit der Technik, der notgedrungene Verzicht auf maschinelle Hilfe, der Mangel an Zugvieh von genügender Zahl und Güte mit aus. Mit anderen Worten: hier, namentlich in den kleinsten Betrieben, besteht zweifellos eine gewisse Verschwendung von menschlicher Arbeit.

Aber es wäre gründlich verkehrt, alles auf diese eine Erklärung zu stellen. Dagegen spricht die zunehmende Blüte der kleinen Landwirte allzu entschieden. Nein, der größte Teil dieser ungeheuren Arbeitsverwendung ist nicht Arbeitsverschwendung, sondern produktive, rentable, rationelle Anlage. Der kleine Wirt arbeitet schon dort, wo er die gleichen Früchte baut, wie der große, mit unverhältnismäßig mehr Sorgfalt, Liebe und Interesse und holt darum unter sonst gleichen Verhältnissen¹⁾ höhere Er-

¹⁾ Daß der Großbetrieb noch heute im eigentlichen Ackerbau vielfach intelligenter und namentlich mit stärkerer Kunstdüngung wirtschaftet, ist sicher. Aber der Kleinbauer holt den Vorsprung reißend schnell ein. Sering

träge aus dem Acker. Vor allem aber ist seine Betriebsrichtung schon in der Pflanzenzucht viel intensiver: er bebaut einen viel größeren Anteil seiner Fläche gartenmäßig und in Hackfrucht-
kultur; und gar in der Viehzucht ist sein Vorsprung unge-
heuer.

Nach der Berufszählung von 1907 entfielen auf den
Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche der folgenden Größen-
klassen an Nutztieren¹⁾:

Größenklasse	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen
unter 2 ha	0,04	0,76	0,24	2,53	1,56
2— 5 "	0,07	0,95	0,11	0,94	0,13
5— 20 "	0,13	0,76	0,14	0,61	0,04
20—100 "	0,13	0,57	0,25	0,39	0,01
100 und mehr	0,09	0,33	0,62	0,20	0,001

Die Berechnung ist so angestellt, daß wir die Zahl der in
jeder Größenklasse vorhandenen Nutztiere dividiert haben durch
die Gesamtgröße der zu jeder Klasse gehörigen landwirt-
schaftlichen Fläche. Dadurch ist die Klasse der Parzellen- und
Zwergbauern (unter 2 ha) viel zu ungünstig weggekommen. Denn
hier hält fast $\frac{1}{3}$ sämtlicher Betriebe überhaupt keine Tiere, während
die viehlosen Betriebe in allen übrigen Größenklassen so gering an
Zahl sind, daß sie vernachlässigt werden können. Trotz dieser
ungünstigen Berechnung springt die ungeheure Überlegenheit der
Parzellenbetriebe ins Auge, namentlich in der Schweine- und
Ziegenzucht, während natürlich hier die Pferdehaltung sehr ge-
ring ist.

Lassen wir aber auch hier die kleinste Klasse aus der Rech-
nung, so zeigt sich, daß nur in der Schafhaltung der Großbetrieb

schreibt (a. a. O. S. 29) von der „Überlegenheit der bäuerlich-familien-
haften über die herrschaftliche Arbeitsverfassung, die nur durch besondere
Intelligenz des einzelnen Großlandwirts ausgeglichen zu werden vermag“.
Ähnlich Frost S. 38.

¹⁾ Berechnet nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich
1911 p. 34/5.

allen anderen überlegen ist. — Und diese ist als Großschafhaltung ein charakteristisches Kennzeichen des extensiven, landverschwendenden Betriebes. Überall sonst ist die Viehhaltung um so stärker, je kleiner der Betrieb.

Die Kleinbauern halten pro ha fast so viel P f e r d e, wie die Großgrundbesitzer; Mittel- und Großbauern halten, was sehr für die höhere Intensität ihrer Ackerwirtschaft gegenüber dem Großbetriebe spricht, halb mal so viel wie die Großgrundbesitzer (13 : 9).

Was die K i n d e r h a l t u n g anlangt, so hält der Kleinbauer pro ha ungefähr ein Drittel mehr als der Mittelbauer, nicht ganz doppelt so viel wie der Großbauer und dreimal so viel wie der Großbesitzer¹⁾.

S c h w e i n e hält der Kleinbauer pro ha um die Hälfte mehr als der Mittelbauer, fast dreimal so viel wie der Großbauer, fast fünfmal so viel wie der Großbesitzer.

Die Zahlen über die Z i e g e n sprechen für sich selbst.

Leider fehlt hier jeder Nachweis über das N u z g e f l ü g e l, in dessen Haltung bekanntlich die kleineren Betriebe den größeren ebenfalls ungeheuer überlegen sind. Der kleinste Parzellenbesitzer hält wenigstens sein Volk Hühner, die er von den Abfällen seines Tisches und Stalles füttert.

Der Parzellen- und Zwergbesitz hat mit rund 1 700 000 ha etwa 5% der deutschen Nutzfläche inne. Er ernährt darauf rund 1 700 000 Haupt Großvieh (Pferde und Rinder): das sind 7% des Gesamtbestandes (von rund 23,5 Millionen). Also selbst diese Größenklasse, von der man es am wenigsten erwarten sollte, hat mehr Großvieh, als ihrer Fläche entspricht. Von den Schweinen ernährt er mehr als $4\frac{1}{3}$ Millionen, das sind fast

¹⁾ Dabei ist die Kinderhaltung bei uns durch die Zölle, namentlich auf Futtermittel, viel kleiner als sie sein könnte. Nach Frost (a. a. O. S. 37) halten in Dänemark, das sein Vieh mit zollfreiem amerikanischen Getreide füttert, die Großbauern 30—40, die Kleinbauern 10—25, und die Kleinbauern und Arbeiter 5—10 Stück Kühe (Vieh) im Stalle!

25 % der Gesamtzahl (rund 18,87 Millionen). Von den Schafen ernährt er fast 5 %, von den Ziegen 73 %.

Der Kleinbetrieb (2—5 ha) hat etwa 10,6 % der Fläche. Er ernährt vom Großvieh 14,5 %, von den Schweinen etwa 15 %.

Der Großbetrieb aber (über 100 ha) hat etwa 22 % der Fläche. Er ernährt vom Großvieh weniger als 13 %, von den Schweinen 7,4 %, von den Schafen allerdings 48 %. Da man aber 12 Schafe gleich einem Haupt Großvieh rechnet, so ist damit sein ungeheures Defizit nicht im entferntesten gedeckt, ganz abgesehen von Ziegen und Geflügel. Es zeigt sich, daß der Großbetrieb für alles Lebende, Mensch und Tier, nur eine sehr beschränkte Fassungskraft besitzt.

Damit dürfte unsere Behauptung völlig erhärtet sein, daß durchschnittlich 1 ha pro Kopf und 5 ha pro Familie unter den Verhältnissen westeuropäischer Kultur hinreichen, um den Landwirten eine anständig-mittelständische Existenz zu gewähren: Wir haben gesehen, daß die ungeheure Mehrheit aller deutschen Landwirte mit dieser Fläche auslangt, und wir haben gesehen, durch welche Mittel sie ihr die nötigen Erträge entreißen: Arbeitsintensität, namentlich in der Viehzucht! Die kleinen Betriebe, selbst sehr kleine, können eine Familie voll beschäftigen und auskömmlich ernähren.

* * *

Nachdem wir so das Mindestmaß der bäuerlichen Lufe für deutsche Verhältnisse festgestellt haben, wollen wir nach dem Höchstmaß fragen:

Wieviel Land kann eine bäuerliche Familie ohne Hilfskräfte bestellen?

Wir fragen: ohne Hilfskräfte!

Denn wir gehen von der Voraussetzung aus, daß das deutsche Nutzland ungefähr gleichmäßig verteilt, nirgend durch das Groß-Bodeneigentum gesperrt wäre. Unter dieser Voraussetzung aber gäbe es keine landwirtschaftlichen Arbeiter, weder im Haupt- noch im Nebenberuf.

Alle Berufsangehörigen der Landwirtschaft hätten ausreichend Land, und es wäre noch viel übrig. Das zeigt folgende Berechnung:

Deutschland hat, wie wir wissen, rund 32 Millionen ha „landwirtschaftlich genutzter Fläche“. 1907 aber lebten in Deutschland von der Landwirtschaft als dem Hauptberuf im ganzen nur rund 17 Millionen Köpfe ¹⁾. Es kommen also pro Kopf nicht ein, sondern fast 2 ha, pro Familie nicht 5, sondern fast 10 ha reiner Nutzfläche, das Doppelte dessen, was wir als ausreichend bezeichnen konnten.

Das dürfte genügen, um zu beweisen, daß es bei Fortfall der Bodensperre keine landwirtschaftlichen Arbeiter geben würde. Der Bauer müßte sich mit den Kräften seiner Familie allein behelfen. Auf eine 5 köpfige Familie dürfen im Durchschnitt höchstens zwei volle landwirtschaftliche Arbeitskräfte gerechnet werden, eine der Mann, eine halbe die Frau, eine halbe die Kinder.

Wieviel Land können diese zwei Arbeitskräfte in einer Bauernwirtschaft von gehöriger Intensität mit gehöriger Viehhaltung höchstens bestellen?

Hier dürften 10 ha gleich 40 Morgen selbst auf leichtem Boden die Obergrenze sein. Nach unserer Tabelle auf S. 23 braucht der Kleinbetrieb auf 5 ha durchschnittlich 3,2, der Mittelbetrieb auf 10 ha 3,4 ständige Arbeitskräfte; in der Zeit des größten Arbeitsbedarfs braucht der Kleinbetrieb auf 5 ha durchschnittlich 5,5, der Mittelbetrieb auf 10 ha 6 Arbeitskräfte.

Danach dürfte die Fläche von durchschnittlich 5 ha wie das Mindestmaß des Bedarfs auch ungefähr das Höchstmaß der Leistungsfähigkeit einer Bauernfamilie ohne Gefinde und Hilfskräfte darstellen, wenn die Viehhaltung nicht vernachlässigt werden soll. Nach unserer Tabelle auf S. 25 müßte ein solcher Betrieb durchschnittlich halten 5 Haupt Großvieh, 5 Schweine und entweder ein Schaf oder eine Ziege, abgesehen von dem Nutzgeflügel.

¹⁾ Und zwar 16920671 Köpfe von der Landwirtschaft im engeren Sinne, und 322264 Köpfe von Gärtnerei und Tierzucht. Außerdem 364590 Köpfe von Forstwirtschaft und Jagd, und 73651 von Fischerei.

Wenn der Mann 20 Morgen Land, wovon ein größerer Teil Garten, Kartoffel- und Rübenland ist, jährlich düngen, pflügen, eggen, walzen, säen, behacken, einern, einfahren, dreschen usw. soll, und wenn die Frau außer der Hilfe in der Landwirtschaft, die sie zu leisten hat, und außer der Hauswirtschaft, täglich 5 Haupt Großvieh (wovon 2—4 Kühe täglich 2 mal zu melken sind) zu füttern, für fünf Schweine zu kochen, und ihr Geflügel zu betreuen hat, dann haben beide mit Einschluß der Kinder sehr reichlich zu tun.

Wir sehen denn auch aus der ersten Tabelle, daß die Großbauern-Betriebe viele ständige Arbeitskräfte brauchen, die nicht der Familie angehören können. Nehmen wir den Durchschnitt der Klasse 4 (5—20 ha) mit rund 13 ha, so sind hier allein an ständigen Arbeitern 13 mal $0,34=4,4$ und im Meistbedarf 7,8 Arbeitskräfte erforderlich; und in der nächsten Klasse (20—100 ha) wären auf dem Durchschnitt von 60 ha 9,6 ständige und im Meistbedarf 18 Arbeitskräfte erforderlich.

Wir sehen also: die durchschnittliche Fläche von 1 ha pro Kopf wäre eine bäuerliche „Hufe“ im alten Wortsinne. Das Wort soll nach Grimm mit „Behuf“ d. i. Bedarf verwandt sein — und für einen bäuerlichen Familienbedarf langt diese Hufe auch aus. Und sie erfüllt auch die zweite Forderung eines rationellen Landmaßes, nämlich: die Leistungsmöglichkeit einer bäuerlichen Familie voll auszunützen.

Da nun Deutschland rund 32 Millionen ha landwirtschaftlicher Fläche und nur rund 17 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung hat, so könnten alle diese Menschen als selbständige, mittelständisch-gedeihliche Bauernfamilien seßhaft sein, und fast die Hälfte des gesamten Reichlandes bliebe noch unbesezt, 15 Millionen ha, eine Fläche, die noch auf überaus lange Zeit ausreichen würde, um dem Nachwuchs der Landbevölkerung Raum zu geben. Wir wachsen jetzt jährlich um rund 900 000 Köpfe; die Landbevölkerung stellt etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung dar; ihr Wachstum ist also statistisch mit 225 000 Köpfen anzuschlagen. Da sie aber kinderreicher ist als

die Städter, wollen wir ihr 300 000 Köpfe Zuwachs zubilligen. Dann würden selbst bei Zinseszinsberechnung 40—45 Jahre vergehen müssen, ehe das deutsche Rußland völlig besetzt wäre, selbst wenn wir annehmen, daß alle Landkinder ohne Ausnahme Landleute werden (was eine unmögliche Voraussetzung ist). Inzwischen aber wäre ganz Deutschland unter der Annahme dieser Volksvermehrung, auf weit über 100 Millionen Köpfe angewachsen — und unter dieser Voraussetzung wäre die durchschnittliche Hofe von 5 ha schon wieder viel zu groß. Intensität des Ackerbaus und Größe der Viehhaltung wären so sehr gestiegen, daß vielleicht 3 ha durchschnittlich gebraucht würden und bestellt werden könnten; die 32 Millionen Landbevölkerung brauchten dann zusammen auch nur rund 20 Millionen ha, und es wäre wieder Platz für 20 Millionen neuer Landwirte.

Wer das bestreiten wollte, müßte annehmen, daß die Bodenkultur jetzt plötzlich in ihrem unglaublich schnellen Fortschritt ein für allemal Halt macht, und würde sich damit in Gegensatz zu allen landwirtschaftlichen Autoritäten stellen. Max Delbrück behauptet, daß die deutsche Landwirtschaft im 19. Jahrhundert ihre Ackererträge vervierfacht hat, und hält es für unbedingt gewiß, daß sie sie im 20. Jahrhundert mindestens noch einmal verdoppeln wird. Aber dazu gehört außer Kunstdünger und sonstiger Technik vor allem mehr Arbeit an der Flächeneinheit. Oder mit anderen Worten: der Bauer des 21. Jahrhunderts wird weniger Boden brauchen und bestellen können als der des 20. Man kann über das Tempo dieser Entwicklung streiten, aber nicht über diese Entwicklung selbst.

Indessen: lassen wir die Zukunft aus dem Spiele!

Für die Gegenwart ist klar, daß der Vorrat an Rußland selbst im dicht besiedelten Deutschland über und über für das Bedürfnis ausreicht.

Trotzdem hat weit über die Hälfte aller in der Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Deutschen überhaupt kein Land, und unzählige Parzellen-, Zwerg-, Klein- und kleine Mittelbesitzer haben nicht

genug Land, um ihre ganze Arbeitskraft nutzbringend darauf anzuwenden, so daß sie entweder darben oder Nebenberufe betreiben müssen.

Von jenen 17 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung gehörte weit über die Hälfte dem Stande der landwirtschaftlichen Arbeiter und Beamten an. Es gab mittlere Beamte¹⁾ in Landwirtschaft und Gärtnerei mit ihren Angehörigen rund 181 000, Dienerschaft im Hause der Landwirte rund 153 000, und Arbeiter rund 9 336 000, alles samt Angehörigen, also Unselbständige insgesamt 9 670 000, so daß Selbständige (inkl. der leitenden Beamten samt Angehörigen) nur 7 570 000 übrig bleiben.

Statt 32 Millionen mittelständischer Existenzen ernährt das deutsche Rußland also nur 17 Millionen überhaupt, und davon nur höchstens $7\frac{1}{2}$ Millionen anständig, wenn wir nämlich unterstellen, daß auch die kleinsten Parzellenwirte ohne Nebenerwerb schon anständig leben können, was natürlich nur in Ausnahmefällen möglich ist. Mindestens 10 Millionen von den 17 leben als Proletarier, weil sie entweder zu wenig oder gar kein Land besitzen!

Damit ist unsere Behauptung unwiderleglich bewiesen: das Monopol des Grund und Bodens ist kein „natürliches“, beruhend auf der Seltenheit, sondern ein „rechtliches“, beruhend auf der Sperrung des an sich überreichen Vorrates.

* * *

Dieses Monopol des Grund und Bodens ist im Rechte verankert, im Rechte, mehr Grund und Boden zu Eigentum zu besitzen, als man mit den Kräften der eigenen Familie bewirtschaften will und kann. Wie ein Recht nach Stammler überhaupt immer die Form ist, durch die sich ein wirtschaftlicher Inhalt schützt und erhält, so ist die rechtliche Form des Boden-Monopols das Großgrundeigentum.

¹⁾ Die höheren leitenden Beamten zählen mit unter den „Selbständigen“, deren Hauptteil die Besitzer bilden. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1909 S. 10/11.

Nicht das Grundeigentum im allgemeinen ist die Ursache der sozialen Not, wie die Bodenreformer und viele andere geglaubt haben, und glauben, sondern das Groß-Grundeigentum, gerade wie in unserer belagerten Stadt nicht das Korneigentum der Schuldige war, sondern das Groß-Korneigentum — das im übrigen nur unter seltenen Bedingungen schädlich sein kann. Denn Korn ist in der Regel eine Ware, deren Angebot durch die Konkurrenz vermehrt werden kann.

Der Grund und Boden aber kann niemals durch die Konkurrenz vermehrt werden. Und deshalb ist massenhaftes Grundeigentum schon unter gewöhnlichen Umständen ein Monopol und erpreßt den Mehrwert der Grundrente.

Die Juristen wissen lange, daß es bestimmte, mächtige Abarten des Eigentums gibt, deren Wesen nicht, wie sonst beim Eigentum, darin besteht, daß der Eigentümer es gebrauchen kann, wie er will, sondern deren Wesen und Wert darin besteht, daß der Eigentümer alle anderen daran verhindern darf, es zu gebrauchen, um sie zu zwingen, ihm den Mehrwert abzutreten. Solch ein „privatives“, d. h. „beraubendes“ Eigentum ist vor allem das Großgrundeigentum, das rechtliche Gehäuse der Bodenmonopolisierung. Sein Zweck und Wert beruht nur darauf, daß es die Masse verhindert, selbst Land zu besitzen; daß er dadurch eine Klasse von Landarbeitern erschaffen hat und fortbestehen läßt; daß er auf diese Weise zwischen den großen Landeigentümern und den Landarbeitern das Klassen-Monopolverhältnis geschaffen hat und aufrecht erhält, das diese zwingt, jenen den Mehrwert der Grundrente abzutreten.

Wäre der Vorrat an Land nicht in wenigen Händen monopolisiert, sondern ungefähr gleichmäßig verteilt, so könnte ebenso wenig eine Bodennot und ein Bodenwucher auftreten, wie in der belagerten Stadt eine Getreidenot und ein Getreidewucher auftreten könnte, wenn der überreiche Kornvorrat ungefähr gleichmäßig verteilt wäre. Die Not und der Wucher treten in beiden Fällen nur ein, weil der Vorrat sehr ungleichmäßig verteilt ist, so daß die vielen gezwungen sind, ihr notwendigstes Lebensbedürfnis

von den wenigen zu jedem erschwinglichen Preise zu erwerben; und sie sind in beiden Fällen dazu gezwungen, weil die Konkurrenz nicht eingreifen kann, den Vorrat zu vermehren, das eine Mal nicht, weil das Korn nicht von außen hereingebracht werden kann, und das andere Mal nicht, weil der Boden überhaupt künstlich nicht vermehrt werden kann. Wo aber die Konkurrenz nicht eingreifen kann oder darf, da ist Monopol und — Mehrwert.

Würde die Monopolisierung nur zum kleinen Teil aufgehoben, d. h. würde dem Volke nur ein Teil des großen Grundeigentums zugänglich gemacht, so wäre der ganze Rest der Großbesitzer bankrott, das Eigentumsrecht daran ohne jeden wirtschaftlichen Inhalt und Vorteil. Das geht aus folgenden Berechnungen klar hervor:

Die beiden großbäuerlichen Klassen unserer Tabelle, die Betriebe mit einer Fläche von 20—50 ha und von 50—100 ha, zählen zusammen rund 260 000 Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund 9,3 Millionen ha¹⁾. Nun haben wir erfahren, daß es auch gerade rund 9,3 Millionen landwirtschaftliche Arbeiter samt Angehörigen gibt. Würde man also auch nur das Großbauernland verteilen, so würde man fast die gesamte Landarbeiterbevölkerung als mittelständische Bauernbevölkerung sesshaft machen können — und es gäbe in ganz Deutschland fast keinen einzigen Landarbeiter mehr.

Dann aber lägen die gesamten sieben Millionen ha landwirtschaftliche Fläche, die der Großbetrieb im engeren Sinne heute bestellt, völlig brach, und die Besitzer wären bankrott, wenn es

¹⁾ Hier dürfen wir die Betriebe insgesamt, nicht mehr nur die Hauptbetriebe, in Rechnung setzen, weil es keinem Zweifel unterliegt, daß auf Flächen von solcher Größe eine Familie leben kann. Es ist für uns gleichgültig, daß manche große Bauerngüter, wie auch Rittergüter, Schankwirtin, Müllern, Brauern, reichen Kaufleuten, Rentnern, Beamten usw. nur als „Nebenerwerbssquelle“ dienen.

ihnen nicht gelänge, die sämtlichen nötigen Arbeiter aus dem Auslande einzuführen.

Noch eine andere kleine Berechnung:

Der deutsche Großgrundbesitz beschäftigte am 12. Juni 1907 einschließlich der Betriebsleiter und Beamten im ganzen 1 237 329 Arbeitskräfte, wovon rund 834 000 ständige. Die *H ö c h s t z a h l* der im vergangenen Jahre gleichzeitig beschäftigten Arbeitskräfte belief sich auf 1 469 685, wovon rund 632 000 nichtständige. Wir rechnen hoch, wenn wir auf reichsdeutsche Arbeiter 1,1 Millionen rechnen (der Rest sind auswärtige Wanderarbeiter¹⁾). Unter diesen deutschen Arbeitskräften befinden sich viele Kinder und Jugendliche; unter den Erwachsenen werden die Männer wenig zahlreicher sein als die Weiber; alles in allem rechnen wir wieder sehr hoch, wenn wir annehmen, daß jene 1,1 Millionen reichsdeutsche Arbeitskräfte des Großbesitzes zusammen 600 000 Familien zu je 5 Köpfen darstellen²⁾.

Würde man diese Arbeiter mit je 5 ha pro Familie als selbständige Bauern ansiedeln, so würde von den 7 Millionen Nutzfläche des Großbesitzers mehr als $\frac{4}{7}$ brach liegen, weil der Rest keinen einzigen Arbeiter mehr hätte. Diese Berechnung entspricht auch exakt der alten Erfahrung, daß ein Rittergut nach der Parzellierung 2—3 mal so viel Menschen (und Vieh) ernährt wie vorher.

Es würde mithin genügen, drei Siebentel des Großgrundeigen-

¹⁾ Nach der Statistik der Deutschen Feldarbeiter = Zentrale hat sie 1911: 386 000 ausländische Landarbeiter mit Legitimation versehen. Das ist aber nur die Mindestziffer. In der Tat kommen mehr herein.

²⁾ Diese Schätzung wird durch folgende Erwägung gestützt: der Großgrundbesitz belegt in Deutschland rund 10 Millionen ha gleich 100 000 qkm Fläche insgesamt. Die reinen Großgrundbesitzbezirke sind diejenigen Bezirke Deutschlands, die am dünnsten bevölkert sind. Mecklenburg-Strelitz hatte z. B. 1910 nur 36,3, Schwerin 48,7 Köpfe pro qkm insgesamt mit Bauernschaften und Städten. Wenn wir auf das Areal des Großgrundeigentums *a l l e i n* nur auf Tagelöhner usw. 30 Köpfe pro qkm rechnen, so ist das reichlich. Nach Sering übersteigt die Bevölkerung der Gutsbezirke nur selten 20—30 Köpfe pro qkm und sinkt in einzelnen Fällen bis auf 4 herab.

tums zu verteilen, um dem Rest den letzten Arbeiter zu nehmen und dadurch seinem Eigentumsrecht den wirtschaftlichen Inhalt völlig zu rauben. Ja, es würde schon genügen, ein Zehntel mit einem Schläge aufzuteilen, um so viel Arbeiter abzusaugen, daß der Lohn der Übrigbleibenden hoch genug empor schnellen würde, um den größten Teil der übrigen neun Zehntel zu ruinieren.

* * *

Damit dürfte unzweifelhaft erwiesen sein, daß die Bodensperre in der Rechtsform des Großgrundeigentums zwischen den Großgrundeigentümern (Großbauern und Großgutsbesitzern) einerseits und der Landarbeiterschaft andererseits das Klassen-Monopolverhältnis hergestellt hat und aufrecht erhält, und daß aus dieser Quelle der eine Hauptteil des gesellschaftlichen Mehrwertes stammt, die Grundrente.

Dasselbe gilt nun aber auch für den zweiten Hauptteil des gesellschaftlichen Mehrwertes, für den Kapitalprofit. Auch der Kapitalprofit ist ein Klassen-Monopolgewinn, und zwar stammt er gleichfalls aus der Bodensperre, steht mit ihr und wird mit ihr fallen. Wenn die Grundrente unmittelbare Folge der Bodensperre ist, so ist der Kapitalprofit ihre mittelbare, abgeleitete, sekundäre Folge.

Wir haben oben den Marx'schen Kernsatz angeführt und gebilligt, wonach das Kapital ein „gesellschaftliches Klassenverhältnis“ ist. Produktionsmittel sind nicht „Kapital“, d. h. Mehrwert heckender Wert, werfen keinen Profit ab, wenn das gesellschaftliche „Kapitalverhältnis“ nicht besteht. Nur, wenn die Kapitalistenklasse im Besitz aller Produktionsmittel der Klasse der „freien Arbeiter“ gegenübersteht; nur, wenn die Arbeiter selbst, los und ledig, aller Produktionsmittel entbehren, so daß sie ihre Arbeit zum Minderwert an die Kapitalisten verkaufen müssen: nur dann erhalten diese Mehrwert, Profit, — und nur dann sind ihre Produktionsmittel „Kapital“. Denn nur das heißt Kapital, was Profit abwirft.

Und nun behaupten wir und werden es beweisen: ohne die Bodensperre gäbe es vielleicht „Arbeiter“,

aber keine „freien“ Arbeiter. Wäre nicht der Boden durch das Großgrundeigentum gesperrt, so gäbe es keine Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeit zum Minderwert zu verkaufen — und dann gäbe es natürlich auch keinen Mehrwert, keinen Profit, und das Eigentum an den Produktionsmitteln wäre nicht „Kapital“.

II.

Wesen und Entstehung des Kapitalismus.

Erster (nationalökonomischer) Teil.

Wesen des Kapitalismus.

Unter Kapitalismus verstehen wir eine vom Kapital und seinen Interessen im wesentlichen beherrschte Gesellschaftsordnung. Und so stellt sich uns die Frage nach dem Wesen des Kapitalismus zunächst als Frage nach dem Wesen des Kapitals. Was ist Kapital? Der gebildete Mensch antwortet gemeinhin mit der Erklärung der alten Ökonomen: Kapital ist ein Stamm von Produktionsmitteln; und zwar wird gewöhnlich als Kapital im engeren Sinne das produzierte Produktionsmittel vom unproduzierten, dem Grund und Boden, unterschieden. Nach dieser engeren Definition ist Kapital also alles Erzeugnis der produktiven Arbeit, das nicht zum unmittelbaren Verzehr als Genußgüter, sondern zur Herstellung anderer Genußgüter bestimmt ist, also Werkstätten und Fabriken, Werkzeuge und Maschinen, Rohstoffe, wie Gewebefasern, Metalle, Farben, und schließlich Hilfsstoffe, wie Kohle, Schmieröl usw. Dazu kommt, als eine der wichtigsten Kapitalsarten, das Geld, Edelmetall in gemünzter oder ungemünzter Form.

Diese Definition des Kapitals ist nicht gerade falsch, aber sie ist völlig ungenügend. Sie ist rein beschreibend, indem sie gewisse äußerliche Kennzeichen unter einen Begriff bringt, aber sie ist insofern ungenügend, als sie das eigentliche Problem, das in

dem Worte Kapital begriffen liegt, nicht einmal streift. Dieses Problem lautet in allgemeinsten Fassung: wie ist die Eigenschaft des Kapitals zu verstehen, daß es seinem Eigentümer einen Gewinn abwirft, den Profit? So stellt sich uns jetzt die Frage nach dem Wesen des Kapitalismus wieder in einer neuen, noch präziseren Fassung: als die Frage nach der Entstehung des Kapitalprofiten.

Daß hier überhaupt ein Problem liegt und gar das Zentralproblem aller modernen Volkswirtschaft, wird häufig übersehen. So sei mir gestattet, es mit um so größerer Ausführlichkeit vor Augen zu rücken.

Die Tatsache, daß die Verfügung über eine gewisse Menge Kapital, sei es an Geld oder an Maschinen usw., ihrem Eigentümer eine je nach der Sicherheit der Anlage höhere oder geringere Profitmasse einbringt, ist so sehr die Voraussetzung aller beruflichen Tätigkeit des Kaufmanns, daß er wenig geneigt ist, sie kritisch zu betrachten. Sie ist ihm das a priori gegebene, der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, die sichere, selbst keiner Prüfung und keines Beweises bedürftige Grundlage, auf der alle seine Berechnungen und Handlungen ruhen. Der Profit erscheint ihm als etwas schlechthin „Natürliches“. Wenn man ihn fragt, wie denn der Profit zustande kommt, so pflegt er zu antworten: „Das Kapital arbeitet“, und betrachtet den Profit naiv als den Arbeitslohn des Kapitals.

Nun mag man wohl im vollstümlichen bildlichen Sinne von der Arbeit des Kapitals sprechen: aber im wissenschaftlichen Sinne sollte man einen so irreführenden Ausdruck vermeiden. Arbeit wird geleistet mittels Muskeln und Hirn: das Kapital aber hat weder Gliedmaßen noch ein Denkzentrum. Es arbeitet nicht, es läßt nur arbeiten; und selbst dieser Ausdruck ist noch bildlich, denn nicht es, sondern sein Besitzer läßt arbeiten; und die Leute, die wirklich mit Muskeln und Hirn arbeiten, arbeiten mit und an dem Kapital.

Die Griechen nannten den Zins: τόκος, das Geheekte; schon aus dem Worte geht hervor, daß ihnen der Profit als die Frucht

des Kapitals erschien, die es trägt, wie der Apfelbaum den Apfel, oder wie die Kuh das Kalb. Ein geistreicher Amerikaner, Upton Sinclair, charakterisierte diese Auffassung folgendermaßen: nach der landläufigen Meinung ist der erste Silberdollar das Männchen und der zweite das Weibchen; wenn man sie zusammenlegt, so bekommen sie nach Ablauf eines Jahres so und so viele kleine niedliche Kupferpfennige, die nun allmählich auch zu Silberdollars heranwachsen. Hier ist die naive Symbolistik der Anschauung noch viel klarer als bei dem Arbeitsymbolismus des Kapitals. Geld und Maschinen sind nicht männlich und weiblich, haben keine Zeugungsorgane und können keine Jungen kriegen. Und doch hat das Kapital die im höchsten Maße paradoxe Eigenschaft, sich zu vermehren, wie ein Lebewesen. Wodurch erhält es diese Eigenschaft? Was macht tote Goldstücke, tote Maschinenmassen fruchtbar und zeugungskräftig? Das ist das Problem des Profites, des Kapitals und des Kapitalismus.

Versuchen wir, uns zu orientieren! Ist ein Stamm von Produktionsmitteln unter allen Umständen Kapital? Offenbar nicht! Das größte Vermögen an Produktionsmitteln, produzierten und unproduzierten, also an Kapital im Sinne jener ersten Erklärung, kann unter Umständen für ihren Eigentümer gänzlich ohne Wert sein. Das ausschließliche Verfügungsrecht über Quadratmeilen des fruchtbarsten Bodens in einem Lande, das entweder keine Arbeiter oder keine Absatzmöglichkeit besitzt, bringt seinem Eigentümer keine Grundrente. Ebenso wenig bringt der Besitz einer Tonne Goldes dem Robinson Profit, und er würde nicht die Spur reicher werden, wenn ihm jemand eine mit allen Maschinen, Roh- und Hilfsstoffen verschwenderisch ausgestattete Maschinen- oder Textilwarenfabrik auf seine Insel stellte, aber keine Arbeiter dazu gäbe. Die einfachste Dorfschmiede oder ein Webstuhl wären ihm viel nützlicher. Denn durch ihre Benutzung würde er zwar noch immer keinen Profit, wohl aber einen höheren Arbeitslohn gewinnen, einen höheren Arbeitslohn, ausgedrückt in mehr und besseren Genußgütern.

Profit von einem Stamm produzierter Produktionsmittel

kann also, das ist das erste Ergebnis unserer Betrachtung, nur da zustande kommen, wo eine Anzahl von Menschen gesellschaftlich verbunden sind und in wirtschaftlicher Arbeitsteilung produzieren. Der Profit ist eine gesellschaftliche Kategorie. Da nun aber Produktionsmittel nur dann als Kapital bezeichnet werden, wenn sie Profit abwerfen, so ist auch Kapital eine gesellschaftliche Kategorie. Nur innerhalb der Gesellschaft sind Produktionsmittel Kapital; aus der Gesellschaft isoliert, verwandelt sich das Kapital wieder in einfache Produktionsmittel.

Sind denn nun Produktionsmittel in jeder Gesellschaft „Kapital“? Offenbar nicht! Die Gesellschaftsorganisationen der Buschmänner, der wandernden Mongolen und vieler noch weit höher stehender Völker kennen keinen „Profit“, also auch kein „Kapital“. Es gibt also nicht-kapitalistische und kapitalistische Gesellschaften. Und so erhebt sich denn die weitere Frage, durch welche bestimmenden Eigenschaften eine Gesellschaft den Charakter als kapitalistische erhält? Wie muß eine Gesellschaft beschaffen sein, damit das Eigentum an Produktionsmitteln den Eigentümern einen Profit abwerfe?

Um diese Frage zu lösen, müssen wir uns klar zu machen versuchen, was denn der Profit ist? Das haben wir bisher nicht untersucht. Bisher haben wir nur gefragt, wie das Kapital zum Profit kommt. Jetzt fragen wir: was ist der Profit?

Nun, der Profit ist augenscheinlich ein Teil des Arbeitsertrages. Ich lege 10 000 M in Aktien eines Elektrizitätswerkes an. Ein Jahr lang arbeiten Direktoren, Ingenieure, Buchhalter und Arbeiter; ich selbst gehe spazieren oder mache eine ganz andere Arbeit. Am Jahresluß wird mir meine Dividende ausbezahlt. Sie ist augenscheinlich ein Teil von dem Gesamtarbeitsertrage jener Produzenten. Sie geben mir einen Teil ihres Arbeitsertrages ab. Warum tun sie das? Warum haben sie den Rechtsvertrag so abgeschlossen, daß sie nun verpflichtet sind, es zu tun?

Aus persönlicher Freundschaft für mich tun sie es nicht, das

ist einmal klar. Sie müssen sich also wohl in einer gewissen Zwangslage befunden haben, als sie den Arbeitsvertrag abschlossen. Was kann das für eine Zwangslage gewesen sein? Gesetzlicher Zwang, wie bei Sklaven und Hörigen, bestand nicht: es sind freie Kontrahenten. So muß es denn wohl ein wirtschaftlicher Zwang gewesen sein. Worin besteht dieser Zwang?

Die alten Ökonomen, vor allem Adam Smith, gaben darauf folgende Antwort: der Arbeiter braucht, um erfolgreich arbeiten zu können, Produktionsmittel; da er selbst keine besitzt, so ist er gezwungen, dem, der sie besitzt, einen Leihpreis für die Kapitalnutzung zu zahlen, den Profit.

Das ist in der Tat einfach genug, aber doch erst der Anfang der Lösung. Denn hier wird noch etwas vorausgesetzt, was augenscheinlich selbst wieder seine Ursache hat: die Scheidung der Gesellschaft in solche Menschen, die Produktionsmittel besitzen, und solche, die keine besitzen. Nur, wenn diese Scheidung gegeben ist, kann es zu jener Abgabe oder jenem Abzuge vom Arbeitsertrage kommen, den wir Profit nennen. Wären alle Menschen gleichmäßig mit Produktionsmitteln ausgestattet, so brauchte keiner dem anderen etwas abzugeben, brauchte sich keiner vom andern etwas abziehen zu lassen. Jenes gesellschaftliche Verhältnis zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden ist also die Grundlage des Kapitalismus; und darum nennt Marx es kurz und glücklich: das „Kapitalverhältnis“.

Wie kommen also die Kapitalisten zu ihrem ausschließlichen Kapitalbesitz?

Darauf antwortete die alte Ökonomie folgendermaßen: das Kapital ist das Ergebnis wirtschaftlicher Tugenden seines Eigentümers oder seiner Vorfahren. Es ist Ersparnis aus früherem Arbeitslohn, Schöpfung überdurchschnittlichen Fleißes, überdurchschnittlicher Intelligenz und Kraft und überdurchschnittlicher Enthaltbarkeit gegen die Versuchung zur Verschwendung.

Auf diese Weise war der Profit nicht nur erklärt, sondern auch naturrechtlich gerechtfertigt, als „Entbehrungslohn“, wie Marx ihn später mit bitterem Hohne zu nennen pflegte, als Er-

gebnis wirtschaftlicher und sittlicher Kraftäußerung. Er erschien geradezu als der Lohn früherer Arbeit.

Aber auch mit dieser Hilfsklärung war das Problem noch nicht völlig gelöst. Bisher ist nur erklärt, daß sich Kapital in dem Privateigentum einer Minderheit befindet, und daß der Arbeiter gezwungen ist, dem Kapitaleigentümer einen Teil seines Arbeitsertrages als Leihpreis abzugeben; aber noch ist kein Wort darüber gesprochen worden, wie hoch dieser Leihpreis ausfällt, welchen Teil des mit seiner Hilfe hergestellten Arbeitsertrages er fordern darf, um noch „gerecht“ zu sein. Und das ist doch eigentlich die uns interessierende Hauptsache.

Dem die theoretische Untersuchung, die wir hier führen, dient doch einem im höchsten Maße praktischen, uns alle leidenschaftlich interessierenden, uns alle persönlich unmittelbar auf das entscheidendste angehenden Problem, nämlich nach dem Maßstabe der Verteilung des Ertrages zwischen Kapital und Arbeit. Wäre dieser Maßstab der Arbeit sehr günstig, betrüge der Abzug vom natürlichen Arbeitslohn nur einen geringen Bruchteil, dann wäre es anders. Dann würden wir alle das Problem mit der gleichen akademischen Ruhe betrachten, wie etwa die Frage nach der Bewegung einer Kurve höheren Grades, oder nach der Artzugehörigkeit einer neuen auf Kerguelenland gefundenen Flechte oder nach der Sanskritwurzel eines altkeltischen Wortes.

Aber der Maßstab ist der Arbeit augenscheinlich nicht günstig. Lange Zeit hindurch hat es sogar geschienen, als sinke der Arbeitslohn in dem gleichen Maße, wie der Ertrag der kapitalbewaffneten Arbeit stieg; und selbst in den vorgeschrittensten Ländern kann es leider keinem Zweifel unterliegen, daß der Lohn der Arbeit nicht entfernt mit ihrer Ertragsfähigkeit Schritt hält. M. a. W.: der Profit verschlingt einen immer wachsenden Teil des natürlichen Lohnes. Und das hat die furchtbarsten Konsequenzen. Wenn wir selbst die entsetzlichen sozialpathologischen Erscheinungen: die grauenhafte Sterblichkeit namentlich der Kinder, das Verbrechen, die Prostitution, den Pauperismus, das Wohnungselend, die Verbitterung, nicht dem „Kapitalismus“ aufs Schuldkonto

setzen wollten; zwei rein wirtschaftliche Erscheinungen kann ihm keiner seiner Verteidiger abdisputieren, die Krisen, die wie Hagelwetter über die Saatfelder der Arbeit hinfahren, und die erstaunliche Tatsache, daß wir Kulturvölker nur einen kleinen Teil unserer technischen Kraft ausnützen können, daß wir, m. a. W., nur einen kleinen Bruchteil des uns heute schon erreichbaren Wohlstandes genießen können, weil die Volksmasse mit ihrem Lohn nicht zurückkaufen kann, was sie bei voller technischer Bewaffnung herstellen könnte.

Was bestimmt also den Verteilungsmaßstab zwischen Arbeit und Kapital?

Adam Smith löst diese Schicksalsfrage mit der Lohnfondstheorie.

In der freien Verkehrswirtschaft gibt es nur eine Kraft, die über den Verteilungsmaßstab zwischen zwei Kontrahenten entscheidet: Angebot und Nachfrage im freien Wettbewerb! Je nach dem Verhältnis dieser beiden Kräfte auf einem gegebenen Markte hat der Käufer oder Verkäufer Vorteil oder Nachteil. Ganz ebenso entscheiden sie über Profit und Lohn.

Betrachten wir den Markt als Arbeitsmarkt, so stellen die Arbeiter das Angebot, das Gesamtkapital die Nachfrage nach Arbeit dar; betrachten wir ihn als Kapitalmarkt, so repräsentieren umgekehrt die Arbeiter die Nachfrage, das Gesamtkapital das Angebot; das angebotene Gesamtkapital nennt man den Lohnfonds. In ihn teilt sich die Gesamtarbeiterschaft. Der Durchschnittslohn ist mithin der Quotient des Bruches: Lohnfonds dividiert durch Arbeiterzahl.

Gibt es also viel Kapital und wenig Arbeiter, so steht der Lohn hoch; gibt es wenig Kapital und viel Arbeiter, so steht er tief. Smith, der Optimist war, nahm an, daß in jeder „fortschreitenden Gesellschaft“ das Kapital schneller wachse als die Arbeiterschaft, und daß daher der Lohn eine dauernd steigende Tendenz haben müsse. Da er zudem noch in der Zeit des Präkapitalismus, mindestens des Frühkapitalismus lebte, noch vor der Maschinenära, ehe noch die Scheidung zwischen Bourgeoisie

und Proletariat zur unüberbrückbaren Kluft geworden war, so betrachtete er noch ganz kleinbürgerlich den Arbeiter als den künftigen „Meister“ und legte der ganzen Frage keine große Bedeutung bei.

Formal war jedenfalls alles glatt gelöst: das Kapital entsteht aus wirtschaftlicher Tugend; der Arbeiter befindet sich in der wirtschaftlichen Zwangslage, es mieten zu müssen, weil er es braucht, und die Höhe des Leihpreises stellt sich fest durch die Konkurrenz. Das war die Lohnfondstheorie erster Stufe, die sozialliberale. Aber sie genügte bald nicht mehr. Das Kapital wuchs in den Händen der Bourgeoisie ins ungeheuerere, ohne Zweifel viel stärker als die Arbeiterzahl, und dennoch erfüllte sich Smiths Hoffnung nicht, daß der Lohn schnell steigen müsse. Im Gegenteil, er schien, wie gesagt, eher zu sinken, und zwar ungeheuerlich zu sinken.

Wie das erklären?

Betrachten wir das Problem noch einmal ganz nahe. Nach der Grundauffassung mußte sich der Lohn bestimmen durch nichts anderes als das Verhältnis zwischen Kapitalsangebot und Arbeitsangebot. Das geschah augenscheinlich nicht, denn das gesellschaftliche Gesamtkapital wuchs unleugbar viel schneller als die Zahl der Arbeiter; und dennoch sank der Lohn, anstatt zu steigen, wie man hätte annehmen müssen. Das zwang dazu, entweder die ganze Konkurrenzlehre aufzugeben oder Hilfs erklärungen aufzusuchen. Den ersten Weg konnte der Liberalismus nicht wählen, da er dann sofort — Sozialismus gewesen wäre, es blieb ihm also nur der zweite, die Hilfs erklärungen.

Wie diese Hilfs erklärungen ausfallen mußten, war grundsätzlich gegeben. Das Kapitalsangebot mußte möglichst klein, das Arbeitsangebot möglichst groß erscheinen: dann war der niedere Lohn erklärt.

Zu dem Zweck spaltete zunächst Ricardo das gesellschaftliche Gesamtkapital in zwei Teile, von denen nur der eine als Lohnfonds angesehen wurde, während der andere aus der Betrachtung ausschied. Das fixe, das ist das in Gebäuden, Maschinen usw.

angelegte Kapital, sagte er, stellt keine Nachfrage nach Arbeitskraft dar, sondern das tut nur das zirkulierende, das für Roh- und Hilfsstoffe und vor allem für die Löhne bereitgestellte Kapital.

Auf diese Weise hatte man einen sehr großen und täglich wachsenden Teil des Kapitals forterklärt, und schon dadurch erschien das Kapitalverhältnis für die Arbeiter viel ungünstiger als zuvor. Aber auch das genügte noch nicht, daß das Kapitalangebot klein war; es mußte auch noch das Arbeitsangebot übergroß erscheinen. Diese zweite Hilfs-hypothese schuf Robert Malthus mit seinem berühmten „Bevölkerungsgesetz“. Er behauptete, daß die Arbeiterklasse durch ihre Unvorsichtigkeit, zu viele Kinder zu erzeugen, die Zahl der Arbeiter weit über das geringe Maß vermehre, das das zirkulierende Kapital beschäftigen könne. Darum müßten Tausende zu Grunde gehen, und die übrig bleibenden erhielten einen Lohn, der gerade die Existenzbedürfnisse decke.

Da haben Sie die Lohnfondstheorie zweiter Periode, die bourgeois-ökonomische. Sie unterscheidet sich von derjenigen der ersten Periode, um es noch einmal zu wiederholen, dadurch, daß sie erstens nur noch einen Teil des Kapitals als Lohnfonds gelten läßt, und daß sie zweitens ein aus einem Naturgesetz folgendes Überangebot von Arbeitskräften annimmt.

Diese modifizierte Lohnfondstheorie ging dann in wieder umgeänderter Gestalt in die Marx'sche Soziallehre ein. Er ließ nur einen noch kleineren Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als Lohnfonds gelten, nämlich das von ihm so genannte variable Kapital, das nichts anderes mehr umfaßte, als die zur Lohnzahlung bestimmten Fonds. Roh- und Hilfsstoffe aber schlug er dem fixen Kapital zu und nannte diese ganze Masse das konstante Kapital. Derart war der „Lohnfonds“, das Kapitalangebot, noch einmal bedeutend verkleinert.

Auch das übermäßig große Arbeitsangebot der Bourgeoislehre übernahm Marx, nur leitete er es nicht aus einem Naturgesetz ab, — denn dann hätte er ja anerkennen müssen, daß die kapitalistische Gesellschaft ewig sei — sondern aus einem „spezi-

fischen Bevölkerungsgesetz der kapitalistischen Epoche“, seinem „Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“.

Danach wächst das konstante, in Maschinen, Gebäuden, Rohstoffen usw. angelegte Kapital mit so enormer Geschwindigkeit, daß das variable Kapital, der Lohnfonds, relativ zur Arbeiterzahl sinkt. Es bleibt also für den Einzelnen nur das Existenzminimum, und Tausende gehen außerdem noch zu Grunde. Wir sehen, grundsätzlich ist Marx auch noch nicht über den Versuch hinausgelangt, den Lohn aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage zwischen Kapital und Arbeiterzahl zu erklären. Das ist die sozialistische Lohnfondstheorie.

Beide Bevölkerungsgesetze stimmen mit den Tatsachen, die zu erklären waren, ganz ordentlich überein. Der Augenschein zeigte, daß immer mehr Arbeiter vorhanden waren, als Beschäftigung finden konnten: ein Teil, die „Reserve-Armee“, lag immer beschäftigungs- und existenzlos auf dem Pflaster und drückte durch ihre Hungerkonkurrenz auf den Lohn der Beschäftigten. Es war mithin in der Tat das Kapitalverhältnis genau so gegeben, wie Ricardo es einmal vollstümlich ausdrückte: „Es laufen immer zwei Arbeiter einem Unternehmer nach und unterbieten sich“, bis auf das Existenzminimum und weniger herunter. Unter diesen Umständen mußte der Profit den ganzen Rest erhalten.

So gut, so schön! Aber eine Theorie muß, um richtig zu sein, nicht nur alle Tatsachen erklären, sondern sie muß auch in sich wahr sein, d. h. aus unanfechtbaren Voraussetzungen durch richtige Schlüsse abgeleitet sein. Da die beiden Lohnfondstheorien, die bourgeois-ökonomische und die sozialistische, einander widersprechen, so kann bestenfalls eine von beiden wahr sein — wenn sie nicht etwa beide unwahr sind.

Lassen wir einmal den verhältnismäßig geringen Unterschied beiseite, der zwischen der Bourgeois-Ökonomik und Marx in der Frage des Kapitalangebotes besteht (zirkulierendes oder variables Kapital), so ist doch der Gegensatz in der Frage des Arbeitsangebotes ein geradezu kontradiktorischer. Für Malthus ist das Bevölkerungsgesetz ein Naturgesetz, eine ewige Kategorie,

für Marx ein Gesellschaftsgesetz, eine historische Kategorie. Wer hat Recht?

... Nun, Malthus hat einmal sicher Unrecht¹⁾.

Die Malthus'sche Theorie hat zur Voraussetzung das bekannte „Gesetz der Produktion auf Land“, auch genannt „das Gesetz der sinkenden Erträge“. Danach wächst der Ertrag eines Ackerstückes bei Verwendung von mehr Arbeit nicht entsprechend dem Mehraufwande, sondern in einem geringeren Maße. Wenn ich z. B. auf demselben Grundstück statt einem drei Arbeiter beschäftige, so wird der Ertrag nicht dreimal, sondern etwa nur $2\frac{1}{2}$ oder 2 mal so groß sein. Aus dieser Voraussetzung leitet nun Malthus das Gesetz des sinkenden Nahrungsspielraums ab. Irgend ein Volk wächst in einer beliebigen Zeit auf seine dreifache Zahl, kann also dreimal so viel Arbeit auf seinen Boden verwenden. Nach dem eben genannten Gesetz bringt aber diese Arbeit weniger als dreimal so viel Ertrag, oder m. a. W.: die auf den einzelnen Kopf entfallende Quote an Nahrungsmitteln ist gesunken. Nun hat aber jedes Kulturvolk, das wir kennen, im Laufe seiner Geschichte seine Einwohnerzahl nicht nur verdreifacht, sondern verdreißig- und verdreihundertfacht; es muß also schon längst, schon vor Jahrhunderten, bei jedem von ihnen der Zustand erreicht gewesen sein, in dem die auf den Kopf entfallende Quote an Nahrungsmitteln gerade das Existenzminimum deckte. Von da an mußte alles weitere Wachstum das Ergebnis haben, daß die Quote durchschnittlich unter das Existenzminimum fiel. Hätte aber jeder Einzelne nur diese ungenügende Durchschnittsquote erhalten, so wären alle zu Grunde gegangen. Darum konnte sich die Natur nur dadurch helfen, daß sie der großen Masse gerade das Existenzminimum gewährte und einer gewissen anderen Anzahl alle Existenzmittel überhaupt entzog. Diese Unglücklichen mußten eben zu Grunde gehen; „sie fanden am Tisch des Lebens

¹⁾ Vgl. zum folgenden die ausführliche Darstellung in meinem Buche: Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus, Darstellung und Kritik. Berlin-Bern, 1901; ferner meinen Aufsatz: Das sogen. Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, Jahrb. d. Bodenreform, hrsgg. v. Ad. Damaschke, III, 3. (1907).

kein Kuvert gedeckt“ und bekamen überhaupt nichts zu essen; sie wurden ausgerottet durch Hunger, Kriege, Seuchen und Laster.

Als Folge dieses Naturgesetzes müßte sich nach Malthus der Zustand der kapitalistischen Lohnwirtschaft selbst dann immer wieder automatisch herstellen, wenn er einmal beseitigt worden wäre. Denn die kapitallosen Massen stehen im heftigsten Konkurrenzkampfe um die Lebensmöglichkeit, sind bei Strafe des Hungertodes gezwungen, das Existenzminimum als Lohn zu akzeptieren. Und so bleibt der ganze Rest der mit der Arbeitsteilung rastlos wachsenden Erzeugungskraft für Güter, kraft unerbittlichen Naturgesetzes, immer als Profit in der Hand der Kapitalistenklasse.

Das ist die Malthus'sche Lehre. Daß sie grundfalsch ist, dafür hat jeder von Ihnen die Beweise in der Hand. Wir sind alle Zeugen davon, daß in allen Kulturländern die städtische Bevölkerung in einem ganz ungeheuerlichen Maße stärker zunimmt als die ländliche. Wäre das Malthus'sche Gesetz richtig, so müßte es umgekehrt sein. Denn das Volk wäre gezwungen, einen immer größeren Teil seiner Arbeitskraft auf den Landbau zu verwenden, um die nötige Menge von Nahrungsmitteln für jeden zu erzeugen. Statt dessen tritt das Umgekehrte ein: auf einen Bauern fallen immer mehr Städter; und das beweist schlagend, daß jeder Bauer, trotz dem Gesetz der sinkenden Erträge, heute nach Abzug seines eigenen Bedarfes mehr Nahrungsmittel verkaufen kann als früher.

Die unmittelbare statistische Beobachtung ergibt ganz das gleiche Resultat. In allen Kulturländern wächst das Ackerprodukt unverhältnismäßig viel stärker als die Bevölkerung. In Deutschland hat es sich vervierfacht, während die Bevölkerung sich verdoppelte. Ausnahmen bilden nur schlecht verwaltete Länder, wie Rußland und Ostindien: aber hier ist es nicht die Kargheit der Natur, sondern die Anebelung der Wirtschaftskräfte durch eine ausbeuterische und tyrannische Regierung, die die Schuld daran trägt, wenn die Nahrungsmittel nicht ausreichen.

Ist denn das Gesetz der sinkenden Erträge nun falsch? Nein, im Gegenteil, es ist völlig richtig. Aber es gilt nur unter einer

Einschränkung, die Malthus vernachlässigte; es gilt nur unter der Voraussetzung, daß die auf den Ackerbau verwandte Arbeit mit gleichen Werkzeugen und Methoden betrieben wird. Wendet man aber bessere Werkzeuge und Methoden an, so kann der Ertrag des Ackerstückes viel stärker wachsen als die darauf verwendete Arbeit. Nun, wenn man ansieht, mit welchen Werkzeugen und Methoden eine sehr dünne Bevölkerung einerseits und eine sehr dichte Bevölkerung andererseits ihren Acker bebaut, so sieht man die gewaltigsten Unterschiede. Von dem einfachen Grabstock bis zum Dampfpfluge, vom Lendentuch des Handsäers bis zur Drillmaschine, vom Steinmesser bis zur Mähmaschine, vom Dreschschlitten bis zum Dampfdreschsaß, von der Wasserfurche bis zur systematischen Drainage, vom Raubbau in der Brandwirtschaft bis zur Anreicherung der Bodenkraft durch künstliche Düngung sehen wir einen unendlichen Fortschritt der Werkzeuge und der Methoden des Ackerbaues und erkennen, daß beides Schöpfungen sind der gewerblichen Arbeitsteilung, die ihrerseits wieder diese Höhe nur erreichen konnte bei großer Dichtigkeit der Bevölkerung.

Unvergleichlich breiter fundiert und geistvoller aufgebaut als das Malthussche Bevölkerungsgesetz, das ich mich gewöhnt habe als das Bevölkerungsgeschwäh zu bezeichnen, ist das Marx'sche Bevölkerungsgesetz. Ich habe bereits angedeutet, wie das Marx'sche Bevölkerungsgesetz begründet ist: der Lohnfonds wächst weniger stark als die Bevölkerung, insolgedessen bleibt ein immer größerer Teil der Arbeiter, die „Reservearmee“, unbeschäftigt, und hält durch ihre Hungerkonkurrenz die Löhne der übrigen tief. Daß die Behauptung falsch ist, kann wieder jeder von Ihnen aus unzweifelhafter eigener Erfahrung sofort feststellen; und wieder ist es dieselbe große Tatsache, durch die schon Malthus widerlegt wurde, das ungeheure Anschwellen der Städte auf Kosten der Landbevölkerung, die sogenannte Verstadtlichung der Bevölkerung, die auch Marx ad absurdum führt. Daß die Bewohner der heutigen Großstädte in überwiegendem Maße Fabrikarbeiter sind, kann niemand bestreiten und ebenso wenig, daß der industrielle Kapitalismus ganz unvergleichlich höher entfaltet ist, als der landwirt-

schaftliche. Das Industriekapital wird zu einem ungeheuer viel größeren Prozentsatz in Gebäuden, Maschinen, Roh- und Hilfsstoffen, also in konstantem Kapital investiert, und so bleibt nur ein viel geringerer Teil als variables Kapital, als Lohnfonds, übrig. Wenn Marx also recht hätte, so müßte die Gesamtindustrie im Verhältnis zur Bevölkerung immer weniger Arbeiter beschäftigen, und die Arbeitslosen müßten sich in den Städten in ganz ungeheuerlichen Massen anhäufen oder auf das Land abgestoßen werden. Statt dessen haben wir, wie Sie alle wissen, ohne ein statistisches Werk aufschlagen zu müssen, genau das Gegenteil: die Industrie mit ihrem ungeheuren konstanten Kapital beschäftigt eine dauernd im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ungemein wachsende Zahl von Arbeitern, während das Land mit seinem großen variablen Kapital eine im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung rapid sinkende Zahl von Arbeitern beschäftigt. Das Marx'sche Bevölkerungsgesetz stimmt also ebensowenig mit den Tatsachen überein wie das Malthus'sche.

Darin liegt schon die Gewißheit eingeschlossen, daß auch der Beweis, den Marx für sein angebliches Gesetz der Bevölkerung in der kapitalistischen Gesellschaft erbracht hat, der logischen Prüfung nicht standhalten kann: und das ist in der Tat nachweisbar. Ich habe zeigen können, daß in dem Marx'schen Beweise eine logische Erschleichung vorhanden ist.¹⁾

Diese beiden Erklärungen von Malthus und Marx müssen also preisgegeben werden, und so stehen wir wieder vor der Frage: was bringt den Arbeiter dem Kapitalbesitzer gegenüber in die wirtschaftliche Zwangslage, ihm einen bedeutenden Teil seines natürlichen Arbeitsertrages abgeben zu müssen? Oder, wie wir jetzt präziser sagen können, woher stammt dieses dauernde Überangebot kapitalloser Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt, das den Leihpreis des Kapitals dauernd so hoch und den Mietpreis der Arbeit dauernd so tief hält? Warum laufen immer zwei Arbeiter

¹⁾ Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre, Darstellung und Kritik, Berlin 1903. Eine kurze Darstellung dieser Kritik findet der Leser im dritten Aufsatze des zweiten Teiles der vorliegenden Schrift.

einem Meister nach und unterbieten sich? Warum laufen nicht umgekehrt immer zwei Meister einem Arbeiter nach und überbieten sich?

Den meisten unter den Lesern wird der Satz des griechischen Weisen vertraut sein: „Nicht durch die Dinge werden die Menschen in Verwirrung gesetzt, sondern durch ihre Meinung über die Dinge.“ Das gilt auch für diese wichtigste Frage unseres gesamten Staats- und Wirtschaftslebens. Wir brauchen nämlich nur alles zu vergessen: was uns an Theorien und Meinungen über diese Frage vorgetragen worden ist, brauchen nur unsere Augen weit zu öffnen: und wir haben die Lösung in der Hand. Und wir haben wieder nur den gewaltigen Tatsachenkomplex ins Auge zu fassen, der uns schon zweimal dazu diente, die älteren Theorien als unrichtig abzuweisen: die gewaltige Tatsache der Verstädtlichung unserer Bevölkerung.

Jeder von uns weiß, ohne ein statistisches Buch aufzuschlagen, daß in allen industriell entfaltetem Ländern seit dem Beginn der kapitalistischen Ära eine ungeheure Vermehrung und gleichzeitig eine unerhörte Verschiebung der Bevölkerung stattgefunden hat, dergestalt, daß der gesamte gewaltige Zuwachs an Köpfen, und sogar noch etwas mehr, die Bevölkerung der Städte vermehrt hat, während das platte Land an Einwohnerzahl sogar noch absolut eingebüßt hat. Es ist also zunächst einmal das eine völlig gewiß, daß jenes ungeheuere Überangebot auf dem städtischen Arbeitsmarkt ausschließlich erzeugt wird durch die massenhafte Zuwanderung landgeborener Proletarier in die Städte. Die städtische Industrie hat, entgegengesetzt der Marx'schen Behauptung, für den allergrößten Teil dieser Zuwanderer Beschäftigung erschlossen: während z. B. in den Jahren von 1882—1895 die Zahl der deutschen Gesamtbevölkerung um etwa 14 % wuchs, wuchs die Zahl der von der Industrie beschäftigten Arbeiter um ca. 44 %, also dreimal so stark: aber die Zuwanderung war doch noch stärker als die Aufnahmefähigkeit der gewaltig wachsenden Industrie, und so blieb immer noch eine Reservearmee übrig; daher laufen immer noch zwei Arbeiter einem Meister

nach und unterbieten sich; und der Lohn stieg, wenn überhaupt, nur sehr langsam.

Erstes Resultat: das Überangebot auf dem Arbeitsmarkte, das den hohen Profitsatz ermöglicht und den Kapitalismus in seiner gefährlichen Gestalt unterhält, stammt vom Lande! Wenn wir etwas genauer hinsehen, so finden wir, daß diese Behauptung einer näheren Bestimmung bedürftig ist. Die Massenabwanderung ergießt sich in die Städte nicht gleichmäßig aus allen Ackerbaubezirken, sondern ganz vorwiegend aus einer ganz bestimmten Kategorie von Ackerbaubezirken. Und wieder haben wir alle die Daten in der Hand, ohne ein statistisches Buch aufschlagen zu müssen. Uns allen ist bekannt, daß die Landflucht als Massenerscheinung beschränkt ist auf die Gebiete mit Großgrundbesitz. Wir wissen, daß z. B. in Deutschland die sehr dicht besiedelten kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Bezirke des Südens und Westens regelmäßig und zum Teil bedeutend an Bevölkerung zunehmen, während die viel schwächer besiedelten großbäuerlichen Bezirke des Nordwestens in sehr beträchtlichem, und die äußerst dünn besiedelten Großgutsbezirke des deutschen Ostens in einem ganz ungeheuerlichen Maße ihren Nachwuchs abstoßen, so daß die letztgenannten vielfach, trotz großer Fruchtbarkeit ihrer Bewohner, absolut an Volkszahl verlieren. Eine einzige Zahl zur Illustration: zwischen 85 und 90 hat der Süden und Westen Deutschlands 13%, der Nordwesten 30%, der Osten 75% seines Geburtenüberschusses in die Industriebezirke abgegeben.

Hier besteht ein Zusammenhang, der längst unbestrittenes Gemeingut der nationalökonomischen Wissenschaft ist. Je mehr von der landwirtschaftlichen Fläche eines Reiches, eines Landes, einer Provinz, eines Kreises durch großes Grundeigentum belegt ist, um so stärker ist die Landflucht seiner Bevölkerung, und zwar wächst sie nicht im einfachen, sondern in einem viel stärkeren Verhältnis. Ich habe, um den Sachverhalt einigermaßen zu veranschaulichen, die Formel aufgestellt: die Landflucht aus zwei gegebenen Bezirken verhält sich wie das Quadrat des darin enthaltenen Großgrundbesitzes.

Das ist nichts als eine Tatsache. Tatsachen werden erst Wissenschaft, wenn man sie erklärt hat. Wie ist diese Tatsache der massenhaften Abwanderung der auf dem Großgrundeigentum ansässigen Landbevölkerung zu erklären? Es ist klar, daß sie nicht aus den Eigenschaften der Landwirtschaft im allgemeinen erklärt werden kann: denn dann müßten ja auch die viel dichter mit Menschen besetzten Bauernbezirke in mindestens gleichem Maße ihren Nachwuchs ausstoßen. Folglich muß es an den Eigentumsverhältnissen liegen; denn nur durch sie unterscheiden sich Bauernbezirk und Grundherrenbezirk. Sehen wir also zu, durch welchen wirtschaftlichen Inhalt ihres beiderseitigen Besitzrechtes sich Bauern=Eigentum und Junker=Eigentum grundsätzlich unterscheiden.

Nun, das ist sehr einfach! Wir betrachten, da wir von kapitalistischen Gesellschaften reden, nur solche, in denen die Bevölkerung, die Arbeitsteilung und daher der allgemeine Reichtum steigt. Von diesem Reichtumszuwachs fällt unter sonst gleichen Umständen auf jeden Hektar Land die gleiche Menge, und zwar erhöht sie natürlich das Einkommen des Eigentümers. Im Klein- und Mittelbauerbetriebe ist der Eigentümer mit dem Arbeiter identisch, beim Großeigentümer (und dazu gehört, streng genommen, auch der Großbauer) sind Eigentümer und Arbeiter aber verschiedene Personen. Dort erfreut sich also der Ackerer selbst der Vermehrung seines Einkommens, hier aber geht er völlig leer aus, sein Einkommen bleibt das gleiche, wie sehr auch der allgemeine gesellschaftliche Reichtum wachsen möge.

Wenn wir den Inbegriff aller im Verhältnis zu anderen Berufen auf einem bestimmten Berufe lastenden ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen als „sozialen Druck“ bezeichnen wollen, dann können wir den bezeichneten Unterschied folgendermaßen ausdrücken: die bäuerliche Bevölkerung befindet sich an einem Orte regelmäßig sinkenden, die Tagelöhnerschaft des Großbesitzes aber befindet sich an einem Orte gleichbleibenden sozialen Druckes.

Das ist der wirtschaftliche Inhalt des Großgrundeigentums!

Es ist ein Ort konstanten sozialen Drucks, d. h. gleichbleibender Ungunst der Existenzbedingungen, während sonst über allen anderen Berufen einer fortschreitenden Gesellschaft der Druck regelmäßig in dem Maße absinkt, wie der allgemeine Reichtum mit der Bevölkerung und der Arbeitsteilung steigt.

Nun strömen aber die Menschen, das ist seit Adam Smith das Grundgesetz aller theoretischen Ökonomik, vom Orte höheren zum Orte geringeren Druckes. Damit haben wir aus den wirtschaftlichen Eigenschaften des Großgrundeigentums selbst die Erscheinung der Landflucht auf das klarste abgeleitet¹⁾.

Wir haben hier also ein drittes Bevölkerungsgesetz, das wir zum Unterschiede von dem bourgeois-ökonomischen Malthus'schen und dem kommunistischen Marx'schen das liberal-sozialistische Gesetz der kapitalistischen Bevölkerung nennen mögen. Im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern stimmt es mit den Tatsachen der uns umgebenden Welt auf das genaueste überein und läßt sich ferner aus unbestrittenen Prämissen einwandfrei ableiten, darf also als vollkommen wahr betrachtet werden.

Nun erinnern wir uns, daß die beiden ersten Bevölkerungsgesetze nur zu dem Zwecke erfunden worden sind, um das rätselhafte Verhalten des Lohnes zu erklären. Sehen wir nun einmal zu, wie unser Bevölkerungsgesetz das Lohnproblem lösen kann. Und da sehen wir sofort, daß der Lohn, den das Großgrundeigentum seinen Arbeitern gönnen muß, der bisher immer vergeblich gesuchte „Bestimmungsgrund“ aller übrigen Löhne ist, auch derjenigen der allerhöchsten Lohnklassen.

Denn das wissen wir ja schon, daß alle Arbeitseinkommen zu einander in einem bestimmten Verhältnis stehen, das durch die Konkurrenz festgesetzt wird. Je höher eine einzelne Lohnklasse durch eine besondere Gunst der Konjunktur steigt, um so eifriger streben die unteren Schichten, sich dazu emporzuarbeiten. Wenn

¹⁾ Vgl. die ausführliche Darstellung in meinem Großgrundeigentum und soziale Frage (Berlin 1898) I, 3. Kap. „Die Theorie des einseitigen Druckes“ pp. 97—182.

z. B. plötzlich eine starke Nachfrage nach Chauffeuren ihre Löhne sehr treibt, dann bemühen sich alle energischen und tüchtigen Schlosser und Maschinenbauer, das Examen zu bestehen. Das hat, ich bitte das festzuhalten, einen Prozeß der *Ausgleichung* zur Folge. Der Lohn der Chauffeure sinkt, und der der Schlosser usw. steigt, weil die Konkurrenz oben stärker und unten schwächer wurde. Ganz der gleiche Prozeß vollzieht sich fortwährend ausgleichend zwischen allen Lohnniveaus; immer greift die Konkurrenz niederziehend nach oben, vor allem auch dadurch, daß die meisten Eltern ihre Kinder eine Stufe höher zu schieben versuchen, und dadurch wirkt sie hebend nach unten. Und so stehen alle Lohnklassen in einem wohl elastischen, aber doch festen Zusammenhang; die Differenzen zwischen ihnen werden bestimmt durch die freie Konkurrenz, und zwar entsprechend der relativen Seltenheit der Vorbedingungen, die für einen bestimmten Beruf erforderlich sind. Das gilt nicht nur für die Handarbeiter: der preussische Staat bekommt keinen Lehrer mehr für 300 *M.*, seit der Tagelöhner 600 verdient; und wenn der Tagelöhner 5000 *M.* verdienen würde, dann würde niemand mehr Jura oder Medizin studieren, wenn er nicht mehr als 3000 verdienen könnte.

Den stärksten Einfluß hat natürlich die unterste Lohnklasse, da sie die zahlreichste ist und am leidenschaftlichsten nach oben strebt. Als die unterste hat man bis jetzt immer die *städtischen* Tagelöhner angesehen. In der That ist aber die niederste Lohnklasse diejenige der *Landarbeiter*. Wo sie massenhaft in die Städte strömen, da zerrt ihr Wettbewerb alle städtischen Lohnklassen so weit herab, wie der Seltenheit der Vorbedingungen entspricht.

Der Lohn des Landarbeiters ist, das wissen wir jetzt, gleich dem Ertrage des von ihm bebauten Landes abzüglich eines Teiles, den er dem Eigentümer seines Produktionsmittels abtreten muß, der an den Großgrundeigentümer fallenden Grundrente. Durch seine Konkurrenz zerrt er nun auch die städtischen Tagelöhner bis fast auf das gleiche Niveau herab, und so bleibt, da alle Arbeit gleicher Art den gleichen Ertragswert haben muß, auch dem Eigentümer der städtischen Produktionsmittel an dem Lohne

jedes Arbeiters ein entsprechender Gewinn; und diesen Abzug an der Gewerbsarbeit nennt man eben den Profit!

Man sieht, der Profit ist, mathematisch ausgedrückt, nichts als eine „Funktion“ der Grundrente. Je höher die Grundrente, um so höher auch der Profit! Und, je höher der Lohn der Landarbeiter, um so geringer die Rente, um so geringer auch der Profit, und um so höher der Lohn der städtischen Arbeiter bis zum Ingenieur und Kassierer hinauf.

Und dieser ist noch nicht einmal durch den Lohn des deutschen Landtagelöhners bestimmt! Sondern durch den Lohn des ruthenischen und russischen Ackerflaven derjenigen entferntesten Bezirke dieser Länder, aus denen eine Auswanderung in die westlichen Kulturländer statthat. Hier erst ist das allerunterste Lohnniveau, hier erst der Nullpunkt der Lohnskala, und daher das tiefste Fundament des Kapitalismus der ganzen Welt. Erst, wenn wir den geschilderten Prozeß der Lohnbildung und Lohnausgleichung als internationalen Prozeß betrachten, erst dann enthüllen sich uns die letzten Geheimnisse des Kapitalismus.

Der Zusammenhang ist der folgende: die Industrie des Westens saugt Landarbeiter ab. Dadurch gerät der Großgrundbesitzer in Leutenot. Er sieht sich gezwungen, aus dem weiteren Osten Landarbeiter heranzuziehen. Der höchste Lohn, den er bewilligen kann, ist klar bestimmt. Wenn der „Sachsengänger“ ihm, Lohn, Transportkosten und Agentengebühren zusammengerechnet, nicht teurer zu stehen kommt, als der Lohn des heimischen Landarbeiters, dann kann er ihn gebrauchen, im anderen Falle ist er zu teuer. Es hängt also unter sonst gleichen Umständen nur von der zu überwindenden Transportentfernung ab, wie weit die wirksame Nachfrage des westlichen Arbeitsmarktes reichen kann. Jenseits dieser Grenze wird keine Nachfrage nach Landarbeitern mehr ausgeübt. Nennen wir das entfernteste Gebiet, bis zu dem die Nachfrage reicht, das „Grenzgebiet des höchsten Druckes“, und den letzten Tagelöhner, der noch abwanderungsfähig ist, den „Grenzkuli“, so ist es nach dem vorher Gesagten völlig klar, daß sein Lohn das Normalniveau aller anderen,

auch der höchsten Lohnklassen aller anderen, auch der höchst entwickelten Länder der Welt, bestimmen muß, die mit dem Grenzgebiete des höchsten Druckes durch massenhafte Zuwanderung verbunden sind.

Denjenigen unter den Lesern, die sich mit der theoretischen Nationalökonomie beschäftigt haben, wird auffallen, daß dieses Gesetz der Bestimmung des Arbeitspreises eine vollkommene Parallele zu dem allgemein anerkannten Gesetz der Bestimmung des Getreidepreises darstellt. Auch hier besteht eine durch die zu überwindende Transportentfernung genau bestimmte Grenze, bis zu der die wirksame Nachfrage des Welt-Marktes reicht; alles Land, das jenseits dieser Grenze liegt, kommt für die Versorgung des Marktes nicht mehr in Betracht. Und das Einkommen des „Grenzbauern“, der bekanntlich nur seine Selbstkosten, aber keine Grundrente bezieht, ist das Normalniveau, auf dem sich der Getreidepreis und die Grundrente aller, auch der höchst entwickelten und entferntesten Länder aller Welt, aufbaut.

Gerade so ist das Einkommen des „Grenzkuli“ das Normalniveau, der Nullpunkt, der Lohnskala der ganzen Welt, soweit sie, kraft der Wanderung der Arbeitskräfte, einen einzigen Arbeitsmarkt darstellt. Und dieser Nullpunkt ist denn nun auch in einer anderen Beziehung ein Nullpunkt, nämlich der Nullpunkt des Standard of life, der Lebenshaltung. Das berüchtigte „eiserne Lohngesetz“, hier ist es buchstäbliche, traurigste Wahrheit. Der Grenzlohn der Grenzkulis ist das Minimum, bei dem Menschen in der tiefsten Erniedrigung gerade noch Leib und Seele zusammenhalten können. Und damit haben wir eine ziffernmäßige Bestimmtheit der Lohnskala gewonnen, die nichts mehr zu wünschen läßt.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zu unserem Thema probandum zurück; wir hatten behauptet, daß der Lohn des Grenzkulis den Lohn aller anderen Arbeiter des ganzen Kulturkreises bestimmt. Wie geschieht das? Durch die Auswanderung! Die Druckunterschiede der Klassenlage wirken über die politischen Grenzen fort, und daher strömen denn auch die Arbeiter aus-

wandernd über die Grenzen ihrer Vaterländer oder besser: Stiefvaterländer und bieten sich den Kapitalbesitzern solcher Länder, die kein Großgrundeigentum größeren Umfanges aufweisen, als ausbeutungsfähiges Material dar. So z. B. existiert der schweizerische, der französische und vor allen Dingen der nordamerikanische Kapitalismus nur dadurch, daß die Länder des Großgrundeigentums ihm in Überzahl kapitallose Proletarier hinwerfen. Im besonderen hat der nordamerikanische Kapitalismus erst die Iren und Engländer, dann die aus Ostelbien ausgewanderten Deutschen, dann die Italiener massenhaft exploitiert und nährt sich jetzt bis zum Bersten von den Profiten, die ihm die Einwanderer aus den slavischen Staaten, vor allem die Russen, und hier vor allem wieder die russischen Juden, die Ungarn, die Donauslaven, und immer noch die Italiener abzutreten gezwungen sind. Alle die Länder, die ich genannt habe, sind Länder massenhaften Großgrundeigentums, und ihre Auswandererzahl steht genau im Verhältnis zu der relativen Größe, die diese agrarische Form des Besitzes bei ihnen einnimmt. Kleinbäuerliche Länder, wie Frankreich, die Schweiz, Westdeutschland, Norditalien, Norwegen und Dänemark haben zu den ungeheuren Auswanderermassen, die das Land zwischen Atlantik und Pacific mit ihrer Arbeit zum „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ gemacht haben, nur winzige Bruchteile beigetragen.

Wenn wir die von uns gewonnenen allgemeinen Gesetze des Lohnes auf diese Länder, z. B. Nordamerika, anwenden, so erkennen wir sofort, daß der Nullpunkt des amerikanischen Arbeitslohnes derjenige ist seiner tiefststehenden „Unqualifizierten“, d. h. der der Sprache und der Gesetze noch unfundigen Heimarbeiter in den Schwitzhöllen des Eastend. Alle anderen Löhne bis empor zu dem sehr beträchtlichen Einkommen etwa eines Maschinbauers des Stahltrast, stehen nur so hoch über diesem Nullpunkt, wie es der Seltenheit der Vorbedingungen entspricht. Was aber bestimmt diesen Nullpunkt? Es ist das Einkommen des Grenzkulis in dem Gouvernement Rostow oder in der Dobrudscha, vermehrt um die Transportkosten bis nach New-York!

Man hat der hier vorgetragenen Theorie des Kapitalismus, für die ich allein verantwortlich bin, den Einwand gemacht, daß alle die beklagten Erscheinungen auch in solchen Ländern sich finden, die kein Großgrundeigentum haben. Ich hoffe, man wird mir nach dieser internationalen Betrachtung des Weltarbeitsmarktes zugeben, daß dieser Einwand keiner Widerlegung wert ist.

Hiermit hat der Ökonomist seine Aufgabe gelöst. Er hat die ihn interessierende Erscheinung bis auf ihre letzte ökonomische Wurzel in einer Eigentumsinstitution zurückgeführt. Fassen wir an diesem Punkte unsere Ergebnisse noch einmal zusammen:

So lange noch irgendwo innerhalb eines durch Wanderung verbundenen internationalen Weltarbeitsmarktes ein massenhafte Großgrundeigentum ein Gebiet konstanten sozialen Druckes unterhält, muß auch in allen Gebieten regelmäßig sinkenden Druckes dieses Marktes der Lohn aller gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeit niedriger sein als ihr Ertrag; und so lange verbleibt die Differenz zwischen Arbeitsertrag und Arbeitslohn den Eigentümern der Produktionsmittel in diesen Gebieten des sinkenden Druckes: den Landeigentümern als Grundrente, den Eigentümern der produzierten Produktionsmittel als Profit. Denn so lange laufen hier immer zwei Arbeiter einem Meister nach und unterbieten sich; und darum sind hier so lange Produktionsmittel „Kapital“, d. h. Mehrwert heckender Wert. Und darum besteht hier so lange der „Kapitalismus“ mit allen seinen traurigen Erscheinungen.

Zweiter (soziologischer) Teil.

Entstehung des Kapitalismus.

Wir haben im ersten Abschnitt das Problem des Kapitalismus so weit geführt, wie es der Ökonomist mit seinen Mitteln führen kann. Diese Untersuchung enthüllte uns das Großgrund-

eigentum als die letzte erkennbare Ursache der sozialen Übel, die wir als Kapitalismus zu bezeichnen pflegen.

Nun entsteht natürlich die Frage, wie es denn zu begreifen sein soll, daß von allen Formen des wirtschaftlichen Eigentums gerade diese eine so merkwürdige, so überaus verderbliche Wirkung ausüben soll? Was ist denn die Ursache davon, daß gerade das Großgrundeigentum, und nur dies allein, nicht nur im eigenen Lande, sondern auch jenseits der Grenze und gar jenseits der Ozeane das gesamte wirtschaftliche Leben der Menschheit in so verhängnisvolle Bahnen drängen kann? Diese Frage kann nicht mehr mit rein ökonomischen Mitteln gelöst werden, sie bedarf der historischen Betrachtung. Was ist das Großgrundeigentum in historischer Beleuchtung? Was ist sein Entstehungsgrund, was ist sein Seinsgrund?

Ich muß hier ein wenig ausholen. Die ganze alte Ökonomie versuchte die Erscheinungen der uns umgebenden Wirtschaft abzuleiten aus einer naturrechtlichen Konstruktion. Was der Humanismus erstrebte als sein letztes Ziel, das ersahnte Ende der weltgeschichtlichen Entwicklung, das setzten die Physiokraten, Adam Smith und seine Schüler an ihren Anfang. Sie ließen die Gesellschaft beginnen als ein Aggregat von lauter freien und gleichberechtigten Bürgern. Von dieser Konstruktion aus leiteten sie nun alle Erscheinungen der uns umgebenden Welt ab, vor allem die großen klassenbildenden Kategorien des Kapitaleigentums und des Großgrundeigentums.

Wie sie sich die Entstehung des Kapitaleigentums dachten, haben wir schon geschildert: sie ließen es entstehen aus wirtschaftlichen Tugenden, Fleiß und Sparsamkeit. Ganz ähnlich entstand nach ihrer Meinung das Grundeigentum auf Grund des jedem Bürger gleichmäßig zustehenden Okkupationsrechtes, durch größere wirtschaftliche Umsicht. Irgend ein kluger Mensch okkupierte eine größere Fläche, mietete eine Anzahl seiner Mitbürger als Arbeiter gegen festen Lohn, und steckte den Mehrwert als Grundrente in seine eigene Tasche.

Wenn wir einen Augenblick über diese Erklärung nachdenken,

so werden wir finden, daß sie ganz unmöglich ist. So lange jeder das gleiche Okkupationsrecht hat, gibt es natürlich keine landwirtschaftlichen Arbeiter, die bereit sind, einem Mitbürger Lohnarbeit zu leisten für einen Ertrag, der kleiner ist, als sie ihn auf eigenem Lande erarbeiten können. Wenn aber der „umsichtige“ Großokkupant gezwungen sein sollte, seinen Arbeitern gerade so viel Lohn zu geben, wie sie selbst auf eigenem Lande verdienen können, dann würde er nicht nur keinen Vorteil, sondern Schaden von dem Geschäft haben, das er unternommen hat. Denn kein Mensch arbeitet für einen Fremden so gut, wie für sich selbst. Oder, m. a. W., er wäre gezwungen, seinen Arbeitern mehr als ihren Arbeitsertrag an Lohn zu bezahlen, und würde bei der Geschichte schmerzlich zusehen.

Nun könnte ja ein unternehmender Mann seinen Mitbürgern erklären: „Ich okkupiere alles Land, das unser Stamm beherrscht, und gestatte keinem von euch, es ohne meine Erlaubnis zu bebauen. Diese Erlaubnis gebe ich euch aber nur, wenn mir jeder von euch das Zehntel oder Fünftel seiner Ernte abgibt“. Wenn der umsichtige Mann diese seine Absicht seinen Mitbürgern gegenüber durchsetzen kann, dann allerdings ist es eine glatte Sache, wie man sich kaufmännisch ausdrücken würde. Aber ich fürchte, er kann es nicht durchsetzen. Er ist Einer gegen sehr Viele, und sie würden ihn auslachen oder, falls er Ernst machen wollte, einfach totschiagen. Denn seine Absicht ließe ja ganz klar darauf hinaus, die vorausgesetzte wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichheit Aller durch eine Usurpation ihrer Existenzgrundlage zu vernichten. Eine solche Gesellschaft von Freien und Gleichen — wir kennen solche von primitiven Stufen der Hackbauern — gewährleistet zwar jedem ihrer Mitglieder das Okkupationsrecht, aber nur in einem sehr rationell begrenzten Umfang: er darf so viel aus dem allgemeinen Vorrat an Land nehmen, wie er braucht und bearbeiten kann; ungenütztes Land aber fällt überall, nach kurzer Respektfrist, dem Gemeineigentum und der Gemeinverfügung wieder anheim, selbst wenn es schon okkupiert und bearbeitet gewesen war.

Unter diesen Voraussetzungen kann also auch der Klügste gar nicht auf den Gedanken kommen, mehr Land zu okkupieren; denn es hat nicht den geringsten „Wert“, hat trotz seiner unendlichen Gebrauchsnützlichkeit ebensowenig einen Wert wie die atmosphärische Luft; und niemand kommt auf den Gedanken, das Wertlose monopolisieren zu wollen.

Nun treffen wir aber überall, wo ein Kulturvolk eben aus dem Nebel seiner Vorgeschichte heraustritt, bereits Großgrund- eigentum bedeutenden Umfangs, trotzdem das Volksgebiet noch ungeheuer viel ungenütztes Land besitzt. Wie konnte dieses Institut entstehen, wenn so gar kein wirtschaftliches Motiv erkennbar ist, und so gar keine politische Möglichkeit gegeben ist, es zu schaffen?

Ja, wenn die Tatsachen so durchaus nicht mit der logischen Beweisführung übereinstimmen wollen, dann wird wohl die Beweisführung falsch sein. Hier liegt's an der Voraussetzung. Die Wirtschaft fängt eben nicht an als eine Gesellschaft von Gleichen und Freien, sondern als eine Gesellschaft von Ungleichen; von Freien, die über Unfreie herrschen. Alle höhere Wirtschaft fängt an im Staate. Der primitive Staat ist überall nichts anderes als diejenige Rechts- und Wirtschaftsordnung, die ein siegreiches Volk einem besiegten Volk aufgezwungen hat. Und der praktische Inhalt dieser Wirtschaftsordnung ist überall nichts anderes als die Verpflichtung der Besiegten, den Siegern einen Teil ihres Arbeitsertrages abzutreten.¹⁾ Da es sich zunächst bei den Besiegten immer um Ackerbauvölker handelt, so besteht diese Steuer in einem Teil des Bodenertrages; und es ist dabei völlig gleichgültig, ob diese Steuer, die Grundrente, als Abgabe eines Teils seines Arbeitsertrages von dem hörigen Bauern direkt an seinen einzelnen Herren geleistet wird, oder ob der hörige Untertan als Arbeiter auf Herrenland frondet und von dem Herren seinen notdürftigen Unterhalt erhält. Immer handelt es sich um Großgrund- eigentum und um die Abgabe davon, die Grundrente.

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung „Der Staat.“ Frankfurt a. M. 1907. Bd. XIV., XV. der von M. Buber herausgegebenen „Gesellschaft“.

Das moderne Großgrundeigentum ist ein direkter Abkömmling jener primitiven Schöpfung der Eroberung. Es ist also die Schöpfung „außerökonomischer Gewalt“, ein Feudalinstitut, ganz wie die übrigen Feudalinstitute, die Hoheitsrechte, Bannrechte, Strandrechte, Privatsteuerrechte, Zunftrechte usw. usw., die mit dem Feudalstaat verschwunden sind. Das Großgrundeigentum ist der letzte Feudalrest in unserer, im übrigen ganz auf den freien Tausch gleichwertiger Gegenstände aufgebauten Wirtschaftsgesellschaft. Es ist eine fremde Machtposition, ein dem innersten Wesen unserer Wirtschaftsgesellschaft fremdes „Monopol“ im Sinne von Adam Smith.

Jetzt verstehen wir, warum das Großgrundeigentum so verhängnisvoll auf die Verkehrswirtschaft einwirkt: es ist ein Fremdkörper, der krankheitserzeugend wirkt, ein noch nicht ausgestoßener Rest aus einer sonst völlig überwundenen Vorzeit! Und so stellt sich uns jetzt die Kette der Zusammenhänge folgendermaßen dar: in unserer, ganz auf die Bedürfnisbefriedigung durch eigene Arbeit aufgebauten Gesellschaft steht noch ein Rest einer auf Eroberung beruhenden Gesellschaft aufrecht, in der die Bedürfnisbefriedigung der herrschenden Klasse nicht durch eigene, sondern durch fremde, und zwar rechtlich leistungsverpflichtete, Arbeit geschah. Dieser Feudalrest ist das Großgrundeigentum. Die Verteilung des auf ihm durch die Arbeit gewonnenen Gesamtertrages geschieht noch genau nach dem Muster jener primitiven Zeit des Faustrechtes und der kriegerischen Ausbeutung des mit dem Schwerte zum Knechte gemachten Menschen: der Arbeiter erhält ein Fixum, das gerade das Existenzminimum deckt, der Grundherr aber den ganzen, mit dem allgemeinen Reichtum enorm gewachsenen Rest. Darum ist das Großgrundeigentum zu jenem Orte hohen, gleichbleibenden Druckes geworden. Hier zieht sich eine lückenlose Ursachenkette von der fernsten Vorzeit bis auf unsere Gegenwart.

Wie kommt es aber, so dürfte man fragen, daß der Kapitalismus, dessen Ursache in so ferner Vorzeit entstand, erst in so sehr später Zeit zur Entfaltung gelangt ist? Warum findet sich

in Altertum und Mittelalter keine Spur davon? Mit der Beantwortung dieser Frage werden wir unser Thema völlig erschöpft haben, so weit das in dem Rahmen eines kurzen Aufsatzes überhaupt möglich ist.

Die Lösung des Rätsels liegt in einem Worte: „Freizügigkeit“. Nur, wenn die Hintersassen des feudalen Grundeigentums die Möglichkeit haben, den Ort des konstanten sozialen Druckes zu verlassen, um in Orte niedrigeren Druckes abzufließen, nur dann können natürlich die Erscheinungen des Kapitalismus zustande kommen. So lange der Landarbeiter an die Scholle gefesselt ist, so lange Aus- noch Abwanderung gesetzlich unzulässig ist, können weder in den Überseegebieten noch in den Gewerbestädten zwei Arbeiter einem Meister nachlaufen und sich unterbieten: so lange gibt es hier also keinen Profit, und so lange sind Produktionsmittel kein „Kapital“.

Wir verstehen jetzt, warum der Kapitalismus eine ganz der Neuzeit angehörige Erscheinung ist. Das Altertum, das ganz auf der Sklavenarbeit aufgebaut war, konnte ihn ebensowenig entwickeln wie das frühe und das späte Mittelalter, das den Arbeiter des Blattlandes an die Scholle fesselte. Die volle politische Freiheit, repräsentiert durch das wichtigste aller Rechte, die Freizügigkeit, mußte erst errungen sein, der Feudalismus aus der Verfassung ausgemerzt sein, damit der Kapitalismus zur Herrschaft gelangen konnte.

Dieser Gedankengang ist in unübertrefflicher Weise von Marx in etwa folgender Form ausgesprochen worden: „Ein Knecht ist ein Knecht: unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen wird er zum Knecht; Geld und Produktionsmittel sind Geld und Produktionsmittel: unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen werden sie zu Kapital. Worin besteht das gesellschaftliche Kapitalverhältnis? Darin, daß an dem einen Pole der sozialen Stufenleiter sich alles Kapital befindet, während an dem anderen Pole sich die „freien Arbeiter“ finden, frei in einem doppelten Sinne: sie sind frei, entblößt von allem eigenen Kapitalbesitz, und daher gezwungen, sich dem Kapitalisten anzuliefern, und sind zweitens

frei, weil sie als politisch freie Bürger das Recht haben, über ihre Arbeitskraft nach Belieben zu verfügen“.

Wir haben also hier bereits die wichtigste Bestimmung in voller Klarheit: ehe nicht der Arbeiter frei ist, kann wohl von Ausbeutung die Rede sein — denn auch der Sklave und der hörige Bauer werden ausgebeutet — aber nicht von kapitalistischer Ausbeutung.

Wenn wir die Freizügigkeit in die Rechnung einsetzen, dann bietet das geschichtliche Verständnis des Kapitalismus keine Schwierigkeiten mehr. Er entsteht und verschwindet mit der Freizügigkeit, und verstärkt sich und schwächt sich ab genau in dem Maß, wie die Hemmungen des freien Zuges schwächer oder stärker werden.

Eine kurze historische Skizze wird uns das auf das deutlichste zeigen und uns außerdem noch manchen wertvollen Aufschluß über wichtige Teilprobleme des Gebietes gewähren.

In Deutschland erringt um die Wende des 10. Jahrhunderts der Bauer praktisch die Freizügigkeit. Aber es existiert zu dieser Zeit hier kein Großgrundeigentum, sondern nur die sozial harmlose „Großgrundherrschaft“. Das ist eine Institution, bei der ein Grundherr das Recht auf gewisse, recht niedere, feste Bezüge von seinen Bauern hat: aller Überschuß über diese feste Grenze hinaus fließt in die Tasche der Bauern selbst. Wenn wir uns der Bestimmung erinnern, die wir vorhin gegeben haben, so werden wir erkennen, daß eine solche Großgrundherrschaft keinen Ort konstanten wirtschaftlichen Druckes darstellt; denn des Bauern Einkommen steigt ja mit der Bevölkerung und Arbeitsteilung in gleichem Schritte. Wir haben im Gegenteil hier einen Ort regelmäßig sinkenden sozialen Druckes, gerade wie über den Städten und dem völlig freien Bauernlande; und daher findet auch kein Abstrom des Landvolkes von der Scholle statt, es gibt keine Arbeiter, die den Besitzern von Produktionsmitteln nachlaufen, und darum keinen Kapitalismus¹⁾.

¹⁾ Vgl. die ausführliche Darstellung in meinem „Großgrundeigentum und soziale Frage“. II. (historischer) Teil. 2. Kapitel. pp. 332—390.

Nun erreicht dieser sozial äußerst gesunde Zustand um die Wende des 14. Jahrhunderts sein Ende, die Großgrundherrschaft verwandelt sich in das echte Großgrundeigentum, wird aus einem Orte sinkenden zu einem solchen konstanten sozialen Druckes. Und zwar vollzieht sich diese Veränderung unter dem Einfluß neuer erobernder Gewalt, neuer Knechtschaft. Die deutschen Ritter haben das Slavengebiet mit dem Schwerte erobert und die Eingeborenen zu Hörigen gemacht, die sie noch ganz nach dem alten Schwertrechte behandeln; d. h. sie legen ihnen nicht ein für allemal bestimmte feste Leistungen auf, wie sie die Grundherren des Stammgebietes im Westen beziehen, sondern sie lassen ihnen nur das für ihre Lebensfristung Unentbehrliche und nehmen alles andere für sich. Also echtes Großgrundeigentum und ein Ort hohen konstanten Druckes! Diese Umwälzung wirkt in gleichem Sinne auch auf das Stammland zurück; der westdeutsche Bauer kann nicht mehr, wie bisher, durch Auswanderung nach dem Osten ausweichen, denn der Osten ist gegen bäuerliche Einwanderung fortan durch das Großgrundeigentum gesperrt; und so muß sich denn auch der Bauer des Westens darein fügen, daß seine Grundherren auch seine Lasten und Steuern und Zinsen fortwährend, bis zu seiner völligen Verarmung, vermehren. Aber hier bleibt wenigstens die Freizügigkeit noch eine Zeitlang erhalten, und so lange haben wir denn auch in Deutschland . . .

Kapitalismus! Eine gewaltige Abwanderung von dem platten Lande in die Städte findet statt, zwei Arbeiter laufen einem Meister nach und unterbieten sich, Produktionsmittel werden Kapital, der Profit entsteht, und die führenden Kapitalisten dieser ersten kapitalistischen Periode, die Fugger, die Welser, die Römer, und wie sie alle heißen, die großen Kaufleute und Bergherren von Augsburg, Nürnberg, Freiberg usw. häufen in kürzester Zeit unerhörte Reichtümer. Das dauert so lange wie die Freizügigkeit und erreicht mit ihr sein Ende. Die Großgrundeigentümer beginnen unter der Wirkung der Abwanderung ihrer Hinterlassen bald genug an der „Leutenot“ zu leiden und setzen die Schollenbindung durch, und damit ist dann auch der junge Ka-

pitalismus erwürgt. Die Bauernkriege, die das Schicksal der Bauern besiegeln, versetzen auch ihm den Todesstreich. Deutschland verfällt in Stagnation, und der Kapitalismus erwacht erst in dem Augenblicke zum Leben, zu seiner zweiten Periode, die wir jetzt beobachten, wo mit der revolutionären Ära die Freizügigkeit von neuem errungen wird. Warum hat Großbritannien einen Vorsprung von einem halben Jahrhundert vor Deutschland? Weil es die Freizügigkeit ein halbes Jahrhundert vor uns erkämpfte. Nicht eher begann in England der Siegeslauf des Kapitalismus, als bis die Beschränkungen des freien Zuges in die Städte, die Zunftrechte, das Lehrlingsgesetz der Elisabeth u. a. gefallen waren; und er erreichte seine volle Entwicklung nicht eher, als bis auch die letzte Hemmung des freien Zuges vom Lande fort ihnen gefolgt war, die Kirchspielgesetze. Und in Deutschland setzt die gleiche Entwicklung nicht eher ein, als bis durch die Stein-Gardenbergsche Gesetzgebung die Freizügigkeit des Landvolkes hergestellt ist.

Das gleiche gilt von Rußland: der russische Kapitalismus feierte seinen Geburtstag an dem Tage, an dem Kaiser Alexander den Emanzipationsukas unterschrieb; und in die Vereinigten Staaten wurde er mit dem ersten Schiffe importiert, das verhungerte irische Kulis an den Strand spie. Das ist die Entstehung des Kapitalismus.

Vielen Lesern wird die Untersuchung Werner Sombarts über den Kapitalismus bekannt sein. Er stellt die kühne Behauptung auf, daß er in dem Augenblicke entstanden sei, als in dem Bewußtsein einzelner Menschen der Wille entstand, einen Stock von Produktionsmitteln zu „verwerten“, d. h. in Kapital zu verwandeln. Aus unserer Betrachtung wird zur Gewißheit, daß diese Erklärung falsch ist. Nicht der noch so innige Wille, Arbeitskräfte auszubeuten, schafft den Kapitalismus, sondern nur die mit dem „Kapitalverhältnis“ gegebene Möglichkeit. Wenn freie Arbeiter in Marx' Sinne vorhanden sind, dann, nur dann sind Produktionsmittel Kapital; und das ist eine Bedingung, die dem Willen ihres Besitzers völlig entzogen ist; er kann sie, ja er

muß sie ausnützen, wenn sie gegeben ist, aber er kann sie nicht herbeiführen.

Der schlagendste Beweis für die Wahrheit dieser Ausführungen liegt darin, daß der Kapitalismus sich nirgend entwickelt hat, wo entweder keine Zuwanderung von Ackerkulis stattfinden konnte, oder wo ein Gebiet sich einer so glücklichen Grundeigentumsverfassung erfreute, daß jeder Arbeitsfähige ohne große Umstände und Kosten zu eigenem Landbesitz gelangen konnte. In solchen Gesellschaften war natürlich der unverkürzte Arbeitsertrag des freien Bauern der Nullpunkt der Löhnestala, und entsprechend hoch standen auch die übrigen Löhne, so hoch, daß sie den Eigentümern der produzierten Produktionsmittel keinen Mehrwert übrig ließen. Ein solches Gemeinwesen war zum Beispiel lange Zeit der Mormonenstaat Utah, dank den von Brigham Young erlassenen genialen Landgesetzen¹⁾. Sehr nahe steht diesem Standpunkt ferner Neu-Seeland, dessen Regierung einerseits der Einwanderung von Ackerkulis den entschlossensten Widerstand entgegenstellt und andererseits das noch vorhandene Großgrundeigentum durch Sonderbesteuerung derart ängstigt, daß die Eigentümer froh sind, es loszuschlagen, so daß es die Regierung ihren arbeitsfähigen landlosen Bürgern für nahezu nichts überlassen kann. Vor allem aber war Westeuropa, und hier wieder Deutschland, im hohen Mittelalter fast vier Jahrhunderte hindurch ein solches Land ohne Großgrundeigentum und daher ohne Kapitalismus, und zwar in der Zeit, in der nur die Großgrundherrschaft bestand, die, wie wir wissen, ein Ort ständig sinkenden, nicht aber gleichbleibenden sozialen Druckes war. Das war aber nicht etwa eine Zeit des Stillstandes und der allgemeinen Armut, sondern im Gegenteil eine Zeit von so ungeheuer schnell steigendem Reichtum und von so reizendem Kulturwachstum, daß ihr, nach Gustav Schmoller, kaum das 19. Jahrhundert an die Seite gestellt werden kann. Die Bevölkerung, die Arbeitsteilung und daher die Reichtumserzeugung wuchs enorm

¹⁾ Vgl. meine Abhandlung: Die Utopie als Tatsache. Zeitschrift für Sozialwissenschaft II (1899) p. 190 ff.

schnell. Aber dieser Segen verteilte sich mit einer für unsere Begriffe unverständlichen Gleichmäßigkeit auf alle Mitglieder der Gesellschaft: wie es keine wachsende Grundrente gab, so gab es auch keinen Profit; es liefen immer zwei Meister einem Arbeiter nach und überboten sich, und der Lohn der Arbeit wuchs in voller Parallelität zu ihrem Ertrage¹⁾.

Und so läßt sich denn auch auf Grund dieser geschichtlichen Tatsachen behaupten, daß da, wo kein Großgrundeigentum wachsende Rente zieht, kein Kapitalismus möglich ist, sondern daß hier ein Zustand voller Gesundheit des sozialen Körpers bestehen muß, den ich als die „reine Wirtschaft“ bezeichnet habe. Das ergibt nicht nur unsere Formel, wonach der Profit gleich Null sein muß, wenn die Rente gleich Null ist, sondern wir können es auch ohne weiteres aus einer praktischen Betrachtung erschließen:

Stellen wir uns zu dem Zwecke einmal vor, was z. B. aus dem amerikanischen Kapitalismus werden würde, wenn einmal ein paar Jahre lang die Einwanderung stockte. Heute speien die Auswandererschiffe Jahr für Jahr eine volle Million Menschen, d. h. rund 4—500 000 proletarische Arbeitskräfte an den Strand, die mit ihrer Hungerkonkurrenz den einheimischen Arbeiter angreifen. Stellen wir uns vor, das würde durch irgendwelche Revolution der Eigentumsverhältnisse in Europa auch nur auf 4, 5 Jahre verhindert. Dann wäre natürlich der Kampf zwischen Gewerkschaften und Trusts ohne weiteres zu Gunsten der Gewerkschaften entschieden. Der Lohn der amerikanischen Arbeiter würde enorm steigen, ihre vermehrte Kaufkraft würde als vermehrte Nachfrage nach allen möglichen Bedürfnissen einer erhöhten Lebenshaltung auf dem Industriemarkt erscheinen und neue Nachfrage nach neuen Arbeitern erzeugen. Dadurch würde der Lohn wieder steigen und so weiter, bis in der Tat nicht mehr zwei Arbeiter einem Meister nachliefen und sich unterböten, sondern zwei Meister einem Arbeiter nachliefen und sich überböten. Der Lohn würde auf Kosten des Profiten steigen, der

¹⁾ Vgl. mein „Großgrundeigentum“. p. 350.

Profit zu Gunsten des Lohnes fallen; ob der Profit ganz und gar verschwinden würde, so daß Produktionsmittel überhaupt nicht mehr Kapital wären, wollen wir dahingestellt sein lassen: jedenfalls würde er aber so tief sinken, und der Lohn so hoch steigen, daß von einem Kapitalismus im Sinne einer schweren Sozialkrankheit nicht mehr die Rede sein könnte.

Was aber von der Auswanderung gilt, das muß in verstärktem Maße auch von der inländischen Abwanderung gelten; in verstärktem Maße, weil die Zahl der Abwanderer immer ganz ungeheuer viel größer gewesen ist als die Zahl der Auswanderer, so daß ihr Druck auf den Lohn der schon beschäftigten städtischen Arbeiter noch stärker war als über See.

Damit wäre ich am Schlusse meiner Ausführungen, wenn ich nicht noch eine ganz kurze Nutzenanwendung der gewonnenen Geseze machen wollte. Es handelt sich um die sozial-ethische Bewertung, die der politische und wirtschaftliche Liberalismus, und namentlich seine vornehmste Schöpfung, die freie Konkurrenz, verdienen. Wir wissen, daß man den Liberalismus auf das härteste angeklagt hat, weil er es war, der diese angeblich höllische Macht entfesselt hat, die an dem ganzen Elend der kapitalistischen Anfänge allein die Schuld tragen soll. Bei dieser Gelegenheit empfang regelmäßig das „Kapital“ im engeren Sinne, das Handels- und Gewerbekapital, die härtesten Stöße der sittlichen Entrüstung, während die Landwirtschaft und gar die Großlandwirtschaft sich gern in der bengalischen Beleuchtung des Unschuldkindes, kein Engel ist so rein, darstellte. Nun, so viel wissen wir jetzt, daß hier die Fabel von Wolf und Lamm wieder einmal Wirklichkeit geworden ist: der Wolf, der oben am Strom der Wanderbewegung steht, klagt das Lamm an, ihm das Wasser zu trüben, und er würde es mit Vergnügen fressen, wenn er nur könnte.

Aber ich denke, noch mehr beweisen zu können als nur das, daß der Liberalismus und die freie Konkurrenz an allen jenen Greuelthaten unschuldig ist. Sie sind im Gegenteil die Kräfte des Segens, die ganz allein das durch die feudale Gewaltpolitik geschaffene Massenelend bereits unmeßbar gemildert haben; und es erscheint mir

zweifellos, daß sie in absehbarer Zeit dahin gelangen werden, es ganz aufzuheben.

Nicht wahr, das klingt bis ins Ungeheuerliche paradox? Und doch werden wir sofort erkennen, daß es buchstäbliche Wahrheit ist, wenn wir uns nur erinnern wollen, was wir über die Zusammenhänge der einzelnen Lohnklassen festgestellt haben. Wir sahen dort, daß durch die freie Konkurrenz der Arbeiter untereinander ein Prozeß der Ausgleichung sich vollzieht derart, daß der Lohn der oberen Klassen herabgezogen, der der unteren aber gehoben wird. Wenden wir diesen allgemeinen Satz auf die Verhältnisse der frühkapitalistischen Periode an. Orientieren wir uns an dem berühmtesten Beispiel, an Großbritannien. Hier haben wir in der vorkapitalistischen Zeit in den Städten einen Stand von Handwerkern, die ihr bescheidenes Brot haben. Das Gewerbe entfaltet sich langsam; je länger, je mehr fühlt es sich unerträglich beengt und gehemmt durch die Fesseln des Feudalsystems, und nach langen schweren Kämpfen gelingt es dem Liberalismus, die Burg der Gegner zu brechen. Der freie Zug der Bevölkerung wird mit manchen anderen Rechten gewonnen. Die Abwanderung setzt ein, erst tröpfelnd, dann, in dem Maße, wie die städtischen Gewerbe Brotstellen erschließen, immer mächtiger. Die Hungerkonkurrenz reißt die Löhne und Arbeitseinkommen der alten städtischen Handwerker und Arbeiter in die Tiefe, und alle Pforten der Hölle scheinen sich aufgetan zu haben. Den ersten Beobachtern, den Malthus, Ricardo und ihren sozialistischen Zeitgenossen, erschienen diese furchtbaren Erscheinungen als ein wirtschaftsgeschichtliches Novum, als etwas noch nie Dagewesenes, das jetzt mit einem Mal, wie aus dem Nichts gestampft, in den Gewerbezentren selbst entstanden sei. Und auch heute noch blendet dieser alte Irrtum die Augen fast aller Volkswirte. Es war aber ein Irrtum! All diese himmelschreiende Not, all dieses schmutzige Elend, all diese grauenhafte Erniedrigung ganzer Volksmassen waren nicht im mindesten Nova, sondern uralte Tatsachen; und sie waren nicht erst soeben in den Städten entstanden, sondern sie waren nur soeben

auf dem städtischen Schauplatz erschienen, nachdem sie all die Zeit an einer Stelle zusammengedrängt waren, auf die die Blicke der städtischen Volkswirte nie gefallen waren.

Diese Stelle war das platte Land! Hier, auf den Besitzungen der großen Feudalherren, in den Höhlen der hörigen Bauern, fern von den Stätten, auf die die Augen der ersten Beobachter des Wirtschaftslebens wie hypnotisiert gerichtet waren, hatte menschliches Elend längst den höchsten Grad erreicht, der denkbar ist, bis zur Vernichtung der Reproduktionskraft der Klasse. Denken wir an die Schilderungen, die Labruyère von den französischen Bauern, die Gray von den irischen, E. M. Arndt von den deutschen, und die Kropotkin von den russischen Bauern der präkapitalistischen Zeit gibt, von jenen menschenähnlichen Tieren, die in Erdhöhlen wohnen, schwarzes Brot essen und den Acker ihrer Herren umwühlen, denken wir an jene „Wilden“, von denen Taine erzählt, an jene zottigen Bauern der Auvergne, die herabsteigen von ihren Berghöhlen, blutgierig, verelendet, wie hungrige Wölfe!

Bis die Revolution ihnen das Recht der Freizügigkeit gab, hatten diese Ackerklaven ihr eigenes Dasein geführt, fern jeder Kultur, gelöst aus dem Zusammenhang mit dem übrigen Volke. Niemand hatte ihrer Acht, niemand wußte etwas von ihren Leiden, die wie in einem verborgenen Reservoir Jahrhunderte hindurch aufgesammelt wurden. Als dann aber der trennende Deich durch die städtische Revolution durchbrochen wurde, als die Freizügigkeit erkämpft war, da ergoß sich mit einem Male diese ganze ungeheure Masse alten, aufgehäuften Elends über die Städte und ihre unglücklichen Bewohner. Und nun freilich riß die Hungerkonkurrenz dieser auf das äußerste denkbare Maß menschlicher Entwürdigung herabgedrückten Unglücklichen auch die Löhne der alten städtischen Arbeiter in die Tiefe; hatten sie vorher in anständigen Häusern gelebt, so mußten sie sich jetzt mit denselben Schweineställen begnügen, an die ihre Wettbewerber von Jugend an gewöhnt waren; und hatten sie bis jetzt von Rindfleisch und Weißbrot gelebt, so mußten sie sich jetzt ebenso wie sie mit Kar-

toffeln und Schwarzbrot ernähren, und furchtbar war für sie der Sturz. Aber man darf doch dabei nicht, wie es regelmäßig geschieht, übersehen, daß ganz der gleiche Prozeß, der Hunderttausende in das tiefste Elend stürzte, andere Hunderttausende aus dem tiefsten Elend erlöste. Denn für jene feudalen Hinterlassen, die ihrem Kerker entronnen waren, war das Elend von Manchester und Liverpool immer noch ein Emporstieg.

Kurz und gut, was den Beobachtern bis jetzt regelmäßig als ein Prozeß erschien, der nichts als Elend und Not über die Welt brachte, das war in der That ein Prozeß der *Ausgleichung* zwischen zwei, bis dahin durch eine unüberschreitbare Grenze geschiedenen, Klassen der Bevölkerung, einer relativ hoch, und einer unglaublich tief stehenden, die plötzlich miteinander in Verbindung gebracht wurden. Man hat bis jetzt immer nur die eine Seite gesehen, den Niedergang der höheren Klasse, aber man kann dem Vorgang nur gerecht werden, wenn man auch die Rückseite der Medaille ansieht, nämlich den Aufstieg der unteren Klasse. Für die Einwanderer war der Prozeß der Ausgleichung ein Segen, wie er für die alten Städter ein Fluch war. Dieser Prozeß der Ausgleichung erfolgte zuerst mit ungeheurer Gewalt, so lange, bis der Überschuß der in den Großgrundbezirken aufgestauten Proletariemassen abgeströmt war. Dann begann unter der Wirkung der freien Konkurrenz, dank der durch die Abwanderung und Auswanderung sich immer mehr verschärfenden Leutenot, die Hebung der Landarbeiterlöhne, die seitdem ohne Ende fortgeschritten ist, und mit der sich der Lohn der städtischen Arbeiter regelmäßig mitgehoben hat. Diesem Prozeß ist kein Ende abzusehen. Die Löhne werden immer weiter steigen, zunächst durch den immer höheren Aufschlag von Transportkosten, den die Heranführung der Grenzguldis bedingt, und dann hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit durch eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse in den Grenzgebieten des sozialen Druckes im äußersten Osten, durch die sie aus Orten gleichbleibenden in Orte sinkenden Druckes verwandelt werden. Und auch dieser letzte Hammerschlag, der die Fesseln der mündig gewordenen Menschheit ganz zer-

brechen [wird, wird geführt werden von dem arg verlästerten Liberalismus, dem Widerpart und Besieger des Feudalstaates.

Wir sehen also: die freie Konkurrenz ist völlig unschuldig. Sie hat vom ersten Tage ihres Wirkens an den Durchschnittslohn der menschlichen Arbeit in immer steigendem Maße erhöht: es war nicht ihre Schuld, daß der Durchschnitt im Anfang viel niedriger sein mußte, als das bisherige Einkommen der städtischen Arbeiterschaft, so daß sie Jahrzehnte lang in schwere Not geriet, bis die freie Konkurrenz das Durchschnittslohnniveau wieder so hoch hatte heben können, wie ihr Sonderlohnniveau vor der großen Ausgleichung gestanden hatte. Um die ganze Menschheit zu erlösen, mußte der Liberalismus vor allem die entwürdigten Sklaven des Großgrundeigentums erlösen. Der städtische Arbeiter jener Zeit mußte die Peche bezahlen. Und das war gewiß traurig für ihn. Aber was bedeutet das Leid einer Generation gegen den Fortschritt eines ganzen Volkes? Eine Generation ist nur ein Laubkleid am Stamme des Volkstumes; der Frühling bringt es, der Herbst wirft es nieder. Was macht es aus, wenn ein Sommersturm einen Teil der Zweige und Blätter vorzeitig vom Stamme schleudert? Wenn nur der Stamm selbst, der eigentlich Lebende, der ewige Erneuerer, durch den Sturm der Todfeinde ledig wird, die sein Mark bedrohen!

Und nun können wir mit einem Worte bezeichnen, was denn der Kapitalismus ist. Er ist der Bastard aus der widernatürlichen Verbindung der beiden von allem Anfang an feindlichen Mächte, deren Kampf die Weltgeschichte erfüllt, ja bedeutet: der uralten, auf Eroberung beruhenden Herrschaft, die den Feudalstaat und als seine erste und wichtigste Einrichtung das große Grundeigentum schuf, und der Freiheit, die in langen Kämpfen das erste und wichtigste aller Menschenrechte errang, die Freizügigkeit. Wir verstehen nun, warum der Kapitalismus eine „Spottgeburt von Dreck und Feuer“ ist, warum er eine Art seltsamer „Doppelpersönlichkeit“ besitzt. Der tugendsame Bürger mit dem grausamen Verbrecher zusammengekoppelt! Darum preisen ihn die einen verückt als Spender allen Reichthums, die andern

schelten ihn als Urheber allen Elends. Wir aber wissen jetzt, wie diese Doppelpersönlichkeit zu verstehen ist: aller Fluch, den der Kapitalismus über die Menschheit gebracht hat, ist Erbteil von seiner Mutter, der urtümlichen Gewalt, die den Menschen zum Objekt fremder Willkür erniedrigte: und aller Segen ist Erbteil des Vaters, des Geistes der Freiheit. Und so gilt von ihm, was Richard Dehmel von seinem „Bastard“, dem Sohne des Sonnengottes und des Vampyrweibes, sagt: „Jetzt weißt du, Herz, was immer so in deinen Träumen bangt und glüht, wie nach dem ersten Sonnenschimmer die bange Nacht verlangt und glüht, und was in deinen Lüften nach Seelen lechzet wie nach Blut, und was dich treibt von Brunst zu Brunst aus dunkler Nacht zu lichter Blut?“ Bastard von Knechtschaft und Freiheit, ist es dein historischer Beruf, die Menschheit durch neue Knechtschaft zur vollen Freiheit zu führen und dabei selbst zu Grunde zu gehen.

III.

Robinson, der Kapitalist.

Die älteren Nationalökonomien waren der Meinung — und Karl Marx ist ihnen hierin, wie in so vielen anderen Dingen gefolgt — daß der „Kapitalismus“ eine normale Phase der Wirtschaftsentwicklung sei. Wenn die Dichtigkeit der Bevölkerung, die Arbeitsteilung usw. einen bestimmten Grad erreicht habe, erst dann könne, dann müsse aber auch der Kapitalismus sich einstellen.

Wenn unsere Darlegungen richtig sind, dann ist diese Anschauung falsch. Dann ist der Kapitalismus die Folge einer außerökonomischen *S t ö r u n g* des normalen Wirtschaftsverlaufes, nämlich der durch Waffengewalt geschaffenen Bodensperre, die das Klassen-Monopol-Verhältnis setzte.

Wir können auf unser Exempel die Probe machen. Wenn wir diese Dinge richtig gedeutet haben, so müssen sich alle wesent-

lichen Erscheinungen des Kapitalismus schon unter den allereinfachsten Verhältnissen zeigen, schon in der Zweiergesellschaft, wenn nur die beiden Bedingungen gegeben sind, die wir als für den Kapitalismus nötig bezeichnet haben: die Bodensperre und die „Freiheit“ des Arbeiters im Marx'schen Doppelsinne. Diese Probe wollen wir anstellen, und sie wird unsere Darstellung durchaus bestätigen: wenn der eine von zwei Einsiedlern den ganzen Boden sperren kann, so hat er das Monopolverhältnis statuiert und kann den Monopolgewinn des Mehrwerts in irgendeiner ihm beliebigen Form expressen. Orientieren wir uns daher nach alter Methode an Robinson und Freitag, trotz allem Spott, den Friedrich Engels, Karl Marxens Adjutant, Apostel und Testamentsvollstrecker, in völliger Verkennung ihres Wertes über diese Art der Betrachtung ausgeschüttet hat.¹⁾

Robinson lebt mit Freitag in genossenschaftlichem Wirtschaftsverbande; sie tauschen nicht Güter, sondern nur Dienste und fragen nicht nach der Äquivalenz. Jeder gibt, was er kann, und nimmt, was er braucht, als Mitglieder einer durch die Not geschaffenen Familie.

Aber Robinson könnte, statt des genossenschaftlichen Systems, auch das der Sklaven- und Hörigenwirtschaft, oder das kapitalistische System, und hier für sich die Rolle des Kapitalisten oder des Mietsagrariers oder des Grundbesizers wählen.

Robinson, wäre er statt in England in Alabama oder Louisiana aufgezogen worden, hätte es für durchaus gerecht halten können, Freitag zu seinem Sklaven zu machen, weil er einer Sklavenrasse angehörte. Und er hätte sich auch hier wieder auf das eigene Zugeständnis des Knechtes berufen können, der ja die fremdartige Erscheinung, den härtigen weißen Mann in der seltsamen Tracht, als ein höheres Wesen anerkannte und verehrte.

Indessen: Robinson ist als Christ in einem Lande aufgewachsen, in dem die Sklaverei als verwerflich gilt. Er weist also den Gedanken, Freitag zu seinem Sklaven zu machen, weit

¹⁾ Marx selbst dachte nicht so geringschätzig davon. Vgl. Kapital I. p. 43.

von sich. Er will ihn, als freien Kontrahenten, gerecht nach der Sitte seiner Heimat behandeln, in der nur freie Menschen in freiem Verkehr miteinander kontrahieren.

Hier gilt das Recht des bürgerlichen Eigentums an Grund und Boden und an Kapital, mit ihrem Anspruch auf Grundrente und Kapitalprofit. Robinson hält beide Formen des Eigentums für legitime Schöpfungen des Naturrechts; und hält darum Profit und Grundrente für ebenso legitime Anteile an dem Gesamterzeugnis.

Er hat daher nicht im mindesten das Bewußtsein, Freitag „auszubeuten“, wenn er ihm folgenden Vortrag hält:

„Nach dem Rechte der ersten Okkupation gehört mir diese ganze Insel. Ich, als der Grundeigentümer, verbiete dir, darauf zu jagen, zu fischen, zu pflanzen, zu wohnen. Ich bin aber bereit, dir die Erlaubnis zu alledem zu geben, ja sogar, dir meine von mir gefertigten Werkzeuge und Waffen dazu zu leihen, wenn du mir den größten Teil deines Arbeitsertrages abtrittst. Willst du das nicht, so magst du als freier Mann, der du bist, dein Glück anderswo suchen.“

Worauf Freitag erwidern könnte, daß er ja gar nicht „anderswohin“ gehen könnte, wenn Robinson ihm nicht gestatten wollte, sich wenigstens ein Boot zu zimmern, wozu er Nahrungsmittel, Werkzeuge und einen Baumstamm benötige. Er sei also völlig in der Lage eines Sklaven, und seine sogenannte „Freiheit“ sei keinen Pfifferling wert. Im Gegenteil, als Sklave habe er wenigstens einen sittlichen Anspruch darauf, im Alter oder während Krankheiten ernährt zu werden: Robinson möge ihn also lieber zum Sklaven machen.

Aber Robinson weist diesen Vorschlag mit Entrüstung von sich und spielt statt dessen mit seinem „freien Kontrahenten“ alle Tragödien des politisch-ökonomischen Monopolverhältnisses durch.

Zuerst macht er ihn nach irisch-englischem System zu seinem Pächter und setzt als Grundherr die Pacht fest. Dann kündigt er ihm die Pacht und mietet ihn, nach osteuropäischem System,

gegen einen von ihm festgesetzten Lohn als Tagelöhner für die eigene Landwirtschaft.

Dann beschäftigt er ihn ebenfalls gegen einen von ihm festgesetzten Lohn als industriellen Arbeiter.

Und zuletzt läßt er ihn sich als industriellen „Unternehmer“ etablieren und setzt ihm die Miete für die Werkstatt und die Hütte und den Zins für das Leihkapital fest, das er ihm — in Gestalt von Wertgütern — „vorstreckt“.

Wir erkennen, daß, wenn Robinson seinen Anspruch durchsetzen kann, der Eigentümer der ganzen Insel zu sein, er einen „Monopolgewinn“ einstreichen kann, der, wenn er will, Freitag's ganzen Arbeitsertrag verschlingt, außer der unbedingten Lebensnotdurft. Als Schüler Ricardos und Malthus' wird er ihm, streng nach dem „ehernen Lohngesetz“ (was r scheinlich ist die Insel „überbevölkert“!) gerade das Existenzminimum zuweisen. Es bleibt derselbe Sklavenunterhalt, gleichgültig, ob er als Futter eines menschlichen Arbeitstieres oder als Lohn eines Arbeiters bezeichnet wird; und es bleibt immer derselbe Mehrwert, gleichgültig, ob ihn die Theoretik als „Herreneinkommen“ eines sklavenhaltenden Großboikenbesizers oder als Grundrente eines Grundherren, als Zins eines Leihkapitalisten, oder als Profit eines industriellen Unternehmers zu registrieren hat.

Wir erkennen ferner, daß die absolute Größe der Insel für den Mechanismus, den wir studieren, völlig bedeutungslos ist. Ob sie 20 ha oder 200 000 ha Ackerland umfaßt: wenn Robinson nur sein Recht der ersten Okkupation durchsetzen kann, so hat er das Klassenmonopolverhältnis konstituiert, so ist Freitag „freier“ Arbeiter und hat den Mehrwert abzutreten.

Wenn aber Robinson seinen Anspruch, alleiniger Eigentümer der ganzen Insel zu sein, nicht durchsetzen kann?

Freitag erklärt eines schönen Tages: „Ich mache nicht mehr mit. Ich bin bereit, mich dem Rechte zu unterwerfen, das du selbst mir als das höchste Recht darstellst. Danach reicht das Eigentum eines Menschen nur so weit, wie seine Arbeit ihm die

Natur angeeignet hat. Darum respektiere ich dein Feld, das du geurbar und bebaut, dein Haus, das du errichtet, deine Herde, die du gezähmt und aufgezogen, deine Geräte, Werkzeuge, Waffen und Kleider, die du angefertigt hast. Aber ich weigere mich, dein angebliches Recht auf den übrigen Grund und Boden, auf das wild wachsende Holz, auf die wild schweifenden Tiere anzuerkennen. Ich werde mir abseits von dir ein Feld bereiten, eine Hütte bauen, Tiere zähmen, Waffen, Geräte, Werkzeuge und Kleider selbst verfertigen. Solltest du versuchen, mich dabei zu stören, so werde ich Gewalt mit Gewalt abwehren. Ich bin stärker und gewandter als du — und die Insel ist groß genug für uns beide und für viele andere, die kommen mögen."

Robinson wird sich wohl oder übel dieser Logik fügen müssen; ja, wenn er klug ist, wird er nicht schmollen, sondern seine Arbeit mit der Freitags vereinigen, weil dann beide mehr haben werden, als wenn jeder für sich vereinzelt tätig ist. Sie werden den Ertrag nach gerechtem Maßstab teilen — und von einem „Mehrwert“ für Robinson wird keine Rede mehr sein, denn Freitag ist von dem Augenblick an kein „freier“ Arbeiter mehr, wo er Zugang zu ausreichendem Landbesitz hat.

Die alten Nationalökonomien haben die Erde gern als eine Insel bezeichnet, die im Ozean des Weltraums schwimmt, ohne Möglichkeit des Verkehrs mit anderen „Inseln“ ihrer Art.

Nun, auf dieser Erdinsel liegen die Verhältnisse genau wie auf Robinsons Eiland. In jedem Lande der Welt ist der „Staat“ so entstanden, daß ein paar Hundert oder Tausend wohlbewaffnete, wohl disziplinierte Robinsons ein paar Tausend oder Hunderttausend schlecht bewaffnete, zersplitterte, abergläubische Freitags unterworfen und das ganze Land für sich mit Beschlag belegt haben, entweder als gemeinschaftliches Eigentum der Oberklasse wie in Peru und Sparta, oder als gesondertes Großgrundbesitz der einzelnen Kriegsedelinge, wie überall sonst in der Welt. So lange diese Sperrung besteht, besteht auch das Klassen-Monopolverhältnis.

So lange die Unterklasse unfrei ist, ist dieses Klassen-

Monopolverhältnis im Staatsrecht begründet, und der Mehrwert, den es abwirft, heißt das „Herreneinkommen“ eines Sklavenhalters oder die Taille oder der Grundzins eines Feudalherren. Wenn aber die Unterklasse die Freiheit und mit ihr als ihren besten Inhalt die Freizügigkeit erlangt hat, heißt der Mehrwert Grundrente oder Profit. Die Freizügigkeit zerstreut die „freien“ Arbeiter über das ganze Gebiet und zwingt sie, da sie zu eigenen Produktionsmitteln nicht gelangen können, ihre Arbeit jedem zu einem Minderwert anzubieten, der Produktionsmittel besitzt.

Zuerst überwiegt der Tribut an den Grundeigentümer, die Grundrente. Aber allmählich kommt eine immer wachsende Schicht von Mitgliedern der Oberklasse empor, die produzierte Produktionsmittel besitzen: jüngere Söhne der Grundbesitzer, die mit ihrem Erbteil in die Städte gezogen sind, glückliche Kaufleute, erfolgreiche Wucherer, geschickte Handwerker und Künstler, die Ersparnisse zurücklegen konnten, glückliche Krieger und Piraten, die ihre Beute in die Heimat gebracht haben. Diesen bieten sich die ehemaligen Hintersassen des Großgrundeigentums, die die Bodensperre an eigener Bauernschaft hindert, notgedrungen gegen einen Lohn an, den die Konkurrenz ihrer Genossen nicht viel höher steigen läßt als den Lohn der Landarbeiter. Und darum bleibt den Kapitalisten der gleiche Mehrwert an jedem Arbeiter wie dem Grundherren.

Die Bodensperrung hat das kapitalistische Klassen-Monopolverhältnis geschaffen, und es wird dauern, so lange sie besteht. Und sie wird bestehen, so lange die zahllosen Freitags das angebliche Recht der wenigen Robinsons anerkennen. Sobald sie sich dessen weigern, verschwindet das Kapitalverhältnis und der Mehrwert; und die Menschheit ist erlöst.

Wir sagten in der Einleitung: Die Lösung der praktischen sozialen Frage hängt davon ab, ob das Monopol, das den Mehrwert bedingt, ein natürliches oder rechtliches ist, ob es ruht auf einer Knargheit der Natur oder auf menschlicher Sägung. Im ersten Falle ist eine Heilung der sozialen Not unmöglich, und wir müssen zufrieden sein, wenn wir lindern können: im

zweiten Falle ist die Heilung sicher. Denn ein Recht kann man aufheben!

Das Monopol der Bodensperre ist ein privates Eigentumsrecht. Das kann man aufheben, durch Expropriation mit oder ohne Entschädigung.

Aus tausend Gründen ist die Entschädigung vorzuziehen. Und so lautet die Forderung der Stunde: Innere Kolonisation im größten Maßstabe und im schnellsten Schrittmaß!

IV.

Innere Kolonisation.

Alle Welt in Deutschland schwärmt heute für die „innere Kolonisation“: Parteien, Regierung und Agrarier. Sie ist die „höchste gegenwärtige Staatsaufgabe“. (Präsident Dr. Meß.) Sie wird endlich anerkannt als das einzige Mittel, der ungeheuren Entvölkerung des Ostens durch die „Landflucht“ der Tagelöhner ein Ende zu machen, Volkszahl, Landeskultur und Steuerkraft der östlichen Provinzen zu heben, die stagnierenden Kleinstädte zu entwickeln, indem man sie mit kaufkräftigen Kunden umgibt, — und schließlich, gegen das vordringende Slaventum einen Damm aufzurichten. Wir haben, das schrieb ich schon vor fünfzehn Jahren, nur die Wahl zwischen Kolonisation und Polonisation.

Darüber ist sich, wie gesagt, alle Welt einig. In der Theorie! In der Praxis aber versteht man unter „innerer Kolonisation“ zwei sehr verschiedene Dinge. Die Agrarier verstehen darunter eine Kolonisation, die den Großgrundbesitz fördert und festigt, nämlich durch die Ansiedlung von Landarbeitern statt selbständiger Bauern, und zwar womöglich auf den „Außenschlägen“ der großen Güter. Damit wären zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: erstens wäre diese wirtschaftliche „Schollenbindung“ zahlreicher Arbeiter ein gutes Mittel gegen Landflucht und Leute-

not, und zweitens bekämen die Grundherren die für sie in der Regel ertraglosen, ja, oft genug schlimmer als ertraglosen Ländereien auch noch hoch aus der Staatskasse bezahlt.

Die Agrarpolitik, und zwar gerade die konservativ gerichtete Wissenschaft, vertreten durch Männer wie Schmoller und Sering, will eine ganz andere Kolonisation. Sie will den Großgrundbesitz energisch verkleinern und an seine Stelle wirkliche, selbstwirtschaftende freie Bauern setzen. Sering forderte erst kürzlich in einem im Königlichen Ökonomie-Kollegium am 11. Februar 1910 gehaltenen Vortrage „eine energische Initiative zur Mehrung des Klein- und Mittelbesitzes“.¹⁾ Auf diesem Standpunkt steht auch die Regierung, wie sich aus vielen Dingen schließen läßt, z. B. aus ihrem Widerstande gegen die Pläne der ostpreussischen Landschaft, die auf die Kolonisation im Agrarierinne hinauswollen.

Zuerst trat dieser Gegensatz an die Öffentlichkeit eines kleineren Kreises, als der Leiter der ostpreussischen Landschaft, Geh. Rat Rapp, die eben dargestellten, großagrarischen Interessen gegen die von der Regierung unterstützte Ostpreussische Landgesellschaft durchzusetzen versuchte, die die Bauernkolonisation auf parzellierten Großgütern betrieb. Dann kam es über die gleiche Frage zum Schisma im Bunde der Landwirte, und zwar explodierte der Widerstreit hier an der Frage der „Restgüter“. Die Großagrarien wollen überall „kreisfähige“ Rittergüter bestehen lassen, angeblich, weil die neu angelegten Bauern nicht imstande seien, die Last und Verantwortung der Selbstverwaltung zu tragen. Die Bauern ihrerseits protestierten entrüstet gegen diese niedrige und in der Tat unverdiente Einschätzung und gegen die Verstümmelung der inneren Kolonisation, die lebensschwache Gemeinden ohne natürlichen Mittelpunkt, und neben ihnen ebenso lebensschwache Ritter-

¹⁾ Er sagt a. a. O. S. 31: „So ist der Mahnruf durchaus berechtigt, den der bekannte Landwirt Dr. Lothar Meyer kürzlich unter dem Eindruck seiner frischen englischen Beobachtungen veröffentlichte, daß man unter den jetzigen sich überstürzenden Zeitverhältnissen bei uns die Kolonisation gar nicht schnell und energisch genug betreiben könne“.

güter erschaffen würde, nur um die ungerechte und sehr drückende rechtliche Vorzugsstellung des Großgrundeigentums zu verewigen. Da der Bund der Landwirte sich trotz scharfer Warnungen in dieser Frage für die Großagrarien und gegen die Bauern entschied und damit zeigte, daß wenigstens im preußischen Osten seine angebliche Bauernfreundlichkeit nichts als Maske ist¹⁾, traten die Gebränkten und Geschädigten aus und zum „Bauernbund“ zusammen.

Trotzdem alle wissenschaftlichen Autoritäten und alle Sachkenner aus der Verwaltung in dieser Frage auf der Seite der Bauern und der bäuerlichen Kolonisation stehen, scheint der politische und außerpolitische Einfluß der Agrarien auch hier wieder stark genug zu sein, um ihren Willen gegen Vernunft und Staatsinteresse durchzusetzen. Zwar hat der Bund der Landwirte nachträglich einige — ungefährliche — Verbesserungen der Kreisordnung vorgeschlagen, um die secessio plebis zu stoppen; aber Restgüter werden jetzt, wie es scheint, viel mehr gebildet als früher. Und ebensowenig hat man auf großagrarischer Seite auf die Rapp'schen Pläne Verzicht geleistet.

Kein Wunder, wenn die Verfechter der echten inneren Kolonisation sich aus patriotischen Beweggründen nunmehr gezwungen sehen, die Flucht in eine sozusagen beschränkte Öffentlichkeit anzutreten. Der erwähnte Führer des Bauernbundes, Dr. Böhme, tut es mit notgedrungener grober Deutlichkeit; die hohen Beamten befehligen sich selbstverständlich eines möglichst sanften Tones. Aber die schwere Besorgnis um die Zukunft der Reform und damit des Landes und seines Volkstums klingt doch sehr vernehmlich durch die Zeilen.

Dr. Mez, Präsident des Oberlandeskulturgerichts, Wirkl. Geh. Rat, ein Mann, der sechzehn Jahre hindurch an leitender Stelle der inneren Kolonisation gedient hat, schreibt im Vorwort zu seiner Broschüre: „Die . . . Erfahrungen lassen mich befürchten, daß die Wege, die in neuerer Zeit zur Durchführung der bäuerlichen

¹⁾ Vgl. Böhme, Die Stellungnahme des Bundes der Landwirte zur Ansiedlerbewegung und der inneren Kolonisation. Würzburg, Memminger.

Kolonisation eingeschlagen wurden, auf die Dauer nicht zu ge-
dehlichen Ergebnissen führen können“. Er stellt immer wieder
fest, daß die öffentlichen Verwaltungskörperschaften im Osten nicht
(wie Rapp vorschlug) die Träger der Aktion sein dürfen, weil sie
ihr erstens „ablehnend oder doch teilnahmslos gegenüberstehen“¹⁾
(S. 10), und zweitens als Vertreter der Landverkäufer Partei
seien. Präsident Mez „vermag die Hoffnung nicht zu teilen, daß
die Großgrundbesitzer von ihrer Abneigung gegen die innere Ko-
lonisation geheilt werden können“. (S. 12.) Daß man in
Pommern „glaubt, es sei bereits zu viel geschehen, ist öffentliches
Geheimnis, obgleich doch in 17 Jahren noch nicht einmal 3,2%
der Fläche der Großgüter aufgeteilt sind“.

Ähnliche Sorgen klingen aus der vortrefflichen Rede, die der
Regierungspräsident von Schwerin am 25. Febr. 1911 in der
Konferenz der brandenburgischen Landräte zu Berlin gehalten
hat²⁾. Er betont in der Einleitung den Gegensatz deutlich genug
für den, der die Dinge kennt: „Aufgabe dieser Politik ist es an
sich nicht, irgend einem bestimmten Stande oder einer bestimmten
Bevölkerungsklasse zu helfen, also etwa für den Großgrundbesitzer
oder Bauern Arbeiter zu schaffen“. Und er sagt offen (S. 11):
„Trotzdem kann und soll nicht verschwiegen werden, daß eine
ihrem Umfange nach befriedigende innere Kolonisation nicht durch-
geführt werden kann ohne eine wesentliche Verminderung des
Großgrundbesitzes, die ihn indessen auf keine geringere Fläche zu
beschränken braucht, als sie vor der Deklaration von 1816 im
Großbetrieb bewirtschaftet wurde“.

Der Widerstand der Großagrarien ist begreiflich: denn es

¹⁾ Die Zukunft der inneren Kolonisation im östlichen Deutschland.
Berlin (Parey) 1910. Auch Max Sering spricht (a. a. O. S. 32) von
„Widerständen, die in jedem einzelnen Falle natürlich in sachliche Gründe
gekleidet werden“. Er spricht hier nicht von der Kolonisation im allge-
meinen, sondern besonders von der Aufteilung der Domänen.

²⁾ Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation. Heft 10: „Die
Förderung der inneren Kolonisation in der Provinz Brandenburg, insbe-
sondere durch Ausdehnung der Tätigkeit der „Landgesellschaft Eigene Scholle“
auf den Bezirk Potsdam. Berlin 1911 (Deutsche Landbuchhandlung).

geht um ihre Existenz! Die Verfechter der wahren Bauernkolonisation sind im Irrtum, wenn sie glauben, daß ihre Lieblingsmaßregel irgend großzügig durchgeführt werden könnte, ohne den Großgrundbesitz gänzlich zu ruinieren. Wenn man in Preußen eine Million ha Großgrundbesitz mit einem Schläge in Bauerngüter parzelliert, wie Sering forderte, dann ist der ganze Rest bankerott¹⁾.

Schon die politische Seite der Sache ist nicht zu vernachlässigen. Die Macht der konservativen Partei in Deutschland ruht fast ausschließlich auf der Gefolgschaft, die ihr die Gutshintersassen mehr oder weniger freiwillig leisten. Bauernbezirke sind ihr viel weniger sicher, wie mancher seit alters nationalliberale oder freisinnige bäuerliche Wahlkreis, und wie die Nachwahlen zum Reichstage zeigen. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Großgrundbesitzes weichen doch vielfach von denen des mittel- und kleinbäuerlichen Besitzes ab; jener ist mehr an Getreide- und Futterzöllen interessiert, dieser mehr an Vieh- und Fleischzöllen, braucht aber billige Futtermittel; und, was das Politische anlangt, so zeigt die Gründung des Bauernbundes, daß der selbstbewußter gewordene Bauer sich immer heftiger gegen die Vorherrschaft des Großbesitzes in der ländlichen Selbstverwaltung Preußens auflehnt. Eine wirklich starke innere Kolonisation würde mithin die konservative Herrschaft in vielen Wahlkreisen des Ostens erschüttern.

Viel wichtiger aber ist, daß sie den Großbesitz wirtschaftlich an seiner schwächsten Stelle angreifen würde, der Arbeitsverförgung. Schon heute besteht eine täglich wachsende „Leutenot“, dank der ungeheuerlichen Landflucht der Landarbeiterbevölkering, und gerade diese Landflucht will die Kolonisation ja zu hemmen versuchen. Das würde ihr auch gelingen; die auf den angekauften Gütern sesshaft gemachten Bauern würden dem Lande erhalten bleiben — aber auf den nicht angekauften Gütern würde

¹⁾ Schmoller verlangte schon vor vielen Jahren die Ansiedlung von 150—200000 spannsfähigen bäuerlichen Familien und der entsprechenden Zahl von Häuslern. Das würde 2—3 Millionen ha beanspruchen.

die Leutenot unerträglich werden. Ein Gut hat nämlich nach allen Erfahrungen zwei bis dreimal so viel Bewohner nach wie vor der Parzellierung; m. a. W.: jede durchgreifende Innenkolonisation muß fatalerweise das ohnehin schon fast entleerte Reservoir der Landarbeiter viel stärker abzapsen, als mit der Existenz der noch bestehenden Großbetriebe vereinbar scheint. Denn selbst angenommen, (was unwahrscheinlich ist), daß es möglich wäre, die Lücken in der Arbeiterschaft durch vervielfachte Einfuhr ausländischer Wanderarbeiter zu füllen, so würde doch durch diese ungeheuer verstärkte Nachfrage auf ihren Arbeitsmärkten ihr Lohn so hoch steigen, daß die Rente ihrer Anwender entsprechend, und vielfach gewiß auf und unter Null fallen müßte.

Die Innenkolonisation scheint mir danach eine jener Maßnahmen zu sein, die sich nur in ganz großem Stil oder überhaupt nicht durchführen lassen. Und man kann es den Großagrariern gewiß nicht übel nehmen, wenn sie trotz aller akademischen Verbeugungen — Serings Antrag wurde einstimmig angenommen — dennoch nach dem Grundsatz handeln: Principiis obsta!

Aber sehr merkwürdig ist, daß die Linke, „von Basser mann bis Bebel“, immer noch nicht begriffen hat, daß hier der Schlüssel der feindlichen Stellung ist. Bisher fassen sie die Innenkolonisation augenscheinlich als eine der unzähligen „Wohlfahrtsbestrebungen“ auf, die man anstandshalber unterstützt, die aber im Grunde gleichgültig sind; sie ist aber das einzige friedliche Mittel zur Eroberung der politischen Macht.

Und sie ist gleichzeitig, auch darüber sind sich die Parteien der Linken augenscheinlich noch nicht klar, das gewaltigste Mittel zur Hebung der Volkswirtschaft, der allgemeinen Wohlfahrt und der Versöhnung der Klassen miteinander. Um das zu beweisen, möchte ich mich der bewährten wissenschaftlichen Methode bedienen dürfen, mir die Maßregel als voll durchgeführt vorzustellen, um dann die daraus

folgenden gesellschaftlichen Verschiebungen und Veränderungen zu betrachten.

Die erste Folge wäre eine ungeheurere Verdichtung der Bevölkerung in den jetzigen ostelbischen Gutsbezirken. Heute geht sie nach Sering bis auf 4 Köpfe pro qkm heran und steigt im allgemeinen nur selten über 20—30 Köpfe. Nach Durchführung der Reform hätten wir pro qkm der landwirtschaftlichen Nutzfläche 100, auf die Gesamtfläche also ca. 70 Köpfe rein landwirtschaftlicher Bevölkerung. Dazu muß man aber durchschnittlich noch ein gutes Teil Nicht-Landwirte zurechnen, die erfahrungsgemäß in den Dörfern und Landgemeinden von Gewerben und Handel im Dienste der Bauern leben: wir kommen also auf eine durchschnittliche Dichtigkeit von etwa 80—90 Köpfen pro qkm allein der ehemaligen Gutsbezirke.

Dafür einen Beleg, den wir H. Borchert¹⁾ entnehmen: „Einer der fruchtbarsten Kreise der ganzen Monarchie mit starkem Großbesitz, Pommern, ernährt auf 104 488 ha 43 626 Einwohner. 2,4 ha geben also nur einer Person Unterhalt. Der gebirgige Kreis Wittgenstein im südlichen Westfalen gilt für sehr arm, besteht zu über 50% aus Wald, hat wenig Industrie, schlechte Verkehrsmittel, rauhes Klima. Neben zwei großen Standesherrschaften, die größtenteils Wald besitzen, gehört der Boden Kleinbauern. Der Kreis ernährt auf 48 742 ha 22 480 Einwohner. Es genügen dort also 2,1 ha des viel schlechteren Bodens für einen Einwohner. In dem fast rein agrarischen Kreise Bippstadt in Westfalen leben 39 053 Einwohner, größtenteils Kleinbauern, auf 50 041 ha, also ein Einwohner auf 1,28 ha.“

Aber das ist noch nicht alles. Die durchschnittliche Bevölkerung der Ostprovinzen würde noch mehr steigen, weil im Gefolge der Innenkolonisation auch die Klein- und Mittelstädte stark an Einwohnerzahl zunehmen. Ich habe vor 14 Jahren in meinem „Großgrundeigentum und soziale Frage“ zuerst auf diesen

¹⁾ Hermann Borchert, Regierungsrat a. D. „Innere Kolonisation in Pommern“. Anklam (Richard Poettke Nachf.) 1907.

Zusammenhang aufmerksam gemacht; seitdem ist er unzählige Male statistisch bestätigt worden und kann heute als Gemeingut der Wissenschaft bezeichnet werden. Wo nämlich das Großgrund-eigentum vorherrscht, können die Landstädte sich nicht entfalten, weil Zahl und Kaufkraft der Landarbeiter nicht zunimmt, während der Gutsherr seinen verfeinerten Bedarf in den Großstädten einkauft; wo aber Bauern sitzen, da wächst unaufhörlich Zahl und Kaufkraft derjenigen ländlichen Bevölkerung, die fast ausschließlich und mit Vorteil in den kleineren Städten kauft, und darum wachsen diese selbst an Zahl und Wohlstand.

Auch dafür einige Belege¹⁾:

„An der glänzenden Entwicklung, die Deutschland in den letzten 40 Jahren genommen hat, haben die meisten der kleineren Städte des Ostens keinen Teil. Sie sind in dieser Zeit entweder wirtschaftlich nicht gewachsen oder sogar absolut zurückgegangen. Es wäre nicht richtig, hierfür den Rückgang der Bevölkerung auf dem Lande allein verantwortlich zu machen, aber einen ganz wesentlichen Grund bildet dies. Unsere kleineren Städte sind im allgemeinen solche, die auf den Verkehr und den Verbrauch des umliegenden Landes angewiesen sind. Der Großgrundbesitz in seiner heutigen Gestaltung bietet ihnen diese Voraussetzung im allgemeinen nicht. In den kleinen Städten ist vielfach eine Verteuerung der Lebensbedürfnisse eingetreten. Es fehlt häufig in ihrer Umgebung an der genügenden Anzahl von Kleinwirten, die für den naheliegenden Markt produzieren. Der Großgrundbesitz verkauft sein Vieh und sein Getreide nicht mehr in der Kleinstadt, sondern ist auf einen weiteren Absatz angewiesen. Fehlt vielfach der Bieferant für die Kleinstadt, so ist der Käufer in noch höherem Maße geschwunden. Auch hier ist der Großgrundbesitzer nur in geringem Maße Abnehmer. Die Zahl der Gutstagelöhner und der ländlichen Mieterbevölkerung ist sehr zusammengeschrumpft. Der Ausländer, der an ihre Stelle getreten ist, deckt den Ausfall nicht annähernd. Was der Inländer ver-

¹⁾ v. Schwerin l. c. p. 7 und 10/11.

kehrte, nahm er im allgemeinen aus der Nachbarstadt. Was er ersparte, trug er auf ihre Sparkasse und belebte damit Handel und Wandel. Der Ausländer ist in seinen Bedürfnissen sehr viel anspruchsloser. Er verbraucht wenig aus der Stadt und sucht möglichst viel in barem Gelde in die Heimat abzuführen. Welche Summen hierbei in Frage kommen, ergibt sich, wenn man rechnet, daß jeder Ausländer 100 M im Laufe der Saison erspart, was wohl sehr niedrig angeschlagen ist; dann sind das aber nach den vorher angegebenen Zahlen 60—70 Millionen im Jahre. Wie sie im ganzen unserem Nationalvermögen verloren gehen, so im besonderen unseren Landstädten. Dementsprechend deckt sich das Gebiet des Rückganges der kleinen Städte fast genau mit dem des Überwiegens oder der sehr starken Vertretung des Großgrundbesitzes in den betreffenden Kreisen.“

Wie sehr aber umgekehrt eine kräftige Bauernkolonisation die Landstädte entwickelt, dafür bringt v. Schwerin einige schlagende Ziffern:

„Daß auch die Landstädte einen wesentlichen Vorteil von der Aufteilung von Großgütern haben, könnte man schon daraus schließen, daß die statistischen Nachweisungen aus den Rentengutskolonien eine ganz bedeutende Steigerung der Viehhaltung in ihnen und der aus ihnen stammenden Spareinlagen erweisen, eine wirtschaftliche Entwicklung, die fast ausnahmslos den kleineren Städten zu gute kommt. Mehr als hierauf dürfen wir aber noch auf die Zahlen bauen, die uns Untersuchungen aus der Provinz Posen vor Augen führen. Ich möchte Ihnen die Wirkung an einigen Städten zeigen, die mir seit 20 Jahren aus eigenem Augenscheine bekannt sind, und zwar zunächst zwei Mittelstädten, von denen die eine, Gnesen, mit einem Kranze deutscher Ansiedlungen umgeben worden ist, die andere, Rawitsch, wo dies nicht der Fall ist.

	1885	1905	
Gnesen	15 775	23 726	+ 50,57%
Rawitsch	12 919	11 404	— 11,73%

Sodann zwei kleine Städte mit den gleichen Verhältnissen, Jannowik, mit zahlreichen Ansiedlungen in der Umgegend, Zerfow, ohnedem.

	1885	1905	
Jannowik	1215	1891	+ 55,64%
Zerfow	1924	1631	— 15,23%

Diese Untersuchungen sind auf je 7 weitere Städte ausgedehnt und haben, während die Nichtansiedlungsstädte insgesamt nur 8,47% Bevölkerungszuwachs aufwiesen, für die Ansiedlungsstädte einen solchen von 47,40% ergeben, die Zunahme der selbständigen Handwerksmeister in diesen letzteren betrug 1885—1905 29,66%. Der gesamte Marktverkehr hat ein anderes Bild bekommen. Die Zufuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen: Gemüse, Gartenfrüchte, Obst, Eier ist reichlich. Der Auftrieb von Vieh, besonders von Schweinen, ist stark gesteigert. Die Spareinlagen in 6 der 7 Städte sind um 235% gestiegen. Die städtischen Grundstückswerte sind um durchschnittlich 25% gestiegen.“

Damit wären nach verschiedener Richtung hin sehr bedeutsame und heilsame volkswirtschaftliche Veränderungen verknüpft:

Erstens: würde sich in dieser verdichteten, stetig an Kaufkraft wachsenden Landbevölkerung der deutschen Industrie ein ungeheurer, sehr aufnahmefähiger, der ausländischen Konkurrenz fast unzugänglicher neuer Binnenmarkt erschließen, um so mehr, als sich immer deutlicher herausstellt, daß die Bauernwirtschaften produktiver sind als die Großgutsbetriebe. Sie züchten und produzieren, wie wir soeben vernahmen¹⁾, unverhältnismäßig mehr Vieh, Eier, Geflügel, Obst usw. als die Großgrundbesitzer, und es scheint neuerdings sogar, als wenn sie durchschnittlich mehr verkäufliches Getreide von der Fläche zu holen lernen. Dieses vermehrte Angebot von Urprodukten erscheint auf dem städtischen Markte natürlich als vermehrte Nachfrage nach Industrieerzeug-

¹⁾ Ein sehr schlagendes Beispiel dafür bringt Borchert: Auf dem im Kreise Raugard belegenen, 644 ha großen Rittergut Rorkenhagen waren vorhanden nach der Aufteilung 248 (vorher 129) Menschen, 52 (15) Pferde, 238 (70) Rinder, 597 (49) Schweine, dagegen 67 (704) Schafe.

nissen. Die Gewerbe würden also mit einer langen Periode gewaltig wachsender Nachfrage und guter Preise zu rechnen haben.

Zweitens könnte man nunmehr ohne Gefahr daran denken, die Kornzölle allmählich abzubauen, während man die Viehzölle vielleicht noch aufrecht erhalten könnte. Die kleinen Mittel-Bauern sind, wenn überhaupt, an Kornzöllen sehr wenig interessiert; und jedenfalls wird dieses ihr geringes Interesse durch ihr Interesse an hohem Fleischkonsum überwogen. Die Herabsetzung der Brotpreise vermehrt aber naturgemäß die Kaufkraft der Volksmasse für Fleisch.

Drittens würde man im nationalen Interesse die weitere Zulassung slavischer Wanderarbeiter verhindern können, da die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften keiner Hilfskräfte bedürfen.

Schließlich würde mindestens auf Jahrzehnte hinaus die Massenabwanderung der Landkinder in die Industriebezirke aufhören; denn massenhaft wandern nur Landproletarier ab, und die gäbe es jetzt nicht mehr. Unter diesen Umständen würde der Druck auf die städtischen Arbeitermärkte verschwinden, und die Industrie würde, bei stark wachsender Nachfrage nach Arbeitern und gleichzeitig stark schwindendem Angebot von Arbeitern viel höhere Löhne bezahlen müssen und können.

Das aber wäre das Ende des Kapitalismus! Wenn Marx Recht hat — und er hat in diesem Punkte unzweifelhaft recht — daß der Kapitalismus nur dort bestehen kann, wo „freie“ Arbeiter in Massen vorhanden sind, dann kann hier der Kapitalismus keinen Bestand mehr haben. Denn hier gibt es keine „freien“ Arbeiter mehr.

Auf Jahrzehnte hinaus ist eher eine Rückwanderung aus den Städten aufs Land, als eine Abwanderung vom Lande in die Städte zu erwarten. Denn der Vorrat an Land ist nach Lösung der Bodensperre so übergroß, daß jedermann Bauernschaft erwerben kann, der es wünscht. Was aber vielleicht doch von Landkindern in die Städte wandert, das sind wohlhabende Bauernsöhne und nicht verhungernde Kulis. Und in den Städten selbst steht der

Lohn so hoch, daß die industriellen Arbeiter, auch ohne zu darben, genug Ersparnisse machen können, um sich selbst in den Besitz genügender Produktionsmittel zu setzen, sei es als Alleinmeister, sei es durch Zusammenschluß in der Produktivgenossenschaft. Wer aber Produktionsmittel für sich beschaffen kann, der ist kein „freier“ Arbeiter.

Ist das „Utopismus“?

Das dürfen vielleicht bürgerliche Ökonomen behaupten, denen der Sozialismus überhaupt als Utopie erscheint. Aber Sozialisten dürfen das nicht behaupten, am wenigsten Marxisten, die wissen, daß „Kapital“ und „freie Arbeiter“ zwei untrennbare Wechselbegriffe sind, und am allerwenigsten — K a r l K a u t s k y. Denn er hat genau den gleichen Gedanken ausführlich wie folgt entwickelt.¹⁾

„Eine wirklich ausreichende Unterstützung aller Arbeitslosen muß nämlich völlig das Kraftverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Proletariat und Kapital verschieben; sie macht das Proletariat zum Herren der Fabrik. Wenn die Arbeiter sich heute dem Unternehmer verkaufen, wenn sie sich von ihm ausbeuten und knechten lassen müssen, so ist es eben das Gespenst der Arbeitslosigkeit, die Hungerpeitsche, was sie dazu zwingt. Hat dagegen der Arbeiter die Sicherheit der Existenz, auch wenn er nicht in Arbeit ist, so ist nichts leichter für ihn, als das Kapital matt zu setzen. Er braucht dann nicht mehr den Kapitalisten, während dieser ohne ihn seinen Betrieb nicht fortsetzen kann. Ist es so weit, dann wird der Unternehmer bei jedem Konflikt mit seinen Arbeitern den Kürzeren ziehen und gezwungen sein, nachzugeben. Die Kapitalisten können da wohl fortfahren, Leiter der Fabriken zu sein, aber sie werden aufhören, ihre Herren und Ausbeuter zu sein. Erkennen aber die Kapitalisten, daß sie nur noch das Risiko und die Lasten des kapitalistischen Betriebes zu tragen haben, dann werden diese Herren die ersten sein, welche auf die Fortführung der kapitalistischen Produktion verzichten

¹⁾ „Die soziale Revolution“, Berlin 1907, p. 72. Vgl. unten das Kapitel „Kautskys Zukunftsstaat“.

und darauf drängen, daß man ihnen ihre Unternehmungen abkaufte, die sie ja doch nicht mehr mit Vorteil betreiben können. Wir haben ähnliche Vorkommnisse schon gehabt. So waren, um ein Beispiel zu nennen, in Irland zur Zeit, als die Pächterbewegung ihren Höhepunkt erreicht hatte, die Grundbesitzer nicht imstande, ihre Renten einzutreiben; da waren es die Landlords selbst, die darnach verlangten, daß man allen Grundbesitz von Staatswegen ankaufe. Das Gleiche hätten wir unter dem proletarischen Regime von dem kapitalistischen Unternehmertum zu erwarten. Auch wenn dieses Regime nicht von sozialistischen Theorien geleitet würde und nicht von vornherein darauf ausginge, die kapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz zu bringen, würden die Kapitalisten selbst verlangen, daß man ihnen ihre Produktionsmittel abkaufe. Politische Herrschaft des Proletariats und Fortführung der kapitalistischen Produktionsweise sind miteinander unvereinbar.“

Der Gedankengang deckt sich mit dem unseren völlig; sobald der Arbeiter nicht mehr „frei“ ist, ist der Kapitalismus tot. Durch welche praktischen Maßnahmen der jetzt bestehende Druck der Reserve-Armee auf die Löhne aufgehoben worden ist, ist natürlich gleichgültig. Ob das durch eine Arbeitslosenversicherung oder durch Aufhebung der Bodensperre geschieht: sobald es keine massenhaften Proletarier mehr auf den städtischen Arbeitsmärkten gibt, die die „Hungerpeitsche“ treibt, ihre Dienste zum Minderwert anzubieten, ist der Kapitalist geliefert, und der Kapitalismus erwürgt.

* * *

Das kann und wird die innere Kolonisation leisten: die Sprengung des Bodenmonopols, damit des Klassen-Monopolverhältnisses in jeder seiner Auswirkungen, auch des Kapitalverhältnisses, die Beseitigung allen „Mehrwerts“.

Und sie wird kommen, die innere Kolonisation, ob wir Zeitgenossen mitwirken oder nicht. Denn das Monopol stürzt bald unter seinem eigenen Gewicht zusammen. Die Landflucht dezimiert Jahr für Jahr die Arbeiterschaft des Großgrund-

eigentums; immer höher, unaufhaltsam, steigen die Löhne: sie müssen in absehbarer Zeit den Punkt erreichen, wo die Rente verschwindet — und dann hat die Rechtsform des Großgrundeigentums ihren wirtschaftlichen Inhalt verloren, und die wertlos gewordene Position wird verlassen.

Wahrscheinlich aber werden wir nicht einmal diese kurze Spanne Zeit abwarten müssen. Die Entwicklung wird voraussichtlich abgekürzt werden durch eine Umwälzung der agrarischen Besitzverhältnisse im Grenzgebiet des sozialen Druckes, vor allem in Rußland.

Rußland hat seit der Revolution während des japanischen Krieges mit unerwarteter Energie den einzigen Weg beschritten, der noch zur Rettung des Staates führen konnte.¹⁾ Die Verwurzelung des Landproletariats mit der Scholle ist durch eine innere Kolonisation von ungeheuerem Umfang bereits weithin durchgeführt und wird hoffentlich nicht wieder durch den Tschin verdorben werden. Nach Sering (a. a. O. S. 23) sind in den letzten 4—5 Jahren durch den Staat selbst und unter seiner Vermittlung (namentlich durch die Bauernbank) 9,9 Millionen ha in bäuerlichen Besitz oder Betrieb übergeführt worden. Das ist mehr als die gesamten deutschen Großbauern (9,3), und erheblich mehr als der deutsche Großgrundbesitz (7,0 Millionen ha) besitzen. Dazu kommt „eine Außenkolonisation in Sibirien, welche jährlich mehrere Hunderttausend russische Auswanderer aufzunehmen vermag und tatsächlich aufnimmt“. Es werden durchweg selbständige und lebensfähige Bauernstellen von 10—20 ha Umfang geschaffen.

Dieser ungeheueren inneren Kolonisation dankt Rußland seine Beruhigung und wird ihr hoffentlich bald Wohlstand, Freiheit und Recht verdanken.

Aber auch für Deutschland bedeutet diese friedliche Umwälzung der Besitzverhältnisse im Osten die Morgenröte einer neuen Zeit:

¹⁾ Vgl. meinen Aufsatz: „Was uns die russische Agrarreform bedeutet.“ Patria, Jahrbuch der „Silse“, Jahrg. 1907.

Unsere Großlandwirtschaft braucht je länger je mehr ausländische Feldarbeiter, um selbst bei der geringen Intensität ihrer Betriebe ihre Äcker zu bestellen und ihre Ernte einzubringen. Nach der Statistik der deutschen Feldarbeiter-Zentrale ist in den Jahren 1908—1911 die Zahl der ausländischen Arbeiter, die von ihr mit Legitimation versehen werden, von 473 000 auf 693 000 angewachsen; von der letztgenannten Zahl entfielen 386 000 auf die Landwirtschaft. Das ist, wie schon gesagt, eine Mindestziffer, denn es kommen genug unlegitimierte über die Grenze.¹⁾ Diese Wanderarbeiter sind fast durchaus im Großbetriebe beschäftigt. Da er 1907 im ganzen nur noch 834 000 ständige Arbeiter beschäftigte, die sich seitdem bestimmt nicht vermehrt haben, deckt er seinen Arbeitsbedarf bereits fast zu einem Drittel durch fremde Arbeitskräfte.

Nun führt die Landflucht nach dem Gesetz vom einseitig sinkenden Druck immer mehr von den reichsdeutschen ständigen Arbeitern fort. Soll der Betrieb auch nur aufrecht erhalten werden (er müßte von Rechtswegen intensiviert werden), so müßte mithin eine immer größere Zahl fremder Wanderarbeiter herangezogen werden können. Aber das wird immer schwerer und kostspieliger und wird bald ganz unmöglich werden. 1907 kamen nach Thüringen schon Rutenen aus dem fernsten Hinterlande; 1910 hat man, wie die ostpreussische Landwirtschaftskammer nach Sering berichtet, schon nach Südrußland übergreifen müssen. Aber auch diese Becken voller „Grenzkulis“ werden bald nichts mehr hergeben. Die großartige Kolonisationsarbeit, die Rußland in Europa leistet, verwandelt Millionen und Millionen von Proletariern in wohlhabige Elemente, die an keine Wanderarbeit mehr denken; Sibirien saugt jährlich Hunderttausende ab, Kanada und Argentinien bieten dem kostbaren Menschenmaterial geradezu Großgrundbesitz fast kostenlos an, Neuseeland und Australien schicken sich an, ihnen nachzueifern. Wie lange noch, und trotz aller Maßnahmen unserer Regierung verbreitet sich auch im deutschen Landarbeiterstande die Kunde von dem neuen Dorado

¹⁾ Vgl. v. Schmerin a. a. O. S. 5.

der Bauern in Kanada:¹⁾ muß man da nicht mit Sering fragen: „Wie denkt man sich die weitere Entwicklung?“²⁾

Will man chinesische Kulis zu Hunderttausenden importieren? Die Frage stellen, heißt sie verneinen; „selbst der verrückteste Agrarier“, um mit dem Fürsten Bismarck zu sprechen, kann das nicht wollen.

Was also tun, wenn das große Menschenreservoir im Osten nicht mehr die Massen hergibt, die der Großbetrieb braucht? Dann wird die innere Kolonisation die einzige Rettung der Großbesitzer vor dem völligen Bankerott sein, und sie werden sie vom Staate fordern, wie sie Anfang des 19. Jahrhunderts die Ablösung der Gutsuntertänigkeit vom Staate forderten. Damals, wie jetzt, hatte eine unverständige Arbeitsverfassung sich selbst ad absurdum geführt.

Mögen sie heute Widerstand leisten und denken: nach uns die Sintflut! Was kommen muß, kommt dennoch, und aller Widerstand, der die notwendig gewordene Reform verzögert, wird nichts anderes bewirken, als daß sie explosiv erfolgt und die Mehrzahl der dann lebenden Großwirte ökonomisch ruiniert. Denn heute könnten sie noch zu guten Preisen verkaufen: werden aber die Arbeitskräfte erst einmal wirklich knapp, dann steigen die Löhne enorm, die Grundrente stürzt krisenhaft, und ihr kapitalisierter Wert fällt so tief, daß wahrscheinlich nicht einmal die Hypotheken mehr überall gedeckt sind, und das eigene Vermögen der Besitzer vielfach gänzlich verloren ist.

* * *

¹⁾ Ein einziges kanadisches Auswanderbureau soll nach privater Mitteilung mehrere hundert Agenten in Deutschland beschäftigen.

²⁾ „Die östlichen Reservoirs, aus denen die slavischen Arbeiter stammen, sind groß, aber nicht unerschöpflich. So weist denn auch der letzte Jahresbericht der Feldarbeiter-Zentralstelle auf die Gefahr hin, die sich daraus ergibt, daß diese Reservoirs durch die Auswanderung nach Amerika sich zu erschöpfen drohen.“ (v. Schwerin S. 7.)

Das ist die „Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung“ in der Landwirtschaft, und nicht die Entwicklung zum Großbetriebe, wie Marx annahm¹⁾. Bodensperre und Freizügigkeit sind unvereinbar. Das Großgrundeigentum geht zu Grunde an den Folgen seiner eigenen Existenz, an der Fortwanderung seiner Hinterlassen. Das Klassen-Monopol verschwindet, der feudale Fremdkörper, der Rest erobernder Gewalt, wird aus dem Organismus der auf Gleichheit aufgebauten freien Gesellschaft genau so ausgestoßen, wie unser Körper einen Splitter ausstößt; und alle die Fieber- und Schmerzerscheinungen des Kapitalismus dürfen uns nicht daran irre machen, daß es ein großartiger Vorgang der Heilung ist, der sich vollzieht.

Die Freizügigkeit zerbricht zuletzt die Bodensperre — und damit verschwindet der gesellschaftliche Mehrwert, und in freier Konkurrenz steuert sich eine Wirtschaft des Reichtums und der Gerechtigkeit. Wir brauchen weder auf die Freiheit noch auf die Gleichheit zu verzichten, die Zukunft bringt uns beide vereint, den liberalen Sozialismus!

¹⁾ Vgl. unten „Kautsky als Agrartheoretiker“.

Zweiter Teil.
Der Sozialismus.

V.

Liberaler Sozialismus und Marxismus.

Die bisher vorgetragenen Anschauungen bilden das Grundgerüst des liberalen Sozialismus.

Er ist Sozialismus, weil er der Glauben an und das Streben auf eine von allem Mehrwert erlöste Wirtschaftsordnung ist, eine Ordnung, in der alle Arbeit ihres vollen Ertrages sicher, aus der Grundrente und Kapitalprofit verschwunden sind.

Es ist liberaler Sozialismus, weil er dieses Ziel erreichbar hält nicht durch Beseitigung, sondern gerade erst durch die volle Entfesselung der zu Unrecht verschrieenen freien Konkurrenz. Dadurch vor allem unterscheidet er sich von dem kollektivistischen Sozialismus, wie Marx ihn lehrte.

Gegen den liberalen Sozialismus verfängt kein einziger der Einwände, die man gegen den Marxismus erhoben hat. Eine Gesellschaft der freien Konkurrenz ohne Bodensperre ist ohne weiteres vorstellbar; und niemand kann zu behaupten versuchen, „daß die Menschen Engel sein müßten“, um in solcher Ordnung zu leben.

Der liberale Sozialismus beruht auf einem niemals, auch von Marx nicht, bestrittenen Gesetz der Volkswirtschaft, das den folgenden Inhalt hat:

Die freie Konkurrenz gleicht auf die Dauer alle Einkommen entsprechend der Qualifikation aus, soweit nicht Monopole einspielen. Die durch Monopole verursachten Unterschiede des Einkommens kann sie aus dem klaren Grunde nicht



ausgleichen, weil jedes Monopol gerade darauf beruht, daß die Konkurrenz nicht eingreifen kann.

Wenn es also gelingt, aus der Wirtschaftsordnung alle Monopole zu entfernen, so muß die freie Konkurrenz alle Einkommen entsprechend der Qualifikation ausgleichen — d. h. den Zustand des rationalen Sozialismus herbeiführen. Das ist die ganze Theorie des liberalen Sozialismus.

So einfach und einleuchtend sie ist, so wird es doch wünschenswert sein, sie gegen die ungeheuere Autorität der Marx'schen Lehre dadurch zu verteidigen, daß diese in einigen wichtigen Punkten als irrig nachgewiesen wird. Das soll sofort geschehen. Zuvor aber wollen wir, als ehrfurchtsvolle Schüler des großen Meisters, dieser gewaltigen Theorie den Zoll der Dankbarkeit darbringen, indem wir zeigen, daß der Bau unserer eigenen Auffassung fast überall auf den Fundamenten errichtet ist, die Marx selbst gelegt hat.

Marx'sch ist zunächst das Ziel der Theorie: „den Sozialismus nicht aus dem Kopfe zu erfinden, sondern mittels des Kopfes in den immanenten Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft selbst zu entdecken“. Indem Marx selbst diesem Ziele nachstrebte, hat er den Sozialismus „von der Utopie zur Wissenschaft“ erhoben: ich habe mir das gleiche Ziel gesteckt, habe zu zeigen gesucht, daß die kapitalistische Gesellschaft durch ihre eigene Entwicklungstendenz dem Zustande des Sozialismus, d. h. der von allem „Mehrwert“ erlösten Gesellschaft, zugetrieben wird; daß der Sozialismus, um wieder mit Marx zu sprechen, im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft reift und zu seiner Zeit zum Lichte geboren werden wird, ob die Zeitgenossen nun Geburtshilfe leisten oder nicht. Ich unterscheide mich von Marx nur darin, daß ich mir die innere Ordnung und Gestaltung dieses Sozialismus der Zukunft anders vorstelle als er; — und ich unterscheide mich von den jetzt lebenden Marxisten nur dadurch, daß ich an eine viel schnellere Verwirklichung dieses Menschheitsideales glaube, als der Gläubigste unter ihnen. Ich zweifle nicht daran,

daß die meisten von uns noch Bürger dieses Zukunftsstaates sein werden, wenn wir nur den Willen haben, der zum Ziele führt. Aber, trotz dieser Unterschiede: ich hoffe, der orthodoxeste Marxist wird mir nicht bestreiten wollen, daß die von mir vorgetragene Theorie wissenschaftlicher Sozialismus im strengsten marxischen Sinne ist.

Marxisch ist zweitens die allgemeine geschichts-, staats- und rechtsphilosophische Grundlage, auf der das Werk ruht. Ich bin rechtgläubiger Bekenner der materialistischen Geschichtsauffassung, insofern sie lehrt, daß die geschichtlichen Massenbewegungen verursacht sind nicht durch Gedanken und Wollungen von „Helden“, sondern durch Massenhandlungen zur Befriedigung von Massenbedürfnissen, namentlich von „ökonomischen“ Massenbedürfnissen; daß die Ideologien nicht die Ursache, sondern die Folge, sozusagen die Reflexe, dieser Massenbewegungen sind, und daß sich daher der „ideologische Oberbau der Gesellschaften mit ihrem materiellen Unterbau gesetzmäßig umwälzt“. Da auch die soziologischen Theorien Teile dieses ideologischen Oberbaues sind, denke ich ziemlich geringschätzig von ihrer Einwirkung auf den geschichtlichen Fortschritt; und ich würde nicht die geringste Hoffnung haben, meine Theorie angenommen und angewandt zu sehen, wenn ich nicht aus mancherlei Dingen zu der Überzeugung gelangt wäre, daß der Unterbau gerade jetzt weit genug umgewälzt ist, um eines neuen wissenschaftlichen Oberbaues zu bedürfen. Mit anderen Worten: mir erscheint die Volkspartei an einem Punkte angelangt zu sein, wo sie mit der Marx'schen Lehre in ihrer alten Form nicht mehr lange wird ausreichen können.

Marxisch ist drittens die Methode. Ich bediene mich, wie er, lediglich der logischen Ableitung aus bestimmten uns gemeinsamen Voraussetzungen, namentlich aus dem Prinzip des wirtschaftlichen Selbstinteresses, während historische und statistische Daten fast nur illustrativ verwendet werden. Nebenbei gesagt hat diese Gemeinsamkeit der Methode den unendlichen Vorteil, daß Meinungsverschiedenheiten ohne weiteres entschieden werden können, wenn nur auf beiden Seiten der gute Wille dazu gegeben ist.

Denn es handelt sich hier um nichts anderes als um logische Rechenexempel, die nach bestimmten, unerschütterlichen Regeln nachgeprüft werden können. Dadurch sollten sich die wissenschaftlichen Kämpfe in der Ökonomik von Glaubensstreitigkeiten zu ihrem Vorteil unterscheiden, die niemals zum letzten Austrag gebracht werden können, weil die streitenden Teile von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen und sich verschiedener Methoden der Beweisführung bedienen. Leider erlebe ich seit 18 Jahren, daß die Vertreter des wissenschaftlichen Marxismus meine Beweisanträge und Behauptungen nach der Methode von Theologen behandeln, statt sie entweder zu widerlegen oder zu akzeptieren.

Marxistisch ist viertens die Wertauffassung: eine reine „objektive“ Arbeitswert-Theorie, unter Ablehnung jeder „subjektiven“, wie jeder „Kostenwert-Theorie“. Also grundsätzlich volle Übereinstimmung, und Abweichung von Marx nur in der Ausgestaltung. Davon wird sofort ausführlich gehandelt werden.

Marxistisch ist fünftens meine Auffassung vom „Mehrwert“. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, und ich stelle es ohne irgend einen Versuch der Beschönigung hin, daß — bis auf winzige und harmlose Splitter — alles „arbeitslose Einkommen“ aus Grund- und Kapitaleigentum „Mehrwert“ ist, d. h. unbezahlte Arbeit, die der „freie Arbeiter“ leistet, und der „Kapitalist“, d. h. der Eigentümer der Produktionsmittel, sich aneignet.

Marxistisch ist sechstens meine Auffassung vom Wesen des „Kapitals“. Hier stehe ich ohne Vorbehalt auf dem Boden seiner Auffassung, seiner größten und in der Tat genialen Leistung, daß das Kapital ein „gesellschaftliches Verhältnis“ ist. Nur dort, wo das „gesellschaftliche Kapitalverhältnis“ besteht, d. h., wo am einen Pole der sozialen Stufenleiter alle Produktionsmittel im Besitz einer kleinen Klasse angehäuft sind, während am anderen Ende die „freien Arbeiter“ sich befinden, los und ledig, frei von allen zur Verwirklichung ihrer Arbeitskraft im eigenen Interesse nötigen Sachen — nur dort kann das Eigentum an Produktionsmitteln Mehrwert abwerfen, nur dort sind sie „Mehrwert hebender Wert“,

nur dort also „Kapital“. Wo jene Klassenscheidung nicht besteht, die das Kapitalverhältnis begründet und erhält, da gibt es wohl Produktionsmittel, aber weder Kapital noch Kapitalismus.

Marx'isch ist siebentens meine Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, wenigstens in allem Prinzipiellen. In vielen Einzelheiten weiche ich von ihm ab, vor allem in der Wertlehre, aber grundsätzlich bekenne ich mich als seinen Schüler auch darin, daß die kapitalistische Wirtschaft nur verstanden werden kann als Mehrwertpresse. Nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist ihr Zielpunkt, sondern die Erlangung und Anhäufung von Mehrwert: das entscheidet über ihre sozialen Inhalte und ihre ideologischen Formen; daraus entstehen die kapitalistische Konkurrenz mit all ihren duftigen Blüten, daraus die wirtschaftlichen Krisen, daraus die plutokratische Korruption der Trusts, daraus fast die gesamte Innen- und Außenpolitik nicht minder wie die unter heuchlerischem Romantizismus nur schlecht verborgene Brutalität der Gesinnungen, die Rückwärtserei in allem Kulturlichen, die Flucht ins feudalklerikale Mittelalter, der hohle Aesthetizismus der Intellektuellen usw.

Marx'isch ist achtens meine Auffassung von der geschichtlichen Entstehung, in seinen Worten von der „Produktion des Kapitalverhältnisses“. Jene Klassenscheidung zwischen Besitzenden und „freien Proletariern“ ist nicht, wie der alte Liberalismus behauptete, die „naturnotwendige“, in der Organisation der Gesellschaft selbst fataler Weise unvermeidbar begründete Folge der „natürlichen Verschiedenheiten der Begabung“, d. h., der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation“ des Vermögens; sondern diese Lehre ist in der Tat das, was Marx sie nannte, eine „Kinderfibel“; und die Klassenscheidung ist in der Tat geschaffen worden durch „außerökonomische Gewalt“, durch gesetzwidrigen Raub und „gesetzliche“ Usurpation des Grund und Bodens und der übrigen Produktionsmittel, durch Mißbrauch, durch Klassengesetzgebung, Klassenjustiz und Klassenverwaltung.

Marx'isch ist neuntens die entschiedene Ablehnung des sog.

Malthus'schen Bevölkerungsgesetzes, das die kapitalistische Not aus einem angeblichen ewigen Naturgesetz abzuleiten sich vermaß.

In diesen neun Hauptpunkten und in zahlreichen Nebendingen stehe ich fest auf dem Boden der Marx'schen Lehre. Nur in zwei wichtigen Punkten weiche ich von ihr ab — und daraus folgt nun allerdings eine ganz verschiedene Auffassung von dem Entwicklungsgange der kapitalistischen Gesellschaft, und daraus wieder eine grundverschiedene politische und wirtschaftliche Taktik.

Der eine dieser Punkte ist bereits gestreift worden: ¹⁾ er betrifft die Reproduktion des Kapitalverhältnisses.

Marx nahm an, daß das Kapitalverhältnis, wenn es erst einmal durch außerökonomische Gewalt gesetzt sei, sich automatisch in dem und durch den kapitalistischen Produktionsprozeß reproduzieren müsse, und zwar durch einen Mechanismus, den er genau dargestellt und als das „Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ bezeichnet hat. Es sagt in unendlich verfeinerter Analyse und Auffassung im Grunde dasselbe, was früher die Arbeiter selbst und viele Theoretiker, z. B. Ricardo, annahmen: das Kapital als „konstantes Kapital“, d. h. in seiner Gestaltung als Maschinerie, „setzt in steigendem Maße Arbeiter frei“, wirkt sie aus ihrer Beschäftigung; diese Freigesetzten bilden die „Reserve-Armee“, die durch ihre Hungerkonkurrenz den Lohn der Beschäftigten niederhält und niemals, selbst unter den günstigsten denkbaren Umständen, so hoch steigen läßt, daß die Proletarier selbst genügende Ersparnisse machen können, um Produktionsmittel zu erwerben und der Mehrwertpresse zu entrinnen.

Es fällt mir nicht bei, die **T a t s a c h e n** zu bestreiten, die Marx hier zu erklären versucht: in der Tat ist in allen kapitalistischen Gesellschaften regelmäßig eine Reserve-Armee unbeschäftigter Arbeiter vorhanden, die den Lohn der Beschäftigten niemals über jenen Punkt steigen läßt, bei dem das Kapitalverhältnis dadurch gesprengt wird, daß der Proletarier selbst Produktionsmittel erwerben kann — aber ich bestreite, daß die Marx'sche **E r k l ä r u n g** richtig ist. Die Reserve-Armee ist da und wirkt auf den Lohn

¹⁾ Vgl. Seite 48/9.

und die Lebenshaltung des Proletariats genau so, wie Marx es darstellte — aber sie entsteht und ersetzt sich nach meiner Meinung aus einer anderen Ursache.

Es wurde schon gezeigt, daß die Marx'sche Erklärung mit der großartigen gesellschaftlichen Tatsache der „Verstädtlichung der Bevölkerung“ unvereinbar ist.

Nehmen wir nämlich selbst an, — was nicht wahr ist — daß die Freisetzung des Proletariats in der Landwirtschaft im Verhältnis zu dem daselbst funktionierenden Kapital erfolgte, so müßte doch die Freisetzung in der Industrie nach dem Gesetze der Akkumulation ungleich stärker sein. Denn sie besteht aus lauter Einzelbetrieben, in denen die kapitalistische Ausstattung viel bedeutender ist, in denen namentlich das konstante Kapital ungleich stärker im Verhältnis zum variablen wächst als in den Betrieben der Agrikultur. Folglich müßte die Industrie viel mehr Arbeiter in die Reserve-Armee abstoßen als die Landwirtschaft, wenn Marx' Erklärung der Wahrheit entspräche. In der Tat ist es aber umgekehrt: die Industrie setzt, als Ganzes genommen, überhaupt keine Arbeiter frei, sondern eröffnet im Gegenteil viel mehr neue Arbeitsstellen, als dem Wachstum der Gesamtbevölkerung entspricht; während z. B. die deutsche Bevölkerung zwischen zwei Zählungen um 14 % wuchs, wuchs die städtische Arbeiterschaft um mehr als das Dreifache, nämlich 44 %.

Die Freisetzung kann daher mit den Veränderungen in der „organischen Zusammensetzung“ des Kapitals nichts zu tun haben. Und eine genauere Betrachtung zeigt, daß sie mit dem Kapital überhaupt nichts zu tun hat. Die Wanderung vom Lande ist nämlich relativ am geringsten dort, wo die Landwirtschaft hochkapitalistisch betrieben wird (denn dazu braucht es stark vermehrter Handarbeit gerade zur Ausnützung der meisten Maschinen) — und die Wanderung ist am stärksten dort, wo noch keine oder schwache kapitalistische Landwirtschaft besteht; nirgends hat sie z. B. eine so ungeheuerliche Ausdehnung erlangt wie in Irland, so lange es von kleinen, kapitallosen Pächtern bewirtschaftet wurde. Die Wanderung vom Lande und die Bil-

dung der industriellen Reserve-Armee ist also die Folge nicht der kapitalistischen Bewirtschaftung, sondern der Bodenbesitzverteilung.

Wir werden auf diesen wichtigen Gegenstand noch einmal zurückkommen, um zu zeigen, daß der von Marx gelieferte Beweis vor der logischen Prüfung ebenso wenig Stand hält wie seine Behauptung vor der Prüfung an den Tatsachen.

Für jetzt verlassen wir ihn, um uns dem zweiten Gegenstande zuzuwenden, in dem wir von dem Meister abweichen: es handelt sich um seine Lehre vom Wert und vor allem vom Mehrwert.

VI.

Die Marx'sche Lehre vom Wert und Mehrwert.

Zwei Behauptungen sollen im folgenden bewiesen werden:

Erstens: die Marx'sche Lehre vom Werte ist unvollständig. Sie erklärt nur einen Teil der Werterscheinung.

Zweitens: aus dieser unvollständigen Wertlehre läßt sich der Mehrwert nicht zutreffend ableiten. Die Marx'sche Ableitung ist falsch.

a) Die Wertlehre.

Wir haben die Lehre vom Werte bereits in dem einleitenden Kapitel dieses Buches in ihren größten Zügen dargestellt. Hier wollen wir sie noch einmal etwas ausführlicher entwickeln, um dann die Marx'sche Auffassung dagegen zu stellen.

Die Frage nach dem „Werte“ ist die Frage, warum sich auf dem Markte eine bestimmte Menge einer Ware A auf die Dauer und im Durchschnitt gegen eine andere bestimmte Menge einer anderen Ware B tauscht. Was verursacht gerade dieses Austauschverhältnis? Warum tauscht sich nicht doppelt oder x mal so viel von A gegen halb oder $1/x$ tel so viel von B?

Wer darauf antworten wollte, das hänge nur von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab, würde die Frage nicht

lösen, sondern nur um einen Schritt weiter hinausschieben. Denn dann müssen wir sofort fragen: Was verursacht gerade dieses Verhältnis von Angebot und Nachfrage? Warum wird auf die Dauer und im Durchschnitt gerade so viel von Ware A und soviel von Ware B zu Markte gebracht, warum nicht mehr oder weniger? Hier kann nicht der bloße Zufall walten; das anzunehmen verbietet die auffällige Regelmäßigkeit der Erscheinungen über Raum und Zeit. Hier waltet offenbar ein Gesetz.

Wir kennen dies Gesetz bereits: in den Warentauschen sich gleiche Arbeitswerte¹⁾.

Wir wollen die Wahrheit dieses Gesetzes noch einmal an den uns interessierenden Fällen prüfen. Dabei haben wir uns zu erinnern, erstens, daß nicht alle Arbeit den gleichen Wert hat und schafft, sondern daß es Personen von höherer und geringerer Qualifikation des Arbeitsvermögens gibt; — und zweitens, daß es zwei wohl unterschiedene Gruppen von Waren gibt; nämlich solche, bei deren Herstellung und Verkauf die Konkurrenz frei wirken kann und darf, — und solche, bei denen sie nicht frei wirken kann oder darf. Die ersten heißen die „beliebig vermehrbaren“ Waren und stehen auf ihrem „natürlichen“ Werte; die anderen heißen die „Monopolwaren“ und stehen auf einem „Monopolwerte“ über dem natürlichen Werte.

Wie immer diese verschiedenen Bedingungen sich kombinieren mögen: in jedem Falle tauschen sich in den Waren gleiche Arbeitswerte:

Tauschen sich natürliche Werte gegeneinander, die von gleichwertiger Arbeit, d. h. von Menschen gleicher Begabung, Vorbildung und Ausstattung, kurz von gleicher Qualifikation, hergestellt sind, so tauschen sich gleiche Arbeitszeiten in den Waren,

¹⁾ Dieses Gesetz ist zuerst vom Verfasser in seiner „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“, Berlin 1910, 2. Aufl. 1911, entdeckt worden. Diese „Arbeitswert=Theorie des Wertes“, wie ich sie nennen will, ist von der Ricardo'schen „Arbeits=Theorie“ ebenso streng zu unterscheiden, wie von der Marx'schen „Arbeitszeit=Theorie“.

„ein Tag Zimmermannsarbeit gegen einen Tag Tischlerarbeit“, — denn hier hat gleiche Arbeitszeit den gleichen Wert.

Tauschen sich natürliche Werte gegeneinander, die von ungleichwertiger Arbeit, d. h. von Menschen ungleicher Qualifikation hergestellt sind, so tauschen sich ungleiche Arbeitszeiten, aber immer noch gleiche Arbeitswerte in den Waren; denn das Produkt einer Arbeitsstunde von doppelt so wertvoller Arbeit tauscht sich gegen das Produkt von zwei Stunden halb so wertvoller Arbeit:

Nimm an, die Durchschnittsarbeit eines Lastträgers sei gerade so qualifiziert und wertvoll wie die eines kleinen Schuhmachermeisters. Jeder verdiene pro Arbeitsstunde eine halbe Mark. Dann tauschen sich, wenn der Lastträger sich ein Paar Stiefel machen läßt, sage 20 Stunden Schuhmacherarbeit exakt gegen 20 Stunden Lastträgerarbeit. Wenn aber ein besonders starker Lastträger im Akkordlohn das doppelte leistet wie der Durchschnitt; wenn also seine Arbeitsstunde eine ganze Mark wert ist, dann tauschen sich 20 Stunden Schuhmacherarbeit gegen nur zehn Stunden dieser höher qualifizierten Lastträgerarbeit.

Beim Tausch von natürlichen Werten gegeneinander bewährt sich mithin unser Wertgesetz durchaus.

Tauscht sich schließlich ein Monopolwert gegen einen natürlichen, so tauschen sich, selbst wenn die Tauschenden von gleicher Qualifikation sind¹⁾, ebenfalls ungleiche Arbeitszeiten, aber dennoch gleiche Arbeitswerte.

Nimm wieder an, das Einkommen eines Mannes, der mit durchschnittlicher Qualifikation natürliche Werte herstellt, betrage für je zehn Stunden an 300 Tagen fünfzehnhundert Mark. Dann hat die Arbeitsstunde den Wert von einer halben Mark.

Ein anderer Mann, ebenfalls von durchschnittlicher Qualifikation, erfreut sich des Besitzes an einem Monopol, z. B. einem

¹⁾ Danach lassen sich die übrigen, noch möglichen Fälle leicht berechnen, die sich ereignen, wenn sich Monopolwert gegen Monopolwert tauscht oder wenn sich Monopolwert gegen natürlichen Wert zwischen Produzenten von verschiedener Qualifikation tauscht. Sie interessieren uns hier nicht weiter.

Patentrecht, das er ererbt hat. Sein Jahreseinkommen ist bei gleicher Arbeitszeit fünfzehntausend Mark. Dann hat jede Arbeitsstunde den Wert von fünf Mark.

Kauft der erste für fünf Mark ein Produkt des zweiten, so gibt er den Ertrag von zehn Arbeitsstunden für den von einer Arbeitsstunde hin; dennoch tauschen sich gleiche Arbeitswerte: denn zehn Stunden der Arbeit des ersten sind fünf Mark wert, und eine Stunde der Arbeit des zweiten ist gleichfalls fünf Mark wert.

Hier empören sich der gesunde Verstand und das gesunde Gefühl: wie können gleiche Zeiten gleicher Arbeit ungleichen Wert haben?

Ich will die Antwort mit einem Gleichnis geben, das die Verhältnisse sehr gut verdeutlicht: auf einer „richtigen“ Wage, deren Arme gleich lang sind, „zieht“ ein Kilogramm links genau ein Kilogramm rechts, und das Zünglein steht in der Mitte. Auf einer „unrichtigen“ Wage aber, deren Arme ungleich lang sind, zieht ein Kilogramm am längeren Arm mehr als ein Kilogramm am kürzeren. Hat der eine Arm zehnmal die Länge des anderen, so zieht ein Kilo hier zehn Kilo dort: die „Dezimalwage“!

Nun muß man sich klar machen, daß der „Wert“ einer Ware nicht angibt, wieviel sie sozusagen wirtschaftlich wiegt, sondern wieviel sie auf der Marktwage von einer anderen Ware, insbesondere dem gemünzten Golde, „zieht“.

Ist die Wage richtig, d. h. besteht freie Konkurrenz auf beiden Seiten, so zieht ein wirtschaftliches Gewicht gerade so viel wie es wiegt.

Ist aber die Wage unrichtig, d. h. besteht ein Monopol, so hängt die Monopolware am längeren Hebelarm und zieht daher mehr als sie wiegt. Das heißt: eine Stunde Monopolistenarbeit kauft auch im Durchschnitt viele Stunden gleich qualifizierter anderer Arbeit.

Gewiß liegt darin in der Regel¹⁾ eine empörende Ungerech-

¹⁾ In der Regel! Es gibt auch gesellschaftlich nützliche und gerechte Monopole, die Patente und ähnliches, die den Erfindergeist anstacheln und auf die Dauer der Gemeinschaft nützen.

tigkeit, gerade so groß und empörend, als wenn sich ein Kaufmann wissentlich einer unrichtigen Wage bedient und seinen Kunden trotz geachter Wiegegewichte falsches Warengewicht zuwiegt. Und gewiß sollte die Marktpolizei die eine falsche Wage ebenso konfiszieren wie die andere: aber das sind Dinge, die uns da nicht irre machen dürfen, wo wir die Werterscheinungen nur erst untersuchen und erklären.

Und da zeigt sich uns: mag die Wage falsch oder richtig sein, die Gesetze der Wage gelten ohne Ausnahme! Am gleichen Hebelarm stellen sich gleiche Gewichte, am ungleichen Hebelarm ungleiche Gewichte ins „Gleichgewicht“. Bei freier Konkurrenz stellen sich gleiche „natürliche“ Werte, unter dem Monopolverhältnis stellen sich ungleiche „natürliche“ Werte ins Gleichgewicht, d. h. haben gleichen Wert!

Hier sei es gestattet, eine Nußanwendung einzuschalten: der kollektivistische Marxismus will die Wage der freien Konkurrenz ausschalten, weil er sie für richtig hält und daher den Gesetzen der Wage die Schuld an der Ungerechtigkeit der Wirtschaft zuschreibt; der liberale Sozialismus aber will die Wage der freien Konkurrenz, die heute gefälscht ist, richtig machen, indem er die Wageschalen an gleich langen Hebelarmen aufhängt, d. h. das Klassen-Monopol vernichtet.

* * *

Die Arbeitswert-Theorie des Wertes bewährt sich somit in allen denkbaren Fällen und darf daher als richtig angesehen werden.

Dagegen bewährt sich die Marx'sche Arbeitszeit-Theorie der Werte nur an einem Teil der denkbaren Fälle und ist somit als unvollständig und, weil sie sich für vollständig hält, als falsch zu bezeichnen. Sie beruht auf „unvollständiger Induktion der Tatsachen“.

Um die Theorie eines Wissensgebietes zu schaffen, muß man die sämtlichen, zur Zeit bekannten Tatsachen dieses Gebietes zusammentragen und nach ihren Kennzeichen sichten und in Gruppen

ordnen. Das nennt man eine „vollständige Induktion der Tatsachen“. Wer das versäumt, macht sich des methodischen Fehlers einer „unvollständigen Induktion“ schuldig. Er wird, wenn er sonst richtig vorgeht, eine richtige Teiltheorie zustande bringen: aber es wäre fast ein Wunder zu nennen, wenn es ihm gelänge, eine richtige Gesamtheorie zu schaffen, trotzdem er wichtige Tatsachen nicht in seine Betrachtung einbezogen hat. Wer nur die Erscheinungen der Reibungselektrizität kennt und nichts von denen der Berührungselektrizität weiß, müßte ein Gott sein, um eine vollständige Theorie des Gebietes aufzustellen.

Marx hat sich in seiner Theorie des Wertes des methodischen Fehlers der unvollständigen Induktion schuldig gemacht.

Er spricht nämlich nirgends von den Monopolwerten, untersucht nirgends den Inhalt und die Wirkung des Monopols überhaupt.¹⁾ Und das ist aus zwei Gründen sehr sonderbar.

Erstens findet sich die Unterscheidung zwischen natürlichen und Monopolwerten bei den klassischen Nationalökonomien, die Marx genau kannte und besser verstand als die meisten anderen. Sie findet sich vor allem bei Ricardo, dem Marx in so vielen anderen Dingen gefolgt ist. Ricardo erwähnt sie freilich nur im Vorübergehen, um dann nur noch von den natürlichen Werten der beliebig vermehrbaren Waren zu sprechen; aber er begründet doch sein Vorgehen, und zwar damit, daß es sich bei den Monopolwaren nur um eine kleine, unwichtige Gruppe von Gütern handle. Er denkt nämlich nur an die sog. „natürlichen“ Monopolgüter, den seltenen Edelwein usw., läßt aber die „rechtlichen Monopolgüter“ ganz unberücksichtigt.

Marx ist ihm hierin nicht nur gefolgt, sondern hat ihn noch überboten, indem er die Klasse der Monopolwaren überhaupt nicht mehr erwähnte. Und das ist sehr merkwürdig aus dem zweiten Grunde, weil Marx nicht bürgerlicher Ökonomist war, sondern Sozialist. Der Sozialismus aber hat von jeher, wie

¹⁾ Das Wort „Monopol“ findet sich zum erstenmal auf Seite 273 des ersten Bandes, aber auch nur nebenbei. (4. Aufl.)

schon erwähnt, das Monopol als Ursache der sozialen Not angeklagt.

Nun, jedenfalls hat Marx die Monopolwerte nicht in die Rechnung einbezogen, sondern hat überhaupt nur den Wert der beliebig vermehrbaren Waren untersucht, den „natürlichen Wert“ — und so mußte seine Werttheorie notwendig unvollständig bleiben. Sie gibt nur für den einen Teil der Werterscheinung die Erklärung, nicht aber für den anderen Teil. Und Marx konnte sich von seinem einseitigen Ausgangspunkt aus noch nicht einmal die Aufgabe stellen, das Gesetz zu finden, das alle Werterscheinungen beherrscht.

So entstand seine „Arbeitszeit-Theorie“.

Wir wissen, daß bei freier Konkurrenz sich in den Waren gleichqualifizierter Produzenten gleiche Arbeitszeiten tauschen, weil eben in diesem einen Falle gleiche Arbeitszeiten gleiche Arbeitswerte darstellen. Marx sieht in dem Einzelfalle das Gesamtgesetz; nach seiner Meinung tauschen sich immer und unter allen Umständen gleiche Arbeitszeiten in den Waren. Der Wert ist Arbeitszeit, die in der Ware verkörpert ist.

Natürlich sieht er selbst sofort, daß das nur in einzelnen Fällen genau stimmt, und muß Korrekturen anbringen.

Erstens nämlich gibt es Arbeit, deren Zeitaufwand überhaupt keinen Wert schafft. Wenn ein Bergsteiger zehn Stunden noch so hart und angespannt gearbeitet hat, hat er doch keinen Wert geschaffen. Daraus folgt die erste Korrektur, die Marx an seiner Lehre anbringen muß: nur gesellschaftlich-notwendige Arbeit schafft Wert entsprechend ihrem Zeitaufwande.

Zweitens liegt es auf der Hand, daß höher qualifizierte, „komplizierte“ Arbeit in gleicher Zeit höheren Wert schafft als niedriger qualifizierte. Daraus folgt die zweite Korrektur, die Marx anbringen muß: nur gesellschaftlich=durchschnittliche Arbeit schafft Wert entsprechend ihrem Zeitaufwande. Marx muß die Arbeit von höherem Werte auf solche von geringerem Werte umrechnen, indem er ihr entsprechend mehr Arbeitsstunden anrechnet, als sie wirklich geleistet hat.

Man erkennt, wovon Marx hier abstrahiert: von dem verschiedenen Werte gleich langer Arbeitszeit. Er rechnet alle Arbeit von verschiedenem Werte auf einen Generalnenner um, nämlich auf gesellschaftlich-notwendige und gleichzeitig gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit. Dadurch wird die Arbeitszeit-Theorie innerhalb gewisser Grenzen praktisch brauchbar, etwa wie ein Barometer, das der Messung des Gasdruckes dient, unter bestimmten Korrekturen, innerhalb gewisser Grenzen, auch für die Messung von Höhendifferenzen praktisch brauchbar wird. Aber die Arbeitszeit-Theorie ist wie das Barometer praktisch brauchbar nur so lange, wie man nicht vergißt, von welchen näheren Bestimmungen man abstrahiert hat.

Marx hat aber sich niemals klar gemacht, von welchen Bestimmungen er mit seiner Arbeitszeit-Theorie des Wertes abstrahiert hatte. Sonst hätte er die richtige Arbeitswert-Theorie des Wertes finden müssen, die er fast schon in der Hand hatte, die einzige, die keiner Korrektur, keiner Umrechnung und Abstraktion bedarf.

Wir sagen: er hatte sie schon fast in der Hand. Denn das soll nie vergessen werden: Marx hat sich um die Aufklärung des Wertproblems die unsterblichsten Verdienste erworben. Er hat es zum ersten Male in einer Form gestellt, die seine Lösung überhaupt erst möglich machte. Er zuerst hat mit voller Klarheit erkannt, daß der Wert nicht eine Eigenschaft der Waren, sondern eine gesellschaftliche Erscheinung ist; daß er nichts anderes ist als der Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Beziehungen zwischen Menschen, die untereinander im Warentausch-Verkehr stehen. Das war eine schlechthin geniale Leistung und das ist in der Tat die allgemeine Lösung des Problems.

Als er aber dann den nächsten Schritt zur speziellen Lösung tat, da hat er einen wichtigen Teil jener gesellschaftlichen Beziehungen, die sich als Warenwert ausdrücken, außer acht gelassen.

Er sagt folgendes: „Sieht man vom Gebrauchswert der Warenkörper (d. h. von ihren geometrischen, physikalischen, chemi-

schen oder sonstigen natürlichen Eigenschaften) ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten.“¹⁾

Das ist ein Irrtum! Freilich, so weit nur die wirtschaftlichen Beziehungen der Gesellschaft in Frage kommen, bleibt der Ware nur die eine Eigenschaft, Arbeitsprodukt, und zwar in der Tat Produkt gesellschaftlicher Arbeit, zu sein. Aber es gibt außer den wirtschaftlichen Beziehungen noch andere innerhalb der Gesellschaft, nämlich politische = rechtliche. Und unter diesem Gesichtspunkte haben die Waren innerhalb der wirklichen menschlichen Gesellschaft noch eine zweite Eigenschaft, die ihnen bleibt, wenn man von allen ihren natürlichen Eigenschaften absieht; sie sind Rechtsobjekte, Eigentumsobjekte. Und auch diese gesellschaftlichen Beziehungen finden ihren Ausdruck in Werterscheinungen. Das hat Marx übersehen.

Dies nur als eine Andeutung, um den Punkt aufzuzeigen, wo der Meister vom geraden Wege abirte. Ich hoffe, in kurzer Zeit der Fachwelt eine eindringendere Darstellung und Kritik der Marx'schen Wert- und Mehrwertlehre vorzulegen, als sie mir Raum und Abicht dieser Arbeit verstaten.

Was uns hier einzig noch interessiert, ist der Nachweis, daß Marx von seiner unvollständigen Arbeitszeit-Theorie des Wertes aus den „Mehrwert“, sein eigentliches und letztes Problem, nicht richtig ableiten konnte. —

b) Der Mehrwert.

Wir wissen, wie leicht der Mehrwert abzuleiten ist: wo sich ein Tausch unter dem Monopolverhältnis vollzieht, da erhält der Monopolist den Mehrwert, der Vertragsgegner den Minderwert.

Da Marx die Monopolwerte ganz aus seiner Rechnung läßt, kann er diese einfache Lösung unmöglich finden. Im Gegenteil: er erklärt es ausdrücklich für unmöglich, den Mehrwert aus dem Tausch, er nennt das den „Zirkulationsprozeß“, zu erklären. Denn der Produzent kauft Rohstoffe, Maschinen, Dienste seiner Arbeiter zu ihrem „natürlichen Werte“ und verkauft das Produkt

¹⁾ Kapital, 4. Aufl. 1890. I. p. 4 (die eingeklammerten Worte p. 3.).

wieder zu seinem natürlichen Werte. Da kann nirgend Mehrwert entstehen: „Man mag sich drehen und wenden wie man will, das Fazit bleibt dasselbe. Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert. Die Zirkulation oder der Warenaustausch schafft keinen Wert¹⁾“.

Hier stehen wir scheinbar vor einer völlig unlösbaren Aufgabe, die Marx selbst folgendermaßen stellt:

„Kapital“ (d. h. Mehrwert, der Geld erst in Kapital verwandelt), „kann also nicht aus der Zirkulation entspringen, und es kann ebensowenig aus der Zirkulation nicht entspringen.“

„Ein doppeltes Resultat hat sich also ergeben.“

„Die Verwandlung des Geldes in Kapital ist auf Grundlage dem Warenaustausch immanenter Gesetze zu entwickeln, so daß der Austausch von Äquivalenten als Ausgangspunkt gilt. Unser nur noch als Kapitalistenraupe vorhandener Geldbesitzer muß die Waren zu ihrem Wert kaufen, zu ihrem Wert verkaufen, und dennoch am Ende des Prozesses mehr Wert herausziehen, als er hineinwarf. Seine Schmetterlingsentfaltung muß in der Zirkulationsphäre und nicht in der Zirkulationsphäre vorgehen. Das sind die Bedingungen des Problems. Hic Rhodus, hic salta!“

Marx gibt den Ökonomen hier eine Nuß zu knacken, die für gewöhnliche Sinnbäcker allzu hart ist. Sein „Problem“ erinnert an die Aufgabe, die im Märchen der Königssohn der klugen Bauerntochter stellt: sie sollte zu ihm kommen, nicht nackt und nicht bekleidet, nicht gegangen, nicht geritten, nicht gefahren, nicht auf dem Wege und nicht außer dem Wege.

Um so größer ist dann der Triumph, wenn das scheinbar unlösbare Problem dann doch gelöst wird, und zwar folgendermaßen:

Wer den Tauschwert einer Ware bezahlt hat, hat das Recht, sie zu verbrauchen, d. h. ihren Gebrauchswert zu benutzen. Kaufe ich einen Rock zu seinem Tauschwert, so darf ich ihn auftragen.

¹⁾ Das Kapital I. p. 126.

Nun „findet der Geldbesitzer auf dem Markte eine Ware, deren Gebrauchswert die eigentümliche Beschaffenheit besitzt, Quelle von (Tausch-)Wert zu sein, deren wirklicher Verbrauch also selbst . . . Wertschöpfung ist“. Diese Ware ist die Arbeitskraft der „freien Arbeiter“.

Als Ware hat die Arbeitskraft den Wert aller anderen Waren: die durchschnittliche notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit, die in ihr vergegenständlicht ist. Das ist die Arbeitszeit, die nötig ist, um diejenigen Waren („Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw.“) herzustellen, die der Träger der Arbeitskraft braucht, um unter den gegebenen klimatischen und sozialen Bedingungen sich und seine Familie so zu erhalten, wie der „freie“ Arbeiter dieser Gesellschaft das gewöhnt ist. „Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln¹⁾“.

Zu diesem ihrem Werte kauft der Geldbesitzer die Ware Arbeitskraft. Er erwirbt damit das Recht auf ihren Gebrauchswert, die wertschaffende Arbeit. „Der Käufer der Arbeitskraft konsumiert sie, indem er ihren Verkäufer arbeiten läßt“. In der Arbeit setzt die Arbeitskraft den Rohstoffen Wert zu und zwar entsprechend der Arbeitszeit.

Nimm nun an, der Wert der Arbeitskraft sei sechs Stunden durchschnittliche gesellschaftliche Arbeitszeit. Das heißt: die „Lebensmittel“, deren der Arbeiter bedarf, um seine Arbeitskraft wiederherzustellen, seien in sechs Stunden solcher Arbeit herstellbar. Dann setzt er in sechs Stunden seiner Arbeit den Rohstoffen, die er verarbeitet, auch den Wert seiner Arbeitskraft zu. Hört er jetzt auf, so hat der Geldbesitzer noch keinen Mehrwert verdient, ist noch nicht Kapitalist geworden.

Aber der Arbeiter hört nicht auf, darf noch nicht aufhören; der Kapitalist hat ja nicht sechs Stunden Arbeitsleistung, sondern die *A r b e i t s k r a f t* gekauft, und deren Gebrauchswert ist noch nicht durch sechs Stunden konsumiert. Der Arbeiter kann, ohne sich sofort

¹⁾ Kapital I. p. 129 ff.

zu zerstören, zwölf Stunden arbeiten und wird gezwungen, zwölf zu arbeiten. Er leistet somit sechs Stunden „Mehrarbeit“. In diesen setzt er den Rohstoffen ebensoviel Wert zu wie in den ersten sechs Stunden notwendiger Arbeit, und dieser Wert der Mehrarbeit fließt als „Mehrwert“ in die Taschen des Geldbesitzers, der nun endlich zum Kapitalisten geworden ist, weil sein Geld sich „verwertet“, d. h. Profit abwirft.

Fabelhaft geistreich! Aber leider ganz und gar falsch! Wort für Wort, Begriff für Begriff falsch!

Der Geldbesitzer kauft gar keine „Arbeitskraft“ und kann auch gar keine kaufen, weil „Arbeitskraft“ gar keine „Ware“ ist, die in den Tauschverkehr eintritt. Und weil sie gar keine Ware ist, so hat sie keinen „Wert“. Der Geldbesitzer kann sie daher nicht zu ihrem Wert kaufen und nach ihrem Gebrauchswert vernutzen. Und daher kann auf diese Weise kein Mehrwert entstehen.

Hier ist Marx in die Schlinge eines doppeldeutigen Wortes gefallen. Er erklärt, das Wort „Arbeitskraft“ im Sinne von „Arbeitsvermögen“ brauchen zu wollen, — aber unvermerkt schiebt sich ihm ein anderer Sinn unter; hier bedeutet „Arbeitskraft“ die während der Arbeit aufgewendete oder geleistete Kraft. Und das sind zwei ganz verschiedene Dinge.

Der Kenner der älteren ökonomischen Literatur weiß, daß ein großer Teil aller Irrtümer und Streitfragen dadurch verursacht worden ist, daß im Begriff der „Arbeit“ sich die verschiedensten Bedeutungen verwirrten. Wenn z. B. Adam Smith den Wert durch die „Arbeit“ bestimmt sein läßt, so meint er das eine Mal die im Produkt verkörperte (embodied) Arbeit, das zweite Mal die ersparte Arbeit, das dritte Mal die von dem eigenen Gegenwert beherrschte (commanded), d. h. eintauschbare Arbeit, und hier wieder spricht er bald von dem Arbeitserzeugnis und bald von der Lohnarbeit. Ricardo hat einen Teil dieser Konfusion aufgeklärt, aber eben nur einen Teil: seine „Arbeits-Theorie“ des Wertes verwirrt immer noch Arbeitsleistung und Arbeitsvermögen. Marx hat auch hier, dank seinem genialen Scharfblick, schon die Wahrheit in der Hand gehabt, indem er unter-

schied zwischen „Arbeitsvermögen“ und „Arbeitszeit“, die ja nichts anderes bedeutet als durchschnittliche gesellschaftliche Arbeitsleistung gemessen an der Zeit. Leider ist er dann doch in die Ricardo'sche Verwirrung zurückgefallen, wie jetzt zu zeigen sein wird.

Wir haben — abgesehen von der „Lohnarbeit“ — drei verschiedene Begriffe streng zu unterscheiden, die drei ganz verschiedenen Wissenschaften angehören.

1. „Arbeit“ ist ein Begriff der *Physik*. Er bedeutet nichts anderes als eine Leistung von so und soviel Kilogramm-Metern oder Kilowatt in so und soviel Stunden.

2. „Arbeitsvermögen“ ist ein Begriff der *Physiologie*: „Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren, und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgend einer Art produziert“. So definiert Marx selbst¹⁾.

3. „Arbeitsleistung“ ist erst ein Begriff der *Ökonomik*. Denn „Arbeitsleistung“ ist eine *Ware*, die zu Markte gebracht, verkauft und gekauft wird, ihren Gebrauchswert und ihren Wert hat.

Das Arbeitsvermögen ist die materielle Bedingung sowohl der menschlichen „Arbeit“ im physikalischen, wie auch der „Arbeitsleistung“ im ökonomischen Sinne, aber sie ist weder das eine noch das andere. Es wird zwar bei der Arbeit und Arbeitsleistung „in Bewegung gesetzt“, aber es wird dabei nicht verbraucht, gerade so wenig, wie die Substanz einer Dampfmaschine durch die Arbeit verbraucht wird, die sie leistet²⁾. Der „Inbegriff der physischen

¹⁾ Kapital I. p. 130.

²⁾ Um wahrscheinlichen Einwänden vorzubeugen, will ich ausdrücklich erklären, daß ich natürlich weiß, daß aller Gebrauch auch Verbrauch, alle Nutzung auch Abnutzung ist. Wenn man die Dinge technisch, resp. physiologisch, anstatt ökonomisch anschaut, wird in der Tat während jeder Arbeitsleistung ein Teil der Maschine, resp. des Arbeitsvermögens „verbraucht“; und wird ferner in der Tat während der gesamten Arbeitsperiode im Laufe der Jahre die ganze Maschine, resp. das ganze Arbeitsvermögen „verbraucht“, unterliegt dem „materiellen und moralischen Verschleiß“, um

Eigenschaften“ einer Lokomotive, die am Montag 1000 km zurückgelegt hat, ist am Dienstag früh noch vorhanden. Und eben so besitzen ein Arzt oder ein Lastträger am Dienstag noch den „Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten“, die sie am Montag in Bewegung setzten, um ihre ökonomische Arbeitsleistung als Ware zu verkaufen.

Das Arbeitsvermögen ist nichts als eine Kraftmaschine, d. h. eine Einrichtung zur Umformung von Energie. Sie „leistet“ zwar „Arbeit“, aber sie schafft keine Energie. Sondern die in der Arbeit verbrauchte lebendige, spezifische Energie hat ihre Quelle und Ursache nur in der anderen spezifischen Energie, die ihr regelmäßig zugeführt werden muß, um ihre Arbeitsleistung zu erhalten. Bei der Maschine besteht diese Zufuhr z. B. in der Steinkohle, bei dem Arbeitsvermögen in den „Lebensmitteln“ im weiteren Sinne, die nach örtlicher und zeitlicher Gewohnheit erforderlich sind, um den Arbeitenden in vollem Besitze seiner sämtlichen „physischen und geistigen Fähigkeiten“ zu erhalten. Freilich besteht der Unterschied, daß die organische Kraftmaschine des Menschen einen Teil der zugeführten Substanz und Energie dazu benutzt, um sich selbst zu reparieren, wo sie abgenutzt ist, während die anorganische Maschine das nicht vermag: aber das berechtigt noch lange nicht, das Arbeitsvermögen mit der Arbeitsleistung zu identifizieren. Senes ist auch hier im wesentlichen der Umformer, dieses die umgeformte spezifische Energie. Das sind grundverschiedene Dinge; Marx aber hat sie zusammengeworfen, weil er, wie schon gesagt, unvorsichtigerweise beide mit dem gleichen Worte „Arbeitskraft“ bezeichnete. Daher seine Irrtümer im einzelnen:

Das Arbeitsvermögen ist kein Objekt der Ökonomik, ist keine

mit Marx zu reden, d. h. der Abnutzung und dem Veralten. Aber nicht das hat Marx gemeint, als er von dem Verbrauch der „Arbeitskraft“ sprach, sondern er war der Meinung, daß die Arbeitskraft in jeder betrachteten Periode, in jeder „Zeitraum“, für die ihr Eigentümer sie veräußert, in jedem Arbeitstage oder jeder Arbeitswoche, in ihrer Gänze zur Ausgabe gelangt und von dem Käufer verbraucht wird.

Ware, hat daher weder Gebrauchswert noch Tauschwert. Das gilt wenigstens von der Gesellschaft, von der allein wir hier handeln, der „freien Verkehrsgesellschaft“ oder „kapitalistischen Gesellschaft“, wo „freie Arbeiter“ im freien Vertrage über ihre Arbeit verfügen. Nur in der Sklavenwirtschaft ist die „Arbeitskraft“ eine Ware: hier hat sie sowohl Tauschwert wie Gebrauchswert. Das sagt Marx selbst so klar wie nur möglich: „Der Eigentümer der Arbeitskraft“ (d. h. der Arbeiter) „verkauft sie stets nur für bestimmte Zeit; denn verkauft er sie in Bausch und Bogen, ein für alle Male, so verkauft er sich selbst, verwandelt er sich aus einem Freien in einen Sklaven, aus einem Warenbesitzer in eine Ware. Er als Person muß sich beständig zu seiner Arbeitskraft als seinem Eigentum und daher seiner eigenen Ware verhalten, und das kann er nur, soweit er sie dem Käufer nur vorübergehend, für einen bestimmten Zeittermin, zur Verfügung stellt, zum Verbrauch überläßt, also durch ihre Veräußerung nicht auf sein Eigentum an ihr verzichtet¹⁾“.

Danach handelt es sich bei dem Vertrage über die „Arbeitskraft“ in juristischer Sprache nicht um einen Kauf, sondern um einen Mietvertrag. Denn beim Kaufvertrag geht die Substanz der Ware in das Eigentum des Kontrahenten über, beim Mietvertrage erwirbt er nur die Nutzung, während der Verkäufer seine Ware, zu der er sich „beständig als seinem Eigentum verhält“, dem Käufer nur vorübergehend zur Verfügung stellt, ohne „durch ihre Veräußerung auf sein Eigentum an ihr zu verzichten“.

Bei jedem Mietvertrage müssen wir zwischen Substanz und Nutzung unterscheiden. Orientieren wir uns an einem Beispiel:

Ein Landwirt mietet eine Dreschmaschine. Der Vermieter veräußert die Substanz auf bestimmte Zeit, behält sich aber das Eigentum vor. Der Mieter erwirbt die Nutzung. Worin besteht die Nutzung? In der Arbeitsleistung, gemessen an der Arbeitszeit!

¹⁾ Kapital I. p. 130.

Ein Geldbesitzer mietet einen Arbeiter auf Zeitlohn, der Vermieter (der Arbeiter) veräußert seine Substanz, sein Arbeitsvermögen, auf bestimmte Zeit, behält sich aber das Eigentum vor. Der Mieter erwirbt die Nutzung! Worin besteht die Nutzung? In der Arbeitsleistung, gemessen an der Zeit! Die Analogie ist vollkommen.

Es handelt sich also um einen Mietvertrag. Was ist denn nun beim Mietvertrag die „Ware“? Die Substanz oder die Nutzung?

Unbedingt nur die Nutzung! Nicht nur nach der einhelligen Ansicht der „bürgerlichen“ Wissenschaft, sondern vor allem nach der Ansicht von Marx selbst. Denn „Ware“ wird ein Ding erst dadurch, daß es für den Verkauf bestimmt wird. Ein Ding, das im Eigentum seines Besitzers zu bleiben bestimmt ist, ist Gebrauchswert, d. h. Gut, aber keine Ware. Nur die Dreschmaschine ist Ware, die verkauft werden soll, nicht die, die nur zur Vermietung bestimmt ist; nur das Arbeitsvermögen ist Ware, das verkauft werden soll (das z. B. des Arbeitsochsen, des Slaven), aber nicht das, das nur zur Vermietung bestimmt ist.

Was aber nicht Ware ist, hat nach Marx' eigenen Worten keinen Wert, kann auch keinen haben. Denn der Wert ist ja der Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses zwischen Warenbesitzern. Hier gelangt aber keine Ware zum Austausch, es kann daher kein Wert entstehen.

Die Arbeitskraft hat also keinen Wert, weil sie keine Ware ist. Und damit ist der Marx'schen Ableitung des Mehrwerts die Grundlage völlig entzogen.

Was Ware ist und daher Wert hat, ist nichts anderes als die Nutzung, d. h. die Arbeitsleistung des Arbeitsvermögens. Worin besteht, näher betrachtet, diese Nutzung? Das sagt uns Marx selbst mehrfach sehr klar; wir müssen nur die Vorsicht walten lassen, an Stelle des doppel sinnigen Wortes „Arbeitskraft“ diejenige seiner zwei Bedeutungen einzusetzen, die jeweils am Plage ist. „Der Eigentümer der Arbeitsleistung verkauft

sie stets nur für bestimmte Zeit.“¹⁾ „Der Kapitalist hat die Arbeitsleistung für bestimmte Zeitfrist gekauft.“²⁾

Nun dürfen wir nicht nur, sondern müssen nach Marx alle Arbeit umrechnen auf gesellschaftlich notwendige und durchschnittliche Arbeit. Welche Arbeitsleistung welcher Qualifikation der Kapitalist also auch kaufen mag: er kauft niemals etwas anderes als gesellschaftliche Arbeitszeit!

Was ist der Wert dieser Arbeitszeit? Das heißt: wofür kann man sie auf dem Markte kaufen? Das ist unser letztes Problem.

Unsere scharfe Trennung der Begriffe macht es uns unmöglich, die Lösung anzunehmen, die Marx auf Grund ihrer Verwirrung gefunden zu haben glaubte. Der Wert der Arbeitszeit (resp. Arbeitsleistung) kann unmöglich in der zur Reproduktion des Arbeitsvermögens notwendigen Arbeitszeit begründet sein, so wenig wie der Wert der Maschinenarbeit in der zur Reproduktion der Maschine notwendigen Arbeitszeit begründet ist. Die Maschine hat ihre bestimmte gesellschaftliche Reproduktions-Arbeitszeit und danach ihren Wert, und die Maschinenarbeit hat eine andere gesellschaftliche Reproduktions-Arbeitszeit und danach ihren anderen Wert.

Was ist also der Wert der Ware Arbeitszeit? Worin ist er begründet?

Nach Marx ist der „Wert aller Waren bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, notwendige Arbeitszeit.“³⁾ Danach wäre also der Wert der Arbeitszeit bestimmt — durch die Arbeitszeit, die zur Produktion der Arbeitszeit notwendig ist. Diese Folgerung ist ein offener Unsinn.

Wer hilft uns weiter? Wie finden wir den Wert der „Arbeitszeit“, d. h. der Arbeitsleistung, reduziert auf durchschnittliche gesellschaftliche Arbeit, gemessen an der Zeit?

¹⁾ Kapital I. p. 130.

²⁾ Kapital I. p. 159.

³⁾ Kapital I. p. 133.

Nun, wir wollen uns daran erinnern, daß jede Ware je nach dem gesellschaftlichen Verhältnis der Kontrahenten zu einander ihren „natürlichen“ Wert oder einen Mehrwert erzielen kann, auch im Durchschnitt und auf die Dauer, abgesehen von den zufälligen Schwankungen des Preises. Das gilt natürlich auch für die Ware „Arbeitsleistung“.

Ihr natürlicher Wert ist offenbar der Wert ihres Erzeugnisses, d. h. dessen volles Äquivalent in Gebrauchswerten anderer Art, in denen der gleiche Gesamt-Arbeitswert verkörpert ist. „Der natürliche Lohn des Arbeiters ist sein Erzeugnis“, sagt Ad. Smith. Und das geht auch aus unserer allgemeinen Formel für den Warenwert hervor. Wenn der Wert der Ware gleich ist dem Wert der in ihr verkörperten Arbeitsleistung, so ist der Wert der Arbeitsleistung gleich dem Wert der Ware, in der sie verkörpert ist.

Diesen ihren natürlichen Wert erhält aber die Ware Arbeitsleistung wie jede andere Ware nur dann, wenn auf beiden Seiten die Konkurrenz frei wirken kann und darf.

Kann oder darf auf einer Seite die Konkurrenz nicht frei wirken, so besteht hier, wie wir wissen, ein Monopol. Ist der Verkäufer der Arbeitsleistung der glückliche Monopolist, so erhält er für seine Ware mehr als den natürlichen Wert, einen Mehrwert. Das kann in vereinzelten Fällen vorkommen.¹⁾ In der Regel aber ist, dank dem Klassen-Monopolverhältnis, umgekehrt der Käufer der Arbeitsleistung der Monopolist, und darum erhält er für seinen Gegenwert, das Lohngeld, den Mehrwert, und der Verkäufer muß sich für seine Ware mit einem Minderwert begnügen. Das ist der „Monopol-Lohn“.

Damit ist der Wert der „Arbeitszeit“, d. h. der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsleistung, gemessen an der Zeit, abgeleitet, und zugleich das Rätsel des Mehrwerts völlig gelöst.

¹⁾ Grenzt aber an Erpressung, z. B. wenn der einzige Lotse, der draußen ist, von einem in Seenot befindlichen Schiff eine ungeheure Gebühr fordert. Das ist der „Monopolisten-Lohn“, wie ich ihn nenne (Vgl. meine „Theorie“, p. 403.).

Der Geldbesitzer bzw. Kapitalist gewinnt ihn, trotz Marx, im Zirkulationsprozeß, und zwar, weil unter einem Monopolverhältnis kontrahiert wird. Ein Beispiel wird das klarer machen:

Wir nehmen wieder an, in den 6 Gramm Gold eines Zwanzig-Markstücks seien zwanzig Stunden durchschnittlicher gesellschaftlicher Arbeit verkörpert, und zwanzig Mark seien der Wochenlohn eines Arbeiters von durchschnittlicher gesellschaftlicher Qualifikation, der täglich 10, also wöchentlich 60 Stunden Arbeitszeit zu leisten habe. Dann kauft der Kapitalist für 20 Stunden gesellschaftlicher Arbeit 60 Stunden gesellschaftlicher Arbeit. Er gewinnt einen Mehrwert von 40 Stunden gesellschaftlicher Arbeit, im Tausch und durch den Tausch, gerade so wie unser Patentinhaber für 5 Stunden gesellschaftlicher Arbeit 20 erhielt. Umgekehrt erhält der Arbeiter für 60 Stunden nur 20 Stunden, gerade so wie der Käufer des Patentartikels für 20 Stunden nur 5 Stunden erhielt.

Damit ist die gestellte Aufgabe völlig gelöst.

VII.

Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus und Revisionismus.

Nach der orthodoxen materialistischen Geschichtsauffassung sind alle ‚Ideologien‘ seelische Reflexe der wirtschaftlichen und namentlich der Produktionsverhältnisse der Gesellschaft, in der sie bestehen. Zu den Ideologien gehören auch die Gesellschaftstheorien, und es ist nicht uninteressant, von diesem Standpunkt aus, den die sozialistischen Theoretiker beider Lager nicht ablehnen können, das Aufkommen und den Kampf des Revisionismus gegen den Marxismus zu erklären. War der Marxismus in seiner ursprünglichen schroffen Fassung der Ausdruck jener tiefen und breiten Luft, die scheinbar unüberbrückbar den

Fabrikarbeiterstand von den bürgerlichen Klassen scheid, so ist der Revisionismus augenscheinlich entweder ein Zeichen davon, daß mindestens ein Teil der Arbeiterschaft diese Kluft zusehends flacher und schmaler werden sieht, oder aber ein Zeichen davon, daß sich dem Sozialismus Elemente angeschlossen haben, die nicht so hoffnungslos weit von der Stellung der besitzenden Klassen geschieden sind.

Der Revisionismus behauptet das erste; er ist der Meinung, daß die Arbeiterschaft emporgekommen ist und alle Aussicht hat, weiter emporzukommen. Und er behauptet insolgedessen, mit seinem evolutionistischen, reformerischen Programm die Interessen gerade des Fabrikproletariats zu vertreten. Der orthodoxe Marxismus aber vertritt die zweite Meinung, die gegnerische Theorie sei der Ausdruck dafür, daß sich an den ursprünglich reinen Sozialismus als einen politischen Agglomerationskern kleinbürgerliche Elemente in Masse angeschlossen hätten. Diese seien noch nicht zum Bewußtsein des Klassengegensatzes zwischen ihnen und der Großbourgeoisie gelangt, hätten insolgedessen noch nicht die ideale revolutionäre Stimmung, würden aber noch zu ihr erzogen werden, wenn ihre Expropriation durch das Großkapital genügend weit fortgeschritten sein werde. Während also der Revisionismus sich als Fortschritt über Marx hinaus empfindet, wird er vom orthodoxen Marxismus als Rückfall in die längst überwundene kleinbürgerliche Harmonieseligkeit, in den Utopismus, angeklagt.

Läßt sich diese Streitfrage entscheiden? Ich glaube wohl. Denn das Forum, vor dem beide Teile Recht nehmen zu wollen bekennen, ist nicht das des Willens, des politischen Ideals, und noch weniger das einer etwaigen Offenbarung, sondern es ist das Forum der diskursiven Wissenschaft. Beide Teile berufen sich auf Tatsachen und ihre logische Verknüpfung. Und so muß doch wohl eine Einigung erreichbar sein, wenn denn richtig angewandte Logik eindeutige Resultate ergibt. Betrachten wir daher zunächst die marxistische Lehre, insofern sie sich zu den Konsequenzen zuspitzt, die der Revisionismus angreift, als logisch-wissenschaftliches System; sehen wir zu, inwiefern die Konsequenzen tatsächlich aus

den Prämissen folgen, oder mit anderen Worten: wie Karl Marx die von ihm vorgefundenen, den Klassenkampf seiner Zeit beherrschenden Forderungen der proletarischen Massenbewegung ihres Charakters als Zielsetzungen entkleidet und zu Resultaten eines mit kausaler Zwangsläufigkeit abrollenden gesellschaftlichen Prozesses erhoben hat. Denn das ist ja das Große an dem Marxschen System. Dadurch hat er den entscheidenden Schritt von der Utopie zur Wissenschaft getan, daß er das notwendige Ziel des Wollens der Arbeiterklasse nachgewiesen hat als das notwendige Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung.

Das Programm jedes mit dem jungen Kapitalismus sich ausbildenden, mit ihm sich vermehrenden, mit ihm zu immer größerer sozialer politischer Macht emporsteigenden Fabrikproletariats war, wie mir scheint, klar gegeben. Es mußte, je mehr es sich als eigene Klasse zu fühlen begann, sich um so schärfer und rücksichtsloser ein Programm schaffen, das sich sowohl dem Programm der Feudalaristokratie als auch dem der Bourgeoisie auf das deutlichste entgegensetzte. Denn gegen beide Klassen, sowohl den immer noch überaus kräftigen, die Politik der beiden wichtigsten Länder, England und Deutschland, mächtig beeinflussenden Feudalismus, wie auch gegen die Bourgeoisie hatte das Proletariat klarerweise seinen Emanzipationskampf zu kämpfen und mußte sich daher ein Programm, eine Klassentheorie schaffen, die sowohl antifeudalistisch als antikapitalistisch war. Damit waren die Elemente einer solchen Klassentheorie ohne weiteres gegeben. Sie mußte antifeudalistisch sein, d. h. demokratisch, mußte darin mit dem Liberalismus übereinstimmen, daß sie die Beseitigung aller auf Geburt usw. beruhenden Vorrechte, aller feudalen Machtpositionen, anstrebte und die volle Gleichberechtigung und Freiheit aller Bürger eines Gemeinwesens sich zum Ziel setzte. Sie mußte aber auch zweitens antiliberal sein, um den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie mit voller Kraft führen zu können. Dieser Gegensatz gegen den Liberalismus konnte bei der Übereinstimmung in den politischen Forderungen ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiet gesucht werden. Hier ging die Auffassung nicht nur des Prole-

tariats, sondern auch der Bourgeoisie selbst dahin, daß das eingeständenermaßen große Elend der Arbeiterschaft bezogen werden müsse auf die freie Konkurrenz, die in ihrer Wirkung auf den Arbeitsmarkt den Lohn in der Nähe des Existenzminimums hielt — und in ihrer Wirkung auf den Warenmarkt jene Ungewitter der Krisen heraufbeschwor, die sich am zerstörendsten und verderblichsten wieder auf die Arbeiterklasse entluden. Wenn die freie Konkurrenz das zu bekämpfende Übel war, so mußte das wirtschaftliche Ideal des Proletariats klarerweise auf eine konkurrenzlose, d. h. marktlose Wirtschaft hinauslaufen. Die Klassentheorie des Proletariats mußte also nicht nur demokratisch, sondern auch kollektivistisch oder gar kommunistisch ausfallen.

Das war denn auch schon vor Marx die Forderung der Sozialisten, namentlich der großen Utopisten, vor allem eines Owen und Cabet. Aber es waren eben nur Forderungen, Forderungen vom Standpunkte sittlicher Prämissen. Das Streben zum Kollektivismus hin erschien hier gegründet auf die Voraussetzungen, die das Naturrecht der Menschen auf Existenz, die das Naturrecht der Gleichheit usw. betrafen. Und so waren diese Forderungen leicht für denjenigen abzulehnen, der diese Prämissen des Naturrechts leugnete.

So stand der Kampf, als Marx auftrat. Sein Werk bedeutet den ungeheuren Fortschritt über den alten Sozialismus hinaus, daß er die wirtschaftliche Komponente des proletarischen Klassenprogramms, den Kollektivismus, nicht mehr auf Grund ethischer oder naturgesetzlicher Prämissen postulierte, sondern als das naturnotwendige Ergebnis einer kausalen Entwicklung nachwies. Dieser Beweis hat zum Angelpunkt das von ihm so genannte „Gesetz der Akkumulation“.

Der entscheidende Gedankengang ist, um es noch einmal zusammenzufassen, der folgende: Marx fragt: Was ist Kapital? und antwortet: Kapital ist Mehrwert heftender Wert, d. h. eine Summe Geld oder ein Stamm von produzierten oder unproduzierten Produktionsmitteln, der, in der Gütererzeugung angewendet, sich nicht nur seinem Werte nach selbst wiedererzeugt, sondern

seinem Anwender über seinen eigenen Arbeitslohn hinaus noch einen Mehrertrag übrig läßt, der natürlich nur aus dem Arbeitsertrag anderer Leute stammen kann. Und er fragt sich nun, wie kann denn eine Geldsumme oder ein Stamm von Produktionsmitteln diese an und für sich paradoxe Eigenschaft erlangen, fremde Arbeit auszubeuten? Die Ursache kann nur in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen gesucht werden. Ein Neger ist ein Neger: unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen wird er zum Sklaven. Ebenso ist Geld Geld und Produktionsmittel sind Produktionsmittel: unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen werden sie zu Kapital, d. h. zu Mehrwert heftendem Wert. Welches sind diese Verhältnisse? Das bezeichnet Marx mit aller erdenklichen Klarheit. Damit Geld Kapital werde, muß der „freie Arbeiter“ in genügender Menge auf dem Arbeitsmarkte seine Arbeit anbieten, der freie Arbeiter in einem spezifisch marxischen Doppelsinn genommen, nämlich frei erstens politisch, so daß er als freier Bürger über seine Arbeitskraft verfügen kann, und frei zweitens wirtschaftlich, d. h. entblößt von allen eigenen Produktionsmitteln, so daß er gezwungen ist, seine Arbeitskraft denen zur Verfügung zu stellen, die die Produktionsmittel besitzen; ist diese Bedingung gegeben, so ist es klar, daß Produktionsmittel Mehrwert abwerfen müssen. Denn dann laufen, um einen Ricardoschen Ausdruck zu benutzen, immer zwei Arbeiter einem Meister nach und unterbieten sich, so daß der Lohn hinter dem Ertrag der geleisteten Arbeit zurück-, und dem Meister Mehrwert übrig bleibt. Wären aber umgekehrt freie Arbeiter nicht im Überschuß auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, so würden umgekehrt zwei Meister einem Arbeiter nachlaufen, würden sich überbieten und würden aus dem Ertrag der Gesamtarbeit durchschnittlich keinen größeren Vorteil haben als den Lohn ihrer eigenen qualifizierten Werkleiterarbeit. Nur wenn immer zwei Arbeiter einem Meister nachlaufen und sich unterbieten, ist es augenscheinlich möglich, daß eine ganze Wirtschaftsentwicklung nach dem Typus der kapitalistischen abläuft, so daß der gesamte oder doch fast der gesamte Zuwachs der gütererzeugenden Kräfte einer Minderheit zugute kommt; umgekehrt

aber würden, das ist gar nicht zu bezweifeln, in einer Gesellschaft ohne Überfluß an freien Arbeitern sich alle Vorteile der Arbeitsteilung und des mit ihr verknüpften technischen Fortschritts mit großer Gleichmäßigkeit über alle Schichten des Volkes verteilen.

Dieses gesellschaftliche Verhältnis: daß auf der einen Seite große Stämme von Produktionsmitteln sich in der Hand einiger weniger Mitglieder der Gesellschaft befinden, während auf der anderen Seite ein die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals regelmäßig übersteigender Überschuß freier Arbeiter vorhanden ist, nennt Marx das Kapitalverhältnis, weil es dasjenige gesellschaftliche Klassenverhältnis ist, ohne dessen Vorhandensein Geld usw. niemals Kapital, „Mehrwert heckender Wert“, sein könnte. Solange dieses Kapitalverhältnis besteht, ist die Exploitation des Proletariats durch die Bourgeoisie verewigt. Wenn es einmal beseitigt sein wird, hat Geld aufgehört, Kapital zu sein.

In dieser grundlegenden Behauptung stimme ich mit Marx vollkommen überein, und stimmt, soweit ich sehen kann, auch fast die gesamte bürgerliche Wissenschaft mit ihm überein. Denn wer überhaupt die Tatsache des Profits zugibt, kann gar nicht leugnen, daß er nur da entstehen kann, wo freie Arbeiter im Überschuß vorhanden sind. Theoretisch unterscheiden sich Bourgeoisökonomien und Sozialisten nicht in dieser Grundauffassung, sondern in der Erklärung der Entstehung dieser Armee freier Arbeiter. Die Bourgeoisökonomien erklären sie malthusianisch. Marx weist den Malthusianismus mit Recht ab und gibt eine andere Erklärung, die uns jetzt beschäftigen wird:

Er unterscheidet mehrfach sehr scharf zwischen der ersten Entstehung, der Produktion, jener freien Arbeiterarmee und ihrer Reproduktion. Die Produktion vollzog sich als isolierter historischer Prozeß im Laufe des 15. und 16. Jahrhunderts durch außerökonomische Gewalt, durch Privilegierung einzelner Zunftmeister in den Städten auf Kosten der Gesellen, die fortan nicht mehr zur Meisterschaft gelangen konnten, und namentlich durch Verjagung der unmittelbaren Produzenten auf dem platten Lande vom Grund und Boden durch die Vorgänge

der Säkularisation der Klöster, des Bauernlegens und der Auflösung der feudalen Gefolgschaften. Diese gewaltam exproprierten Elemente bildeten die ersten freien, d. h. los und ledig auf den Arbeitsmarkt geschleuderten, Exploitationsobjekte der städtischen Bourgeoisie. Diese hatte inzwischen, ebenfalls durch außerökonomische Gewalt, große Stämme von Produktionsmitteln resp. große Geldsummen in wenigen Händen akkumuliert, und zwar durch gewaltsame Ausbeutung der Kolonien, durch Sklavenjagd und Sklavenhandel, durch Beteiligung an Staatsanleihen, deren Zinsen durch die außerökonomische Staatsgewalt von den Bürgern eingetrieben wurden, usw.; und so war denn das Kapitalverhältnis hergestellt. Zehntausende oder Hunderttausende Proletarier drängten sich um die wenigen Arbeitsplätze, die die noch schwachen Kapitalien jener Zeit eröffnen konnten, und so sank der Lohn bis auf einen Stand, der den Ausbeutern der neuen Klasse von Proletariern genügend Mehrwert übrig ließ.

Das ist die Produktion des Kapitalverhältnisses, das „die ursprüngliche Akkumulation“ des Kapitals! Auch hierin schließe ich mich Marx grundsätzlich noch völlig an, wenn auch seine historische Darstellung im einzelnen heute der Berichtigung bedürfen wird auf Grund der neueren geschichtlichen Untersuchungen, namentlich der deutschen historischen Schule. Aber darin hat er unzweifelhaft recht, wenn er die erste Kapitalbildung nicht mit der klassischen Schule auf Unterschiede der wirtschaftlichen Begabung, der Energie, Tüchtigkeit, des Fleißes, der Fähigkeit usw. zurückführt, sondern auf außerökonomische Gewalt. Bis hierhin gehe ich also unbedingt mit Marx zusammen. Aber von hier ab scheiden sich die Wege. Marx ist nämlich der Ansicht, daß das Kapitalverhältnis, einmal gesetzt, sich durch innere Kräfte immer wieder *automatisch reproduziert*, so lange, bis die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische, die er voraussagt, hineingereift ist. Hier ist der Schlüssel seiner strategischen Stellung. Hier muß Marx angegriffen werden, wenn man ihn widerlegen will, wie das denn auch seine eigenen Schüler jederzeit hervorgehoben haben. Nicht in der Wertlehre, die alle bourgeoisökonomischen Kritiker

bisher allein berannt haben, sondern im Gesetz der Akkumulation, d. h. in der Erklärung für die dauernde Reproduktion der Armeefreier Arbeiter, steckt die Zitadelle der marxischen Systematik.

Sein Beweis ist der folgende: Stellen wir uns vor, es wachse in einer Periode einmal das Kapital durch Akkumulation beträchtlich schneller als die Bevölkerung, und zwar bleibe die Teilung des Kapitals in Lohnfonds (variables Kapital) und sachliches (konstantes) Kapital während dieser ganzen Periode unverändert, dann wird auch der zum Lohnfonds bestimmte Teil des Gesamtkapitals stärker wachsen als die Bevölkerung. Die Folge davon muß sein, daß dann die Unbeschäftigten, d. h. die Mitglieder der Reservearmee, in Brotstellen gelangen, und daß der Lohn sämtlicher Schichten mehr oder weniger steigt. Würde diese Disproportion zwischen Kapital und exploitabler Arbeitskraft zugunsten der Arbeitskraft dauernd bestehen bleiben, so würde das Kapitalverhältnis zuletzt verschwinden.

Dies aber kann nach Marx nicht eintreten. Es ist unmöglich, daß das Gesamtkapital längere Zeit hindurch wesentlich stärker wächst als die Bevölkerung, so daß auch der Lohnfonds nicht längere Zeit hindurch stärker wachsen kann als die Kopfzahl der daran zu beteiligenden Lohnarbeiter: sondern es sind die Zahl k des Gesamtkapitals und die Zahl p der aktiven Arbeiterarmee funktionell eng aneinander gebundene Größen. Diesen wichtigsten Satz seiner Theorie beweist Marx mit folgender Alternative: „Entweder fährt der Preis der Arbeit fort zu steigen, weil seine Erhöhung den Fortschritt der Akkumulation nicht stört; es liegt darin nichts Wunderbares, denn, sagt A. Smith . . ., „ein großes Kapital wächst selbst bei kleinerem Profit im allgemeinen rascher als ein kleines Kapital bei großem Profit“ . . . Oder die Akkumulation erschlaft infolge des steigenden Arbeitspreises, weil der Stachel des Gewinnes abstumpft. Die Akkumulation nimmt ab. Aber mit ihrer Abnahme verschwindet die Ursache ihrer Abnahme, nämlich die Disproportion zwischen Kapital und exploitabler Arbeitskraft. Der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses beseitigt also selbst die Hindernisse, die er vorübergehend

schaft. Der Arbeitspreis fällt wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau.“

Marx steht hier mit der liberalen Ökonomik auf dem gemeinsamen Boden der „Lohnfondstheorie“, wonach der Lohn sich ergibt durch Division der Arbeiterzahl in den für die Besoldung der Lohnarbeit bestimmten Kapitalfonds. Und er behauptet gerade so wie die nachklassische Ökonomik, daß der Quotient dieses Bruches, der Durchschnittslohn des einzelnen Arbeiters, kraft unzerbrechlicher Gesetze sich durch leichte Schwankungen hindurch ewig auf einer Höhe dicht am Existenzminimum halten müsse. Nur hat das „ewig“ für Malthus, Ricardo und ihre Nachbeter die absolute Bedeutung des Wortes, weil sie jene Gesellschaftsgesetze für Naturgesetze halten; für Marx aber gilt das Wort „ewig“ nur für so lange, wie die kapitalistische Gesellschaft selbst besteht, die er samt ihren „Gesetzen“ nur für eine „historische Kategorie“ hält.

Also ein „Bevölkerungsgesetz“, das eine „ewige“ (in diesem historischen Sinne) Disproportion zwischen Lohnfonds und Kopffzahl des Proletariats feststellt, ähnlich wie der Malthusianismus. Während aber bei Malthus in plumpster Vergewaltigung aller Tatsachen und aller Logik das Mißverhältnis daraus entsteht, daß die Menschen sich zu stark vermehren, leitet es Marx umgekehrt daraus her, daß das Lohnkapital im Verhältnis zur Kopffzahl sich zu schwach vermehrt.

Gibt man ihm den aus seiner Alternative gezogenen Schluß als richtig zu, so gibt es kein Entrinnen mehr vor seinen weiteren Schlußfolgerungen. Dann muß man zunächst das Gesetz der Akkumulation selbst zugeben, nicht nur insoweit, daß sich das „Kapitalverhältnis“ immer automatisch reproduziert, so daß an dem einen Pole der gesellschaftlichen Skala das durch den Mehrwert verstärkte Kapital, an dem anderen Pole der „freie Arbeiter“ nackt und bloß und kapitallos wieder herauskommt, der weiteren Exploitation widerstandslos preisgegeben; sondern sogar in seiner schroffsten Fassung, wonach sich das Kapitalverhältnis immer ungünstiger gegen das Proletariat stellt, so daß seine Lage immer

trauriger wird. Denn in der Wirklichkeit liegen die Dinge für die Arbeiterschaft noch ungleich ungünstiger als in dem hier angenommenen Falle. Hier war, wie man sich erinnert, unterstellt, daß das Gesamtkapital sich während der ganzen Beobachtungsperiode in gleichem Verhältnis in konstantes und variables Kapital teilen sollte. In der Wirklichkeit aber teilt sich in dem Maße, wie die Akkumulation fortschreitet, das Kapital zu einem immer größeren Prozentsatz in konstantes und zu einem immer geringeren Prozentsatz in variables Kapital. Denn mit dem Wachstum des Kapitals wächst naturgemäß die Größe und Kraft der Maschinerie, der dafür benötigten Gebäude und Hilfsstoffe, und der von ihr verarbeiteten Rohstoffe resp. Halbfabrikate, während eine im Verhältnis zur Masse des Produktes immer verringerte Zahl von Arbeitern diese Maschinerie bedient. Wenn also schon unter der Voraussetzung relativ gleichbleibenden variablen Kapitals der Durchschnittslohn auf die Dauer nicht wachsen kann, so muß er sogar rapid fallen, wenn das variable Kapital sich verhältnismäßig stark vermindert, ohne daß das Gesamtkapital entsprechend stärker wachsen kann.

Ist dies aber richtig, so ist der folgende KettenSchluß gerechtfertigt:

I. Wo Kapital akkumuliert wird, da (wächst verhältnismäßig der konstante und) fällt verhältnismäßig der variable Kapitalbestandteil.

II. Wo das variable Kapital im Verhältnis zum Gesamtkapital fällt, da fällt im gleichen Verhältnis (Lohn und Länge des Arbeitstages als gleich gesetzt) die Zahl der beschäftigten Arbeiter, der „Stellen“, wie ich diese Zahl im folgenden nennen werde.

III. Wo die Zahl der „Stellen“ im Verhältnis zum Gesamtkapital fällt, da fällt sie auch im Verhältnis zur Zahl der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitglieder des Proletariats, der „aktiven Arbeiterarmee“.

IV. Wo die Zahl der „Stellen“ im Verhältnis zum . . . Proletariat fällt, da wächst die Surplusbevölkerung.

V. Wo die Surplusbevölkerung wächst, da wächst auf seiten des Proletariats „Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation“.

Folglich (I—V):

„Wo Kapital akkumuliert wird, da wächst auf seiten des Proletariats Elend, Arbeitsqual“ usw.

Diese Deduktion rekapituliert Marx in den berühmten Worten: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reserve-Armee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reserve-Armee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber die Reserve-Armee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.“

Gibt man die Deduktion bis hierher zu, so kann man sich auch nicht mehr weigern, die ferneren marxischen Konsequenzen zuzugeben, die den revolutionären und kollektivistischen Inhalt der sozialdemokratischen Theorie bestimmen. Aus dem von ihm aufgestellten Gesetz folgt, wenn es der Wirklichkeit entspricht, mit mir zwingend erscheinender Logik sowohl die Zusammenbruchstheorie und der Revolutionarismus wie auch der berühmte und berüchtigte Zukunftsstaat.

Wenn es nämlich wahr ist, daß das funktionierende Kapital sich fortwährend durch akkumulierten Mehrwert vermehrt, so sind die noch existierenden Mittelstände der „einfachen Warenproduzenten“ geliefert. Der kapitalstärkere Betrieb arbeitet unvergleichlich billiger, unterbietet sie, wirft sie aus dem Marke und drückt sie ins Proletariat hinab. Diese Tendenz ist unleugbar wenigstens in der Industrie vorhanden. Sie muß ohne Gnade zum „Zusammenbruch“ aller nicht kapitalistischen Produzenten

führen, wenn ihr nicht etwa eine Gegenkraft erwächst, die immer neue Mittelstände ins Feld stellt.

Eine solche Neubildung könnte aber augenscheinlich nur dann in einem Umfange entstehen, der genügen würde, jene Tendenz merklich aufzuhalten oder gar zu kompensieren, wenn das Gesetz der Akkumulation nicht wirkte. Wäre nämlich die Arbeiterschaft an dem Mehrertrag der volkswirtschaftlichen Produktion stärker beteiligt, als das Gesetz der Akkumulation es behauptet, so würde der Prozeß des Zusammenbruchs der Mittelstände sich entweder gar nicht oder nur sehr abgeschwächt vollziehen. Dann würde einerseits die steigende Kaufkraft der Arbeiterschaft fortwährend neue Zweige der Bedürfnisdeckung ins Leben rufen, die selbstverständlich zum großen Teile entweder als handwerksmäßige oder als kleinkapitalistische Betriebe ins Leben treten würden. Auf der anderen Seite würden die höheren Schichten der Arbeiter und die besonders sparsamen energischen Individuen aller Schichten des Arbeiterstandes imstande sein, durch „Entsagung“ die kleine Kapitalmenge aufzubringen, die zur Einleitung und ersten Fortführung dieser immer neu auftauchenden Kleinbetriebe nötig wäre. Derart würde also die gesamte Wirtschaft, dem Meere gleich, die Küste des Mittelstandes immer an einer Stelle abnagen, um sie an anderer Stelle wieder anzuschwemmen, und der Prozeß der Simplifizierung der Volkswirtschaft, die Reifung des Zukunftsstaates im Schoße des Kapitalismus, würde je nachdem verzögert oder gänzlich hintangehalten werden.

Gilt aber das Gesetz der Akkumulation, d. h., wächst die Kaufkraft der Arbeiterschaft nicht oder doch nur ganz wenig, so kann nichts den Schwund der alten Mittelstände einfacher Warenproduzenten aufhalten oder ersetzen. Und dann vollzieht sich eine grandiose *Simplifikation* der Gesellschaft, die binnen kurzem dahin führen muß, daß sich als soziale Klassen nur noch die beiden Stände der Kapitalisten und Lohnproletarier gegenüberstehen: eine ungeheure Mehrheit, ausgebeutet durch eine winzige, immer mehr zusammenschmelzende Minderheit; eine grandiose *Simplifikation*, die sich ökonomisch darstellt als die Monopolisierung der

gesamten Produktion durch einige wenige riesenhafte Großbetriebe und entsprechend als eine außerordentlich weitgehende Egalisierung des Bedarfs der proletarischen Masse. Diese Kolossalbetriebe würden von besoldeten Beamten im Auftrage der Kapitalmagnaten geleitet werden, die ihrerseits den ungeheuren „Mehrwert“ einstreichen.

Ist dieser Zustand einmal erreicht, und wirkt das Gesetz der Akkumulation immer weiter ohne Hemmung mit dem Ergebnis, das Elend und die Erniedrigung des Proletariats nur noch zu steigern, dann muß allerdings der Moment eintreten, wo die durch das Kapital selbst immer straffer organisierte und gegliederte, immer massenhafter in einigen wenigen Industriezentren zusammengedrängte Arbeiterbevölkerung zu dem Entschluß und, weil keine zahlreiche Klasse mit anderen Interessen mehr existiert, zu der Macht kommt, sich die Ausbeutung nicht länger gefallen zu lassen.

Der Erfolg dieser Revolution würde aber nichts anderes sein als die Geburt der marktlosen Staatswirtschaft, des kollektivistischen oder gar kommunistischen Gemeinwesens.

Das siegreiche Proletariat hätte ja nichts weiter zu tun, als den gesamten, auf das äußerste simplifizierten Organismus der Produktion zu übernehmen, mit denselben Beamten und Arbeitern fortzuführen und nur die Verteilung des Gesamtproduktes in der Weise umzugestalten, daß der erzielte Mehrwert nicht mehr in die Tasche der Kapitalisten, sondern der sämtlichen beteiligten Arbeiter geleitet würde.

Dieser Punkt ist von der größten Wichtigkeit und ist, wie mir scheint, nur selten völlig verstanden worden. Noch heute verlangt nicht nur der vulgäre Gegner, sondern auch die bürgerliche Wissenschaft häufig von Marx und seinen Schülern einen genauen Ausriß der zukünftigen marktlosen Gesellschaft. Dieses Verlangen ist unberechtigt. Denn Marx glaubte ja mit aller Gewißheit, eine Tendenz, die berühmte „Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise“ nachgewiesen zu haben, die, ungekreuzt von irgend welchen Gegenkräften, zu einer derartigen Simplifi-

zierung der Wirtschaft führen mußte. Ob wir uns das vorstellen können oder nicht, ist ganz gleichgültig. Wenn die Entwicklung in der Tat sich so vollzog, wie Marx sie sah, so führte sie eben zu einem Zustand, der die marktlose Wirtschaft bereits prästabiliert enthielt; diese wurde tatsächlich im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft ausgetragen, und Geburtshelferin Gewalt hatte in der Tat nur einige Handgriffe zu leisten, um sie als lebendiges Wesen in die Welt zu setzen.

Freilich bleiben auch unter dieser Voraussetzung noch sehr große Schwierigkeiten übrig, denen die wissenschaftliche Phantasie ziemlich ratlos gegenübersteht.

Denn der erste Erfolg der erfolgreichen Revolution soll doch eine radikale Änderung der volkswirtschaftlichen Verteilung sein: der bisherige „Mehrwert“ fließt fortan nicht mehr dem Kapital, sondern der Arbeit zu. Dementsprechend muß sich dann aber auch die Erzeugung ändern, denn die Nachfrage richtet sich auf ganz neue Ziele. Die Nachfrage nach persönlichen „Diensten“ von Dienstboten, Prostituierten usw. schrumpft fast auf Null zusammen, ganz abgesehen von zahllosen Gemeinde- und Staatsbeamten, die überflüssig werden; und ebenso hört alle oder fast alle Nachfrage nach Luxusergzeugnissen auf, während die Nachfrage nach den Bedürfnissen des bürgerlichen Behagens ungeheuer anschwillt, sobald die Bevölkerungsmasse ein so stark vermehrtes freies Einkommen erlangt hat. Der Bau der volkswirtschaftlichen Erzeugung muß also trotz aller Simplifikation der kapitalistischen Ära vielfach um- und ausgebaut werden; und es ist in der Tat kaum abzusehen, wie diese Aufgabe geleistet werden soll, wenn mit dem Markte und der freien Konkurrenz der gewaltige Regulator aller Erzeugung, der Preis, verschwunden ist, dessen Fallen uns anzeigte, daß wir von einer bestimmten Ware zu viel, dessen Steigen, daß wir zu wenig hergestellt hatten.

Zimmerhin mögen sich, nehmen wir es einmal an, diese Schwierigkeiten allenfalls überwinden lassen, wenn der Bau in seinen Hauptzügen erst einmal feststeht. Diese Hauptzüge aber

sollte, so glaubte Marx bewiesen zu haben, die kapitalistische Produktionsweise selbst herauszuarbeiten die „Tendenz“ haben, indem sie die Erzeugung ad maximum simplifizierte.

Aus dieser Theorie ergibt sich unzweideutig auch die Taktik der Arbeiterpartei. Sie kann nichts anderes sein als die Vorbereitung für den großen Augenblick, in dem es gilt, die im Schoße des Kapitalismus gereifte neue Gesellschaft durch Durchtrennung ihrer Nabelschnur zu selbständigem Leben zu führen. Diese Vorbereitung hat erstens zu geschehen durch Pflege und Verbreitung des Klassenbewußtseins in derjenigen Schicht der Bevölkerung, die augenscheinlich allein berufen ist, das Geburtshelferamt zu übernehmen, in dem Proletariat. Es muß sich als eine Klasse fühlen lernen, deren Lebensinteressen denen aller anderen Klassen polar entgegengesetzt sind. Man kann mit einzelnen Gliedern dieser anderen Klassen, der „einen reaktionären Masse“, paktieren, um andere zu schwächen und die Stoßkraft des gesamten reaktionären Blocks zu verringern: aber man kann sich nicht mit ihm verfühnen; denn nur das Proletariat hat vom Zusammenbruch und der Entwicklung der Zukunftsgesellschaft Vorteile zu erwarten, alle anderen Parteien, auch die radikalen bürgerlichen Demokraten, nur Nachteile. Zweitens folgt aus diesem Vorbereitungswerke, daß man auf dem Boden der gegebenen Gesellschaft alles akzeptieren und erstreben kann, was die ökonomische und soziale Lage des Proletariats zu heben geeignet ist, und zwar nur aus dem Grunde, weil dadurch die Kampfkraft der Bataillone für den entscheidenden Moment gestärkt wird. In diesem Sinne kann man Sozialpolitik und Kommunalpolitik treiben, kann man ferner die ökonomischen Arbeitergenossenschaften und Gewerkschaften nicht nur dulden, sondern sogar fördern, aber, und das ist das Entscheidende, immer nur als Mittel, nicht aber als Zweck.

Das sind die wissenschaftlichen Grundlagen des orthodoxen Marxismus, und man wird zugeben müssen, daß es ein imponierender logischer Bau ist. Die sämtlichen Konsequenzen folgen mit zwingender Kraft aus der Prämisse des Gesetzes der Akkumulation, und das ganze Gebäude hat sich doch so stark erwiesen,

daß vier Jahrzehnte hindurch kein irgendwie erfolgreicher Angriff es treffen konnte.

Es war nämlich der alt gewordenen bürgerlichen Ökonomik nicht möglich, eine genügende Kritik der marxischen Konstruktion zu bieten, und zwar aus einem einleuchtenden Grunde: Marx ist nur vom Gesetz der Akkumulation aus zu besiegen. Und dieses Gesetz der Akkumulation stammt in seinem hauptsächlichlichen Gedankeninhalt aus dem Arsenal der bürgerlichen Schule selbst, nämlich von Ricardo. Der populär ausgedrückte Inhalt des Gesetzes lautet: die Maschine setzt den Arbeiter frei; und das war bereits Ricardos ganz ähnlich begründete Anschauung, wie es auch heute noch die Anschauung, so viel ich weiß, aller Vertreter der bürgerlichen Theorie ist. Von diesem Standpunkt aus aber ist gegen das Gesetz der Akkumulation und somit gegen Marx nichts zu unternehmen.

Statt dessen hat die Bourgeois-Ökonomik immer und immer wieder die Marx'sche Werttheorie berannt: eine ganz nutzlose Mühe, wie die Anhänger Marx' jederzeit mit Recht betont haben. Die Werttheorie ist ein Außenwerk der Gedankenfestung, mit dessen Fall die Zitadelle noch nicht einmal bedroht, geschweige denn erobert ist. Ob sie richtig oder falsch ist, das berührt die Gültigkeit der „Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise“ nicht im mindesten. Die Wertlehre gibt Marx den Schlüssel für die eigentümlichen Entwicklungen der kapitalistischen Wirtschaft, diese an sich als gegebene Tatsache betrachtet. Aber ihr Schicksal, das Ziel ihrer inneren Bewegung, ihrer „Dialektik“, erschließt sich erst mit dem Verständnis des Gesetzes der Akkumulation. Das ergibt sich auf das einfachste schon daraus, daß nach Marx' eigenen Worten ein Mehrwert nur so lange im kapitalistischen Reproduktionsprozeß herauskommen kann, wie das „Kapitalverhältnis“ selbst sich reproduziert, oder m. a. W., wie das Gesetz der Akkumulation gültig ist. Somit stellt sich der wichtigste Teil der Wertlehre, die Mehrwertlehre, gleichfalls als die logische Konsequenz aus jenem Grundgesetze der gesamten Marx'schen Gesellschaftslehre dar.

Ist denn nun dieses Gesetz wahr?

Wir haben einen ungeheuren Ketteneschluß vor uns, beginnend mit der unbestreitbaren Feststellung, daß überall da, wo Kapital akkumuliert wird, der konstante Kapitalbestandteil verhältnismäßig auf Kosten des variablen wächst. An diesen ersten Ring hängen sich die vier anderen, die ich oben als Beweis des Gesetzes der Akkumulation dargestellt habe, und daran wieder die anderen, die den Zusammenbruch der Mittelstände, die Simplifikation des sozialen und ökonomischen Aufbaues der Gesellschaft deduzieren und zu dem letzten Schluß einer durch die Revolution entbundenen marktlosen Wirtschaft führen.

Mögen alle anderen Ringe dieser Kette von Zyklophenhämmern geschmiedet und geschweißt sein: wenn auch nur ein einziger brüchig ist, so fällt nach den Gesetzen des Denkens das ganze Beweisgebäude zusammen. Und ich hoffe in der Tat, den einen Ring als nicht tragfähig nachgewiesen zu haben. Es ist Satz III des oben dargestellten Ketteneschlusses.

Ich bestreite daß die von Marx gegebene „Alternative“ einen schlüssigen Beweis für seine Behauptung darstellt, daß das Gesamtkapital einer Gesellschaft in seinem Wachstum eng an das Wachstum der aktiven Arbeiterarmee gebunden sei, so eng, daß der Bruch: „Lohnfonds dividiert durch die Kopfzahl“ niemals einen Durchschnittslohn ergeben könne, der den Arbeitern das Ansammeln von eigenem Kapital gestatte.

Sehen wir uns die Alternative genau an. Ich glaube nicht, daß sie irgend jemand befriedigen kann, der nicht an sich von der Wahrheit der hier ausgesprochenen Behauptung überzeugt ist. Es steckt in ihr eine unbewußte Erschleichung.

Folgendes ist richtig: wenn bei einer im Verhältnis zum Wachstum der Arbeiterbevölkerung übermäßigen Kapitalvermehrung die Gewinne fortwährend fallen, während der Lohn fortwährend steigt, dann muß allerdings einmal der Zeitpunkt eintreten, wo der Anreiz zu weiterer Kapitalakkumulation auf Null sinkt; dann vermehrt sich das Kapital nicht mehr, bis nicht etwa die weiter erfolgende Bevölkerungsvermehrung mit ihrer Konkurrenz um die Brotstellen den Lohn wieder so weit herabgedrückt hat, daß der

„Stachel des Gewinns“ steigender Profite die Kapitalisten zu neuer Akkumulation anregt.

Das ist ganz richtig. Aber die entscheidende Frage ist die, bei welchem Tiefstand des Profits und welchem Hochstand des Lohnes die Akkumulation aufhört. Marx macht hier einen logischen Sprung, den bisher keiner seiner Kritiker entdeckt hat. Er nimmt ohne weiteres an, daß jener kritische Punkt schon erreicht wird bei einem Lohnstande, der den Arbeitern noch keine eigene Kapitalbildung gestattet, bei einem Lohnstande also, der nur ganz wenig über den zu seiner Zeit üblichen gestiegen wäre. Hätte er das bewiesen, so wäre in der That das Gesetz der Akkumulation mit seinen sämtlichen Konsequenzen logisch unanfechtbar.

Aber er hat auch nicht den leisesten Versuch gemacht, das zu beweisen. Er hat gar nicht gesehen, daß das Ergebnis seiner Alternative ein ganz anderer, nur äußerlich ähnlicher Satz war, als derjenige, der ihm als thema probandum gegeben war. Er erklärte, Satz A beweisen zu wollen, beweist aber B, und schließt dann weiter, als ob er A bewiesen hätte. Das thema probandum (Satz A) lautete: „Die Kapitalsakkumulation muß aufhören, sobald die Lohnsteigerung den Punkt erreicht hat, über dem das Proletariat selbst zur Kapitalbildung gelangen kann.“ Bewiesen ist aber lediglich Satz B: „Die Kapitalbildung muß aufhören, sobald die Lohnsteigerung den Profit derart geschmälert hat, daß der Stachel des Gewinns stumpf wird.“ Dafür, daß der kritische Punkt in Satz A mit dem kritischen Punkt in Satz B zusammenfällt, ist keinerlei Beweis erbracht oder auch nur versucht. Beide Sätze sind nur durch eine Erschleichung gleich gesetzt. Aus Satz B läßt sich aber das Gesetz der Akkumulation nicht im mindesten ableiten. Wenn es wahr ist, wie Marx selbst sagt, daß der Zins bis auf jeden denkbaren Satz fallen kann, und wenn der Zins ein Indikator des Profits ist, wie nicht zu leugnen, so ist damit die Möglichkeit gegeben, daß die Profitrate sehr tief sinkt, und der Lohn sehr bedeutend, weit über das mit der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses erträgliche Maß

steigt, ohne daß die Akkumulation erschlaft. Oder mit anderen Worten: es ist möglich, daß die Akkumulation in einem für die weitere Ausdehnung der kapitalistischen Produktion völlig genügenden Maße steigt, weil, wie Marx selbst sagt, große Kapitalien bei kleinem Profit immer noch schneller wachsen können als kleine Kapitalien bei großem Profit, — und daß dennoch der Lohn der Arbeiterschaft gleichfalls stark wächst, so stark, daß von der Akkumulation von Glend, Brutalisierung usw. nicht mehr die Rede sein kann, ja daß sogar die Arbeiter in die Lage versetzt werden, aus den Überschüssen ihres Lohnes selbst Kapital zu bilden und so in das Eigentum von Produktionsmitteln zu gelangen, die ihnen gestatten, ihre Arbeitskraft zum eigenen Vorteil zu verwerten. Und dann sind sie nicht mehr „freie Arbeiter“, und dann kann die „kapitalistische Gesellschaft“ nicht mehr bestehen.

Wenn diese Erwägungen — und sie scheinen mir zwingend — begründet sind, so ist demnach die Marxsche Deduktion widerlegt; ihre letzten Konsequenzen verlieren die logische Grundlage: Gesetz der Akkumulation, Zusammenbruchstheorie, Revolutionarismus und Zukunftsstaat sind nicht mehr als bewiesen, als notwendige „Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise“ zuzugeben, bis etwa ein neuer, schlüssiger Beweis erbracht wird. Dies sind die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus.

* * *

Diese geschlossene Theorie ist in ihrer wichtigsten Grundlage, dem deduktiven Beweise für das Gesetz der Akkumulation, auch von der revisionistischen Doktrin nicht angetastet worden, die wir jetzt zu betrachten haben werden. Ihr Hauptangriff richtet sich wohl auf jenes alles beherrschende Grundgesetz, aber nicht a priori, sondern a posteriori, nicht auf seine Prämissen, sondern auf seine Konsequenzen.

Den ersten Anstoß zu solcher Kritik der wissenschaftlichen Wahrheit der orthodoxen Lehre gaben taktische Meinungsverschiedenheiten.

Die proletarische Bewegung in ihrer Jugendperiode erwartete den, um den populären Ausdruck anzuwenden, großen Kladder-

datsch sehr bald; sie ähnelte der Urchristenbewegung, mit der die Sozialdemokratie überhaupt so viele Berührungspunkte hat, wenn sie auch keineswegs mit ihr identisch ist, auch darin, daß die ersten Apostel gar nicht daran zweifelten, sie selber würden das tausendjährige Reich noch erleben. Sie sahen damals das Tempo, in dem sich die Simplifizierung der Volkswirtschaft, das Zusammenschmelzen der Mittelstände, die Proletarisierung der Volksmassen, die Akkumulation des Kapitals in immer wenigeren Händen vollziehen sollte, als ein so reizend schnelles an, daß man den Zeitpunkt der entscheidenden proletarischen Revolution auf den Eintritt der nächsten oder spätestens übernächsten Krise, auf den „nächsten Donnerstag“, bestimmen zu können glaubte. Und von diesem Standpunkt aus erschien natürlich alle Gegenwartarbeit als lächerliche Flickerei.

Aber es verstrich einer der vorausgesagten Termine nach dem andern, ohne daß der erwartete Zusammenbruch eintrat, und es wurde immer klarer, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, wenn sie überhaupt zu dem von Marx bezeichneten Ziele führte, nicht Jahre, sondern Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte dazu brauchen würde. Und damit rückte die Gegenwartarbeit in ein ganz anderes Licht. Es handelte sich jetzt vor allem darum, das Schicksal leidender Menschen schon in der Gegenwart erträglicher zu gestalten, wenn man ihnen nicht mehr für eine nahe Zukunft Hoffnungen machen konnte. Es handelte sich ferner darum, den organisierten Genossen etwas mehr zu bieten als Verheißungen, weil es sonst augenscheinlich nicht möglich gewesen wäre, die Riesenpartei zusammenzuhalten.

Darum entbrannte jetzt der taktische Kampf immer stärker. Die parlamentarische Betätigung in der Reichs- und Staatspolitik, in der Kommunalpolitik, die Selbsthilfe in Gewerk- und Genossenschaften wurde einer wachsenden Zahl von Sozialisten ein immer wichtigerer Teil der proletarischen Klassenpolitik. Nur mühselig konnte den Anhängern der alten starren Lehre erst das tolerari posse und schließlich die laue Förderung dieser „kleinbürgerlichen“ Taktik abgerungen werden. Die Veröffentlichung

von Eduard Bernsteins Aufsätzen über die Bedeutung von Raum und Zeit in der sozialen Bewegung gab endlich dieser bis dahin rein taktischen Strömung den Anfang einer theoretischen Begründung: der Revisionismus war geboren.

Den Revisionismus in der Sozialdemokratie wird man am besten definieren als diejenige politisch-taktische Auffassung, welche die Gegenwartsarbeit in den Parlamenten und städtischen Vertretungen, in Gewerkschaften und Genossenschaften, nicht mehr als Mittel, sondern als Ziel ansieht. Die Definition wird bestritten werden. Selbst Bernstein und David bekennen sich ja offiziell immer noch zum Endziel, d. h. dem Traum von der kollektivistischen Zukunftsgesellschaft. Dennoch glaube ich meine Erklärung aufrecht erhalten zu können. Denn bei diesen Theoretikern ist das letzte Ideal so sehr in die Ferne gerückt, erscheint durch praktisch so unendliche Zeit- und Raumgrößen von der Gegenwart getrennt, daß es für Taktik und Strategie des kämpfenden Proletariats nur etwa noch als Symbol, als Banner in Betracht kommt, nicht mehr als Richtungspunkt des Aufmarsches.

Was unterschied die Revisionisten anfangs von den notgedrungenenmaßen gemäßigten gewordenen Marxisten, mit denen sie im Kampfe liegen? Nichts anderes als eine graduelle Verschiedenheit in der Beurteilung des Tempos, in dem sich die soziale Entwicklung zum Zukunftsstaat hin vollzieht! Ein Kautsky sieht diese Entwicklung doch immer noch deutlich fortschreiten, zwar nicht in dem ursprünglich geglaubten, aber doch immerhin noch in einem beträchtlichen Tempo, während die Bernstein, David und Genossen dieses Tempo für ein äußerst langsames ansehen. Damit ist die „Quantität in die Qualität umgeschlagen“, die Gegenwartsarbeit wird mindestens für denjenigen Zeitraum, den praktische Politik allein überspannen darf, aus einem Mittel zum Selbstzweck; und in bezug auf die Schürung des Klassenkampfes muß eine gemäßigtere Anschauung Platz greifen. Denn wenn die Aufschürung der Klassenkampfgegensätze vom Standpunkt des orthodoxen Marxismus aus geradezu sittliche Pflicht ist, weil nichts natürlichere Aufgabe des Feldherrn sein kann, als seine Truppen am Vor-

abend der Schlacht mit dem Feuer der Begeisterung, mit der Blut des Hasses zu erfüllen, so wird dieselbe Taktik zur Frivolität, sobald man erkannt hat, daß die entscheidende Schlacht ad Kalendas Graecas vertagt ist. Denn dann ergibt sich bis dahin die Notwendigkeit eines möglichst friedlichen Zusammenwirkens der ausgebeuteten mit den ausbeutenden Klassen; und die Schür- und Hezarbeit wird zur rohen Demagogie, zur unnützen Störung des politischen und namentlich des ökonomischen Fortschrittes. Damit ist natürlich nicht etwa ausgesprochen, daß ein Revisionist den unzweifelhaft vorhandenen ökonomischen Klassenkampf vertuschen sollte; er soll ihn nur nicht unnützlich verschärfen, zumal die ökonomischen Gegensätze selbst stark genug sind, um ihn insoweit aufrecht zu erhalten, wie für den Bestand der Arbeiterpartei als Vertretung einer gesonderten Klasse irgend erforderlich ist.

Derart ist, soviel ich erkenne, der Revisionismus entstanden zuerst als taktischer Gegensatz gegen die alte Auffassung, und zwar als Spiegelbild einer sich sänftigenden sozialen Entwicklung.

Was aber zuerst rein taktisch-strategische Stimmung war, das mußte allmählich zur wissenschaftlichen Selbstbesinnung werden. Der Revisionismus mußte sich wissenschaftlich-logische Grundlagen schaffen. Und dies konnte zunächst kaum etwas anderes werden als eine Art von Halbmarxismus, der versucht, durch Kompromisse aller Art von Marx festzuhalten, was zu halten ist, und dennoch für die neue evolutionäre Taktik die Grundlagen zu gewinnen. Diesen wissenschaftlichen Revisionismus pflegt man nach seinem Urheber Bernsteinianismus zu nennen.

Er wendet sich naturgemäß vor allem gegen das marxische Gesetz der Akkumulation, und zwar, wie gesagt, gegen seine Konsequenzen. Er prüft es an den Tatsachen der Wirtschaft. Er bestreitet, daß die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung bestehe, wie sie Marx festgelegt hat. Zwar findet in der Industrie die Expropriation der kleineren und die Akkumulation und Zentralisation der größeren Kapitalien statt, ganz wie Marx es sah, aber es erwächst dieser Kraft eine Gegenkraft, die sie aufhält, vielleicht gänzlich kompensiert oder gar überkompensiert: die Schaffung

neuer Mittelstände durch das Emporblühen neuer Zweige des Gewerbefleißes, die zunächst handwerksmäßig oder kleinkapitalistisch beginnen. Es findet ferner zwar eine ungeheure Vermehrung der Proletarier im Sinne der Produktion statt, d. h. abhängiger unselbständiger Arbeiter im Solde des Kapitals, aber diese Proletarisierung ist nicht gleichzeitig Proletarisierung vom Standpunkt der Verteilung aus. Diese „Proletarier“ führen eine immer weniger „proletarische“ Lebensweise. Es steigt nicht nur der Nominallohn, sondern auch der Reallohn durchschnittlich ziemlich stark, und mit ihm die soziale Lage, die Klassifizierung des Arbeiters. Vor allem aber wollen die marxistischen Gesetze durchaus nicht passen für das zweite große Hauptgebiet der Volkswirtschaft, für die Agrikultur. Hier ist von einer Simplifizierung der Volkswirtschaft, von einer Zentralisation der Großbetriebe, von technischer Überlegenheit der Großbetriebe über die kleinen, von einem Verschwinden der Mittelstände und der kleinen Betriebe augenscheinlich gar nicht die Rede; und so muß denn schon diese Teilentwicklung zu einer ganz anderen Taktik des politischen Kampfes, und zu dem Zwecke wahrscheinlich zu einer gründlichen Umgestaltung des Programms führen, weil ohne die breiten Massen des platten Landes die Eroberung der politischen Macht unmöglich, und der Sieg der sozialen Demokratie ad infinitum hinausgeschoben ist.

Um diesen Punkt dreht sich der Kampf Bernstein-Kautsky, ein Kampf, in dem nach meiner Anschauung beide recht und beide unrecht haben.

Um mit Kautsky zu beginnen, so hat er vor seinem Gegner voraus die Einheit des Denkens, die Übereinstimmung von Prämissen und Konsequenzen. Er ist Verteidiger der alten riesenhaften Denkerfestung, die Marx selbst erbaut hat, und hat seine Stärke in der Überzeugung, daß das erstrebte Endziel der Arbeiterbewegung gleichzeitig das notwendige Endergebnis der sozialen Entwicklung selbst ist. Aber seine Schwäche liegt in den Tatsachen. Es wird je länger je mehr unmöglich, die Tatsachen

der neueren Entwicklung mit dem System in Übereinstimmung zu bringen. Es will nichts klappen. Die Entwicklung verläuft in der That ganz anders, als sie verlaufen müßte, wenn Marx recht hätte. Und so führt Kautsky einen rechten Fanatikerkampf gegen die Tatsachen, die wohl oder übel auf dem Prokrustesbett der Theorie gestreckt werden müssen. Was er, natürlich gutgläubig, mit den beklagenswerten Ziffern der Statistik für Manipulationen anstellt, dafür will ich nur ein Beispiel anführen. Um zu beweisen, daß es ganze Zweige der Volkswirtschaft gibt, in denen die Arbeiterzahl nicht nur relativ, sondern absolut zusammenschmilzt, vergleicht er die Ziffern der englischen Baumwollindustrie von 1861 mit denen von 1871, wobei sich in der That ein Rückgang ergibt. Das Buch, in dem sich diese Vergleichung findet, „Karl Marx' Ökonomische Lehren“, ist im Jahre 1887 in Stuttgart erschienen. Kautsky hätte also schon die Zahlen von 1880 und 1885 haben können, aus denen sich ihm ergeben hätte, daß die Zahl der englischen Baumwollweber von 1861 bis 1885 etwa dreimal so stark [gewachsen ist wie die englische Gesamtbevölkerung. Er verschweigt das, wie er auch verschweigt, daß der Rückgang zwischen 1861 und 1871 einzig und allein hervorgerufen ist nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch den amerikanischen Sezessionskrieg, der die englische Baumwollmanufaktur einfach dadurch lahmlegte, daß jahrelang keine Baumwolle auf den Markt kam.

Der Revisionismus umgekehrt findet sich in glücklicher Übereinstimmung mit den Tatsachen. Aber — fehlt ihm leider das geistige Band. Es fehlt ihm die theoretische Grundlage. Er hat das Gesetz der Akkumulation aufgegeben, und damit ist ihm nicht nur für die Zusammenbruchstheorie, die er verwirft, sondern auch für das Endziel, das er theoretisch immer noch anerkennt, das Fundament abhanden gekommen. Er hat alle Berechtigung zum Bekenntnis der demokratischen Elemente, die er enthält: aber er hat jede Berechtigung verloren, die marktlose Wirtschaft als notwendiges Resultat der Entwicklung zu erwarten. Er kann

es nur noch postulieren, vom Standpunkt der sozialen Teleologie aus fordern, wie das denn Bernstein auch in seinem bekannten Vortrag „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ wirklich getan hat. Und damit ist denn glücklich der Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie heimgekehrt! Wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung einer ferneren Zukunft nicht mehr als das Resultat einer ehernen kausalen Notwendigkeit, sondern als das Ziel bewußter menschlicher Zwecksetzungen hingestellt wird, so ist eben damit die wissenschaftliche Basis geopfert.

So steht der Kampf momentan. Die eine Partei ist im Besitz einer Theorie, die mit den Tatsachen nicht stimmt, die andere Partei im Besitz von Tatsachen, die mit ihrer Theorie nicht stimmen. Die um Kautsky sind sympathisch durch ihr starkes Vertrauen auf das reine Denken und den inneren Zusammenhang logischer Sätze — und unsympathisch durch ihre Vergewaltigung aller unbequemen Tatsachen; die Bernsteinianer sind sympathisch durch ihre Anerkennung der Tatsachen als schließlich letzter Instanz der Wissenschaft — und unsympathisch durch die theoretische Bedürfnislosigkeit, die immer noch die Konsequenzen festhält, nachdem sie die Prämissen preisgegeben hat.

VIII.

Kautsky als Agrartheoretiker.

Für die sozialdemokratische Partei ist die Aufstellung eines zugkräftigen, für Bauern und Landtagelöhner gleich lockenden Agrarprogrammes zur wichtigsten Frage ihrer Existenz geworden. Auf dem Frankfurter Parteitage angeregt, wurde ein solches in Breslau vorgelegt und entfesselte einen Debattensturm, der fast zur Spaltung geführt hätte. Es gelang damals, den Riß zu überkleistern; aber die folgenden Parteitage haben doch nicht gewagt, wieder an das heiße Eisen zu rühren.

Ein Hauptgrund für diese kluge Enthaltensamkeit war freilich,

daß es damals der Sozialdemokratie zum erstenmal zum Bewußtsein kam, wie wenig ihre Theoretiker von der Landwirtschaft verstanden oder wenigstens gesprochen hatten. „Wohl haben Marx und Engels auch Bedeutendes über agrarische Verhältnisse gesagt, aber in der Regel nur in gelegentlichen Bemerkungen oder kurzen Artikeln . . . Einstimmig wurde daher in Breslau erklärt, eine eingehendere theoretische Erforschung der agrarischen Verhältnisse sei notwendig.“

Dieser Aufgabe hat sich kein Geringerer unterzogen als Karl Kautsky¹⁾. Man mag über den wissenschaftlichen Wert der übrigens außerordentlich fleißigen und scharfsinnigen Arbeit denken, wie man will: unter allen Umständen rechtfertigt die Bedeutung der Frage und des Autors eine genauere Betrachtung des Werkes. Die marxistische Doktrin ist, wie lange bekannt, von der agrarischen Seite her leichter angreifbar als von der industriellen; und darum liegt es im Interesse der wissenschaftlichen und der politischen Aufklärung, daß man diese erste zusammenhängende, von einer Parteiautorität herrührende Darstellung des Agrarwesens (und der Agrarpolitik) scharf unter die Lupe nimmt.

Kautsky ist „unentwegter“ Marxist! Er sagt (S. 8.): „Die Ursache dieser Zweifel (an dem Marxismus) scheint mir mehr in den Personen der Zweifler als in der angezweifeltten Lehre begründet zu sein“. Zwar gibt er zu, daß die Sozialdemokratie enttäuscht worden ist, wenn „sie erwartete, die ökonomische Entwicklung werde ihr auf dem Lande ebenso vorarbeiten wie in der Stadt, und der Kampf zwischen Klein- und Großbetrieb zur Verdrängung des Kleinbetriebes führen.“ Sie hat vielmehr erkennen müssen, „daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft keineswegs im raschen Verschwinden ist, daß die großen landwirtschaftlichen Betriebe nur langsam an Boden gewinnen, stellenweise sogar an Boden verlieren. Die ganze ökonomische Theorie, auf die sie sich stützt, erscheint falsch, sobald sie versucht, ihre Ergebnisse auf den Landbau anzuwenden. Sollte aber diese Theorie für die Landwirtschaft wirklich nicht gelten, so würde das nicht nur die

¹⁾ Karl Kautsky, Die Agrarfrage. Stuttgart 1899 (3. D. W. Dieck Nachj.).

bisherige Taktik, sondern die ganzen Grundsätze der Sozialdemokratie völlig umwandeln müssen". (S. 4.)

Nun besteht allerdings „kein Zweifel — und das wollen wir von vornherein als erwiesen annehmen —: die Landwirtschaft entwickelt sich nicht nach derselben Schablone wie die Industrie; sie folgt eigenen Gesetzen. Aber damit ist keineswegs gesagt, daß die Entwicklung der Landwirtschaft einen Gegensatz bilde zu der der Industrie und mit ihr unvereinbar sei. Wir glauben vielmehr zeigen zu können, daß sie beide demselben Ziele zueilen . . . Will man im Sinne der marxischen Methode die Agrarfrage studieren, dann darf man sich nicht nur die Frage vorlegen, ob der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft eine Zukunft hat; wir müssen vielmehr alle die Veränderungen untersuchen, denen die Landwirtschaft im Verlauf der kapitalistischen Produktionsweise unterliegt. Wir müssen untersuchen, ob und wie das Kapital sich der Landwirtschaft bemächtigt, sie umwälzt, alte Produktions- und Eigentumsformen unhaltbar macht und die Notwendigkeit neuer hervorbringt.“ Kautsky zweifelt nicht daran, daß er die Wichtigkeit der marxischen Doktrin auch für die Urproduktion erhärtet habe. Die Vorrede schließt mit den Worten: „Die Tatsachen der landwirtschaftlichen Entwicklung haben die stärksten Zweifel an dem ‚Marx-Dogma‘ hervorgerufen. Wie weit diese berechtigt sind, soll die vorliegende Schrift zeigen.“

Die entscheidende Frage ist:

Kann die der Industrie eigentümliche „Tendenz“ zum großkapitalistischen Betrieb nach Wesen und Bedingungen der landwirtschaftlichen Urproduktion auch in der Landwirtschaft Platz greifen?

Ich will auf jeden historischen und statistischen Einwand gegen das behauptete „Entwicklungsgesetz“ in der Industrie verzichten und unterstellen, daß in der Industrie tatsächlich Akkumulation und Zentralisation des Kapitals auf der einen und Expropriation und Proletarisierung auf der anderen Seite ungekreuzt durch Gegenkräfte und unaufhaltsam fortschreiten. Weiter kann man dem Gegner kaum entgegenkommen. Vermögen nun

dieselben ökonomischen Vorgänge in der Landwirtschaft dieselben Ergebnisse herbeizuführen?

In der Industrie wird das aus der „ursprünglichen Akkumulation“ herrührende Stammkapital zur Heranziehung „freier Arbeiter“ verwendet; diese Arbeiter schaffen „Mehrwert“, der zum Teil konsumiert, zum Teil akkumuliert und zum Kapital geschlagen wird, um als neues konstantes Kapital der technischen Vermehrung und Verbesserung der Arbeitsmittel oder als neues variables Kapital der Heranziehung neuer freier Arbeiter zu dienen. Auf beiderlei Art wächst der Unternehmergewinn, wird weiter akkumuliert — und so fort in infinitum. Hand in Hand damit geht die Zentralisation des Kapitals; denn mit der steigenden Arbeitsteilung und der Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel sinken die Produktionskosten der Wareneinheit bedeutend. Folglich kann der kapitalistische Unternehmer den kleinen konkurrierenden „einfachen Warenproduzenten“ unterbieten und schließlich vom Markte verdrängen: der Exproprierte wird freier Arbeiter und ist verurteilt, seinem Besieger von nun an gleichfalls Mehrwert zu steuern. Als Hebel der Expropriation der Kleinen durch die Großen wirkt also in der Industrie die preiserniedrigende Wirkung der freien Konkurrenz. Ist der Preis so tief herabgedrückt, daß der einfache Warenproduzent außer seinen Selbstkosten trotz Überarbeit und Unterkonsum seinen Lebensunterhalt nicht mehr findet, so muß er endgültig den Kampf aufgeben, ist expropriert und als selbständige wirtschaftliche Existenz ausgelöscht.

In der Landwirtschaft hat die „ursprüngliche Akkumulation“ einer Anzahl von Privatpersonen das Eigentum an größeren Bodenflächen verschafft, und der größere Landbesitz wirft zweifellos ebenfalls „Mehrwert“ ab, sei es als Steuer höriger oder als Zins freier Pächter oder als Überschuß über den Lohn freier Arbeiter. Ein Teil dieses Mehrwertes kann zweifellos ebenfalls akkumuliert und als konstantes oder variables Kapital produktiv angelegt, kapitalisiert werden: ebenfalls mit dem Erfolg, durch Verbesserung der Produktionsmittel und Vermehrung der Arbeitskräfte die Produktivität der Acker- und Arbeitseinheit und so den Mehrwert

zu steigern. Aber resultiert daraus ebenfalls stets ein Preissturz? Werden die Preise für Korn und Fleisch etwa durch den Konkurrenzkampf zwischen Großgrundbesitzern und Bauern heruntergedrückt, bis der Bauer schließlich trotz Überarbeit und Unterkonsum seinen Lebensunterhalt nicht mehr finden kann?

Kautsky entwickelt, zwar scholastisch verschnörkelt, aber richtig, wie verschieden die Preisbildung für Industrieprodukte und für Landwirtschaftsprodukte vor sich geht. Er weiß sehr wohl, daß der Preis der Industriewaren auf die Dauer durch die geringsten Reproduktionskosten bedingt ist, d. h. durch die Preisstellung der technisch am höchsten ausgestatteten Betriebe: der Preis der Landwirtschaftsprodukte dagegen durch die höchsten Reproduktionskosten, d. h. durch die Kosten, die der Ankauf und die Zufuhr desjenigen für die Versorgung des Marktes noch nötigen Urproduktes erfordern, das unter den ungünstigsten Verhältnissen gewachsen ist. Wer besseren Boden hat oder dem Markte näher ist oder mit mehr Kapital wirtschaftet, verkauft nicht billiger, sondern steckt einen höheren Gewinn ein: die Differentialgrundrente. Von einem Unterbieten kann also keine Rede sein, wenigstens nicht im Sinne der industriellen Konkurrenz. Das Bedürfnis, für das die Landwirtschaft zu sorgen hat, ist das stärkste Existenzbedürfnis der Menschheit, der Markt für ihre Erzeugnisse daher von einer ungeheuren, keinem Gewerbszeugnis auch nur entfernt zukommenden Größe und von einer Elastizität, die kaum Grenzen hat. Keine noch so große Ernte ist denkbar, die nicht schließlich Abnehmer fände, und zwar aus dem einleuchtenden Grunde, weil die Majorität der Menschheit nie ganz satt wird. Bei dieser Marktlage ist es ausgeschlossen, daß ein einzelner Betrieb, selbst wenn er das Udenkbare ausführte, nämlich unter dem Marktpreise zu verkaufen, einen irgendwie bemerkenswerten oder gar nachhaltigen Preisdruck ausüben könnte.

Bedingt schon das einen großen Unterschied, so wird die Unähnlichkeit dadurch noch größer, daß fast jeder industrielle Betrieb die Möglichkeit und die Tendenz hat, seine Produktion so zu ver-

größern, daß er den ganzen Absatz allein monopolisiert. Diese Absicht kann selbst dem Eigentümer des größten Latifundium der Welt nicht im Traume kommen; denn die gewaltigste und geschickteste Kapitalinvestierung kann seine Ernteerträge niemals in dem Maße steigern, daß er den Markt auch nur wesentlich stärker als zuvor beeinflussen könnte. Seine Produktionskraft bleibt im Verhältnis zur Weltproduktion unendlich klein, ob er auch seine Erträge verzehnfache.

Bestimmt also in der Industrie die Preisfestsetzung des am besten ausgestatteten Wettbewerbers den Preis, so entscheidet in der Landwirtschaft nur das Verhältnis von Gesamtangebot zu Gesamtnachfrage über den jeweiligen Marktpreis, während der durchschnittliche Preis sich, jeder Einzelwillkür entzogen, nach Ricardo-Thünens Theorie automatisch bildet. Daher ist auch die psychologische Stellung der „Konkurrenten“ in beiden Zweigen der Produktion toto coelo verschieden: dem Industriellen ist jeder Wettbewerber ein Gegner, den er vernichten muß, um nicht von ihm vernichtet zu werden; der Landmann aber sieht in seinem Nachbarn den Genossen in Freud und Leid, der mit ihm in Geduld hinzunehmen hat, was das Wetter und der Markt Gutes oder Böses bringen. Eine „Konkurrenz“ nach Art der industriellen besteht für die Landwirtschaft allenfalls zwischen ganzen Ländern, die unter verschiedenen Natur- und Arbeitsverhältnissen produzieren, aber niemals zwischen Einzelpersonen im selben Lande, also auch nicht zwischen dem Bauern und dem Großgrundbesitzer.

Mag man die gemeinsame Beschickung desselben Marktes also Konkurrenz nennen oder nicht: so viel ist jedenfalls sicher, daß derjenige Mechanismus der freien Konkurrenz in der Landwirtschaft nicht existiert, der durch billigere Reproduktionskosten den kleinen Unternehmer unterbietet und aus dem Markte wirft.

Das alles scheint Kautsky nun gar nicht zu sehen. Er konstatiert erstaunt, daß die „Konkurrenz“ auf dem Lande nicht gefürchtet wird. „Aber nicht überall sind größere Güter in der Nähe, die Gelegenheit zu Nebenverdienst geben. Oft werden solche Güter, weit entfernt, als Konkurrenten betrachtet zu werden,

geradezu ersehnt“. Doch muß ihm das als Ausnahmefall erscheinen, denn an anderer Stelle sagt er: „daß die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf dem Warenmarkt nicht mehr als Verkäufer von Lebensmitteln, sondern als Verkäufer von Arbeitskraft und als Käufer von Lebensmitteln in Betracht kommt. Die Kleinbetriebe hören auf, als Konkurrenten des Großbetriebes aufzutreten“ und: „Je schärfer die Konkurrenz des bäuerlichen Betriebes mit dem Großbetrieb (und mit überseeischem Betrieb), je mehr er den Konkurrenzkampf nur durch Überarbeit und Verzicht auf alle Bedürfnisse der Kultur, mitunter selbst auf notwendige Lebensbedürfnisse, durch freiwillige Degradierung zur tiefsten Barbarei führen kann, desto mehr verliert auch die bäuerliche Scholle die Kraft, ihren Besitzer an den Boden zu fesseln.“ Ich glaube nicht, daß es möglich ist, diese Stellen anders zu verstehen als so, daß Kautsky tatsächlich das Bestehen einer Konkurrenz zwischen Groß- und Kleinbetrieb wenigstens annähernd im Sinne der Industrie für vorhanden hält. Aus derselben Wurzel heraus gewinnt für ihn die alte Streitfrage, ob der Groß- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft die überlegene Form sei, eine ganz neue Bedeutung. Die Agrarökonomie hatte sich bisher mit dieser Frage weniger von dem Gesichtspunkt aus befaßt, welche der beiden Betriebsformen der anderen im wirtschaftlichen Wettkampf den Varaus machen werde, als von dem Gesichtspunkt des höchsten nationalwirtschaftlichen Reinertrages und allenfalls der politischen Stabilität. Der praktische Agrarpolitiker wollte wissen, ob die Versorgung des Gesamtvolkes besser durch Großbetriebe oder durch Kleinbetriebe oder durch eine Mischung beider — und in welchem Verhältnis — gesichert sei; auch, ob vielleicht politische Notwendigkeiten erforderten, eine selbst wirtschaftlich minderwertige Klasse der Landbevölkerung zu erhalten oder zu vermehren. Kautsky aber glaubt, daß es sich um eine Frage der Konkurrenzfähigkeit handle! Und doch kann davon keine Rede sein. Ein unverschuldeter Bauer auf ausreichendem Boden könnte inmitten der intensivsten Hackfruchtkultur ruhig Brandwirtschaft treiben, ohne die „Konkurrenz“ zu spüren. Er

würde nur weniger Korn verkaufen können und wäre ärmer, als er bei vernünftiger Wirtschaft sein könnte: aber seine Existenz wäre nicht bedroht.

Was die Frage der technischen Überlegenheit des Großbetriebes anlangt, die Kautsky natürlich bejaht, so hat er sich die überflüssige Mühe gegeben, zu beweisen, daß der Großbetrieb *ceteris paribus* dem Kleinbetrieb überlegen sei. Das hat seit Adam Smith und Arthur Young kaum jemand mehr bezweifelt. Aber über die entscheidende Tatsache, daß jene „Gleichheit der übrigen Verhältnisse“ nicht herstellbar ist, gleitet er leicht hinweg. Daß alle Nachteile des Bauernbetriebes: der Mangel an Kapital, die Belastung mit Gebäudeunkosten, der Mangel an Fachbildung, durch die unendliche Überlegenheit der Arbeitsleistung vielleicht aufgewogen, ja wahrscheinlich heute schon überwogen werden; daß der Bauer fleißig, sorgsam und sparsam, der Tagelöhner unfleißig, sorglos und unwirtschaftlich arbeitet, kann nicht durch die Behauptung aus der Welt geschafft werden, daß der Bauer durch „Überarbeit und Unterkonsum“ zur „Barbarei“ zurückgelangt ist. Mindestens hätte der Schüler von Marx, in dessen System die „Reserve-Armee“ eine so entscheidende Rolle spielt, doch der Tatsache Gewicht beilegen müssen, daß auf dem Lande eine Reserve-Armee nicht existiert. Und daher kommt es ja gerade, daß der Tagelöhner so minderwertige Arbeit leistet: treibt ihn doch weder das Zuckerbrot des Eigeninteresses, noch die Peitsche der Arbeitslosigkeit!

Die richtige Theorie kennt also weder in der Landwirtschaft „Konkurrenz“ zwischen Klein- und Großbetrieb, noch besteht jener Mechanismus, der in dem Gewerbe die kleinen Betriebe durch Unterbietung, durch Verlust ihres Absatzmarktes an die großen Betriebe, vernichtet. Aber das stammt nicht von Marx¹⁾ und gilt daher für unseren Autor nicht. Ich will mich deshalb auf den Standpunkt stellen, daß die Theorie falsch ist, und nur unmittelbar an die Tatsachen appellieren. Sollte sich da irgend etwas von Akkumulation und Zentralisation im landwirtschaftlichen Be-

¹⁾ Womit nicht gesagt werden soll, daß Marx das nicht kennt und weiß. Vgl. „Das Elend der Philosophie“, 3. Aufl. Stuttgart 1895, p. 144 ff.

triebe herausstellen, so will ich Theorie Theorie sein lassen und die Waffen strecken.

Kautsky kennt natürlich die Statistik. Er muß zugeben, daß sich die Klein- und Mittelbetriebe in Deutschland und England, den Ländern der kapitalistischen Wirtschaft *κατ' ἐξοχήν*, vermehren, während die Großbetriebe von 1882 bis 1895 in Deutschland nur sehr unbedeutend (um 70 Betriebe über 100 ha und um 45 538 ha Areal) zugenommen, in England 1885 bis 1895 sogar bedeutend abgenommen haben. Die Parzellen- und Zwergbetriebe (unter 2 ha) zeigen in Deutschland von 1882 bis 1895 eine Zunahme von 174 536 Betrieben, allerdings bei einer Abnahme ihres Gesamtareals von ungefähr einem Zehntel Prozent; die Kleinbetriebe (2 bis 5 ha) wuchsen um 34 911 Betriebe und ungefähr 96 000 ha Areal, die Mittelbetriebe (5 bis 20 ha) um 72 199 Betriebe und 563 477 ha Areal; die Großbauernbetriebe (20 bis 100 ha) wuchsen an Zahl um 257, verloren aber 38 333 ha Areal. Diese Zahlen sprechen nicht gerade für „Akumulation und Zentralisation“. ¹⁾

Da konnte Marx selbst fünfzig Jahre früher doch mit ganz anderen Ziffern aufwarten, Ziffern, die wenigstens den täuschenden Schein hervorriefen, daß die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft ganz dieselbe sei wie in der Industrie.

Aber es war eben nur ein Schein, und konnte ja auch nichts anderes sein als ein Schein: denn das ist ganz und gar unmöglich, daß Tatsachen einer so unzweifelhaft richtigen Theorie widersprechen können, wie es die von der Verschiedenheit der Konkurrenz in Industrie und Landwirtschaft ist.

¹⁾ Seit dem ersten Abdruck dieser Arbeit (12. Aug. 1899) hat sich die gleiche Tendenz unverändert durchgesetzt. Nach der Berufszählung von 1907 wuchs die Zahl der Parzellen- und Zwergbetriebe (unter 2 ha) in Deutschland gegen 1895 um rund 142 000. Die der Kleinbauernbetriebe (2—5 ha) verlor 10 000, dafür wuchs die der Mittelbauernbetriebe (5—20 ha) um nicht weniger als 67 000, während die großbäuerlichen Betriebe (20—100 ha) fast 20 000 und der Großgutsbetrieb (über 100 ha) 1500 verloren; das sind etwa 6% aller vorhandenen Großbetriebe.

Ich habe die Tatsachen, auf die Marx sich in diesem Punkte stützt, unter die Lupe genommen und habe feststellen können, daß keine einzige seine Auffassung beweist, daß vielmehr jede einzige das Gegenteil beweist.¹⁾

Zwar vollzog sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts in der Tat eine reißende Konzentration der britischen landwirtschaftlichen Großbetriebe auf Kosten von Hunderttausenden „expropriierter“ Kleinbetriebe. Aber das geschah, wie Marx selbst feststellt, ohne sonderbarerweise davor zu stutzen, in einer Zeit stark steigender Produktpreise! Er hätte bei einiger Aufmerksamkeit selbst sehen müssen, daß von einer „Niederkonkurrierung“ bei steigenden Preisen doch nicht gut die Rede sein kann! Aber er war von seinen industriellen Kategorien völlig geblendet.

Wie löst sich das Rätsel? Was hat die Kleinbetriebe expropriert, obgleich gar keine Konkurrenz zwischen ihnen und den Großbetrieben bestehen kann, und noch dazu bei steigenden Preisen?

Das Rätsel löst sich verblüffend einfach, wenn man die Stellen im „Kapital“ nachschlägt, wo von dem Prozesse gehandelt wird. Unter all den „Exproprierten“ war kein einziger Bauer! Es waren sämtlich Pächter! Pächter aber sind nach Marx selbst gar keine „einfachen Warenproduzenten“, zu deren Charakteristik das Eigentum an ihren Produktionsmitteln gehört. Und diese Pächter wurden ferner nicht „expropriert“, wie die städtischen Handwerker, durch die überlegene wirtschaftliche Kraft des konkurrierenden Großbetriebes, der sie aus dem Markte wirft, weil er billiger liefern kann; sondern sie wurden „expropriert“ durch das politische Recht des Landlords, sie zu expropriieren. Nur von solcher Expropriation ist an allen einschlägigen Stellen die Rede. Und somit wirkte zu dem Ziele der Konzentration in der Landwirtschaft nicht im mindesten der „Kapitalismus“, sondern ausschließlich das feudale Bodeneigentumsrecht!

Kautsky besitzt nicht einmal Ziffern, die den Schein einer Akkumulation und Konzentration des „Grundkapitals“ erwecken

¹⁾ Mein „Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre“, Kap. 7, p. 71 ff.

könnten. Er muß daher die „Tendenz“, die die hartnäckigen Tatsachen nicht zeigen wollen, in sie hineininterpretieren, und das tut er mit der folgenden Klitterung:

Er erklärt zunächst den Hypothekengläubiger für den eigentlichen Besitzer des Gutes und den Wirt für dessen bloßen Verwalter. „Dem Hypothekengläubiger fällt tatsächlich dieselbe Rolle zu, die im Pachtssystem der Grundbesitzer spielt“. Das ist eine verblüffende Behauptung! Kautsky hat jedenfalls einige bis über den Gutswert verschuldete Landwirte im Auge, die tatsächlich ja nur die Verwalter ihrer Gläubiger sind. Aber diese Ausnahme darf doch nicht zur Regel gemacht werden. Es ist kein Unterschied zwischen der Hypothek auf einem Fabrikgrundstück und der Hypothek auf einem Rittergut. Kautsky selbst führt an, daß „der Zuwachs der Grundrente beim Pachtssystem dem Gutsbesitzer, beim Hypothekensystem aber dem tatsächlichen Unternehmer und nominellen Grundbesitzer“ und nicht dem „eigentlichen Besitzer (dem Hypothekensystem) zufällt“, — und das ist schon keine quantité négligeable. Wenn Kautsky nicht durch Voreingenommenheit verhindert wäre, die Rolle des „unearned increment“, des Rentenzuwachses, in der modernen Grundbesitzgeschichte als der Ursache, und der Hypothekerverschuldung als der Folge richtig zu würdigen: er würde sich wohl besonnen haben, Hypothekengläubiger und Eigentümer, Gutsbesitzer und Pächter für identisch zu erklären.

Aber er braucht eben seine Definition für die weitere Beweisführung. „Beim Hypothekensystem ist der Prozeß der Konzentration des Grundbesitzes, oder, wenn man genau sein will, der Grundrente deutlich sichtbar“. Nun folgt eine summarische Aufzählung der Kapitalien, die die genossenschaftlich organisierten, die staatlichen und provinziellen Bodenkreditinstitute, die Hypothekenaktienbanken (in Pfandbriefen) und die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Stiftungen und Korporationen in Hypotheken angelegt haben. „Diese Zahlen zeigen schon eine enorme Konzentration der Grundrente in wenigen zentralen Instituten an; die Konzentration nimmt aber noch rasch zu“. Darauf

folgen Zahlen auf Zahlen, und endlich kommt der triumphierende Schluß: „Das sind Zahlen, die wohl deutlich darauf hinweisen, daß das marxistische Dogma für das Grundeigentum nicht minder gilt als für das Kapital!“ Hinc illae lacrimae! Also, um die „Konzentration des Grundeigentums“ zu beweisen, mußte die Hypothek zum „eigentlichen Grundeigentum“ avancieren, und der „Gutsbesitzer“ zum „kapitalistischen Pächter“ herabsinken! Mag man Kautsky noch so weit entgegenkommen; seine Zahlen beweisen nach der Seite der Betriebsart durchaus nichts anderes als die unbestrittene Konzentration der Kapitalien im Bank- und Kreditgeschäft und natürlich auch eine Zunahme der Bodenverschuldung.

Er sieht nicht, daß die Hypothekenbanken nichts sind als Vermittler zwischen den kreditbedürftigen Landwirten und dem großen Publikum der Sparer; und daß das Eigentum an den Hypotheken in Gestalt der Pfandbriefe nicht den Banken, sondern eben den Sparern gehört. Die Konzentration des Hypothekengeschäftes verwandelt sich ihm unter der Hand in die Zentralisation des Hypotheken-Eigentums, und dieses in eine Zentralisation des Grundeigentums.

Mit solchen Mitteln kann man alles beweisen!

In sozialdemokratischen Schriften wird überhaupt nicht selten ein bedenkliches logisches Spiel mit dem Worte „Konzentration“ getrieben. Bald bedeutet es Betriebs- und bald Besitzkonzentration. Damit ist allen Trugschlüssen Tür und Tor geöffnet. Wäre Betriebskonzentration auch immer Besitzkonzentration, so wäre damit immer die Nebenwirkung der Expropriierung und der Proletarisierung verbunden. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Im ehemaligen Mormonenstaate Utah ist z. B. fast die gesamte Produktion und das gesamte Verkaufsgeschäft in Aktiengesellschaften organisiert: eine fast beispiellose Betriebskonzentration! Aber die Aktien sind sehr gleichmäßig unter fast alle Mitglieder der Gesellschaft verteilt. Und die britischen Konsumvereine, die deutschen Kreditgenossenschaften, die englisch-amerikanischen building societies stellen gewaltige Betriebskonzentrationen dar.

trationen dar, ohne daß damit eine Besitzkonzentration verbunden wäre.

Besser begründet ist, wenn Kautsky gelegentlich feststellt, daß eine „Konzentration“ in der Landwirtschaft auch ohne Vergrößerung der Bodenfläche stattfinden kann: nämlich durch Verwendung einer größeren Anzahl von Menschen- und Maschinenkräften, d. h. durch intensivere Kultur. Dagegen ist es nicht überzeugend, wenn er in Anlehnung an einzelne Wahrnehmungen Rudolf Meyers behauptet, daß die Zahl der Güter in der Hand eines Besitzers im Wachsen sei. Das würde eine Konzentration des Eigentums nur dann darstellen, wenn nicht etwa Erbteilung oder Dismembrierung an anderer Stelle entgegengesetzt wirkten. Da wir keine Besitzstatistik haben, läßt sich darüber nicht weiter rechten.

Unbestritten soll freilich bleiben, daß die Fideikomnisse, Majorate und die dem freien Verkehr entzogenen Herrschaften des hohen Adels und der regierenden Häuser schnell wachsen. Das ist sicherlich eine Eigentumskonzentration. Aber gerade hier zeigt sich der Unterschied gegenüber den Industrieverhältnissen im hellsten Licht. Der größere Industrielle verdrängt den kleineren, weil er an der Wareneinheit einen größeren Gewinn erzielt; der Großbesitzer kauft den Bauern oder kleineren Gutsbesitzer aus, obgleich er an der Bodeneinheit einen kleineren Gewinn erzielt. Der Landhunger der Magnaten ist nach Sering „lediglich ein Streben nach Erweiterung einer ohnehin schon übermäßigen Machtosphäre, ohne irgend welche volkswirtschaftliche oder technische Rechtfertigung.“

Das Kapital in Industrie und Handel konzentriert sich kraft ökonomischer Überlegenheit: das Grundeigentum konzentriert sich trotz ökonomischer Minderleistung, weil durch politische Verhältnisse die Grundbesitzer zu einem Reichtum gelangt sind, dessen Erträgnisse sie trotz hoher Lebenshaltung nicht zu verbrauchen imstande sind, und weil die Großgrundbesitzer politische Gründe haben, ihre Überschüsse nicht den besser rentierenden Gewerbszweigen, sondern einer sehr niedrig verzinslichen Anlage zuzuführen. Wenn man

sich vorstellt, daß irgendwo mit dem Besitz vieler Windmühlen großer politischer Einfluß verbunden wäre, und daß gewisse Familien infolge politischer Vorgänge sich im Eigentum vieler solcher Mühlen befänden, so daß ihnen trotz den durch die Dampfmühlen gedrückten Preisen jährlich ein Überschuß in der Hand bliebe, so würden diese Familien gewiß auch geneigt sein, Dampfmühlen zu erwerben und wieder in Windmühlen zu verwandeln: aber niemand würde in dieser Entwicklung die ökonomische Überlegenheit der Windmühlen, und in dieser Handlungsweise ökonomische Absichten erblicken. Genau so handeln aber die großen Landmagnaten, — und gewiß zum Teil in der richtigen Überzeugung, daß mit der Besitzvergrößerung auch ihr Einfluß auf die Gesetzgebung und damit ihre materiellen Einkünfte wachsen werden.

Um marxisch zu reden, so ist diese Konzentration des Grundeigentums nichts anderes als eine unmittelbare Folge der „ursprünglichen Akkumulation“, ohne das Dazwischentreten irgend einer noch so kleinen ökonomischen Potenz, während in Industrie und Handel die ursprüngliche Akkumulation nur den winzigen Keim des späteren Vermögens gelegt hat, und die weitere Entwicklung durch rein ökonomische Kräfte vor sich ging. Im übrigen ist diese Art der Konzentration relativ viel zu gering, als daß sie für die marxistische Doktrin als Beweis herangezogen werden könnte.

Besteht die „Konzentration des Grundbesitzes“ auf der einen Seite, bewiesen durch die Anhäufung der Hypotheken bei einzelnen Großbankinstituten, so verlangt das Marx'sche Dogma auf der anderen Seite den Nachweis der „Expropriierung und Proletarisierung“ des kleinen Betriebes durch den großen. Kautsky will auch diesen Beweis nicht schuldig bleiben. Zwar weicht der Bauer nicht von seiner Scholle, aber er wird nach Kautsky dennoch proletarisieren und mindestens insoweit auch expropriert, wie er Hypotheken aufgenommen hat. Er ist ja dann, wie wir wissen, nichts als „Pächter“, und zwar proletarischer Pächter. Man könnte erwarten, daß Kautsky alle Kraft auf diesen Punkt gerichtet hätte. Dazu gehörte eine eingehende Schil-

derung des status a quo, d. h. des Zustandes, in dem der Bauer in die kapitalistische Ära eintrat, und der Nachweis, daß dieser Zustand sich vorteilhaft von dem status ad quem unterscheidet, den er jetzt erreicht hat. Ich erwartete genaue statistische Angaben, etwa eine Berechnung, um wieviel sich die bäuerliche Stelle durchschnittlich in dieser Zeit verkleinert hat, wieviel von den Hauptfrüchten auf den Morgen damals geerntet wurde und wieviel jetzt; die durchschnittlichen Preisunterschiede dieser Hauptfrüchte zwischen damals und jetzt; wie sich Steuern und andere öffentliche Leistungen und Lasten von damals auf heute verändert haben usw. Daraus hätte sich dann eine ungefähre Bilanz, eine Vergleichsmöglichkeit ergeben.

Nichts davon wird uns gezeigt. Wir hören zuerst, daß die Vermehrung der bäuerlichen Stellen wenig oder nichts beweise. Die Akkumulation und Konzentration in Handel und Gewerbe brauche auch nicht mit einer statistisch beweisbaren Verminderung der Betriebe zusammenzugehen. Die aus der eigentlichen Produktion geworfenen Elemente suchten im Kramhandel, in Flickarbeit und in Hilsgewerben ihre Zuflucht oder würden unter dem Anschein der Selbständigkeit Hausindustrielle, d. h. Lohnarbeiter ihrer Bestieger. Das trifft für Handel und Gewerbe gewiß vielfach zu, und ich will es sogar für einen Teil der Parzellenbesitzer in der Landwirtschaft gelten lassen. Aber wie sich Kautsky die Zufluchtsorte derjenigen ländlichen Klasse vorstellt, deren starke Zunahme gerade den statistischen Stein des Anstoßes bildet, der Klasse der Mittelbetriebe, das ist mir ein Rätsel. Werden da Kramhandel und landwirtschaftliche Reparaturgewerbe getrieben, oder geht man auf Lohnarbeit? Aber „die Bauern sind durch die kapitalistische Entwicklung proletarisiert worden“! „Diese Blüte wurzelt im Sumpf, sie erwächst nicht aus dem Wohlstand der Bauernschaft, sondern aus der Bedrängnis der gesamten Landwirtschaft“.

Als status a quo erhalten wir auf Seite 8 ein Stimmungsidyll nach Sismondi mit Bezug auf schweizerische und oberitalienische Bauern im Zustande der Naturalwirtschaft. Dagegen

entrollt uns Seite 25 das furchtbare Elend der französischen Bauern gegen Ende der Feudalzeit nach der bekannten Schilderung von Labruyère. Das Idyll ist wahrscheinlich als Ausgangspunkt zu nehmen, wenn die kapitalistischen Greuel an den Schandpfahl gestellt werden sollen, das Elend, wenn die Feudalzeit an die Reihe kommt. Jedenfalls bleibt der Zustand der Landbevölkerung zu Anfang der kapitalistischen Ära gänzlich unaufgeklärt und die Behauptung, der Kapitalismus habe die Bauern heruntergebracht, unkontrollierbar.

Erfährt man also nicht, ob die bäuerlichen Zustände sich verschlechtert haben, so auch nicht einmal, ob sie tatsächlich schlecht, das heißt proletarisch sind. Kautsky macht sich diesen Beweis sehr leicht, — zu leicht nach meiner Meinung. Er entnimmt den Untersuchungen des „Vereins für Sozialpolitik“ einige Beispiele sehr niedriger Lebenshaltung von Bauern, fügt ein paar Beispiele aus England, Frankreich und Amerika hinzu — und erklärt sich für befriedigt. Daß man solchen Beispielen hundert Beispiele des Gegenteils entgegenstellen könnte, ist ihm gleichgültig. Ich erinnere nur an die friesischen Marschbauern, an die Gartenbauern im Rheinland, die Milchproduzenten um Berlin, die Tabakbauern in der Hardt, die Hecht geschildert hat, an den unerhörten Wohlstand vieler kleiner Farmer in Kalifornien usw. Diese Dinge sind ja statistisch schwer zu fassen. Aber, soviel ist doch unbestreitbar, daß gerade der Bauer heute durchschnittlich materiell und sozial auf ganz anderer Höhe steht als sein Vorfahr vor den Freiheitskriegen, — nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Deutschlands; und ferner hat man doch den Eindruck, daß von einer eigentlich proletarischen Existenz bei der großen Mehrzahl unserer Bauern nicht die Rede sein kann. Und: selbst wenn sie bestünde, wäre sie doch sicher nicht auf die Weise Kautskys zu erklären. Folgt man ihm, so hat nämlich die Geld- und Warenwirtschaft in mehrfacher Beziehung höchst verderblich auf den Bauern eingewirkt. Zuerst dadurch, daß sie seine Naturalwirtschaft, seine Hausindustrie „ruinierte“ und ihn für den Absatz seiner Produkte und den Einkauf seiner gewerblichen Bedürfnisse

auf den Markt anwies. Er brauchte mehr Geld als vorher: und damit war seiner Auswucherung durch Geldgeber und Zwischenhändler, seiner dinglichen Verschuldung und Steuerüberlastung das Tor geöffnet. Nun ist es richtig, daß eine sich auch gewerblich selbst versorgende Bauernwirtschaft auf ausreichendem Boden eines groben Behagens sicher ist, so lange äußere Störungen fern bleiben. Aber solche äußeren Störungen warteten nicht erst auf die Geldwirtschaft, um in den geschlossenen Mikrokosmos der Naturalwirtschaft einzubrechen. Die Naturalabgabe, die der Grundholde der Karolingerzeit seinem Grundherrschaft zu entrichten hatte, entzog ihm gerade so sehr einen Teil seiner Ernte, als wenn er sie verkauft und das Geld an die Rentei abgeliefert hätte; und ebenso stand es mit dem kirchlichen Zehnten, der vom Rohertrag geliefert werden mußte. Als die Geldwirtschaft sich aber durchsetzte, und Zinse und Zehnten in Geld fixiert waren, da sanken sie sogar absolut, weil eine ausgebreitete Falschmünzerei Schrot und Korn der Denare enorm verringert hatte; und im Verhältnis zum gesteigerten Ertrag der Hufe sanken sie sogar auf eine lächerliche Abgabe, einen kleinen „Rekognitionszins“ herab, der dann zwei Jahrhunderte lang trotz vordringender Geldwirtschaft und Warenproduktion stabil verblieb. Die Hypotheken (Gülten) sind ebenfalls viel älter als die Geldwirtschaft. Getreidegülten haben sich bis tief in die Neuzeit hinein neben den Geldgülten erhalten. Endlich der Wucher ist uralte! Daß alle diese Dinge später in Deutschland vielfach zum Ruin des Bauernstandes ausschlugen, aber sehr lange, bevor die „kapitalistische Produktion“ auch nur in ihren ersten Ansätzen vorhanden war, sei nur kurz erwähnt.

Und nun die „Vernichtung der bäuerlichen Industrie“! Ich will nicht einwenden, daß dieser Vorgang im allgemeinen als volkswirtschaftliche Arbeitsteilung und damit als Ausdruck des Kulturfortschrittes betrachtet wird. Die fortwährende Abspaltung der einzelnen Tätigkeiten, die der Urhufner in seinem Lebenserwerb vereinigte, zu gesonderten Berufen hat ja erst den Zustand der Technik gestattet, den jedermann für die materielle Grundlage

der höheren Kultur ansieht. Aber das ist kein Einwand gegen Marx = Kautsky, die ja die „kapitalistische Ära“ als ökonomisch-notwendige Phase der Wirtschaft betrachten und ihre produktiv-technischen Glanzseiten nicht leugnen. Man muß aber fragen, wie denn die kapitalistische Warenproduktion den bäuerlichen Hausfleiß für den Eigenverbrauch zu „ruinieren“ vermochte, da doch diese verschiedenen Erzeugnisse gar nicht auf dem Markte zusammentrafen? Tatsache ist, daß der Bauer seine gewerbliche Eigenproduktion freiwillig aufgab, offenbar, weil er seine Zeit in der Landwirtschaft besser anwenden konnte als in gewerblicher Arbeit. Und daß er sich hierin nicht verrechnet hat, beweist das in allen Kulturländern mit Warenproduktion unaufhörlich erfolgende und auch Kautsky bekannte Wachstum der Ernteerträge im Verhältnis zur Ackerinheit, das höhere Schlachtgewicht und die höhere Milchergiebigkeit des Zuchtviehes. Es ist unmöglich, sich ein Bild davon zu machen, wie und warum diese fortschreitende Arbeitsteilung den Bauern materiell geschädigt haben sollte. Die Agrargeschichte des frühen Mittelalters lehrt, daß genau derselbe Vorgang der fortschreitenden Berufsteilung und Warenproduktion den deutschen Bauern binnen zwei Jahrhunderten aus einem gehetzten, armseligen Sklaven zum wohlhabenden, sozial hochstehenden Manne gemacht hat.

Die überseeische Konkurrenz ist für Kautsky ein Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Eisenbahnen und Dampfschiffen. Ohne mit ihm darüber zu streiten, ob hierbei Ursache und Wirkung nicht verwechselt sind, begnüge ich mich damit, festzustellen, daß sie den Bauern nicht geschädigt hat. Denn die Preise der wichtigsten Bodenprodukte sind trotz dem Preissturz der siebziger und achtziger Jahre noch jetzt wesentlich höher als am Anfang der kapitalistischen Ära in Preußen; und dabei sind doch die Ernteerträge im Verhältnis zur Flächeneinheit bedeutend gewachsen! Also auch die überseeische Konkurrenz kann nicht als Ursache der Proletarisierung der Bauern herangezogen werden.

Doch genug des grausamen Spieles! Kein Sachkenner leugnet, daß viele Bauern des westlichen Europas sich tatsächlich

in übler, meinetwegen in „proletarischer“ Lage befinden. Aber diese Notlage hat nichts mit der kapitalistischen Entwicklung zu tun. Wo ein Notstand besteht, der weder auf Selbstverschuldung noch auf Unglücksfälle zurückgeführt werden kann, ist fast immer das Erbrecht verantwortlich. Wo die Hufe geteilt wird, entstehen Zwergbesitzer, die nicht leben und nicht sterben können und dann entweder als Bauern dem Viehwucher oder als Hausindustrielle der Ausbeutung verfallen oder Wanderarbeiter oder Tagelöhner werden; und Erb- und Aussteuerverschuldung schaffen da, wo die Erbgüter ohne Anerbenprivilegien übernommen werden, Betriebe, die den Boden ausrauben müssen, um nur Steuern und Zinsen zu erschwingen, und die so erst recht zu Grunde gehen. Auch hier gibt dann der Wucher nur den Genickfang. Wenn die überseeische Konkurrenz viele Mittelwirte ebenso ruinieren konnte wie die Großbesitzer, so war das nur dadurch möglich, daß in den zwei Dezennien der ausnehmend hohen Produkten- und Bodenpreise (1855—1875) auch die Bodenverschuldung entsprechend gestiegen war. Wenn unsere Bauern nicht schon in weitem Umfang das Zweifindersystem angenommen hätten, wäre die Notlage gewiß noch viel verbreiteter: so aber zeigt die ländliche Verschuldungsstatistik, daß es durchschnittlich dem Kleinbesitz heute noch immer besser ergeht als dem Großbesitz, den eine viel höhere Verschuldung, die Kaufverschuldung, ganz vorwiegend bedrängt. Kautsky weist der unheilvollen Wirkung der Erbverschuldung nicht die entscheidende Rolle für die bäuerliche Notlage an, die ihr zukommt. Er erklärt sie, wenn auch mit vorsichtiger Verkläuterung, aus der „kapitalistischen Produktion“, und zwar mit Hilfe eines Fehlschlusses. Nämlich: erst die kapitalistische Produktion hat, indem sie die feudalen Fesseln sprengte, dem Bauern durch Ablösung aller dinglichen Lasten das „volle Eigentum“ an seiner Hufe gegeben. Das Erbrecht ist aber Ausfluß des vollen Eigentumes, folglich ist die Erbverschuldung Folge der kapitalistischen Ära, — 'quod erat demonstrandum!

Aber das Eigentumsrecht war schon lange vor der kapita-

listischen Revolution so weit frei, daß wenigstens der west- und süddeutsche Bauer über sein Eigentum von Todeswegen verfügen und es mit Grundschulden belasten konnte. Die freie Erbteilung ist fast durchweg die Regel und wird vielfach von den Grundherren sogar begünstigt, weil sie dann Kurmede und Besthaupt vervielfacht erhalten. Im Nordwesten wird der bäuerlichen Bevölkerung das „Anerbenrecht“ erst aufgezwungen. Wir haben schon im Anfang des dreizehnten Jahrhunderts weitgehende Besitzersplitterung und Verschuldung im Westen. Also auch das „freie Eigentum“ ist älter als der Kapitalismus, ebenso wie Geldwirtschaft, Steuerlast, Wucher, Hypothekarkredit und Arbeitsteilung.

Die letzte Wurzel der erdrückenden Erbverschuldung ist aber nicht das Erbrecht an sich, sondern das Erbrecht unter den bestimmten Verhältnissen sehr hohen Bodenpreises. Bauernland steht namentlich im Westen darum so enorm hoch im Preise und muß daher im Erbgang darum so unwirtschaftlich hoch belastet werden, weil der deutsche Boden in ungeheuerem Umfang durch den Großbesitz in Anspruch genommen ist. Wenn Gutsländ, nachdem es parzelliert ist, zwei- bis dreimal soviel Menschen faßt, die von der Landwirtschaft leben, als vorher; Gutsländ aber außerordentlich schwer aufgeteilt werden kann, weil es entweder rechtlich durch Fideikommiss und ähnliches oder faktisch durch die „goldenen Klammern“ unserer Hypothekengesetzgebung fast unangreifbar gemacht ist: dann ist es eben doch nur diese weitgehende Bindung und Aussperrung des Bodens, die den hohen Verkehrswert von Bauernland und damit seine hohe Verschuldung verursacht. Diese Erscheinung gehört aber nicht der kapitalistischen Produktionsweise, sondern der vorkapitalistischen „ursprünglichen Akkumulation“ an.

* * *

Kautsky hat sich die Aufgabe gestellt, zu „untersuchen, ob und wie das Kapital sich der Landwirtschaft bemächtigt, sie umwälzt, alte Produktions- und Eigentumsformen unhaltbar macht und die Notwendigkeit neuer hervorbringt“.

Als er am Schluß seiner Untersuchungen angelangt war, glaubte er die gestellte Frage bejahen zu können: „Wo aber haben wir das bewegende Moment zu suchen, das jene Änderung in der Produktionsweise notwendig macht? Die Antwort kann nach dem Ausgeführten nicht schwer fallen. Die Industrie bildet die Triebkraft, nicht nur ihrer eigenen, sondern auch der landwirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben gesehen, daß es die städtische Industrie war, die die Einheit von Industrie und Landwirtschaft auf dem Lande zerstörte, die den Landmann zum einseitigen Landwirt machte, zum Warenproduzenten, der von den Launen des Marktes abhängt, die die Möglichkeit seiner Proletarisierung schuf. Wir haben weiter gefunden, daß die Landwirtschaft der Feudalzeit sich in eine Sackgasse verrannte, aus der sie durch eigene Kraft sich nicht herausarbeiten konnte. Es war die städtische Industrie, die die revolutionären Kräfte schuf, die gezwungen und imstande waren, das feudale Regime niederzureißen und damit nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft neue Bahnen zu eröffnen. Es war die Industrie, die dann die technischen und wissenschaftlichen Bedingungen der neuen rationellen Landwirtschaft erzeugte, sie durch Maschinen und Kunstdünger, durch das Mikroskop und durch das chemische Laboratorium revolutionierte und dadurch die technische Überlegenheit des kapitalistischen Großbetriebes über den bürgerlichen Kleinbetrieb herbeiführte.“

Kautsky rekapituliert dann, daß der Parzellen- und zum Teil auch der Kleinbesitzer sich immer mehr dem industriellen Proletarier nähert, weil er auf Lohnarbeit und Hausindustrie angewiesen ist, während der Mittel- und Großwirt als Warenproduzent sich immer mehr gezwungen sieht, einen industriellen Nebenerwerb zu ergreifen. Auch die überseeische Konkurrenz wälzt die bestehenden Besitz- und Produktionsverhältnisse gewaltig um und zwingt die notleidenden Betriebe zu dem „rationellsten Mittel, Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft“.

„So kehrt die moderne Produktionsweise . . . am Ende des dialektischen Prozesses wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurück:

zur Aufhebung der Scheidung von Industrie und Landwirtschaft. Aber war im primitiven bäuerlichen Betriebe die Landwirtschaft das ökonomisch entscheidende und führende Moment, so hat sich jetzt das Verhältnis umgekehrt. Die kapitalistische Großindustrie herrscht: und die Landwirtschaft hat ihren Geboten Folge zu leisten, ihren Bedürfnissen sich anzupassen. Die Richtung der industriellen Entwicklung wird maßgebend für die landwirtschaftliche. Ist die erstere dem Sozialismus zugewandt, so muß auch die letztere sich ihm zuwenden . . . Die reine Landwirtschaft hört in der kapitalistischen Gesellschaft auf, ein Element des Wohlstandes zu sein. Damit hört aber auch die Möglichkeit für die Bauernschaft auf, wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Wie die landwirtschaftliche Bevölkerung der Feudalzeit geraten auch diese Elemente in eine Sackgasse, aus der sie sich durch eigene Kraft nicht befreien können. . . . Wie am Ende des achtzehnten Jahrhunderts wird es auch diesmal die revolutionäre Bevölkerung der Städte sein müssen, die ihnen die Erlösung bringt und ihnen die Bahn öffnet zur weiteren Entwicklung . . .“

So wie diese abschließenden und zusammenfassenden Sätze, ist das ganze Buch ein unhistorisches und unorganisches Gewebe von wahren, halb wahren und falschen Behauptungen und Vorstellungen. Unhistorisch: weil die vermeintlich in der „kapitalistischen Wirtschaft“ entdeckten Entwicklungstendenzen so alt sind wie die Wirtschaft und namentlich die Tauschwirtschaft überhaupt; weil die vermeintlichen historischen Kategorien in Wahrheit immanente ökonomische Kategorien sind, die nur veränderte Form und, entsprechend der höheren Integration und Differenzierung des sozialen Lebens, höhere Intensität angenommen haben. Es ist natürlich richtig, daß sich „das Kapital in diesem Jahrhundert der Landwirtschaft bemächtigt hat“: aber es ist falsch, die Behauptung so zu wenden, als sei Ähnliches nicht auch schon vorher, in der vorkapitalistischen Ara, erfolgt. Als der Eisenpflug den Holzpflug verdrängt hatte, da war ebenfalls, um mit Kautsky zu reden, ein Teil der „bäuerlichen Hausindustrie ruiniert“, und der bisher sich selbst versorgende Landmann wurde vom städtischen

Schmiede oder wenigstens vom Eisenhändler „abhängig“, wie dieser vom Bergmann. Und als Benediktiner und Cisterzienser die germanischen und slavischen Waldwüsten kolonisierten und landwirtschaftliche Musteranstalten schufen, da waren es auch Geldkapital und Wissenschaft der Städte, die die Landwirtschaft umwälzten und neue Produktionsformen erzeugten. Aber der Marxismus schneidet alle Fäden, die unsere hochentwickelte Wirtschaft mit ihren Vorstufen verbinden, ab und mutet uns zu, alles, was sich seit dem Jahre 1500 an neuen Formen entwickelt oder auch nur eigentümlich entwickelt hat, als spezifische Charakterzüge der kapitalistischen Wirtschaft anzusehen: die Eisenbahn und die Naturwissenschaft, den künstlichen Dünger und die Besiedelung Nordamerikas.

Unorganisch ist es im höchsten Grade, wenn man in arger Einseitigkeit immer nur die Impulse betrachtet, die von der Industrie der Landwirtschaft gegeben werden, nicht auch die, die von der Landwirtschaft aus die Industrie bewegen. Kautsky bekennt sich doch zu einer organischen Auffassung der Gesellschaft: jede organische Beziehung beruht aber auf Gegenseitigkeit!

Unorganisch und unhistorisch zu gleicher Zeit aber ist die Vernachlässigung der mächtigen Beziehungen zwischen Staatsform und Wirtschaftsform. Die Unterwerfung einer Menschengruppe durch die andere, das Herrenrecht der Ungleichheit, hat alle Kulturstaaten der uns bekannten Geschichte begründet. Kautsky selbst nennt den Staat eine „Herrschaftsinstitution“: aber die Wirtschaft beruht auf dem Recht der Gleichheit. Da diese beiden in der Wurzel verschiedenen Kräfte mit einander im Kampfe stehen, so lange ein Staatsleben existiert, hat sich immer als jeweilige Resultante der Kräfte die geltende Staats- und Wirtschaftsordnung ergeben.

Gewiß soll und muß der Wirtschaftsforscher von den Einwirkungen der Herrschaftsinstitution abstrahieren: „Er muß die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Eigenart, in ihren klassischen Formen, gänzlich losgelöst von den sie umgebenden Resten und Keimen anderer Produktionsformen, erforschen“. Aber eine solche

Abstraktion, eine solche methodisch-notwendige Isolierung der Wirtschaft aus ihrem politischen Milieu, erreicht man nicht dadurch, daß man einfach dekretiert: „Im Jahre 1500 beginnt die kapitalistische Wirtschaft!“ Mit ein paar ungeheueren Sammelbegriffen, wie „Feudalzeit“ und „kapitalistische [Ara“, die nichts bedeuten, weil sie zu viel bedeuten sollen, ist eine so große Aufgabe nicht zu lösen, sondern nur durch eine sorgfältige und möglichst bis zum Augenblick der Staatenbildung zurückgehende Auseinanderlegung aller der verschlungenen politischen und ökonomischen Fäden, die Kette und Einschlag zu unserer Gegenwart gegeben haben.

Ich fasse mein Urteil zusammen: mit nicht gewöhnlichem Wissen, Fleiß und Scharfsinn ist hier der Versuch gemacht worden, die Landwirtschaft in Geschichte, Entwicklung, Technik und Statistik in die Schablone der marxistischen Doktrin zu pressen, und dieser Versuch ist mißlungen, ja, er ist gegen den Marxismus ausgeschlagen. Kautsky hat der wissenschaftlichen Nationalökonomie einen Dienst erwiesen, als er jene Doktrin auf die Mensur stellte. Das ist ihr verhängnisvoll geworden; aber es war mutig und ehrlich von ihm.

IX.

Kautsky's Zukunftsstaat.

Karl Kautsky, der wissenschaftliche Führer der Sozialdemokratie, läßt in zweiter Auflage sein Buch „Die soziale Revolution“ erscheinen.¹⁾ Es zerfällt in zwei erweiterte Vorträge, die betitelt sind: 1. „Sozialreform und soziale Revolution“ und 2. „Am Tage nach der Revolution.“

Der erste Abschnitt entwickelt in ruhiger, leicht verständlicher Darstellung den bekannten Standpunkt Kautskys, der die Revo-

¹⁾ Berlin 1907. Buchhandlung „Vorwärts“. 112 Seiten.

lution im sozialen Sinne, entgegen seinen, auf die „Evolution“ vertrauenden Gefinnungsgenossen, nach wie vor für notwendig erklärt. Natürlich nicht unbedingt „im Heugabelsinne der Gewalt“. Eine Revolution ist nach Marx die „Umwälzung des ganzen ungeheuren juristischen und politischen Überbaues der Gesellschaft, die aus der Veränderung ihrer ökonomischen Grundlagen hervorgeht“; Kautsky legt sich für einen noch etwas engeren Begriff fest. Er will unter Revolution verstanden wissen jene Umwälzung des Oberbaues, die der Eroberung der politischen Macht durch eine neue Klasse folgt. Diese „Revolution“ kann unter Umständen friedlich verlaufen, während einfache „Reformen“, d. h. Auseinandersetzungen zwischen regierenden Klassen, den Charakter der furchterlichsten Bürgerkriege annehmen können: aber Kautsky, obgleich ein ausgesprochener Mann des Friedens, scheut natürlich auch nicht vor der Aussicht zurück, daß im letzten Augenblick die Gewalt als Geburtshelferin der fertig ausgebildeten neuen Gesellschaft auftreten werde, um sie aus dem Schoße der alten Gesellschaft zu entbinden. Auch bei der Geburt pflegt ja Blut zu fließen, und Kautsky faßt denn auch die Geburt der neuen Gesellschaft als den revolutionären Abschluß einer langen Evolution auf: ein altes, aber immer gutes Bild. Daß die Revolution in diesem Sinne, und nicht die Evolution, sich als notwendig erweisen wird, daran zweifelt Kautsky keinen Augenblick. Er hält daran fest, daß die Klassenlage der Arbeiterschaft sich, wenn überhaupt, nur in einem ganz verschwindenden Maße absolut gebessert habe, und daß sie, im Verhältnis zu dem ungeheuren ökonomischen Aufstieg der oberen Klassen, relativ unvergleichlich schlechter geworden sei. Ebensovienig wie die ökonomischen Gegensätze sieht er die sozialen, die Klassengegensätze, sich mildern; zwar wächst die Demokratie in Parlamentarismus, Genossenschaft, Gewerkschaft, Kommunal- und Sozialpolitik: aber es wachsen auch die Gegenkräfte in mindestens gleichem Maße, die großen Kapitalvereinigungen, der Militarismus; und im gleichen Schrittmaß, wie die sozialdemokratische Vertretung in den Parlamenten zunimmt, zerfällt auf der anderen Seite die mögliche bürgerliche Bundesgenossin, die

Demokratie, in immer ohnmächtigere und immer reaktionärere Splitter.

Wenn man die Dinge so sieht, kann man natürlich an ihre allmähliche Lösung nicht glauben, und so erwartet denn Kautsky in einer nicht näher bestimmten, aber augenscheinlich — auch darin ist er schwarzer Pessimist — sehr fernen Zeit die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Über die Mittel dazu zerbricht er sich nicht viel den Kopf: vielleicht wird der Massenstreik bis dahin seine Organisation wirksam ausgestaltet haben; vielleicht wird ein großer Krieg den westeuropäischen Feudalkapitalismus zusammenschlagen, wie die napoleonischen Kriege den westeuropäischen, und der japanische Krieg den russischen Agrarfeudalismus; aber kommen wird es einmal, denn die Zahl der Lohnproletarier wird ja zu einer immer gewaltigeren Mehrheit innerhalb der Kulturvölker, und ihre Organisation und Disziplin wird ja augenscheinlich immer stärker. Mit diesen Waffen muß sie eines Tages siegen!

Ich will hier die tatsächlichen und statistischen Grundlagen dieser gesamten Auffassung nicht bekritlein, obgleich sie, wie immer, wenn Kautsky mit Statistik arbeitet, äußerst bedenklich sind: sondern ich will mich auf seinen Standpunkt stellen. Das Proletariat soll tatsächlich zu irgend einer gegebenen Zeit die politische Macht erobern: was fängt sie „am Tage nach der sozialen Revolution“ mit der politischen Macht an? Kautsky bestimmt seine Aufgabe in streng wissenschaftlicher Weise. Er will „die auftauchenden Probleme in ihrer einfachsten Form untersuchen, in der sie sich in Wirklichkeit nie zeigen werden, und will von allen komplizierenden Umständen abstrahieren“. Selbstverständlich kann der historische Verlauf nicht so einfach sein, daß die Menschheit sich abends als kapitalistische Gesellschaft zu Bett legt, um morgens als sozialistische zu erwachen: aber eine reine Deduktion muß, darin ist Kautskys Methode unzweifelhaft gerechtfertigt, von solchen Störungen durch Raum und Zeit absehen; und sie kann ebenso wenig darauf Rücksicht nehmen, daß zu dem Zeitpunkt der erfolgreichen Revolution die technische und

ökonomisch-soziale Grundlage der Gesellschaft wesentlich von der heute gegebenen verschieden sein wird. Wenn man sich überhaupt ein Bild von dem Zukunftsstaat oder wenigstens vom Übergang in den Zukunftsstaat machen will, so muß man nach der von Kautsky gewählten Methode vorgehen.

Was wird das Proletariat also am Tage nach der sozialen Revolution anfangen?

Es wird zunächst eine Reihe demokratischer Forderungen durchführen, die die Demokratie selbst nicht hat durchsetzen können: das allgemeine Wahlrecht zu allen Körperschaften, Trennung von Staat und Kirche, Aufhebung aller erblichen Vorrechte, volle Entfesselung der Selbstverwaltung, Beseitigung des Militarismus zunächst durch Volksbewaffnung, später womöglich auf dem Wege internationaler Vereinbarung durch Abrüstung. Ferner Umwälzung des Steuerwesens, d. h. Abschaffung aller indirekten Steuern und ihren Ersatz durch direkte, namentlich progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, schließlich Demokratisierung des Schulwesens. Die demokratische Schule würde, nebenbei gesagt, in Deutschland jährlich $1\frac{1}{2}$ bis 2 Milliarden erfordern — fast das Doppelte des heutigen Militär-Budgets.

All das ist, die Voraussetzung einmal gegeben, möglich. Nun folgen die spezifisch proletarischen Programmpunkte. Der erste ist eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen. Dadurch wird das Kraftverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat so verschoben, daß der Bourgeois zwar noch der Leiter der Fabriken, aber nicht mehr ihr Herr und Ausbeuter sein wird. Die Unternehmer werden nur noch das Risiko und die Lasten des kapitalistischen Betriebes zu tragen haben, aber bei enorm steigenden Löhnen und unendlich gehobener Klassenlage der Arbeiter keinen wesentlichen Vorteil mehr daraus ziehen können. Sie werden daher darauf drängen, daß ihnen der Staat ihren unrentabel gewordenen Besitz ablöse, gerade so, wie die irischen Landlords auf dem Höhepunkt der Pächterbewegung das Verlangen an die Regierung stellten, sie abzulösen. Auch das läßt sich noch hören. Die Großbetriebe werden also, je nach ihrer besonderen Art, entweder vom

Staate oder von den Gemeinden oder von Gewerkschaften oder von Genossenschaften übernommen werden; und zwar würde Kautsky den Auskauf der Konfiskation vorziehen. Er scheint sich allerdings nicht recht klar gemacht zu haben, daß unter den von ihm vorausgesetzten Verhältnissen all diese Großbetriebe — für die landwirtschaftlichen Großbetriebe gilt dasselbe — kaum noch einen erheblichen Wert repräsentieren können. Denn ihr Wert ist die kapitalisierte Rente; und wenn die Rente so ungeheuer absinkt, muß der Wert folgen. Die Herrschaft des Proletariats und die Verschiebung des Kraftverhältnisses zwischen Kapitalist und Arbeiter bedeutet also bereits die rein wirtschaftliche, nicht juristische, Konfiskation des größten Teils des Produktivkapitals.

Anders stehe es mit dem Geldkapital. Dieses könnte man ohne Schwierigkeit mit einem Federzug expropriieren, weil der Geldkapitalist im Wirtschaftsleben keine persönlichen Funktionen zu erfüllen hat. Aber Kautsky will auch hier von der direkten Konfiskation Abstand nehmen. Bei der Übertragung der privatkapitalistischen Betriebe auf gesellschaftliche werden die Inhaber der Obligationen, Aktien usw. ohnehin Gläubiger des Staates respektive der Gewerkschaften und Genossenschaften. Ein Gesetz braucht nur zu bestimmen, daß alle Schuldverschreibungen auf den Namen lauten müßten,¹⁾ und der Staat hätte für eine progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer eine fast vollkommene statistische Unterlage und könnte diese Steuer allmählich so hoch schrauben, daß sie einer Konfiskation der großen Vermögen nahe oder gleich käme.

Auch das ist, immer von der gegebenen Voraussetzung aus, noch denkbar, und Kautsky hat auch darin recht, wenn er eine solche allmähliche Konfiskation der plötzlichen Expropriation aller großen Vermögen vorzieht. „Sie ermöglicht es, den Vorgang der Konfiskation auf Jahrzehnte auszudehnen, so daß sie erst für die neue Generation voll wirksam wird, die unter den neuen Ver-

¹⁾ Kautsky schreibt „auf den Inhaber“: augenscheinlich ein lapsus calami.

hältnissen herangewachsen und nicht mehr darauf angewiesen ist, mit Kapitalien und Zinsen zu rechnen. Die Konfiskation verliert so ihre Härte, sie wird anpassungsfähiger und schmerzloser“ (S. 78).

Aber nun kommen die Schwierigkeiten, die Kautsky selbst nicht verkennt: „Die Schwierigkeiten für das proletarische Regime liegen nicht auf dem Gebiete des Eigentums, sondern auf dem der Produktion.“

Die erste Frage ist: wie soll man im Zukunftsstaat die Arbeiter zur Arbeit heranziehen? Das Mittel der Hungerpeitsche steht dem neuen Regime nicht zur Verfügung, noch weniger das Mittel des physischen Zwanges; nie wird sich ein siegreiches Proletariat eine zuchthäuslerische oder kasernenmäßige Reglementierung gefallen lassen. Aber es bedarf deren auch nicht, andere Mittel stehen zu Gebote, die Arbeiter an der Arbeit zu halten.

Hier rechnet Kautsky zunächst auf die große Macht der Gewohnheit. Sehr wenige Menschen würden sich ohne jede Arbeit auf die Dauer glücklich fühlen. Wenn die Arbeit den abstoßenden Charakter der Überarbeit verliert, und die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt ist, so wird schon die Gewohnheit hinreichen, eine große Menge von Arbeitern bei der Arbeit festzuhalten. Ferner rechnet er auf die Disziplin des Proletariats: „Wenn es möglich ist (bei Ausständen), durch die Kraft der Disziplin die Arbeiter aus den Fabriken herauszuholen, so wird es auch möglich sein, sie dadurch dort festzuhalten.“ Hier merke ich an, daß mir doch ein ganz kleiner psychologischer Unterschied zwischen einer Disziplin zu bestehen scheint, die den Menschen veranlaßt, die Arbeit niederzulegen, und einer solchen, die ihn veranlaßt, sie festzuhalten. Im ersten Falle geht sie mit der natürlichen Trägheit des Menschen eines Weges, im zweiten wirkt sie ihr schnurstracks entgegen. Kautsky ist denn auch bedenklich, ob diese beiden Antriebe, Gewohnheit und Disziplin, ausreichen werden, um das Problem zu lösen, und sucht neue Unterstützung. Dabei kommt er auf den berühmten Fourierschen Utopismus von der „Anziehungskraft der Arbeit“: man wird trachten müssen, die

Last zur Luft zu machen durch Verkürzung der Arbeitszeit usw. Bei Fourier hatte diese Idee noch einen gewissen Sinn, denn er wollte die Arbeiter fortwährend zwischen den verschiedensten Arbeiten wechseln lassen, um der Eintönigkeit vorzubeugen; davon ist natürlich bei Kautsky keine Rede, kann auch keine Rede mehr sein, da alle qualifizierte Arbeit heute viel mehr als zu Fouriers Zeit Spezialität ist, und man unmöglich etwa in einer großen Textilfabrik oder in einem Kohlenbergwerk alle zwei Stunden neue Arbeiterschichten einstellen kann. Wie sich übrigens Kautsky die Verannehmlichung der Arbeitsräume in den von ihm ausdrücklich genannten Bergwerken vorstellt bleibt sein Geheimnis. Der Kohlenhauer vor Ort wird auch im sozialistischen Staat halb nackt, auf dem Bauche liegend, von Kohlenstaub bedeckt, seine Arbeit verrichten müssen, wenn man nicht auf die Steinkohlenproduktion überhaupt verzichten will. Kautsky fühlt denn auch wohl das Utopistische seines Gedankens heraus, denn er kommt dann mit einem letzten Hilfsmittel, das allerdings das Problem lösen wird; es ist aber leider kein Mittel aus der sozialistischen Apotheke, sondern aus der Hexenküche des Liberalismus. Er will die Bühne abstufen! „Den nötigen Ausgleich kann man dadurch herbeiführen, daß man dort, wo sich zu viel Arbeiter melden, die Löhne herabsetzt, dadurch in jenen Industriezweigen, wo es an Arbeitern mangelt, den Lohn erhöht, bis man es erreicht, daß jeder Arbeitszweig soviel Arbeiter hat, als er braucht.“ Wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt, so ist die Konsequenz, daß ein Arbeiter, der sich für den vielleicht trotz Gewohnheit, Disziplin und travail attractif am stärksten begehrt „Industriezweig“, nämlich das dolce far niente meldet, gar keinen Lohn erhält, und das heißt denn doch wohl „Hungerpeitsche“? Daß Kautsky diese höchst gefährliche Stelle von dem Dampf der Marxschen Werttheorie umbrodeln läßt, wird vielleicht überzeugten Marxisten dieses Einschmuggeln der verruchten freien Konkurrenz in die sozialistische Gesellschaft unsichtbar machen: einen Gegner wird es kaum befehren. Wir werden noch mehrfach auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen, die nur durch das Wiederein-

führen der freien Konkurrenz gelöst werden können. Zunächst wollen wir, der Disposition des Buches folgend, sehen, wie Kautsky die zweite schwierige Frage löst, die der sozialistische Staat am Tage nach der sozialen Revolution zu lösen haben wird, nämlich diejenige nach der Steigerung der Produktion.

Will man nämlich, so sagt Kautsky, die Masse der Arbeiterschaft auch ohne Zwang bei der Arbeit festhalten, so muß man, wie gesagt, die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne erhöhen. Wie soll das geschehen? Bei gleichmäßiger Verteilung des gesamten Nationaleinkommens könnte man freilich den Arbeiterlohn heute schon verdoppeln: aber einerseits muß die Funktion, die heute der Kapitalist erfüllt, dann der Staat selbst erfüllen: er muß einen großen Teil des Nationaleinkommens „kapitalisieren“, d. h. einen bedeutenden Teil der Arbeit nicht auf die Herstellung von Gütern des unmittelbaren Verzehrs, sondern von Gütern zum Zweck der weiteren Gütererzeugung verwenden. Ferner werden die Staatsausgaben mit der Vermehrung der vom Staat übernommenen Kurlasten (Schulen usw.) so enorm wachsen, daß aus dieser Quelle für die Erhöhung des Lohnes wenig oder nichts übrig bleiben würde.

Hier will Kautsky nach der Methode der amerikanischen Trusts helfen. Man legt alle kleinen, produktionschwachen, veralteten Betriebe still und beschäftigt sämtliche Arbeiter nur in solchen Riesenbetrieben, die mit den vollkommensten Maschinen usw. ausgestattet sind. Dadurch wird die pro Kopf hergestellte Gütermenge — und das bedeutet im sozialen Staate auch die pro Kopf verteilbare Gütermenge — ungeheuer wachsen, und gleichzeitig wird, auch das ist schon eine Errungenschaft der modernen Trusts, die Gütereinheit bei stark verminderten Kosten hergestellt werden, so daß der für die Verteilung verfügbare Reinertrag auch von dieser Seite her stark wächst.

Das läßt sich, wenn man die Voraussetzung, die Eroberung der politischen Macht, zugibt, wieder hören; die Schwierigkeiten wären in der Tat schon heute nicht mehr absolut unüberwindlich und werden es mit jedem Tag weniger, da wirklich,

wie Kautsky mit Recht betont, der Schwerpunkt der Gütererzeugung sich in immer steigendem Maße auf die Großbetriebe verlegt. Aber ich habe hier eine Anmerkung zu machen, die von bedeutender Wichtigkeit ist: Kautsky, dieser oberste Professor der Marxschen Hochschule, hat in der Tat das „nationalökonomische Erstaunen“ noch nicht empfunden, das genau so die Schwelle zu einem wahrhaft wissenschaftlich begründeten Sozialismus darstellt, wie das „philosophische Erstaunen“ die Schwelle zur wissenschaftlichen Philosophie.¹⁾ Es gibt eine Begründung des Sozialismus, die jeden, der sie einmal erfaßt hat, unbedingt zu dem Wunsch bringen muß, den Sozialismus verwirklicht zu sehen, so große Zweifel ihm auch an der Verwirklichung dieses Zustandes bestehen bleiben mögen. Und diese Begründung bezieht sich gerade auf die Vermehrung der Produktion im sozialistischen Staat!

Es gibt nämlich zwischen Gütererzeugung und Güterverteilung zwei Beziehungen von Ursache und Wirkung, die reziprok verlaufen. Die eine liegt auf der Hand und ist denn auch überall zur Grundlage weiterer Untersuchungen gemacht worden: es kann nicht mehr an Gütern verteilt werden, als vorher hergestellt worden ist. Auch Kautsky kennt nur diese eine Beziehung und will deshalb die Gütererzeugung vermehren, um den „Lohn“ zu vermehren; das aber heißt im sozialistischen Staat nichts anderes, als die auf den Kopf entfallende Quote genutzteiler Güter. Aber auch er ahnt nichts von der zweiten verborgenen Beziehung, die umgekehrt rückwärts von der Verteilung zur Erzeugung der Güter geht, und die lautet: es kann nicht mehr an Gütern hergestellt werden, als nachher verteilt werden kann!

Im kapitalistischen Staat erfolgt die Produktion nicht zum Zwecke der Güterversorgung der Gesamtheit, sondern zum Zwecke der Vermögensvermehrung der Unternehmer. Nicht die höchste

¹⁾ Vgl. meine „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“ p. 589 ff., namentlich p. 594: ‚Der rationelle Sozialismus‘.

Produktivität für die Volkswirtschaft, sondern die höchste Rentabilität für die einzelne Privatwirtschaft ist ihr Endzweck. Darum ist die mächtigste Maschine, die in der kapitalistischen Ära aufgestellt werden kann, diejenige, deren Produkt die vorhandene kaufkräftige Nachfrage decken kann, aber niemals die ungleich gewaltigere Maschinerie, die die absolute Nachfrage decken könnte. Man stelle sich beispielsweise vor, daß eine einzige Schuhfabrik alle anderen deutschen Schuhfabriken niederkonkurriert habe und den Markt allein versorge, und ferner, daß das durchschnittliche Einkommen der Deutschen so groß sei, um jedem alle drei Jahre ein Paar neue Stiefel zu gestatten. (Export sei unmöglich.) Dann wird die Maschinerie bei einer Leistungsfähigkeit von 22 Millionen Paar Stiefeln jährlich ihre äußerste Produktionsgrenze erreicht haben. Im Augenblicke aber, wo jeder Deutsche durchschnittlich, entsprechend dem Konsum der wohlhabendsten Klassen, sich jährlich zwei Paar neue Stiefeln anschaffen kann, ist die Produktivitätsgrenze dieser Maschinerie auf das sechsfache gestiegen. Nach dem von Kautsky selbst so hereditär erörterten Gesetz der Produktivität sind aber für diese ver-sechsfachte Erzeugung sehr viel weniger als sechsmal soviel Unkosten notwendig.

Allgemein gesprochen: unsere Herrschaft über die Naturkräfte, die sich wirtschaftlich in der Herstellung ungeheurer leistungsfähiger Maschinen äußert, hat bisher keine sichtbaren technischen Grenzen gefunden; so weit das Technische in Frage kommt, läßt sich die Produktivität beliebig steigern: aber sie hat eine volkswirtschaftliche Grenze gefunden; das Gesetz der Rentabilität hindert uns, die heute schon virtuell vorhandenen, produktivsten Maschinen faktisch aufzustellen und dadurch die Gütererzeugung auf das vielfache der heutigen zu vermehren, weil diese Güter heute zwar einem leidenschaftlichen Bedürfnis, aber leider keiner kaufkräftigen Nachfrage begegnen.

Und was schränkt diese Nachfrage ein? Unser Lohnsystem! Indem das Lohnsystem die Kaufkraft der Massen auf nur einen Bruchteil der von ihnen hergestellten, und auf einen

noch viel geringeren Bruchteil der von ihnen herstellbaren Güter einschränkt, setzt es der Produktivität starre soziale Schranken, die weit vor den technischen Schranken liegen. Der privatwirtschaftliche Unternehmer kann nicht mehr herstellen, bei Strafe des finanziellen Zusammenbruchs, als die Kaufkraft der Masse später aufnehmen wird. Das ist die Rückwärtsbeziehung zwischen Erzeugung und Verteilung, von der der marxistische Theoretiker nichts ahnt.

Vielleicht wird ein Bild dem nationalökonomisch weniger geschulten Leser näher bringen, was hier vorliegt. Er vergleiche den Markt mit einem vollkommen geschlossenen Kessel, in den oben ein Zuflußrohr hinein, von dem unten ein Abflußrohr herausführt. Das Zuflußrohr ist die Gütererzeugung, das Abflußrohr der Güterkonsum, die Güter selbst mögen die oben zu- und unten abströmende Flüssigkeit darstellen. Ich kann nun das Zuflußrohr oben im Querschnitt verzehnfachen, verhundertfachen, vertausendfachen: wenn ich nicht gleichzeitig das Abflußrohr entsprechend vergrößere, so gelingt es mir nicht, mehr Flüssigkeit durch den Kessel zu treiben. Versuche ich es, einen Druck auszuüben, so wird die Flüssigkeit zurückstrudeln: das sind die unverkäuflichen Güter, die dem Fabrikanten auf dem Halse bleiben; und wenn ich den Druck sehr stark steigere, so kann es geschehen, daß der ganze Kessel mit einem „Krach“ auseinanderbirft. Der Markt ist gesprengt, die Krise ist da.

Genau das hat nun die kapitalistische Wirtschaft getan. Sie hat das Zuflußrohr fortwährend erweitert, indem sie die Produktivität des Fabrikkapitals fortwährend vermehrte. Nun hat sich zwar auch das Abflußrohr erweitert, durch die Vermehrung der Bevölkerung zuerst, durch den Export auf fremde Märkte an zweiter Stelle, und, was auch Kautsky nicht leugnen wird, durch die durchschnittliche Vermehrung der Kaufkraft jedes Einzelnen. Aber diese Erweiterung des Abflußrohres ist nicht entfernt in dem Maße erfolgt, wie die des Zuflußrohres; Zeugnis davon sind die dauernden Störungen und Krisen, denen wir ausgesetzt sind. Was aber für unsere Betrachtung von viel größerer Be-

deutung ist: das Zuflußrohr konnte nicht entfernt so sehr erweitert werden, wie unsere technische Kraft das erlaubt hätte. Denn mehr, als unten abfließt, kann man oben doch nicht hereinbringen.

Nun heißt aber Beseitigung des kapitalistischen Lohnsystems, d. h. Eroberung des Mehrwertes durch die Arbeiterklasse, nichts anderes, als daß das Abflußrohr sich automatisch in genau demselben Maße erweitert, wie das Zuflußrohr. Wenn es nur noch Arbeiter¹⁾ gibt, und jeder Arbeiter berechtigt ist, als Lohn seiner Arbeit den vollen Wert der von ihm in den Marktkessel hineingeschütteten Güter aus dem Marktkessel wieder abzuzapfen, dann ist die soziale Schranke der Produktivität gefallen, und die Menschheit stößt in der Frage der Güterversorgung nur noch auf die technische Grenze der Produktivität; die aber weicht mit jedem Tage weiter vor uns zurück; wir können heute schon von einer fast grenzenlosen Herrschaft des Menschengeschlechts über die Naturkräfte sprechen.

Fällt das Lohnsystem und der Mehrwert, so ist es vollkommen gleichgültig für die regelmäßige Funktion des Marktes, welches Quantum von genutzreifen Gütern der durchschnittliche Arbeiter herstellt. Stellt er Güter her, die nach dem heutigen Wertmaßstabe 3000 *M* repräsentieren, und nimmt er andere Güter im selben Werte aus dem Markt, so funktioniert der Markt, d. h. die Verteilung, nicht regelmäßiger, als wenn jeder Arbeiter Güter hineintut, die nach dem heutigen Wertmaßstab 3 Millionen *M* repräsentieren, und den gleichen Wert in anderen Waren herausnimmt. So lange die absolute technische Grenze der Produktivität oder jene psychologische Grenze nicht erreicht ist, bei der der Mensch, mit Gütern aller Art voll gesättigt, eine Mehrnachfrage nicht mehr ausübt, kann nach Fortfall des Lohnsystems der Wohlstand der Menschen, das heißt ihre Versorgung mit genutz-

¹⁾ „Arbeiter“ bedeutet selbstverständlich in einer Gesellschaft, wie sie hier vorgestellt wird, jede unmittelbar und mittelbar an der Produktion beteiligte Person. Der Standpunkt von Marx, daß nur der mit der Hand Arbeitende Werte schafft, ist unhaltbar.

reifen Gütern, bis zu einem Grade gesteigert werden, der für unsere Begriffe übermenschlich ist. Die Möglichkeit, jedem Mitgliede der Gesellschaft ein durchschnittliches Einkommen zu gewähren, wie es heute der Millionär hat, ist durchaus gegeben¹⁾.

Das ist die logische Begründung der Notwendigkeit des Sozialismus; und sie verstanden zu haben, ist das „nationalökonomische Erstaunen“. Aber da es im Marx nicht zu finden ist, wird Kautsky vermutlich darüber die Achseln zucken: „Quod non est in actis!“

Kommen wir nach diesem Exkurs zu unserem kritischen Tage und Kautskys Buch zurück! Die nächste Schwierigkeit ist die der Ordnung dessen, was Kautsky den „Zirkulationsprozeß“ nennt. Er meint damit die geregelte Zufuhr der Rohstoffe, Halbfabrikate usw. zu denjenigen Betrieben, die die endgültigen Genußgüter herstellen, usw. „Das Proletariat allein kann diese Regelung der Zirkulation dieser Produkte durchführen, durch Aufhebung des Privateigentums an den Betrieben, und es kann sie nicht bloß, es muß sie durchführen . . . es muß die Höhe der Produktion jeder einzelnen gesellschaftlichen Produktionsstätte auf Grundlage einer Berechnung der vorhandenen Produktivkräfte (Arbeiter und Produktionsmittel) und des vorhandenen Bedarfs festsetzen und dafür sorgen, daß einer jeden Arbeitsstätte, nicht bloß die notwendigen Arbeiter, sondern auch die notwendigen Produktionsmittel zugeführt, und die fertigen Produkte an die Konsumenten abgesetzt werden.“ (pag. 92.)

Hier haben wir das berüchtigte statistische Amt. Kautsky selbst erklärt die Aufgabe nicht für einfach. „Sie ist die schwierigste unter jenen, die dem proletarischen Regime zufallen, und wird ihm manche harte Nuß zu knacken aufgeben. Aber man darf die

¹⁾ Das „Gesetz der sinkenden Erträge“ darf nicht dagegen angeführt werden. Denn die Versorgung mit Nahrung wird in der künftigen Gesellschaft dem Quantum pro Kopf nach nur wenig mehr erfordern als heute. Der Mehrverbrauch wird sich fast ausschließlich an Gewerbsprodukten befriedigen: die aber unterliegen unbestritten dem „Gesetz der steigenden Erträge“ bei wachsender Kooperation.

Schwierigkeit auch nicht übertreiben.“ Er meint mit Recht, daß jetzt schon eine gewisse Proportionalität der einzelnen, ineinandergreifenden Betriebe bestehe, und man könne um so leichter an das historisch gegebene anknüpfen, als die großen und Riesenbetriebe heute schon bei weitem überwiegen und nach der schon oben geschilderten Methode in einige Riesen trusts zusammengefaßt werden können. Wenigstens gilt das für die Produktion der Produktionsmittel. Bei den Konsumartikeln herrsche allerdings der Kleinbetrieb im wesentlichen vor, indessen sei der notwendige Konsum ein ziemlich beständiger, leicht zu berechnender; und der Konsum der Luxusartikel werde im sozialistischen Staate, wo die Mode keine Klassenauszeichnung mehr sei, seinen sprunghaften Charakter einbüßen. Auch das kann man bis zu einem gewissen Grade zugeben.

Trotzdem bleiben hier Schwierigkeiten, die Kautsky nicht erwähnt. Ich will nicht einmal die Möglichkeit bestreiten, daß sich im Laufe der Zeit eine leidlich brauchbare Statistik der wichtigeren Produkte gewinnen ließe, obgleich mir das sehr zweifelhaft ist. Ich will ferner nicht anführen, daß die natürlichen Schwankungen in den Erntemengen die schönsten statistischen Berechnungen durchkreuzen werden, und ebensowenig, daß durch die doch zu erwartende Verdichtung der Bevölkerung alle Zahlen unsicher würden; schlimmstenfalls würden einige Waren eine Zeit lang im Übermaß produziert werden und entweder vernichtet werden müssen oder irgendwie „billiger“ abgegeben werden müssen, um damit zu räumen; und auf der andern Seite würde eine Zeit lang die Nachfrage nach einer aus irgend welchen Gründen stärker als berechnet begehrten Ware nicht befriedigt werden können. Das alles wäre kein Unglück, da doch die durchschnittliche Güterversorgung ungemein stark gewachsen wäre. Jeder Not könnte man unter allen Umständen vorbeugen. Auch jene Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß einerseits die Nachfrage der exproprierten Kapitalistenklasse nach den von ihnen bisher konsumierten Erzeugnissen rapid absinkt, während andererseits der Konsum der Arbeiterschaft sich intensiviert und verfeinert,

lassen sich ebenfalls als lösbar denken. Natürlich nicht ohne Verluste an Nationaleinkommen, aber doch ohne ernste Krisen. Und jedenfalls wäre, wenn der Sozialismus auf einem anderen Wege erreichbar wäre, selbst eine der mechanischen Gleichmacherei ziemlich nahe kommende Güterverteilung dem heutigen Zustand weit vorziehbar, wenn nur die Masse und Qualität dieser Güter wesentlich über dem heutigen Zustande gehalten werden kann.

Aber nun kommt der Hauptknack! Ein solches statistisches Amt kann natürlich nur dann, wenn auch mit tausend Schwierigkeiten, funktionieren, wenn die ganze Produktion zentralisiert ist. Das wird aber in Kautskys Zukunftsstaat nicht der Fall sein! Er läßt zunächst einmal sämtliche Bauern in ihrem Eigentum. Die bäuerlichen Wirtschaften sollen sogar durch das neue Regime eine Stärkung erfahren: „es bringt ihnen Aufhebung des Militarismus, Steuerentlastung, Selbstverwaltung, Verstaatlichung der Schulen und Wegelasten, Aufhebung der Armenlasten, Verstaatlichung der Hypotheken, vielleicht auch Herabsetzung der Hypothekenzinsen.“ Dazu kommen einige kleine Betriebe, die übrig bleiben werden, z. B. Friseure, Schornsteinfeger, Künstler usw. Wie soll die Produktion dieser Betriebe ohne bürokratische Einnischung von Seiten der Zentralbehörde so geregelt werden, daß sie die statistischen Berechnungen nicht zerstört? Man kann sich ja allenfalls noch vorstellen, daß die Behörde jedes Jahr bei den Bauern feststellen läßt, welche Fläche sie im neuen Produktionsjahr mit Korn, Kartoffeln usw. zu bepflanzen gedenken, wieviel Vieh sie zu halten gedenken, und dann den Rest der notwendigen Produktion auf die Staatsbetriebe verteilt. Aber es gibt ja außer den Bauern und den Staatsbetrieben noch eine sehr große Anzahl von Betrieben, die zwar „vergesellschaftet“, aber durchaus nicht „verstaatlicht“ sind: die gewerkschaftlichen und kommunalen Betriebe, die großen bäuerlichen Produktivgenossenschaften usw. Wie soll deren Produktion bestimmt werden? Von oben her? Ja, dann haben wir doch,

wenn nicht den Zuchthaus-, so doch den Kasernenstaat. Denn wenn eine bestimmte Anzahl von Arbeitern eine bestimmte Menge bestimmter Produkte herstellen muß, dann müssen sie eben an bestimmten Maschinen eine bestimmte Zahl von Stunden täglich arbeiten, und der Privatinitiative der technischen Leiter bleibt nicht der mindeste Spielraum. Sie werden Beamte, die weiter keine Aufgaben haben, als etwa, wie Lokomotivführer, zu einer bestimmten Sekunde an einer bestimmten Stelle anzulangen. Das wird ihre höchste Tugend sein. Würden sie etwa durch technische oder organisatorische Neuerungen eine Vermehrung der Produktivität ihrer Fabrik erzielen, so würden sie wahrscheinlich vom Zentralbureau aus gerüffelt werden müssen.

Allen diesen Schwierigkeiten wäre ja abzuhelfen, wenn man dasselbe Prinzip der freien Konkurrenz, das die Zuweisung der Arbeiter an die einzelnen Produktionsstätten durch Erhöhung resp. Erniedrigung des Lohnes bewirken soll, auch hier einführt. Dann brauchte man überhaupt kein statistisches Amt. Dann würde Sinken des Preises einer Ware anzeigen, daß zu viel, und Steigen, daß zu wenig davon produziert war. Und zwar würde diese „Selbststeuerung“, wie ich sie genannt habe, voraussichtlich mit viel weniger Reibung und Verlusten arbeiten als das Zentralarbeitsamt, und zugleich den ungeheueren politischen Vorteil haben, daß sie nicht eine unkontrollierbare Macht in die Hände einiger Männer legt, die ruhig unbedingte Engel sein dürften, und dennoch fortwährend von den Vorwürfen des Nepotismus und der Parteilichkeit umschwirrt werden würden.

Nun, Kautsky muß am besten wissen, was mit dem Marxschen Kollektivismus vereinbar ist. Wenn zwar der Preis der Ware Arbeit im Zukunftsstaat durch die freie Konkurrenz festgestellt werden darf, aber nicht der Preis der übrigen Waren, so hat das gewiß seine, in dem Kern des Mysteriums begründeten Ursachen, vor denen dem Laien nichts anderes übrig bleibt als das „credo quia absurdum“.

Das absurdeste und darum wahrscheinlich das heiligste dieser Geheimnisse ist aber die Stellung des Geldes in dieser Gesell-

schaft. Das Geld soll erhalten bleiben, aber es soll seinen Charakter als „Wertmesser“ einbüßen. Ich muß annehmen, daß Kautsky hier einen wieder im tiefsten Kern des Mysteries begründeten Unterschied zwischen Wert- und Preismesser macht: denn wenn das Geld auch nicht „Preismesser“ sein soll, d. h. nicht die Fähigkeit verleihen soll, eine bestimmte Menge beliebiger Waren von bestimmtem Preise für den Privatverzehr zu entnehlen, dann sehe ich wirklich nicht ein, aus welchem Grunde ein Arbeiter durch höheren Lohn angelockt werden sollte, eine weniger begehrte Arbeitsstellung anzunehmen, oder durch geringeren Lohn veranlaßt werden sollte, eine beliebte Arbeitsstelle aufzugeben. Wenn nämlich die Genußmittel keinen Preis haben, so weiß weder der Arbeiter, noch der Beamte der Zentralmagazine, welche Mengen von welchen Gütern er den Käufern für die dargebotene Menge Geldes auszuhändigen soll. Und wie sollen ferner die Waren einen Preis erhalten? Etwa durch Festsetzung seitens der Zentralbehörde? Dann wird es erst recht sich ereignen, daß die begehrten Güter schnell vergriffen werden, während die weniger begehrten als Vadenhüter liegen bleiben. Und wenn das der Fall ist, wird dann die Zentralbehörde nicht die Vadenhüter im Preise herabsetzen und wenigstens vorläufig die begehrten Waren im Preise heraufsetzen? Und was ist das dann anderes, als daß der vorn hinausgeworfene Markt und die Preisbildung im Wettbewerb der Käufer durch die Hintertür wieder hereingekommen ist?

Man sieht, es bleiben doch immerhin noch einige kleine Schwierigkeiten übrig, die Kautsky zum Teil unterschätzt, zum Teil nicht sieht, weil er eben weniger Volkswirt als Exeget der Marxschen Schriften ist.

Hoch angerechnet werden soll es ihm in jedem Falle, daß er den Mut hatte, die heikle Frage anzufassen, wenn ich auch nicht glaube, daß er einen einzigen unbefangenen Leser, der auch nur die Anfänge volkswirtschaftlicher Bildung besitzt, davon überzeugen wird, daß dieses mixtum compositum von Zentralisation und Dezentralisation, von offiziell marktloser, behördlich geregelter Produktivwirtschaft und freiem Konsum, daß diese unmittelbare,

ohne „Warentausch“ erfolgende Güterverteilung, unter Einschlebung des Geldes, das aber seinen Charakter als Wertmesser eingebüßt hat, auch nur eine einzige Woche bestehen könnte, — selbst wenn es einmal eingeführt werden könnte, und selbst wenn der durchschnittliche Mensch so durch Gewohnheit und Disziplin lenkbar und so gutartig wäre, wie Kautsky schon für den Anfang annimmt.